

**Die Bedeutung des demografischen Wandels für die
innerparteiliche Partizipation, Repräsentanz und
Themenstellung der älteren Parteimitglieder der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands**

vorgelegt von
Guido Heuel

Fachbereich Erziehungswissenschaft und Soziologie (12)
an der Technischen Universität Dortmund zur Erlangung des
akademischen Grades
Doktor der Philosophie – Dr. phil. –

Erstgutachter: Herr Prof. Dr. Gerhard Naegele
Technische Universität Dortmund

Zweitgutachter: Herr Prof. Dr. Wolfgang Clemens
Freie Universität Berlin

	<u>Seite</u>
Inhaltsverzeichnis	2
Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	5
Vorwort	8
1. Einleitung	10
2. Das politische Parteiensystem und die Parteien in Deutschland	22
2.1 Historische Betrachtung des politischen Parteiensystems	22
2.2 Parteien	30
2.3 Zwischenfazit: politische Parteien	36
3. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands	37
3.1 Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands	37
3.2 Organisationsstruktur der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands	59
3.3 Der vertikale Ausbau und die politische Willensbildung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands	60
3.4 Horizontaler Aufbau und Willensbildung der SPD	65
3.5 SPD-Seniorenpolitik und die Arbeitsgemeinschaft – SPD 60 plus	70
3.6 Zwischenfazit Sozialdemokratische Partei Deutschlands	85
4. Politische Partizipation	87
4.1 Partizipationsforschung, Forschungsstand und theoretischer Bezugsrahmen	93
4.2 Soziale Partizipation und politische Partizipation – ein Abgrenzungsproblem?	100
4.3 Zentrale Punkte der Partizipationsforschung	104
4.3.1 Sozioökonomisches Ressourcenmodell	110
4.3.2 Politische Partizipation und soziale Netzwerke	118
4.3.3 Sozialisationsansatz	120
4.3.4 Subjektive Betroffenheit und Motivation	124
4.3.5 Aktive politische Partizipation / nicht aktive politische Partizipation	125
4.3.6 Wahlen und Repräsentanz	126

4.4	Innerparteiliche Partizipation	132
4.5	Zwischenfazit politische Partizipation	136
5.	Alter / Altern und Alterskonzepte	138
5.1	Charakterisierung und Erklärung des Alterns	142
5.2	Defizitmodell	143
5.3	Aktivitäts-, Disengagement- und die Kontinuitätsthese als Strukturprinzip des Lebensalters	144
5.4	Potenziale im Alter	148
5.5	Alterskonservatismus: Generationseffekt / Kohorteneffekt, Periodeneffekt und Alters-/Lebenszykluseffekt zur Beschreibung der politischen Einstellung im Alter	151
5.6	Zwischenfazit: Alter / Altern und Alterskonzepte	158
6.	Politische Partizipation im Alter: empirische Anhaltspunkte	160
6.1	Politisches Interesse	162
6.2	Wahlbeteiligung	167
6.3	Mitgliedschaft in einer Partei	171
6.4	Zwischenfazit: empirische Anhaltspunkte der politische Partizipation im Alter	174
7.	Empirische Betrachtung der innerparteilichen Partizipation, Repräsentanz und Themenstellung der älteren Parteimitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands	175
7.1	Beschreibung der forschungsleitenden Überlegungen	175
7.2	Methodisches Vorgehen und Datenauswahl	181
7.3	Dokumentenanalyse	183
7.4	Quantitative Datenanalyse	184
7.5	Experteninterview	186
7.6	Auswertung der Daten	189
7.6.1	Analyse der Antragsbücher und Parteitagsprotokolle	189
7.6.2	Auswertung zu den SPD-Parteigremien und SPD-Wahlkandidaten für den Deutschen Bundestag	233
7.6.3	Auswertung der Experteninterview	243

7.7	Zusammenfassung der empirischen Untersuchung	297
8.	Abschließende Betrachtung und Ausblick	303
9.	Literaturverzeichnis	310

ANLAGE I – VIII

CD-ROM

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

	<u>Seite</u>	
Abbildung 1	Teilausschnitt der Mitgliederentwicklung der politischen Parteien Deutschlands vor und nach der Vereinigung	30
Abbildung 2	Horizontale, vertikale Aufbaustruktur und Organe einer Partei	36
Abbildung 3	Mitgliederentwicklung der SPD 1959 bis 1976	47
Abbildung 4	Neuaufnahmen der SPD 1964 bis 1970 nach Altersgruppen	49
Abbildung 5	Altersverteilung der SPD-Mitglieder in der Zeit von 1974 bis 1982	50
Abbildung 6	Altersverteilung der SPD-Mitglieder in der Zeit von 1982 bis 1990	52
Abbildung 7	Mitgliederentwicklung der SPD von 1980 bis 1990	53
Abbildung 8	Mitgliederentwicklung der SPD von 1990 bis 2008	55
Abbildung 9	Ein- und Austritte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands	58
Abbildung 10	Altersgruppen der SPD-Mitglieder 1974 bis 2008	59
Abbildung 11	Vertikale und horizontale Parteiorganisation der SPD	69
Abbildung 12	Organisationsübersicht der Arbeitsgemeinschaft 60 plus	83
Abbildung 13	Taxonomie der politischen Partizipation	92
Abbildung 14	Partizipationssystem nach Milbrath	97
Abbildung 15	Bereiche, in denen politische Partizipation stattfindet	104
Abbildung 16	Basis der mitbestimmenden Partizipationsfaktoren	106
Abbildung 17	Abgeordnete des Deutschen Bundestages mit Hochschulbildung oder höherer Bildung pro Wahlperiode	112
Abbildung 18	Vergleich der Schichtzugehörigkeit der Gesamtbevölkerung zur Schichtzugehörigkeit der Parteimitglieder	116
Abbildung 19	Schichtmodell je Partei, die im Bundestag vertreten ist im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung	118
Abbildung 20	Wahlberechtigte und Gesamtbevölkerung	129
Abbildung 21	Verbindung des politischen Kohorten-, Generations- und Periodeneffekts	153

Abbildung 22	Alter/Lebenszyklusthese und deren Auswirkung auf die politische Partizipation	154
Abbildung 23	Wahlverhalten der Wählergruppe der 45- bis 60-Jährigen nach Parteienpräferenz	156
Abbildung 24	Wahlverhalten der Wählergruppe ab dem 60. Lebensjahr nach Parteienpräferenz	156
Abbildung 25	Politisches Interesse nach Altersgruppen	163
Abbildung 26	Politisches Interesse nach Altersgruppen und Geschlecht	164
Abbildung 27	Politisch-öffentliches Interesse nach Altersgruppen	165
Abbildung 28	Politisches Interesse nach Altersgruppen; Frauen	166
Abbildung 29	Politisches Interesse nach Altersgruppen; Männer	166
Abbildung 30	Bereitschaft zur Übernahme eines politischen Amtes, differenziert nach Geschlecht und Altersgruppe	167
Abbildung 31	Wahlbeteiligung an den Bundestagswahlen	168
Abbildung 32	Wahlbeteiligung an den Bundestagswahlen nach Altersgruppen	169
Abbildung 33	Wahlbeteiligung an den Bundestagswahlen. Getrennte Betrachtung nach Geschlecht	170
Abbildung 34	Rückgang der Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen von 1965 – 2005. Getrennte Betrachtung nach Geschlecht	171
Abbildung 35	Entwicklung der Parteimitgliedschaften der Bundestagsparteien 1990 – 2008	172
Abbildung 36	Parteimitglieder nach Alter 1990 – 2008	173
Abbildung 37	Anteil der Frauen an den Parteimitgliedern 1990 – 2008	174
Abbildung 38	Anträge zum Bundesparteitag der SPD 1995 – 2007	212
Abbildung 39	SPD-Parteimitglieder ab dem 60. Lebensjahr im Vergleich zur Mitgliederstruktur ab dem 60. Lebensjahr in verschiedenen Parteigremien	240
Abbildung 40	Anzahl der SPD Wahlkandidaten zum Bundestag ab dem 60. Lebensjahr und älter	242
Tabelle 1	Aktivitäten Arbeitsgemeinschaft 60 plus	84
Tabelle 2	Überblick über Begrifflichkeiten der politischen Partizipation und des sozialen Engagements	102
Tabelle 3	Ausweitung im zeitlichen Verlauf der politischen Partizipation und im Forschungsfokus	103

Tabelle 5	Die Dreidrittelgesellschaft	117
Tabelle 6	Geburtenkohorte, Zeitepoche der politischen Primärsozialisation und der gesellschaftlichen und politischen Merkmale	123
Tabelle 7	Zusammenfassung der gestellten Parteitage der Arbeitsgemeinschaft 60 plus	211
Tabelle 8	Prozentualer Anteil der Parteimitglieder des Parteipräsidiums, ab dem 60. Lebensjahr	235
Tabelle 9	Prozentualer Anteil der Parteimitglieder im Parteivorstand, ab dem 60. Lebensjahr	236
Tabelle 10	Prozentualer Anteil der Parteimitglieder im Parteirat, ab dem 60. Lebensjahr	237
Tabelle 11	Prozentualer Anteil der Delegierten des Bundesparteitags, ab dem 60. Lebensjahr	238

Vorwort

Die Anregung zu dieser Arbeit verdanke ich meinem Doktorvater Herrn Prof. Dr. Naegele. Nicht nur, dass er durch fachkundige Beratung bei der Themenbegrenzung hilfreich war, vielmehr erklärte er mir über einige Jahre, was Gerontologie und Demografie bedeuteten, was Sozialpolitik ist, und auf eine besonders charmante Weise verdeutlichte er die Struktur der demokratischen sozialen Politik. Sein Vertrauen, seine Unterstützung und seine Betreuung trugen wesentlich zum Gelingen dieser Arbeit bei.

Inspiziert durch einige Vorlesungsreihen sowie weiterführende Literatur der Sozialwissenschaft und Altersforschung lag es nahe, als Zweitgutachter Herrn Prof. Dr. Clemens einzubinden.

Folglich gilt mein Dank besonders Herrn Prof. Dr. Naegele als Erstbetreuer für die Geduld, seine unkomplizierte Art der Erreichbarkeit, die weit über eine „gewöhnliche“ Dienstzeit hinausgeht, sowie für die bedeutenden Kommentare und Diskussionen. Herrn Prof. Dr. Clemens danke ich für die Zweitbetreuung und für die ruhigen passenden Worte, die mir bei meinen Gedanken hilfreich waren.

Darüber hinaus möchte ich mich für viele gemeinsame Gespräche und zielführende Anregungen bei Herrn Prof. Dr. Harald Rüssler bedanken. Außer bei vielen weiteren Personen, die mich während der Promotionsphase unterstützten, bedanke ich mich bei meiner Familie und meinem Arbeitgeber.

Diese Arbeit wäre nie gelungen ohne die Hilfe des SPD-Vorstands und der Interviewkandidaten. Namentlich kann ich hier nicht alle Personen hervorheben. Daher gilt mein Dank stellvertretend Frau Susanne Dengler, die mir viele Tipps und Hinweise gab und den Feldzugang erleichterte;

Frau Elfriede Eilers für das Interview sowie für die Bereitschaft, als interessante politische Zeitzeugin zu Verfügung zu stehen, sowie Frau Dr. Helga Henke-Berndt für Literatur, Interview und zahlreiche aufschlussreiche Gespräche. Bei Herrn Malte Ristau möchte ich mich für Literatur und Interview und bei Herrn Peter Wilhelm Dröscher (MdL) für das Interview und seine Bereitschaft bedanken, auch später noch weitere Fragen zu beantworten.

Darüber hinaus richte ich ein Dankeschön an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des SPD-Archivs in Berlin für die Akteneinsicht und einige Parteitagsprotokolle, wie auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Friedrich-Eberstiftung, die mir zwei Rollwagen voller Partei- und Antragsprotokolle zum persönlichen Verbleib überließen. Nicht zuletzt gilt mein Dank den wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen des Lehrstuhls für Soziale Gerontologie. Frau Dr. Manuela Weidekamp-Maicher und Frau Anette Franke danke ich für die Geduld und Terminkoordination.

1. Einleitung

Seit geraumer Zeit erleben wir in vielen Industrieländern einen demografischen Wandel, der gekennzeichnet ist durch stetige Verlängerung der Lebenserwartung, einen Anstieg des Anteils der Menschen, die der Generation der über 60-Jährigen angehören, und einer weiter anhaltenden niedrigen Geburtenrate, die seit Mitte des 20. Jahrhunderts in Deutschland sogar negativ verläuft, „[...] die Bevölkerung schrumpft ohne Einwanderungen“ (Birg, 2005, S. 16).

So waren im Jahre 2005 24,9 % der Bevölkerung 60 Jahre und älter; von einer Zunahme um fast 8 Millionen muss bis zum Jahre 2030 ausgegangen werden. Schon heute ist jeder vierte Einwohner in Deutschland ein 60-Jähriger oder Älterer, im Jahre 2030 wäre es, folgt man den Berechnungen der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, jeder Dritte.

Durch diese Entwicklung wird die zunehmende Bedeutung der Älteren als starker politischer Kraft sowohl wissenschaftlich als auch gesellschaftlich vielfältig diskutiert. Der Einfluss bei Wahlen und politischer Partizipation sowie die Einflussnahme auf Themenschwerpunkte, so die Besorgnis, könnten zulasten der jüngeren Bevölkerungsgruppen gehen. Bei dieser Diskussion muss beachtet werden, dass gerade das demografische Verständnis von der politischen Auseinandersetzung aller – mündigen – Bürger ausgeht. Die Rolle des Bürgers ist die des Trägers der politischen Souveränität. Der politische Diskurs und die politische Partizipation des Bürgers werden benötigt, um gerechte Politik für alle Bürger zu gestalten. Gerechte Politik kann (nur) dann verwirklicht werden, wenn die Interessen aller Beteiligten auf allen politischen Ebenen einbezogen und beachtet werden und nicht ein Teil der Bürger aus dieser politischen Partizipation ausgeschlossen wird.

- *Demografischer Wandel und politische Parteien*

Politische Parteien sind durch den demografischen Wandel auf dreifache Weise betroffen. Einerseits müssen sie Maßnahmen und Handlungsoptionen entwickeln und gegebenenfalls die durchsetzen, die für die Führung und Gestaltung eines Staates nötig sind. Andererseits sind die politischen Parteien in einem demokratischen System auf ihre Wiederwahl bedacht. Und drittens benötigen Parteien den Bürger als aktives Mitglied, damit sie Politik gestalten können. In diesem Spannungsverhältnis muss die Partei also Politik gestalten, den Bürgern dienen und ihre Mitglieder pflegen.

Die politischen Parteien, als ein Teilsystem der Gesellschaft, stehen dabei vor den gleichen Herausforderungen wie die Gesellschaft insgesamt. Es ist nicht nur die Gesellschaft mit ihrem Wählerpotenzial, die altert, auch die Parteimitglieder werden älter. Zugleich sinken seit Jahren die Mitgliederzahlen der politischen Parteien, der Mitgliederzuwachs – insbesondere seitens der jüngeren Bürger – bleibt aus. Das alles beschleunigt den Prozess der Alterung in den Parteien nochmals. Daher wird aus der demografisch bedingten Gesellschafts- und Politikaufgabe auch eine Aufgabe für die politischen Parteien. Die politischen Parteien sind dabei gefordert, sowohl die gesellschaftlichen Themenstellungen, das heißt deren Diskurs ebenso wie deren Umsetzung, als auch die veränderten eigenen Parteistrukturen in ihrer Arbeit aufeinander bezogen zu berücksichtigen. Die Problematik des Alterszuwachses in den Parteien weist bereits eine derartige Brisanz auf, dass schon heute die über 60 Jahre alten Parteimitglieder einen großen Teil der gesamten Mitgliedschaft darstellen. Trotz alledem besteht „[...] insbesondere im Bereich der Mitwirkung [älterer Menschen] in den politischen Parteien und Verbänden jenseits der bloßen Mitgliedschaft hinaus, noch erheblicher Nachholbedarf [...]“ (Naegele, 2008, S. 93); und man kann teilweise, wie schon in den 1970er-Jahren, davon ausgehen, dass die jungen, dynamischen, gut

ausgebildeten Parteimitglieder die Senioren und deren Anliegen dominieren (vgl. Walter, 2002 S. 196).

Ferner ergibt sich für die politischen Parteien noch ein weiteres Problem. Das, was diese als Regierungspartei umsetzen oder als Oppositionspartei fordern, mobilisiert je nach Politikfeld verschiedene Lobbyisten. Bei einem immer größer werdenden Anteil älterer Menschen ist hieraus die allgemeine Befürchtung ableitbar, dass die Interessenvertretungen von älteren Menschen zu einem „[...] überproportionale[n] Einfluss der Alten auf Partei und staatliche Entscheidungen [...]“ (Streeck, 2007 S. 291) führen und damit zu einer weiteren Ausprägung des Lobbyismus beitragen. Das kann im Hinblick auf die aktuellen Reformen der Gesundheits- und Rentenversicherungssysteme zu einer verzerrten Diskussion führen, die zugunsten der Älteren ausfällt und den Generationenvertrag einseitig belastet, da hierdurch die Konzentration der Politik vornehmlich auf sozialpolitische und demografische Leitgedanken gerichtet wäre und daher notwendige politische Entscheidungen nur noch schwer durchsetzbar sein würden oder sogar unterbleiben.

Auch hinsichtlich der Wählerstimmen wird die Generation 60 plus immer bedeutender, da diese Altersgruppe weiterhin wächst und zu den Gruppen gehört, die sich an der Wahl häufiger beteiligen als junge Wahlberechtigte. Hinzu kommt, dass „[...] das allgemeine Wahlrecht [...] die wachsende Bevölkerungsgruppe der Alten zu einem politischen Machtfaktor [...]“ (Streeck, 2007, S. 283) werden lässt, sodass teilweise schon von Altenmacht gesprochen wird. Sogar die Befürchtungen hinsichtlich einer Gerontokratie kommen auf (vgl. Kaufmann, 2009, S. 92).

„Immer öfter wird in der populären Literatur die Möglichkeiten beschworen, dass die reichen Industriegesellschaften zu Gerontokratien einer neuen Art werden könnten, in denen eine Mehrheit von Alten mit demokratischen

Mitteln die politische Macht erobert und dazu nutzt, die Jüngeren wirtschaftlich auszubeuten“ (Streeck, 2007, S. 282).

Hierdurch könnten, „da in einer Demokratie Mehrheiten entscheiden, [...] [die älteren Bürger], ihre Interessen einseitig zulasten einer Minderheit durchsetzen“ (Bardt; Dickmann, 2005, S. 373). Diesbezüglich wird seit Kurzem vor einer Rentnerdemokratie gewarnt, da die Parteien immer mehr Rücksicht auf die Älteren nähmen, und es wird behauptet, „[...] dass die Älteren die Jüngeren ausplündern [...]“ (Schumacher, 2008 S. 206). Im Zentrum der sozialen und politischen Handlungsweisen stehen die Personen der „[...] ergrauenden Gesellschaft [...]“ (Walter, 2005a, S. 3). So wird in der Presse die Rentenerhöhung zum 1. Juli 2008 als Vermessenheit an den jungen Nichtwählern dargestellt und als Teil einer Strategie gedeutet, mit der sich die etablierten Volksparteien im Hinblick auf die Bundestagswahlen 2009 Wählerstimmen „erkaufen“ wollten.

Beide oben beschriebenen Betrachtungen können zu dem Ergebnis führen, dass in der Zukunft die älteren Bürger die politischen Entscheidungen in ihrem eigenen Interesse gestalten: einmal über die inhaltlichen Schwerpunkte, die maßgeblich nur eine bestimmte gesellschaftliche Gruppe betreffen, und zweitens aufgrund der quantitativen Macht.

Durch die gesellschaftlichen Veränderungen sind die Parteien sowohl intern als auch extern gefordert, bei ihren Willensbildungsprozessen der Vergabe von Ämtern und Mandaten drei Grundsätze zu beachten:

1. gesellschaftliche Repräsentanz,
2. gesellschaftliche Akzeptanz und
3. Antworten auf gesellschaftliche Entwürfe

(vgl. Schmid; Zolleis, 2005, S. 16).

Dies kann dann gelingen, wenn einerseits der erwachsene Bürger die Chancen der politischen Partizipation wahrnimmt und andererseits die Parteien dies auch zulassen.

○ *Politische Seniorenorganisationen*

In Deutschland bildeten sich Mitte der 1970er-Jahre die ersten eigenständigen Organisationen, die die Interessen der älteren Bürger politisch vertraten und aus denen einige Jahre später eine eigene Partei entstand, die Grauen Panther. Fast parallel, nämlich Ende der 1970er-Jahre und Anfang der 1980er-Jahre, wurden viele Seniorenvertretungen gegründet, um die Interessen der Senioren professioneller zu vertreten und gleichzeitig einen Teil der gesellschaftlichen Aufgaben wahrzunehmen (vgl. Neckel, 1993, S. 340; Naegele, 1999a, S. 96; Eifert, 2006, S. 266). Auch die politischen Parteien erkannten, dass Ältere eine nicht unbedeutende politische Gruppe sind, und gründeten eigene Seniorenverbände. Einmal, um unter anderem dem Alter einen eigenen Stellenwert in der Partei einzuräumen, aber auch als eine Signalwirkung aus der Partei heraus für ältere Wähler oder zur Gewinnung von Neumitgliedern. Diese Entwicklung ist nicht unumstritten und wird kritisch betrachtet. Gern wird dies demografisch begründet – nämlich auf Grundlage der zunehmende Macht der Älteren als Wähler, der Einflussnahmen durch oder auf politische Positionen und eines eventuellen Generationenkonflikts (vgl. Kohli; Neckel; Wolf, 1999, S. 479; Kaufmann, 2008, S. 128).

„Es ist überhaupt nicht einzusehen, daß die über Sechzigjährigen, immerhin im Besitz des Wahlrechts, ein eigenständiges politisches Vertretungsgremium bekommen sollten, alle andern gesellschaftlichen Gruppen [...] aber nicht“ (Tremmel, 1996, S. 67).

Oder wie *Germis* in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagzeitung“ schreibt: „Wer in Deutschland etwas ändern will, muss die Rentner auf seine Seite ziehen. Doch die blockieren – selbst Reformen, die sie gar nicht mehr erleben werden“ (Germis, 2003, S. 25).

Festgestellt werden kann, dass durch den eigenen Stellenwert in der Politik zwar den Senioren heute eine Sonderstellung zugesprochen wird, aber diejenigen, die das Alter von 60 Jahren erreicht oder überschritten haben, hinsichtlich ihrer Anzahl in den Gremien fast überall unterrepräsentiert sind.

○ *Politische Partizipation*

Die politische Partizipation stellt die wichtigste Form der Demokratie dar und kann als ein Teil gesellschaftlicher Verantwortung beschrieben werden, der folgende Merkmale aufweist: Politische Partizipation ist eine freiwillige Handlung des Bürgers, die zum Ziel hat, politischen Einfluss auszuüben, um politische Entscheidungen herbeizuführen (vgl. Stamm, 2003, S. 665; Gabriel; Holtmann, 2005, S. 528; Kaase, 2008, S. 495). Diese Charakterisierung der politischen Partizipation wird auch als Grundlage für das politische Partizipationsverständnis der vorliegenden Arbeit gewählt. Dabei stellt die innerparteiliche Partizipation nochmals eine Sonderform dar, da der Bürger vorwiegend auch Mitglied einer politischen Partei ist oder als Gastmitglied / Experte von der Partei zur Mitarbeit eingeladen wird. Die Form der innerparteilichen politischen Partizipation erscheint rückläufig. So verzeichnen die politischen Parteien schon seit den 1980er-Jahren einen stetigen Verlust von Parteimitgliedern (vgl. Rudzio, 2006, S. 152). Allgemein wird das politische Desinteresse beschrieben und eine politische Partizipationskrise bemängelt (vgl. Kersting; Schmitter; Trechsel, 2008, S. 42f.). Gleichzeitig kann beobachtet werden, dass sich auch Berufspolitiker¹ zumeist mit dem Erreichen des Ruhestandsalters² aus der aktiven Politik zurückziehen. Einzubeziehen ist, dass die typische Parteikarriere mit dem Einstieg während der Schülerzeit anfängt, danach werden mehrere politische Stationen durchlaufen, um

¹ Berufspolitiker sind die Personen, die ein Mandat oder ein Amt ausüben, welches mit einem Einkommen verbunden ist.

² So geschehen zum Beispiel, wie im April 2008 angekündigt, bei Peter Struck oder im August desselben Jahres bei Harald Ringstorff.

dann mit 37 Jahren für vier Wahlperioden ein politisches Mandat auszuüben; anschließend, mit 53 Jahren, wird das ideale Pensionsalter erreicht und die aktive politische Tätigkeit zumeist eingestellt (vgl. v. Alemann, 2000, S. 143). So kann konstatiert werden, dass auch die aktive politische Partizipation von Berufspolitikern zumeist schon früh beendet wird.

Sind dies alles Anzeichen dafür, dass sich die Altersgruppe „60 plus“ aus den aktiven politischen Tätigkeiten zurückzieht und nur noch die Wahlen als Partizipationschance nutzt?

Politische Partizipation kann aus unterschiedlichsten Gründen, Motiven und in mannigfacher Form stattfinden. Dabei ist das Mindestmaß für die politische Partizipation ein Interesse und eine gewisse Aufgeschlossenheit an und für politische Themen. Als elementarste Form der Partizipation wird das Wahlrecht der Bürger verstanden. Der Gestaltungsspielraum der politischen Teilhabe reicht von legalen bis zu illegalen Handlungen. In der Partizipationsforschung wurden anfänglich nur jene Handlungsformen betrachtet, die direkt das politische System beeinflussten, die Wahlen. Im Laufe der Jahre wurde der Begriff der politischen Partizipation immer weiter gefasst, sodass heute wissenschaftlich soziale Partizipation und politische Partizipation oftmals zusammen betrachtet werden, da „[...] die enge Verflechtung von gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, privaten und politischen Bereichen es fast unmöglich macht, dass soziales Handeln ohne politische Relevanz bleibt (v. Deth, 2001, S. 203). Anhand von vier Bezugspunkten kann bewertet werden, ob und wie politische Partizipation möglich ist.

- *Zugang und politische Gleichheit*

- Ist der Zugang für alle Interessengruppen garantiert oder wird durch bestimmte Faktoren die politische Partizipation verhindert?

- *Responsivität und Machtkontrolle*

Findet eine Rückkopplung des politischen Handelns der Repräsentanten an die Interessen der von ihnen repräsentierten Personen statt?

- *Transparenz*

Sind die Entscheidungswege und Entscheidungen nachvollziehbar? Sind die Informationen für alle zugänglich oder bleiben sie einer bestimmten politischen Elite vorbehalten?

- *Effizienz und Effektivität*

Werden Mehrheitsregeln bevorzugt, gibt es Minderheitenschutz zum Beispiel durch Quotierungsregelungen? (vgl. Kersting, 2008, S. 34ff.).

- *Forschungsstand der innerparteilichen Partizipation und Alter*

Im Mittelpunkt der meisten innerparteilichen Partizipationsstudien standen allgemein die Parteimitglieder. Die Untersuchungen wurden weitgehend auf Landesebene durchgeführt, zum Beispiel diejenigen von Niedermayer, 1989 und Hallermann, 2003. Bisher belegten Studien kaum, wie sich die innerparteiliche Partizipation sowie die Repräsentanz der älteren Parteimitglieder in Parteigremien und Parteiämtern darstellen und wie die politische Themenstellung und die Willensbildung seitens der Älteren wahrgenommen werden. Die Bedeutung von Alter und politischer Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland nimmt in der Forschung und Literatur allgemein erst seit Mitte der 1970er-Jahre zu (vgl. Neckel, 1993, S. 540). Die empirische Durchdringung wurde auch in der gerontologischen Forschung bislang weitgehend vernachlässigt. Es ist der „[...] Lebenslagenbereich[.] älterer Menschen, der in Anbetracht zunehmender Diskrepanz zwischen einem Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung und dem vergleichsweise geringen Ausmaß politischer Beteiligung und Einflussnahme zukünftig an Bedeutung gewinnen dürfte“ (Plum; Schleusener, 1981, S. 6). Aus diesem Grunde

untersuchten *Plum* und *Schleusener* Anfang der 1980-Jahre das politische Verhalten älterer Menschen in Deutschland.

Drei Jahre später erfolgte die Studie von *Schaal* (1984), die sich mit der Repräsentanz und Partizipation älterer Menschen in Politik und Gesellschaft auseinandersetzte. In den 1990er-Jahren wurde die politische Macht der Älteren in Politik und Organisationen sowie deren Innovationskompetenz und Teilhabe erforscht (vgl. *Neckel*, 1993; *Künemund*; *Wolf*, 1993; *Alber*, 1994; *Mackroth*; *Ristau*, 1994; *Kohli*; *Neckel*; *Wolf*, 1999; *Naegele*, 1999a; *Naegele*, 1999b). Weitere Studien Ende der 1990er-Jahre und 2000er-Jahre setzten sich mit dem Engagement von Älteren in Politik und Gesellschaft auseinander, teilweise auch unter den Aspekten der Generationengerechtigkeit sowie den veränderten Partizipationsansprüchen der älteren Bürger (vgl. *Künemund*, 2001; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2005a, *Streeck*, 2007; *Naegele*, 2008; *Schroeder*; *Munimus*; *Rüdt*, 2008; *Goerres*, 2009).

○ *Aspekt der Arbeit, Untersuchungsinteresse, leitende Forschungsfragen und Überblick über die Methodenauswahl*

Die Arbeit befasst sich mit der innerparteilichen Partizipation der älteren Parteimitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die älteste Partei Deutschlands mit einer langen Tradition der innerparteilichen Seniorenarbeit. Im Jahre 1974 wurde der Seniorenrat zur Beratung des Vorsitzenden der Partei gegründet. Fünf Jahre später im Jahre 1979 wurde dann das Referat „Seniorenarbeit“ eingerichtet und die erste Bundesbeauftragte für Seniorenarbeit berufen sowie 1994 eine eigene Arbeitsgemeinschaft für ältere Parteimitglieder, die Arbeitsgemeinschaft 60 plus, gegründet.

Definitionsgrundlage des Begriffs „älter“ wird in der vorliegenden Arbeit sein, dass ein Mensch 60 oder mehr Lebensjahre erreicht hat. Auch wenn Alter ein individueller Prozess ist, der durch biologische, kulturelle Einflüsse geprägt ist, ist die in dieser Arbeit verwendete Altersgrenze aus mehreren Gründen gewählt worden: Zumeist liegen die statistischen Daten entsprechend dieser Abgrenzung vor; und wie der Name der Arbeitsgemeinschaft 60 plus schon kennzeichnet, sind dort überwiegend Mitglieder ab dem 60. Lebensjahr aktiv. Leider können nicht alle Datensätze genau abgegrenzt werden, da je nach Forschungserhebung andere Einteilungsskalen vorgenommen wurden und auch nicht alle Daten vollständig recherchierbar sind.

Da bisher die innerparteiliche Partizipation der älteren Parteimitglieder kaum erforscht wurde, ist diese Thematik fortführend zu untersuchen, denn Ältere präferieren und interessieren sich wahrscheinlich für andere gesellschaftspolitische Themen als Personen, die diese Lebensphase noch nicht erreicht haben. Hinzu kommt, dass ältere Menschen in einer eigenen Generation aufgewachsen und durch diese geprägt sind. Ferner haben sie damit auch andere historische und politische Kontexte durchschritten und andere politische Erfahrungen gemacht (vgl. Goerres, 2009, S. 25f.). Die vorliegende Arbeit wird also diesen Aspekt wie auch das Wesen von Politik, nämlich auf mehrere Gesellschaftsgruppen ausgerichtet zu sein, intensiv mit einbeziehen müssen.

Grundsätzlich stellt sich die Frage, inwiefern die innerparteiliche Partizipationsmöglichkeit von älteren Parteimitgliedern mit ihren Potenzialen „[...] zur Belebung der demokratischen Kultur [...]“ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2005b, S. 378) in einer Partei umgesetzt oder wahrgenommen werden können. Ist es das ältere Parteimitglied, welches seine Potenziale und Kompetenzen weiterhin aktiv in Politik und Parteiarbeit einbringen kann?

Oder wird von älteren Parteimitgliedern eher Passivität und Rückzug aus der Politik gefordert? Oder bestehen sogar Vorurteile gegenüber dem Alter? Wird dem Alter das Defizitmodell, obwohl schon lange wissenschaftlich widerlegt, unterstellt und infolgedessen die politische Partizipation für ältere Menschen erheblich schwieriger, da ihre Interessen und Meinungen von jüngeren Menschen nicht mehr berücksichtigt werden? Offen ist auch, ob der oben beschriebene Rückzug der Berufspolitiker aus der Politik, dieser Disengagement-Prozess, ein freiwilliger Schritt ist oder es sich „[...] um [einen] unfreiwilligen Vertreibungs- oder Verdrängungsprozess handelt“ (Alber, 1994, S. 154).

Das Untersuchungsinteresse wird sich an folgender leitender Forschungsfrage orientieren: Ist durch die Arbeitsgemeinschaft 60 plus für ältere Parteimitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands eine innerparteiliche Gestaltungsoption zur Partizipation, Repräsentanz und Themenstellung gegeben?

In dieser Arbeit geht es einmal um die qualitative Auswertung der Parteitagsdokumente. Hierdurch können jene politischen Anträge betrachtet und bewertet werden, die von der Arbeitsgemeinschaft 60 plus zu den Parteitagen gestellt und diskutiert werden. In einem weiteren Arbeitsschritt werden die Parteidaten zusammengestellt, die einen Überblick über die Besetzung der verschiedenen Gremien und politisch einflussreichen Parteipositionen darstellen, um die politische Partizipation der Älteren quantitativ auszuwerten. In dem letzten qualitativen empirischen Forschungsschritt erfolgt dann die Auswertung derjenigen Experteninterviews, die als notwendige Ergänzung der Parteitagsdokumente und Parteidaten dienen. Mit Hilfe von Zeitzeugen, die maßgeblich an der Gründung der Arbeitsgemeinschaft beteiligt waren, und noch aktiven Arbeitsgemeinschaftsmitgliedern wird hinterfragt, wie nach Einschätzung der Experten die politische Partizipation der älteren

Parteimitglieder heute erfolgt und welche Veränderungen eine eigenständige Arbeitsgemeinschaft für ältere Parteimitglieder für die Partei mit sich bringt. Gleichzeitig werden auch Gründungsgedanken und die heutige Akzeptanz der Arbeitsgemeinschaft 60 plus erfragt.

○ *Überblick über den Aufbau der Arbeit*

Die vorliegende Arbeit unterteilt sich in acht Kapitel. Nach der Einführung wird im zweiten Teil das politische System der Partei betrachtet. In dem dritten Kapitel folgt die Vorstellung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und die Vorstellung der Arbeitsgemeinschaft 60 plus, von der Entwicklung bis zur Gegenwart. Fortführend erfolgen im vierten Kapitel die Betrachtung der Entwicklung der politischen Partizipation und der Repräsentanz. Die Bedeutung des Alters und der politischen Partizipation wird anschließend dargestellt, um dann in Kapitel sechs empirische Befunde zur allgemeinen politischen Partizipation im Alter zu betrachten. Die empirische Betrachtung der innerparteilichen Partizipation, die Repräsentanz und Themenstellung der älteren Parteimitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands werden in Kapitel sieben beschrieben. Zuerst werden die Methodenwahl und die Auswahl der Daten dargestellt, um dann fortführend die empirische Untersuchung durchzuführen. In der Schlussbetrachtung der empirischen Erhebung werden die Auswertungsergebnisse aufgenommen und zusammenfassend diskutiert. Mit einer abschließenden Betrachtung und einem Ausblick werden die theoretischen und empirischen Ergebnisse kurz zusammengefasst dargestellt. In einem Ausblick wird auf erweiterten Forschungsbedarf hingewiesen und Anregung zur Erhöhung der innerparteilichen Partizipation der älteren Parteimitglieder für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands gegeben.

Einleitend ist noch darauf hinzuweisen, dass dem Verfasser dieser Arbeit ein Großteil der Daten der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von

dem Parteivorstand auf Nachfrage per E-Mail zugesandt wurde. Nicht alle Datensätze konnten bis zum Frühsommer des Jahres 2009 aktualisiert werden, da sie noch nicht vorlagen. Dies bezieht sich auch auf die Daten des Statistischen Bundesamtes.

2. Das politische Parteiensystem und die Parteien in Deutschland

In diesem Abschnitt wird das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland dargestellt und erläutert, was eine Partei ist und welche Aufgaben sie erfüllt. Zwar wird durch die Überschrift eine Trennung von Parteiensystem und Partei angedeutet, diese lässt sich allerdings nicht durchgehend einhalten. Denn zwischen Parteiensystem und den Parteien besteht eine Beziehungsstruktur, die sich „[...] durch die Anzahl der Parteien operationalisiert [...]“ (Niedermayer, 1996, S. 21). Von daher kann im ersten Abschnitt das Parteiensystem nicht allein dargestellt werden, sondern es bedarf der Bezugnahme auf die Parteien selbst.

Betrachtet man das heutige politische Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, kommt man nicht umhin, einen kurzen historischen Exkurs vorzunehmen, da die Geschichte für das heutige Parteiensystem und seine Strukturen bedeutend war und ist. Das Kapitel beginnt mit einem historischen Überblick über die Parteienentwicklung. Anschließend erfolgt eine Abbildung der Hauptpunkte des deutschen Parteiensystems und deren Entwicklung; darauf aufbauend werden der Begriff der Partei und die einzelnen Parteistrukturen näher betrachtet.

2.1 Historische Betrachtung des politischen Parteiensystems

Aus dem heutigen deutschen Parteiensystem heben sich vier zeitgeschichtliche Bezugspunkte heraus, die einen Einfluss auf das politische System der Bundesrepublik Deutschland hatten und haben, da die Parteisysteme durch gesellschaftliche wie auch wirtschaftliche Interessen oder sich wandelnde Regierungssysteme und Staatsformen beeinflusst werden.

Erster Bezugspunkt: Der Übergang von den ersten Vorläufern interessengebundener „Weltanschauungsorganisationen“ zu den heutigen politischen Parteien lässt sich nicht eindeutig ausmachen, die Grenzen sind fließend. Daher ist es problematisch, einen genauen Zeitpunkt der Parteigründungen festzulegen. Häufig „[...] werden die englischen Parteien des 17. und 18. Jahrhunderts (die sogenannten Whigs und die Tories) als die ersten modernen Parteien genannt“ (Hallermann; Kaim, 2003, S. 9).

In Deutschland kam es im 19. Jahrhundert – wie auch in den anderen europäischen Ländern – zu einer rasanten Industrialisierung, durch die sich die Kluft zwischen Arm und Reich sehr schnell vergrößerte. Wegen der wachsenden Spaltung formierte sich in der Arbeiterklasse eine außerparlamentarische Arbeiterbewegung, die vermehrt um Gerechtigkeit und freie Wahlen rang (vgl. Brandt, 2001, S. 2), jedoch keinesfalls als eine homogene Gruppe auftrat (vgl. Grebing, 2007, S. 33). Deswegen bedurfte es neben einer eigenen Organisation charismatischer Führungspersönlichkeiten, die das Interesse der Bewegungen bündelten und artikulierte. Namen wie Karl Marx und Friedrich Engels oder Ferdinand Lassalle, der den ersten Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein³ gründete, sind mit dieser Zeit eng verbunden. Die Mitglieder der von Ferdinand Lassalle gegründeten Partei konnten aus dem linken Flügel der bürgerlich-liberalen Bewegung gewonnen werden. Die zweite Parteigründung erfolgte im Jahre 1869 – die der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, sechs Jahre später als der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein – durch August Bebel und Wilhelm Liebknecht (vgl. Miller; Ristau, 1988, S. 7; Lösche, 2006, S. 24; Grebing, 2007, S. 23f.).

³ Diese Bewegung wird als die Keimzelle der Sozialdemokratie bezeichnet. Hierzu weitere Ausführungen im Kapitel drei: die Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Neben diesen Parteien entwickelten sich insgesamt vier politische Hauptströme, die heute nach wie vor erkennbar sind:

- „die Sozialisten, basierend auf der Arbeiterschaft;
- die Liberalen, basierend auf dem Bürgertum;
- das Zentrum, basierend auf den Katholiken; und
- die Konservativen, basierend auf Feudalaristokratie, Militär und Beamtentum“ (Lösche, 2006, S. 24).

Die Parteien hatten aufgrund der Gesetzgebung des Kaiserreichs noch keine Möglichkeit, an der Regierungsverantwortung mitzuwirken. Erst durch die Novemberrevolution im Jahre 1918 und das daraus resultierende Ende des monarchischen Systems wurden in Deutschland „[...] vordemokratische⁴ Traditionsübergänge zementiert“ (Holtmann, 2005, S. 8).

Die ersten Parteien im parlamentarischen System der Weimarer Republik waren eher ideologisch ausgerichtet und bestanden aus interessengebundenen „Weltanschauungsorganisationen“, aus denen zuerst die anfänglichen Eliteparteien⁵ hervorgingen und Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Ende der 1950er-Jahre Massenparteien⁶ entstanden.

Aufgrund des Verhältniswahlrechts gab es eine Vielzahl von Parteien. Die Zergliederung von Interessengruppen wie Arbeiterbewegungen und Katholiken brachte es mit sich, dass die Parteien ständig auf Koalitionsbildungen angewiesen waren. Langfristig tragfähige Kompromisse kamen kaum zustande. So kam es in der Zeit von 1919 bis zum Jahre 1933 zu insgesamt 14 Kabinettsbildungen. Neben den

⁴ „Vordemokratisch“ deshalb, weil die Parteien und Politiker nicht auf die Regierungsübernahme vorbereitet waren, was sich im Nachhinein als schweres Erbe herausstellte.

⁵ „Eliteparteien: Die alte politische Klasse auf der Basis von Besitz- und Erwerbsklassen (bis ca. 1918)“ (v. Beyme, 2002, S. 329)

⁶ „Massenparteien auf der Basis scharfer Klassenkonflikte (ca. 1918 bis Ende der 50er- Jahre)“ (v. Beyme, 2002, S. 329).

instabilen politischen Strukturen waren die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen labil und führten zur Auflösung der Weimarer Republik und zur Machtergreifung durch die Nationalsozialisten.

Als *zweiter* Bezugspunkt, der das politische System in Deutschland prägte, kann das Jahr 1933 angesehen werden. Nach 14 Jahren versuchter Demokratie herrschte durch den Nationalsozialismus ein Einparteienstaat. Anderweitig ausgelegte politische Meinungen, Gedanken oder Aktivitäten konnten nur im Untergrund oder im Exil aufrechterhalten werden. Während dieser Zeit wurde jegliches oppositionelles Verhalten im Keim erstickt und brachte Entbehrung und ein hohes persönliches Risiko mit sich.

Die Hypothek der nationalsozialistischen Zeit und der demokratische Neubeginn kennzeichnen den *dritten* zeitlichen Bezugspunkt der Entfaltung des politischen Parteiensystems in der Bundesrepublik Deutschland. Unter dem Einfluss der Besatzungsmächte wurde der demokratische Neubeginn im westdeutschen Teilstaat – der Bundesrepublik Deutschland – aktiviert. Dies erwies sich als mühsam, denn viele Menschen hatten durch die Kriegswirren aktuelle Probleme, ihren täglichen Lebensbedarf zu decken und die traumatischen Erlebnisse zu verarbeiten. Neben der Existenzbedrohung kam es zur Teilung Deutschlands, die eine Ost-West-Wanderung von 12 Millionen Flüchtlingen auslöste und durch die Gründung der DDR⁷ (Deutsche Demokratische Republik) zu zwei politischen Systemen in Deutschland führte.

⁷ In dieser Arbeit wird das politische System des „Westens“ berücksichtigt. Nach dem Zusammenbruch der DDR ordnete sich das „Ostsystem“ in das „westdeutsche politische Parteiensystem“ ein (vgl. Niedermayer, 2007, S. 120).

Das neue politische System der Bundesrepublik Deutschland wurde von einzelnen Personen und Interessengruppierungen reaktiviert und bedurfte der Genehmigung des Alliierten Kontrollrates (vgl. Weber, 1986, S. 306f.). Kurt Schumachers SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands) stellte schon im Mai 1945 die Erneuerung Deutschlands vor und knüpfte „[...] programmatisch und organisatorisch an Weimar an [...]“ (Niedermayer, 2007, S. 120), ebenso wie die KPD (Kommunistische Partei Deutschlands) bis zu ihrem Verbot im Jahre 1956. Im bürgerlichen Lager formierte sich Gruppierungen, die eine Union auf christlichem Fundament gestalteten, die CDU (Christlich Demokratische Union) beziehungsweise die CSU (Christlich Soziale Union). In Abgrenzung zu den beiden Parteien bildete sich die FDP (Freie Demokratische Partei) „[...] als konfessionell ungebundene bürgerliche Interessenvertretung [...]“ (Boeckh; Huster; Benz, 2006, S. 89). Das politische Parteiensystem in der Zeit bis zur Gründung der Bundesrepublik im Jahre 1949 war geprägt von einem Arrangement aus Anknüpfung an die tradierte Demokratie der Weimarer Zeit und einem politischen Neubeginn (vgl. Grebing, 2007, S. 130). Insgesamt gestaltete sich die Parteienbildung in den verschiedenen Besatzungszonen unterschiedlich (vgl. Weber, 1986, S. 307).

Nach der Gründung der Bundesrepublik festigte sich das politische Parteiensystem. Aus dem Vielparteiensystem der Weimarer Republik wurde für lange Zeit ein Dreiparteiensystem im Deutschen Bundestag, bis 1983 die Grünen in den Deutschen Bundestag einzogen. Auch wenn hier der Eindruck entstehen mag, dies wäre der vierte chronologische Bezugspunkt, kam dieser erst sieben Jahre später im Zuge der Vereinigung Deutschlands. In dieser „Übergangszeit“ löste sich das Dreiparteiensystem der 1960er-Jahre und 1970er-Jahre auf und wurde in den 1980er-Jahren abgelöst durch eine politische Pluralisierung. Dies bedeutete, dass das politische System in Deutschland mit einer weiteren Bildung von Parteien präsentierte, die vorwiegend der rechten Szene zuzuordnen sind und zumeist auf regionaler Ebene agieren. Obwohl diese

Parteien weitgehend nicht die Fünfprozentklausel überwinden können, führen sie zu einer „[...] zusätzlichen Fragmentierung des [politischen] Parteiensystems“ (Niedermayer, 2007, S. 125). Durch die allmähliche Auflösung der gesellschaftlichen Lager kam es dann in den 1950er-Jahren bis Ende der 1970er-Jahre zur Herausbildung von Volksparteien. Volksparteien sind politische Organisationen, deren Mitglieder eine hohe gesellschaftliche Heterogenität aufweisen, mit ihrem politischen Programm eine breite Interessengruppe ansprechen und mindestens 35 % der Wählerstimmen erhalten (vgl. Lösch, 2006, S. 7). Ende der 1970er-Jahre erfolgte ein Funktionswandel von „[...] der Massenmitgliederpartei zur Partei der Berufspolitiker“ (v. Beyme, 2002, S. 329) – siehe Anlage I –, die auch als Profi-Partei bezeichnet wird (vgl. v. Beyme, 2002, S. 322) und durch eine zunehmende Verwissenschaftlichung mehr und mehr ihre Entscheidungen auf Gutachten und Empfehlungen begründet (vgl. Beck, 1986, S. 307f.). Parteien der Berufspolitiker (Profi-Parteien) entstehen bei der Herausbildung vieler neuer Milieus, mit Tendenzen zu einer neuen politischen Klasse (vgl. v. Beyme, 2002, S. 329).

Gerade bei der hier betrachteten Fragestellung zur politischen Partizipation entsteht dann die Frage, ob bei dem seit den 1970er-Jahren anhaltenden Parteienwandel der Bürger seine Partizipationsmöglichkeiten überhaupt noch wahrnehmen kann. Oder beschränkt sich seine Partizipationschance lediglich auf die eigentliche Stimmabgabe bei der Wahl?⁸ Diese Frage berührt insbesondere den Personenkreis, der die Parteiarbeit zu Zeiten der „partizipatorischen Revolution“ (vgl. Kaase,

⁸ Bei den Parteien lässt sich beobachten, dass es allmählich zu einer Verlagerung kommt. „[...] von der eliteorientierten zur -elite- herausfordernden Politik in der Bevölkerung, wobei die ‚neue Politik‘ und ihre auf politische Partizipation und Selbstverwirklichung bestimmten [...]“ (Roth, 1994, S. 31) Mitglieder im Vordergrund stehen. Das spricht für eine erweiterte und neue Form der politischen Partizipation, die schon von einigen Parteien eingeübt wird. Die Mitglieder der „neuen Politik“ sind die Personen, die in der Gegenwart zu denen gehören, die die älteren Parteimitglieder repräsentieren.

1982, S. 177) antrat, also in den 1960er Jahren und 1970er Jahren⁹. Dieser beschriebene Wandel wird nicht nur von den etablierten Parteien vollzogen, sondern die „Politprofessionalisierung“¹⁰ „[...] geht auch an den immer wieder auftauchenden Protestparteien nicht spurlos vorüber“ (v. Beyme, 2002, S. 331). Der Wandel macht sich allgemein bemerkbar in der Abnahme der Mitgliederzahl, der Zunahme der Wechselwähler, der Protestwahl bis hin zur Stimmenthaltung sowie der Neubildung von Parteien. Politische Parteien sind aber in der repräsentativen Demokratie auf ihren Bürger angewiesen, da sie „[...] stabile Kommunikationskanäle zu ihren Wählern [benötigen], um deren Präferenzen zu identifizieren, selektieren und aggregieren und zumindest partiell in ihr politisches Handeln zu integrieren“ (Poguntke, 2005b, S. 44).

Viertens: Mehr als die politische Pluralisierung der 1980er-Jahre und 1990er-Jahre hatte die deutsche Vereinigung Einfluss auf das politische System und markiert den *vierten* zeitgeschichtlichen Bezugspunkt.

Die Vereinigung der beiden deutschen Teile (Ost und West) führte im Ostteil von Deutschland zu einer Auflösung des politischen Systems. Reformbereite Kräfte des alten Politsystems „[...] bemühten sich um eine personelle und programmatische Neuorientierung [...]“ (Sontheimer; Bleek, 2005, S. 231) und versuchten, mit oppositionellen „Gruppierungen“ Lösungen für einen Neubeginn zu erarbeiten. Die Stimmung der

⁹ Diese Zeit wird als die bedeutende Partizipationsphase in Deutschland beschrieben, da an Universitäten und in Unternehmen durch Selbstverwaltung und Mitbestimmung neue soziale und ökologische Fragen beantwortet werden wollten (vgl. v. Alemann; Strünck, 2008, S. 1). Das kann für Deutschland im Nachhinein als neue politische Prägung beschrieben werden („Wir wollen mehr Demokratie wagen“ (Willy Brandt, Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969)). Bürger der Ober- und Mittelschicht taten sich zusammen und gründeten außerparlamentarische Organisationen (APO). Sie verfolgten politische Zielsetzungen, teilweise unkonventionell, bis hin zur Anwendung radikaler Gewalt.

¹⁰ Durch die wachsende Autonomie der politischen Professionalisierung der Politiker und Parteifunktionäre gegenüber Parteimitgliedern und Wählern wird es für die „einfachen Parteimitglieder“ immer schwieriger, die politischen Handlungen in der Gänze zu erfassen (vgl. v. Beyme., 2002, S. 336).

Bevölkerung war eher pro westlich orientiert. So wurde schon der erste Wahlkampf zu den Volkskammerwahlen durch die Wahlbündnisse der bundesdeutschen Parteien stark mitgeprägt. Das daraus resultierende Wahlergebnis „[...] zeigte deutlich, dass sich die Wähler nicht am neuen Parteiengefüge der DDR, sondern an den westdeutschen Parteien orientiert hatten“ (Eisen; Stitz, 1999, S. 72). Verkürzt dargestellt wurde dann das politische System der DDR durch die folgenden Landtagswahlen der neu gegründeten Bundesländer im Oktober 1990 und durch die gesamtdeutsche Bundestagswahl im Dezember desselben Jahres aufgelöst (vgl. Eisen; Stitz, 1999, S. 72; Sontheimer; Bleek, 2005, S. 231) und in das politische System der Bundesrepublik Deutschland eingegliedert. Primär änderte sich an dem politischen System nur in den neuen Bundesländern etwas. Für das politische System der alten Bundesländer war die Eingliederung „[...] ziemlich profitabel“ (Sontheimer; Bleek, 2005, S. 231), da es zu einer Zuführung von Wählern und Parteimitgliedern kam (vgl. Sontheimer; Bleek, 2005, S. 231). Wie aus der Abbildung 1 erkennbar, profitierten CDU und FDP am stärksten von diesem Mitgliederzuwachs, um sich danach wieder in den Trend des allgemeinen Mitgliederschwunds einzureihen.¹¹

¹¹ Anmerkung: „Die politischen Großparteien in den westlichen Demokratien – lange Zeit Markenartikel einer gelungenen Bündelung von Bürgerinteressen und -meinungen – sind in den letzten Jahren dramatisch in Verruf geraten. Die Zeichen stehen auf Sturm: Die Partei der Nichtwähler ist in allen ‚Partizipationsdemokratien‘ die einzige Partei, die solide Zuwächse verzeichnen kann“ (Beck, 1993, S. 219).

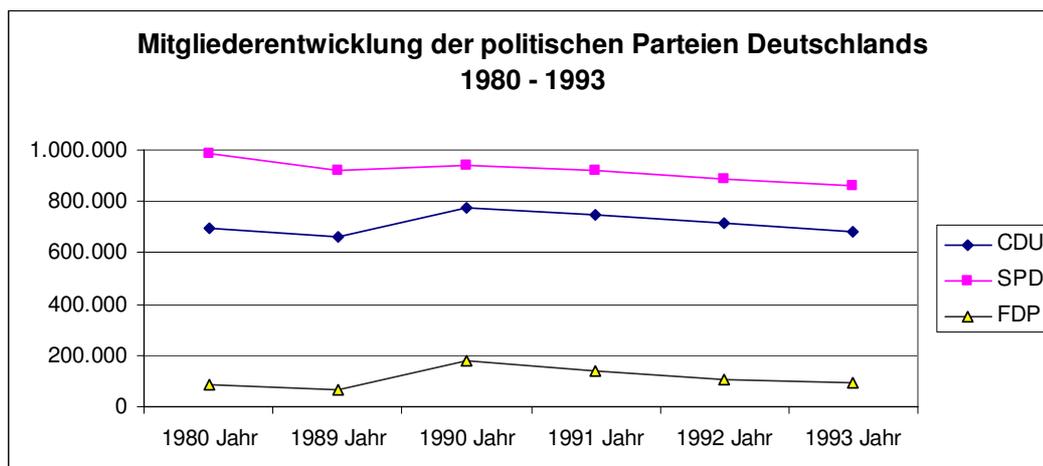


Abbildung 1: Teilausschnitt der Mitgliederentwicklung der politischen Parteien Deutschlands vor und nach der Vereinigung. Eigene Darstellung. Quelle: Rudzio, 2006, S. 153.

Sekundär kam es in dem politischen Parteiensystem nach der Vereinigung beider deutscher Staaten zur Bildung eines „[...] fluiden Fünfparteiensystems“ (Niedermayer, 2007, S. 126), welches sich durch eine zunehmende politische Ausdifferenzierung auszeichnet. Diese Ausdifferenzierung offenbart sich in den weiteren Neugründungen von Parteien und der daraus resultierenden Komplexitätszunahme des deutschen Parteiensystems, die sich unter anderem in wechselnden Koalitionsbildungen manifestiert. Das politische System der Bundesrepublik Deutschland benötigt die Wechselbeziehungen zwischen den unterschiedlichen Parteien, damit Demokratie gelingt. Von daher lassen sich Parteien in diesem System als dessen kleinste Einheiten betrachten. Die spezifischen Aufgaben und Strukturen von Parteien und ihre Stellung in der Gesellschaft werden im nächsten Abschnitt behandelt.

2.2 Parteien

Parteien sind sowohl öffentlich als auch im privaten Leben vorherrschend und „[...] stellen [...] Organisationen der Politik dar, sie legitimieren staatliches Handeln, sie organisieren Interessenvermittlung und

Willensbildung der Aktivbürgerschaft“ (v. Alemann, 2005, S. 43). Umso verwunderlicher ist es, dass es hierzu keine allgemeingültige Definition gibt. Die Grundannahme darüber, was eine Partei ist, basiert zumeist auf „Welterklärungsversuchen“, und was eine Partei soll, auf situativen, subjektiven Spontanäußerungen. Von daher bleibt auch in dieser Arbeit die Begriffsbestimmung der politischen Partei ein vorsichtiger Versuch. Leichter fällt indes die Beschreibung der Aufgaben, die den Parteien zukommen. Die Parteiforscher haben in dem Zusammenhang fünf gesellschaftliche Aufgaben formuliert:

- ideologische und programmatische Fakten der Gesellschaft aufzunehmen und in einen politischen Prozess umzusetzen,
- die Regierungsbildung,
- Transparenz herzustellen, damit politische Entscheidungen eine breite Unterstützung in der Bevölkerung erlangen,
- die Sicherung der Exekutiv- und Legislativfunktion und
- Sozialisations- und Mobilisierungsfunktion bei der politischen Willensbildung

(vgl. v. Alemann, 1992, S. 90; Stöss; Niedermayer, 1993, S. 26ff.).

Um sich dem Parteibegriff im politischen System anzunähern, lassen sich drei Abgrenzungen vornehmen: Politische Parteien können soziologisch, juristisch und organisatorisch beschrieben werden. In diesem Abschnitt wird die oben skizzierte Gliederung der Definitionen nicht stringent beibehalten, da sich die Trennung nicht immer deutlich kennzeichnen lässt und diese für die Thematik der Arbeit nicht zentral ist. Deshalb steht auch im Vordergrund „nur“ die „Annäherung an einen komplexen Begriff“ (Lösch, 2006, S. 7).

Parteien können als Organisationen beschrieben werden, die durch Personenzusammenschlüsse eine stabile Struktur aufweisen und nach außen als klar abzugrenzende Institutionen auftreten. Zudem kann die Organisation ihre internen Handlungsabläufe und Grundsätze regeln, wie zum Beispiel anhand von Organisationsstatuten, die über Regeln und

Mitgliedschaftsrollen entscheiden. Ferner ist die Organisation ein in sich geschlossenes Konstrukt, welches seiner eigenen Handlungslogik folgt (vgl. Wiendieck, 1994, S. 17ff.; Deeg; Weibler, 2005, S. 28). Dies sind essenzielle Merkmale, die Parteien benötigen, um Handlungsfähigkeit herzustellen und sich gleichzeitig von anderen Parteien und Organisationen abzugrenzen.

Grundsätzlich, und dies zeigen die beschriebenen Entwicklungsschritte des deutschen politischen Parteiensystems, sind Parteien ein Teil der demokratischen Gesellschaftsorganisation (vgl. Lösche, 2006, S. 7). Und, obwohl sie vom Bürger ausgehen (vgl. Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz) § 2), weisen sie die Tendenz zur Oligarchie auf. Dies verdeutlicht besonders der Strukturwandel von der Mitgliederpartei zur Berufspolitikerpartei (vgl. Michels, 1970, S. 25) seit Anfang des 19. Jahrhunderts bis Anfang der 1970er-Jahre (vgl. v. Beyme, 2002, S. 332).

Politische Parteien sind freiwillig geschaffene Organisationen, die stets auf Werbung um Wählerstimmen aus sind, um ihre Macht auszuüben, beziehungsweise zu stabilisieren und/oder zu erweitern (vgl. Weber, 2005, S. 211ff.). „[...] [Politische] Parteien [...] sind Organisationen, die irgendwo zwischen Gesellschaft und Staat zu verorten sind“ (Lösche, 2006, S. 7). Falls dies so ist, kann davon ausgegangen werden, dass sich in der Partei die Gesellschaftsstrukturen abbilden. Treffend hat *Rohe* die soziologische Definition von Max Weber umschrieben, indem er die politischen

„[...] Parteien als eine relativ dauerhafte Gruppierung [beschreibt], die sich die Durchsetzung gemeinsamer politischer Vorstellungen zum Ziel gesetzt haben und dafür sowohl eine Vertretung in Parlamenten bzw. Gemeinderäten als auch eine Anhängerschaft in der politischen Gesellschaft suchen [...]“ (Rohe, 2002, S. 40),

um auf die politische Willensbildung Einfluss nehmen zu können.

Bürger können sich zusammenschließen und aus ihrer Vereinigung heraus eine dauerhafte Organisation gründen, mit der Zielsetzung der politischen Willensbildung. „Ihre Gründung ist frei“ (Art. 21 Abs. 1, Satz 2, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, 2006). Dieser Verein bedarf der Absicht, im Bundestag oder Landtag mitzuwirken, und der „[...] Ernsthaftigkeit dieser Zielsetzung“ (Merten, 2007, S. 81). Politische Parteien sind Vereine mit einem verfassungsinstitutionellen Status, der in Art. 21 Abs.1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland geregelt ist.

„Artikel 21 (1) Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muß den demokratischen Grundsätzen entsprechen. Sie müssen über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft geben“ (Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland).

Hält eine Partei diese Grundsätze nicht ein, kann sie verboten werden.

„Artikel 21 (2) Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig. Über die Frage der Verfassungswidrigkeit entscheidet das Bundesverfassungsgericht“ (Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland).

Das haben die „Urheber“ des Grundgesetzes (GG) angesichts der geschichtlichen Erfahrung Deutschlands darin verankert.

Ferner grenzen sich politische Parteien insofern von Vereinen ab, als politische Parteien die Pflicht zur Bildung demokratischer Strukturen nach Art. 21 Abs.1 Satz 3 GG aufweisen müssen (vgl. Tsatsos, 2002, S. 147). Nähere Ausführungen dazu sind in einem gesonderten Parteiengesetz

aus dem Jahre 1967 erlassen worden. Auf diese inneren Strukturen, die durch das Parteiengesetz vorgegeben wird, liegt in dieser Arbeit ein besonderes Augenmerk, da sich hieraus parteiinterne Wege aufzeichnen lassen, die Bedeutung der innerparteilichen Partizipation, Repräsentation und Willensbildung darzustellen. Auf die gesonderten Strukturen der Sozialdemokratischen Partei wird im weiteren Verlauf dieser Arbeit separat eingegangen.

Gemäß § 6 des Gesetzes über die politischen Parteien (Parteiengesetz), in Folge als PartG abgekürzt, muss jede Partei eine schriftliche Satzung und ein Parteiprogramm aufweisen. In dem Parteiprogramm werden die Grundsätze – von daher auch oftmals als Grundsatzprogramm¹² benannt - der politischen Partei und deren Zielsetzungen beschrieben. Die Grundsatzprogramme dienen der programmatischen Festlegung „[...] einer Partei sowohl nach innen, gegenüber den Mitgliedern, als auch nach außen gegenüber den Wählern [...]“ (Kunz; Maier; Stammen, 1975, S. 28). Infolgedessen sind Grundsatzprogramme als „Parteileitfaden“ anzuschauen, die Auskünfte über das Sollziel vermitteln. So wird dann auch ein Programm langfristig zur Grundorientierung proklamiert, um der Partei interne Stabilität zu gewähren, dem Wähler langfristige Orientierung¹³ zu geben und die Abgrenzung zur Wahlkonkurrenz zu kennzeichnen.¹⁴

Die Parteisatzung steht für die innere Struktur und weist einen Teil der Aufbau- und Ablauforganisation der Parteiorganisation aus.

Konkretisiert wird die Aufbau- und die Ablauforganisation in den §§ 7, 8 und 9 PartG. Aus dem § 7 PartG geht hervor, dass sich die Partei in

¹² In dieser Arbeit wird weiterführend von Grundsatzprogrammen gesprochen, da die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ihre Programme als solche bezeichnet.

¹³ Zur kurzfristigen Orientierung dienen Wahlprogramme, die sich aus dem Grundsatzprogramm herleiten.

¹⁴ So hat die SPD von der Gründung bis heute sechs Grundsatzprogramme verfasst (1891 Erfurter Programm; 1921 Görlitzer Programm; 1925 Heidelberger Programm; 1959 Godesberger Programm; 1989 Berliner Programm und 2007 Hamburger Programm).

Gebietsverbände gliedert, um dem „[...] einzelnen Mitglied eine angemessene Mitwirkung an der Willensbildung [...]“ (§ 7 Abs.1 PartG) zu ermöglichen. Erforderliche Parteiorgane sind die Mitgliederversammlungen und der Vorstand (vgl. § 8 Abs. 1 PartG). „Der Mitgliederversammlung kommt gegenüber dem Vorstand eine besondere Vorrangstellung zu“ (Tsatsos, 2002, S. 149), da die Mitgliederversammlung¹⁵ oder die Vertreterversammlung (auch Parteitag genannt) das oberste Organ der Partei darstellt. Hieraus leitet sich ab, dass alle Beschlüsse weiterer Parteiorgane gegenüber den Beschlüssen der Mitgliederversammlung zurückzustellen sind (vgl. § 9 Abs 1 PartG). Die Mitgliederversammlung ist faktisch die Machtzentrale einer Partei. Sie wählt den Vorstand und weitere Teilnehmer anderer Parteiorgane und „[...] ist zuständig für alle Parteiangelegenheiten [...]“. (Tsatsos, 2002, S. 149). Im Zuständigkeitsbereich des Vorstands¹⁶ liegen die laufenden Geschäfte, die Parteileitung und die Außenvertretung (vgl. PartG § 11 Abs. 3). Für eventuelle Streitfragen oder Ausschlussverfahren von Mitgliedern hat jede Ebene ein Parteischiedsgericht einzurichten und Verfahrensordnungen festzulegen (vgl. § 10 PartG). Eine Reglementierung zur Mitwirkung bezüglich einer Altersunter- oder Obergrenze wird in dem Parteiengesetz nicht ausgeführt. Lediglich im Grundgesetz wird eine Altersgrenze im Zusammenhang mit den Wahlrechtsvoraussetzungen beschrieben. Grundlegend wird dort auf ein Mindestalter der Wahlfähigkeit eingegangen „Wahlberechtigt ist, wer das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat; wählbar ist, wer das Alter erreicht hat, mit dem die Volljährigkeit eintritt“ (GG Art. 38 Abs. 2). Unterschieden wird hier grundsätzlich zwischen dem aktiven Wahlrecht, also ab welchem Alter gewählt werden kann und dem passiven Wahlrecht, wer ist wählbar.

¹⁵ „Die Parteitage treten mindestens in jedem zweiten Kalenderjahr einmal zusammen“ (§ 9 Abs. 1 PartG).

¹⁶ Auch der Vorstand muss alle zwei Jahre neu gewählt werden und aus mindestens drei Mitgliedern bestehen (vgl. § 11 Abs. 1 PartG).

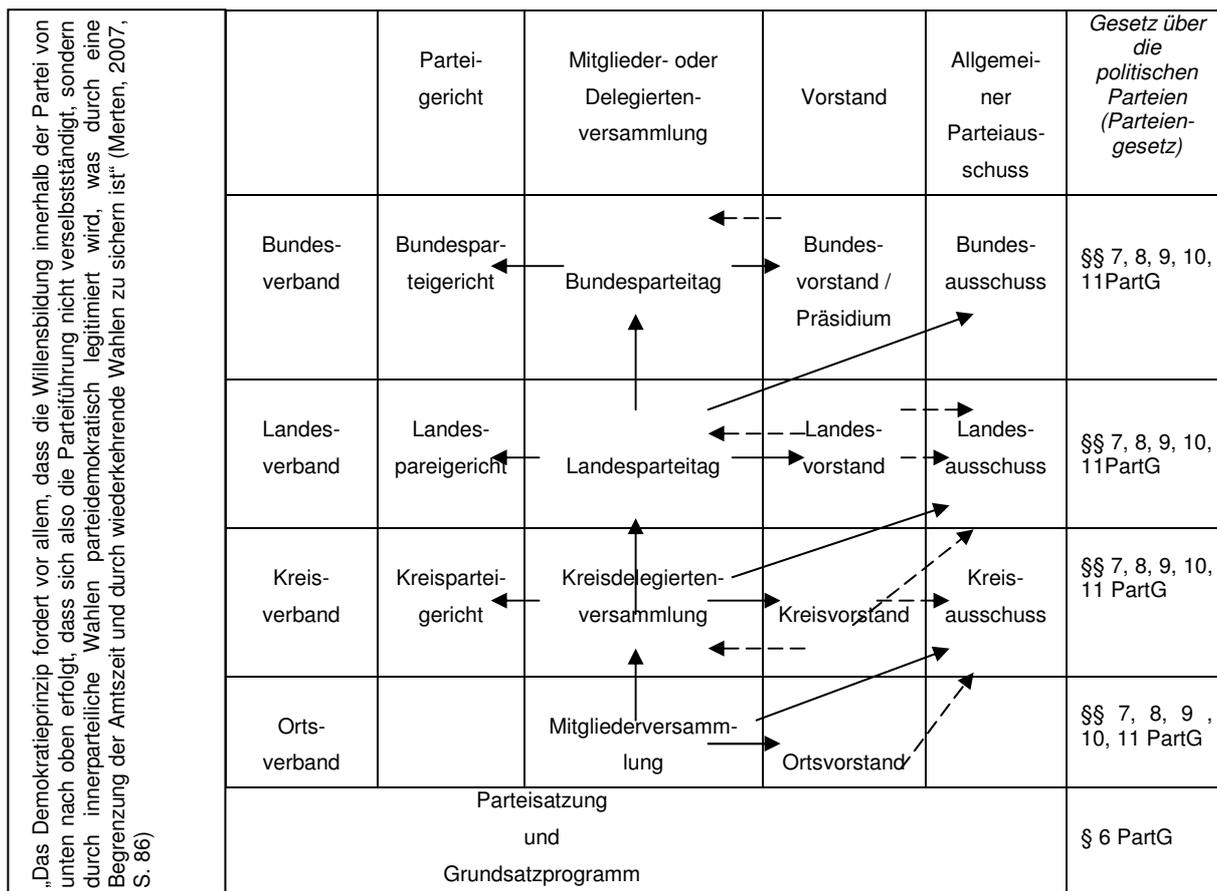


Abbildung 2: Horizontale, vertikale Aufbaustruktur und Organe einer Partei. Eigene Darstellung. Quelle: Niclauß, 2002, S. 150; Rudzio, 2006, S. 139.

2.3 Zwischenfazit: politische Parteien

Bevor nun weiterführend die Sozialdemokratische Partei Deutschlands beschrieben wird, werden einige wesentliche Punkte aus dem Kapitel zwei dargestellt. Das Parteiensystem in der Bundesrepublik Deutschland hat sich durch die rasante Industrialisierung und der mit ihr verbundenen Spaltung zwischen Arm und Reich in vier politischen Hauptströmen entwickelt, die wir so heute noch in den politischen Parteien erkennen können. Dabei hat Deutschland bei der Bildung des Parteiensystems durch verschiedene historische Einflüsse – der letzte war die Vereinigung der beiden deutschen Staaten – eine zunehmende politische Ausdifferenzierung erfahren, die sich durch den „[...] ideologischen

Standort der Parteien auf der Links-rechts-Achse“ (Wiesendahl, 2006a, S. 76) darstellen lässt. Das politische System der Bundesrepublik Deutschland benötigt unterschiedliche Parteien, damit Demokratie gelingen und man von einem Parteiensystem sprechen kann. Politische Parteien sind Zusammenschlüsse von Bürgern zum Zwecke der politischen Gestaltung und zur Teilnahme an Wahlen. Parteien agieren als soziale Organisationen in der Ausformung ihrer Strukturen und Abläufe nicht eigenständig, sondern passen sich ständig gesellschaftlichen Bedingungen an und „[...] streben nach unmittelbarer Beteiligung an der politischen Willensbildung im Parlament“ (Lohmar, 1968, S. 4). Politische Parteien konzipieren eigene Programme zur Darstellung und Verwirklichung der politischen Willensbildung, wobei die innerparteiliche Willensbildung und die Aufbauorganisation im Rahmen des Parteiengesetzes klar geregelt sind. Als höchstes Gremium fungiert auf allen Ebenen die Mitgliederversammlung – diese wählt den Vorstand, der für zwei Jahre die Parteiführung und Außenvertretung wahrnimmt.

3. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Ein Überblick, von der Gründung bis zur Gegenwart der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, erfolgt zu Beginn dieses Abschnittes. Folgend wird die Organisationsstruktur der Partei beschrieben, und anschließend erfolgt eine Übersicht über die Seniorenpolitik innerhalb der Partei und die Vorstellung der Arbeitsgemeinschaft 60 plus, von den Gründungsgedanken bis zur heutigen Zeit.

3.1 Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die älteste Partei Deutschlands, deren Wurzeln bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts zurückreichen. Anfänglich war es keine Partei, sondern eine soziale Bewegung, deren Gründungsdatum mit dem 23. Mai 1863 angegeben

wird. Durch die Industrialisierung und die gesellschaftlichen Veränderungsprozesse kam es zu sozialen und politischen Unsicherheiten und Krisen. Arbeiter waren über ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen, die immer schneller wachsenden Städte und Industrielandschaften „[...] und über ihre politische und soziale Deklassierung“ (Vogel, 1988, S. 14) aufgebracht. So schlossen sich Arbeiter und Gesellen, deren Arbeits- und Lebensbedingungen identisch waren, zu verschiedenen Vereinigungen zusammen. Hieraus bildete sich schrittweise eine „moderne Arbeiterbewegung“ (Walter, 2002, S. 7). *Ferdinand Lassalle* gründete zu dieser Zeit den „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“ in Leipzig (vgl. Miller; Ristau, 1988, S. 7; Jun, 2007, S. 381). Im Jahre 1869 gründeten *August Bebel* und *Wilhelm Liebknecht* eine weitere Arbeiterpartei, die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (vgl. Münkel, 2007, S. 10). Trotz leichter programmatischer Differenzen konnte bei dem ersten Parteitag im Jahre 1871 in Gotha ein Kompromiss zwischen beiden gefunden und eine Parteienfusion erreicht werden. Das Ergebnis manifestierte sich in dem ersten „Gothaer Parteiprogramm“ (vgl. Münkel, 2007, S. 11). Annähernd zwanzig Jahre später, auf dem zweiten Parteitag im Jahre 1891 in Erfurt, wurden die Namen der Arbeiterparteien auf eine gemeinsame Bezeichnung festgelegt: die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) (vgl. Münkel, 2007, S. 13). Von nun an etablierten sich die Sozialdemokraten rasch als Partei, und ihr Mitgliederbestand wuchs beständig. Bei der Reichstagswahl von 1890 erzielten die Sozialdemokraten schon 19,7 % und wurden somit stärkste Partei im Kaiserreich (vgl. Potthoff, 1975, S. 47). Sie vermehrten weiterhin ihre Stimmanteile auf 34,8 Prozent im Jahre 1912 und waren somit mit 110 Abgeordneten die größte Partei im Reichstag¹⁷ (vgl. Walter, 2002, S. 28). Allerdings spaltete sich die SPD nochmals. Im Ersten Weltkrieg wurde eine große Summe an Rüstungsgeldern benötigt, und eine kleine Gruppe der sozialdemokratischen Fraktion scherte aus der Partei aus, da sie

¹⁷ Bis zu diesem Zeitpunkt war Politik fast ausschließlich Männersache.

gegen weitere Kriegskreditvorlagen war. *Karl Liebknecht* brach im Dezember 1914 die Fraktionsdisziplin, und einige Genossen folgten ihm, woraufhin die Abtrünnigen aus der Partei ausgeschlossen wurden. Die Splittergruppe gründete im Jahre 1916 eine neue Partei, und zwar: die Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD). Die Spaltung blieb fortan bestehen und in Deutschland gab es wieder zwei Arbeiterparteien. Der weitere Weg von der USPD als „chaotische Protestbewegung“ (Walter, 2002, S. 50) bis zum Übertritt in die KPD wird hier nicht weiter verfolgt. Hier soll lediglich noch angemerkt werden, dass nicht alle Parteimitglieder der USPD zur KPD überwechselten, sondern im Jahre 1922 als „[...] Rest-USPD in den Schoß der Mutterpartei [...]“ (Potthoff, 2002a, S. 115) zurückkehrten.

„Trotz des [...] Aufschwungs blieb die Sozialdemokratie eine Partei der industriell-gewerblichen Arbeiterschaft“ (Potthoff, 2002a, S. 57) mit einem jungen Mitgliederbestand. So waren ungefähr 70 Prozent der Parteimitglieder unter vierzig Jahren (vgl. Walter, 2005b, S. 35). Die SPD rekrutierte ihre Klientel aus den mitteldeutschen Industriemetropolen, während ihr der Erfolg bei den Landarbeitern und katholischen Arbeitern verwehrt blieb. Denn jene Klientel stand vornehmlich unter dem konservativen Einfluss der *Upperclass*.

Dem Erbe der Weimarer Republik, den Wirren und Problemen, die die Nachkriegszeit mit sich brachten, mussten sich das Parlament und die Regierung stellen. Dies geschah unter der Führung des sozialdemokratischen Reichspräsidenten *Friedrich Ebert* und des Reichskanzlers *Philipp Scheidemann*. Nach der Reichstagswahl vom Juni 1920 stellte die konservative Zentrumspartei die Regierung. Die Sozialdemokraten zogen sich aus der ersten Reihe der Politik vorerst zurück. Aufstand und „[...] Hyperinflation hatte[n] der Arbeiterbewegung furchtbar zugesetzt“ (Walter, 2002, S. 63). Die bisherige Regierungsbeteiligung wurde von vielen Mitgliedern eher als Last wahrgenommen, sodass der Verlust der Verantwortung nicht besonders

schwerfiel (vgl. Potthoff, 1975, S. 97; Münkel, 2007, S. 23). Veränderte politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen erforderten neue richtungweisende Entgegnungen.

Auf dem Parteitag in Görlitz 1921 definierte sich die SPD als „[...] Partei des arbeitenden Volkes in Stadt und Land“ (im Original kursiv) (Münkel, 2007, S. 22) und stellte sich damit als Volkspartei auf.

Im Jahre 1925 wurde das Heidelberger Programm verabschiedet, welches als Zugeständnis an den linken Flügel der SPD betrachtet wird – dies war der Preis, der für die Heimkehrer aus der USPD bezahlt werden musste (vgl. Münkel, 2007, S. 22). Das verabschiedete Heidelberger Parteiprogramm wies damals schon auf eine europäische Wirtschaftseinheit hin (vgl. Potthoff, 1975, S. 103). Drei Jahre nach Heidelberg wurde Deutschland abermalig von einer sozialdemokratischen Mehrheit regiert. Die Partei wies zu diesem Zeitpunkt allerdings einen geringen Anteil junger Mitglieder auf. So waren 8 Prozent der Mitglieder unter 25 Jahren und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion besaß das höchste Durchschnittsalter (vgl. Potthoff, 1975, S. 104).

Anfang der 1930er-Jahre geriet die SPD abermals in eine parteiinterne Krise, die zur Folge hatte, dass sich links der Partei eine neue Partei anordnete, die sozialistische Arbeiterpartei (SAP). Dieser Partei schlossen sich vor allem die jungen Sozialdemokraten an, da sie sich von der SPD-Politik nicht mehr getragen fühlten. Zu ihnen gehörte unter anderem der „Lübecker Gymnasiast Herbert Frahm“ (Walter, 2002, S. 81), der kurze Zeit später nach Norwegen flüchtete und den Namen *Willy Brandt* annahm.

Infolge der Machtübernahme der Nationalisten brach erstmals die politische Vielfalt in Deutschland zusammen. Die SPD weigerte sich als einzige Partei, dem Ermächtigungsgesetz der Nationalsozialisten

zuzustimmen und stimmte geschlossen dagegen¹⁸. Im Mai 1933 wurden von den Nationalisten Gewerkschaftsbüros überfallen und Funktionäre ermordet. Vorausschauend rechneten SPD-Mitglieder mit dem gleichen Schicksal, und im Juni 1933 wurde die Parteiarbeit der SPD verboten. Ein Teil des Parteivorstands emigrierte nach Prag, von wo aus Widerstandsarbeit organisiert wurde (vgl. Potthoff, 1975, S. 127). Die Prager SPD-Verbannten verstanden sich als das SPD-Sprachrohr¹⁹ für die Welt (vgl. Potthoff, 2002a, S. 158) und wollten aus der Emigration heraus gemeinsam mit den Personen, die im Untergrund lebten, die „[...] sozialdemokratischen Ideen, Einstellungen, Traditionen und Ideale [...]“ (Münkel, 2007, S. 23) bewahren und weitergeben und hierdurch die demokratische Denkweise aufrechterhalten.

Denjenigen, die nicht emigrierten, blieb oft nur der Weg in die Illegalität oder die Anpassung. Im Vorfeld hatten die Sozialdemokraten versucht, da, wo sie noch über exekutive Wege verfügten – in Baden, Hessen, Hamburg – durch Berufsverbot und Polizeiaktionen gegen die Nationalsozialisten vorzugehen (vgl. Walter, 2002, S. 87). Die Zeit vor der Machtübernahme Hitlers wurde zur Vorbereitung für die illegale Arbeit von einigen SPD-Mitgliedern genutzt. Im Dritten Reich spielte das sozialdemokratische Milieu²⁰ eine bedeutende Rolle. Durch diesen Zusammenschluss, der schon aus Sicherheitsgründen essenziell war, griff

¹⁸ Hierauf ist die Partei heute noch stolz: „Und wir sind die Einzigen, die in einer historischen Stunde, nämlich der Sitzung des Reichstags vom 23. März 1933, in der Hitler das Ja zu einem Ermächtigungsgesetz forderte, dem Diktator mit einem klaren Nein entgegentraten“ (Vogel, 1988, S. 13).

¹⁹ Allen voran ist der Exilvorstand zu benennen: der erste Vorsitzende Otto Wels (1933 = 60 Jahre alt); zweiter Vorsitzender Siegmund Hans Vogel (im Jahre 1933 = 52 Jahre alt); Parteikassierer Crummenerl (im Jahre 1933 = 41 Jahre alt); Friedrich Stampfer (im Jahre 1933 = 59 Jahre alt); Paul Hertz (im Jahre 1933 = 45 Jahre alt); Erich Ollenhauer (im Jahre 1933 = 32 Jahre alt); Siegfried Aufhäuser (im Jahre 1933 = 49 Jahre alt) (vgl. Potthoff, 2002a, S. 158).

²⁰ Das sozialdemokratische Milieu der Arbeitervereine bedeutete: Strukturen der Kommunikation, Informationsfluss, Geselligkeiten, Stammtische, Diskussionsrunden und Vereinstreffen. Das Vereinssystem wurde von den Nationalsozialisten unterbunden, und somit versiegte die Quelle für kulturelle und politische Fortentwicklung (vgl. Walter, 2002, S. 102ff.; Münkel, 2007, S. 24).

man auf frühere politische und gewerkschaftliche Verbindungen zurück. Anfänglich fehlte es zumeist an Untergrunderfahrung. Das führte zu einer schnellen Verhaftungswelle und teilweise auch zur Tötung der Widerstandskämpfer. Die meisten politischen Gefangenen, die bis zum Jahre 1939 interniert, gefoltert oder auf eine andere Art und Weise schikaniert wurden, gehörten der Arbeiterbewegung an (vgl. Weisenborn, 1974, S. 134). Ungeachtet aller Repressalien der Nationalsozialisten war „[...] die sozialdemokratische Gesinnungsgemeinschaft [...] außerordentlich stabil“ (Potthoff, 1975, S. 132). Trotz aller verhängnisvollen Schläge der Gestapo bildete sich ein resistenter junger Widerstandskern, der schon im Jahre 1933 „[...] eine geistige und organisatorische Neuerung der SPD forderte[.]“²¹ (Potthoff, 1975, S. 133).

Nach 12-jähriger Diktatur und dem Zusammenbruch Deutschlands formierte sich eine sozialdemokratische Bewegung, die mit *Kurt Schumacher* und *Erich Ollenhauer* in einem Arbeiterviertel von Hannover ihre Vorsitzenden wählten. Das „Büro-Schumacher“ in Hannover-Linden, sollte die neue Keimzelle der SPD in den westlichen Besatzungszonen werden (vgl. Merseburger, 1995, S. 201). Im Osten lösten sich unter dem Druck der Ostbesatzungsmacht die SPD und KPD in der SED auf (vgl. Walter, 2002, S. 117ff.).

„Im Westen „[...] stießen viele Aktivisten ehemaliger sozialistischer Splittergruppen“ (Miller, 2002, S. 176) zur SPD. Die „[...] Parteiorganisation stand strukturell wie personell in direkter und mittelbarer Kontinuität zur Zeit vor 1933. [...]. Lokalorganisationen, Unterbezirks- und Bezirksverbände entstanden in der überlieferten Form“ (Weber, 1986, S. 309). Ende 1946 hatte die SPD im Westen 633.244 Mitglieder, die sich über 8.000 sozialdemokratische Ortsvereine verteilten

²¹ Dieser Widerstandgruppe gehörten unter anderem Kurt Schumacher (im Jahre 1933 = 38 Jahre alt) (10 Jahre im KZ), Julis Leber (im Jahre 1933 = 42 Jahre alt) an (vgl. Potthoff, 1975, S. 133).

(vgl. Merseburger, 1995, S.335; Potthoff, 2002a, S. 117). Der erwartete Wahlsieg blieb allerdings aus. Im Nachkriegsdeutschland ging schon bei den ersten Kreis- und Landtagswahlen die CDU als Sieger hervor (vgl. Münkel, 2007, S. 279). Auch die erste Bundestagswahl im Jahre 1949 konnte die SPD nicht für sich entscheiden (vgl. Statistisches Bundesamt, 2005, S. 17). Dies führte intern zu heftigen Diskussionen, die nach dem Tod von Kurt Schumacher²² im Jahre 1952 und einer weiteren verlorenen Bundestagswahl 1953 erneut als Anlass zur Reformdiskussion aufgenommen wurden (vgl. Münkel, 2007, S. 28). Dies brachte die Partei dazu, über die Bewältigung der Parteivergangenheit nachzudenken. Ein neuer Kurs sollte angesteuert werden – dies forderten Carlo Schmidt und Heinrich Albertz²³ (vgl. Miller, 1975, S. 35; Walter, 2002, S. 142). In diese Parteireformdiskussion schalteten sich vermehrt *Herbert Wehner* und *Willy Brandt* ein. Insbesondere wurde über die „[...] sprachlich einseitige Ausrichtung auf die Arbeiterschaft sowie die Ignoranz gegenüber den gesellschaftlichen Verschiebungen zwischen Arbeiter- und Arbeitnehmerschaft [,]“ (Münkel, 2007, S. 28) diskutiert. Ferner wurde die Parteisymbolik, die rote Fahne, das kollegiale „Du“ und die Anrede „Genosse“ infrage gestellt. Die Reformdiskussionen gingen allerdings nicht spurlos an der Partei vorbei, wandten sich doch viele Mitglieder von der Partei ab. „Statistischen Untersuchungen zufolge waren damals nur 3 % der SPD-Mitglieder unter 25 Jahren, lediglich ein Drittel von ihnen hatte das 45. Lebensjahr noch nicht überschritten“ (Walter, 2002, S. 128). Eine im Jahre 1953 vom Parteivorstand beauftragte Kommission sollte sich mit politischen und theoretischen Fragen der sozialdemokratischen Politik auseinandersetzen und zwischen Reformern und Traditionalisten zu vermitteln. Hierbei sollten die Fragen der traditionellen Symbolik und

²² Umfragen zufolge war Kurt Schumacher der meistbewunderte Politiker in Deutschland, während beispielsweise Adenauer überhaupt nicht benannt wurde (vgl. Miller, 1975, S. 18).

²³ Carlo Schmidt (im Jahre 1953 = 57 Jahre alt), Heinrich Albertz (im Jahre 1953 = 38 Jahre alt).

das Verhältnis zwischen Kirche und SPD geklärt werden. Aus dieser Diskussion heraus wurde erkannt, dass die Partei ein neues zeitgemäßes Grundsatzprogramm benötigte. Auf dem Parteitag 1954 in Berlin wurde dann eine weitere Kommission²⁴ gebildet, in der Absicht, ein neues Grundsatzprogramm zu entwerfen.

„Es wird dabei von der Erwartung ausgegangen, daß das neue Programm keinesfalls die stolze Tradition der SPD verleugnet. Das neue Grundsatzprogramm soll zum Ausdruck bringen, dass die SPD die Partei aller Schaffenden ist. Sie lehnt darum jede Vertretung von Gruppeninteressen politischer und wirtschaftlicher Art ab, soweit diese dem Gesamtwohl entgegenstehen“ (Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschland, 1954, S. 364).

Auf dem außerordentlichen Parteitag der SPD im November 1959 wurde dann das neue Grundsatzprogramm angenommen. Dies führte zur innerparteilichen Entspannung und in der Öffentlichkeit zu einer Erneuerung des Erscheinungsbildes. In dem oft zitierten Godesberger Grundsatzprogramm der SPD postulierte die Partei unter anderem soziale Verantwortung:

„Jeder Bürger hat im Alter, bei Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit oder beim Tod des Ernährers Anspruch auf eine staatliche Mindestrente“ (Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 1959, S. 22).

Die SPD setzt sich für „[...] eine umfassende Gesundheitssicherung [ein]“ (Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 1959, S. 23). Und „die Gleichberechtigung der Frau muß rechtlich, sozial und wirtschaftlich verwirklicht werden“ (Vorstand der Sozialdemokratischen

²⁴ Dieser Kommission gehörten u. a. an: Erich Ollenhauer, Wilhelm Mellies, Fritz Erler, Walldemar v. Knoeringen, Carlo Schmid, Herbert Wehner und Alfred Nau (vgl. Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschland, 1958, S. 286)

Partei Deutschlands, 1959, S. 23). Weiterhin wurden die Kirchen als Partner angesehen (vgl. Walter, 2002, S. 154).

„Die Sozialdemokratische Partei achtet die Kirche und die Religionsgemeinschaften, ihren besonderen Auftrag und ihre Eigenständigkeit. Sie bejaht ihren öffentlich-rechtlichen Schutz“ (Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 1959, S. 25).

All das wurde aufgenommen, um „[...] von verschiedenen Schichten wählbare „Volkspartei“ zu werden“ (Miller, 1975, S. 38). Der Ansatz zum politischen Paradigmenwechsel, von der marxistischen Ideologie zu den Grundwerten von *Freiheit*, *Gerechtigkeit* und *Solidarität*, wurde erfolgreich eingeleitet (vgl. Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 1959, S. 13). Diese drei Grundwerte sind im sozialdemokratischen Verständnis gleichrangig.

Freiheit

Jeder Mensch kann sich frei entfalten und als Gesellschaftsmitglied „[...] verantwortlich am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben [...] mitwirken [...]“ (Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 1959, S. 13).

Gerechtigkeit

Die gleiche Würde aller Menschen ist die Zielsetzung der Politik. Dabei „[...] liegt der Anspruch auf der Selbstverantwortung ebenso wie in der Anerkennung des Rechts seiner Mitmenschen [...] an der Gestaltung der Gesellschaft gleichberechtigt mitzuwirken“ (Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 1959, S. 13).

Solidarität

Solidarität ist die gegenseitige gemeinschaftliche Verpflichtung. Dazu hat der Sozialstaat als Voraussetzungen

„[...] zu schaffen, dass sich der Einzelne in der Gesellschaft frei entfalten und sein Leben in eigener Verantwortung gestalten kann. Gesellschaftliche Zustände, die zu individuellen und sozialen Notständen führen, dürfen nicht als unvermeidlich und unabänderlich hingenommen werden. Das System sozialer Sicherung muß der Würde selbstverantwortlicher Menschen entsprechen“ (Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 1959, S. 22).

Nach dem Godesberger Parteitag stieg der Anteil der Parteimitglieder wieder und die Parteistruktur verjüngte sich deutlich (vgl. Mille, 1975, S. 7). So waren im Jahre 1975 nach Angaben des SPD-Parteivorstandes ca. 31 % der SPD-Mitglieder unter 30 Jahre und ca. 22 % über 60 Jahre.²⁵ In dieser Zeit, der allgemeinen Politisierung der Gesellschaft, hatte die SPD einen besonders hohen Zulauf junger Neumitglieder. „Zahlreiche Parteigliederungen wurden reaktiviert [...]“ (Kleinert, 2008, S. 12). „Eine besondere Rolle spielten dabei die Jungsozialisten“ (Kleinert, 2008, S. 12).

²⁵ Während 1960 55,3 Prozent der Eingetretenen unter 40 Jahre alt waren, betrug 1969 der Anteil dieser Altersgruppe 67,2 Prozent und 1972 75,2 Prozent (dabei 19,7 Prozent unter 21 Jahren) (vgl. Miller 1975, S. 51).

Mitgliederentwicklung der SPD 1959 bis 1976

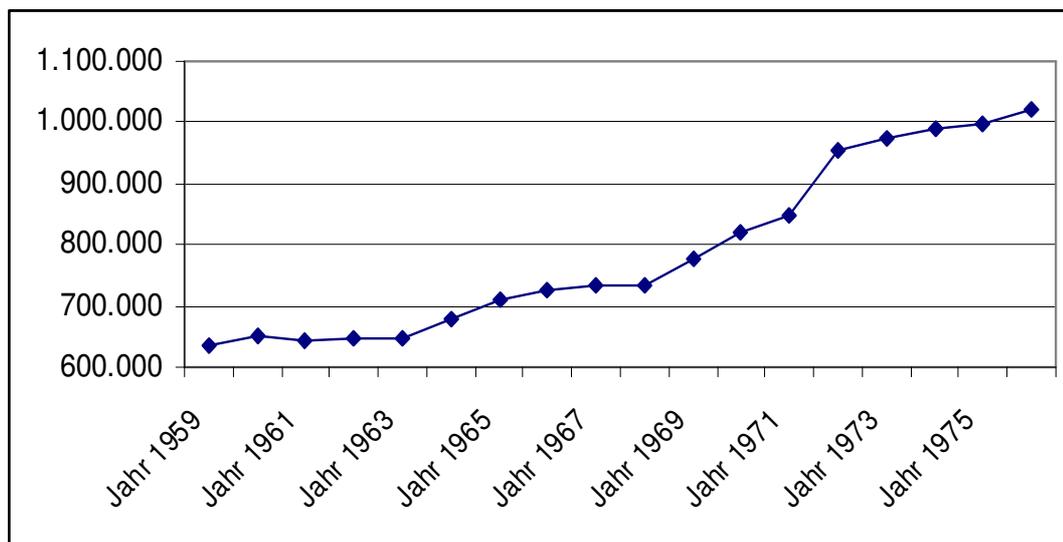


Abbildung 3: Mitgliederentwicklung der SPD 1959 bis 1976. Eigene Darstellung. Quelle: Daten des SPD-Parteivorstandes.

Nicht nur die Mitgliederzahl nahm beachtlich zu, auch bei den Bundestagswahlen stiegen die Stimmanteile. Seit der ersten Bundestagswahl im Jahre 1949 bis zum Jahre 1965 hat die SPD beständig Wählerstimmen dazu gewinnen können.

Im Jahre 1966 wurde die SPD erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg wieder an der Regierungsverantwortung beteiligt, durch eine große Koalition zwischen CDU/CSU und SPD. „Die Beteiligung an der Großen Koalition war für die Sozialdemokraten machtpolitisch [...] wichtiger als alle innerparteilichen Organisations- und Programmreformen“ (Walter, 2002, S. 175). Hier konnte die SPD lernen, mit der Macht umzugehen und Regierungserfahrung sammeln.

Die Bundestagswahl im Jahre 1969 brachte dann die ersehnte Wende. Die SPD erhielt die Gelegenheit erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland einen Bundeskanzler zu stellen, indem sie eine Koalition mit der FDP einging. Dies war der vierte Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, *Willy Brandt*, der zum Zeitpunkt der

Bundeskanzler-Wahl 56 Jahre alt war. Die Wahl von 1969 stellte indes noch nicht den endgültigen Zenit der SPD dar, erzielte sie doch bei der Bundestagswahl 1972 einen Stimmenanteil von 48,9 %. Das war bisher das höchste Wahlergebnis, welches die SPD bei einer Bundestagswahl erreichen konnte. *Willy Brandts* zweiter Amtszeit folgte ein schwerer Sturz, der ab 1974 zu einem neuen sozialdemokratischen Bundeskanzler²⁶ führte.

Innerparteilich veränderte sich die Partei schon etwas länger. Durch die 1968er-Jahre zog ein großer Teil der politisierten Studenten in die SPD ein und veränderte die Ortsvereinsversammlungen dahin gehend (vgl. Walter, 2002, S. 196; Sonntheimer; Bleek, 2005, S. 59), dass diese jungen Parteimitglieder ihre geistige Freiheit gegenüber den Arbeitern und Angestellten nutzten und somit „[...] herzlos die ältere Generation“ (Walter, 2002, S. 196) vertrieben. Die Jusos – die Jungsozialisten – drängten innerparteilich stark auf Veränderungen (vgl. Miller, 2002 S. 240), sodass sich die Partei Ende der 1960er-Jahre und Anfang der 1970er-Jahre mehr und mehr mit sich selbst beschäftigte. Die SPD lotete den gegenwärtigen und zukünftigen Standort der Sozialdemokratie aus, wodurch das tagespolitische Geschäft in den Hintergrund geriet.

²⁶ Helmut Schmidt. Damals 56 Jahre. Schmidt war Bundeskanzler von 1974 bis 1982

Neuaufnahmen in die SPD. Von 1964 bis 1970 aufgeteilt nach Altersgruppen (in%)

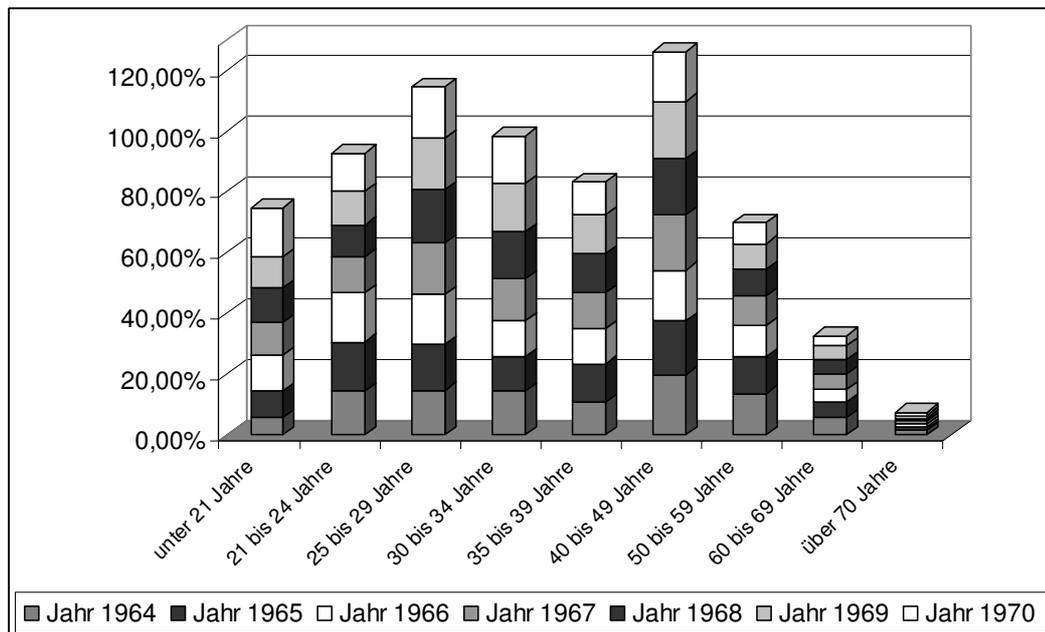


Abbildung 4: Neuaufnahmen der SPD 1964 bis 1970 nach Altersgruppen. Eigene Darstellung. Quelle: Daten des SPD-Parteivorstandes.

Die SPD stand in den 1970er-Jahren vor einer schwierigen gesellschaftlichen Periode. Neben externen Einflüssen wie Ölkrise, wirtschaftlicher Rezession und militärischen Fragen, innerem Terror und ökologischer Sensibilität kam es gesellschaftlich zu starken Irritationen, die auch vor der SPD keinen Halt machten. So entwickelten sich in dieser Zeit, neben radikalen Gruppierungen, „Antiparteien-Parteien“ (Tiefenbach, 1998, S. 11) [im Original kursiv], welche ihre Sympathisanten oftmals aus den Reihen der jungen SPD-Parteimitglieder rekrutierten. Die innerparteilichen Meinungsverschiedenheiten zwischen „links“ und „rechts“ wurden größer. Die unterschiedlichen Wählerlager und innerparteilichen Strömungen ließen sich schwer integrieren (vgl. Walter, 2002, S. 210). Es folgten Parteiwechsel zur FDP und CDU und politische Abwanderungen, die später teilweise in der Partei „Die Grünen“ ankamen (vgl. Tiefenbach, 1988, S. 21; Walter, 2002, S. 209).

**Altersverteilung der SPD-
Parteimitglieder 1974 bis 1982 (in%)**

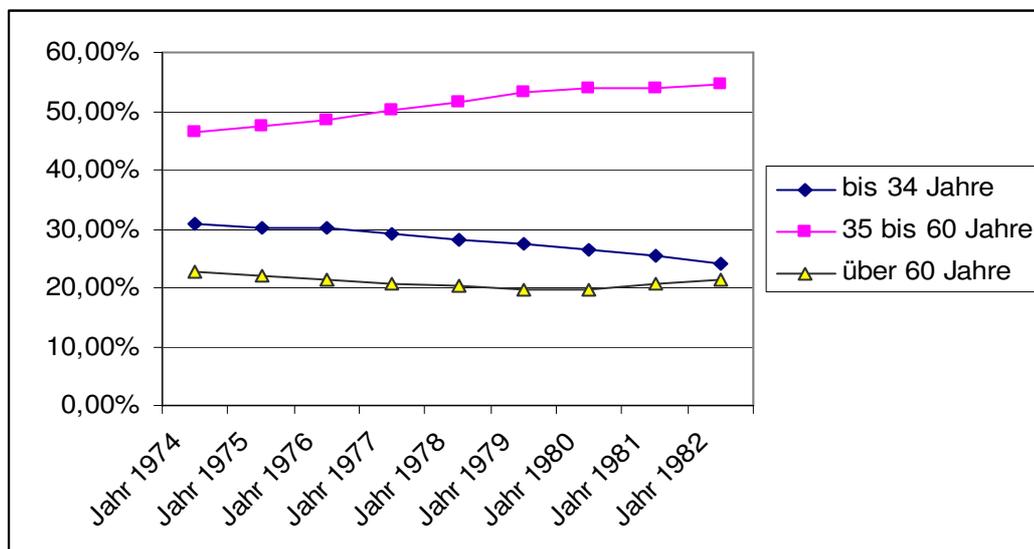


Abbildung 5: Altersverteilung der SPD-Mitglieder in der Zeit von 1974 bis 1982. Eigene Darstellung; Quelle: SPD-Parteivorstand.

In dem Zeitraum von 1974 bis zum Jahre 1982 stieg der Anteil der 35- bis 60-jährigen Parteimitglieder um 8 % – von 46,5 % auf 54,5 % –, während die Anzahl der bis zu 34-jährigen Mitglieder der SPD um 6,8 Prozentpunkte abnahm. Die über 60-Jährigen verringerten sich sogar noch um 1,2 %. Im gleichen Zeitraum nahm die Mitgliederzahl um ungefähr 6,5 % ab.

Bei den Wahlen von 1980 konnte die SPD noch 44,5 % der Stimmen auf sich vereinen. Aber die Kontroversen zwischen den Koalitionspartnern wurden immer heftiger, die wirtschaftliche Entwicklung und die hohe Zahl der Arbeitslosen taten ihr Übriges. Der Ruf nach Veränderungen wurde in der FDP lauter, und im September 1982 verkündete *Helmut Schmidt* die Beendigung der SPD / FDP Koalition. „Der Verlust der Macht im Herbst 1982 erleichterte die Sozialdemokraten eher, als daß sie darunter litten“ (Walter, 2002, S. 213). In der Opposition konnte die Partei erstmals wieder durchatmen (vgl. Potthoff, 2002b, S. 287; Walter, 2002, S. 213).

Zu der darauf folgenden Bundestagswahl stellte sich die SPD neu auf. *Helmut Schmidt* entsagte einer weiteren Kanzlerkandidatur und gehörte noch bis zum Jahre 1987 dem Deutschen Bundestag an.

Neuer Kanzlerkandidat wurde der damals 57-jährige *Hans Joachim Vogel*, der auch gleichzeitig den Fraktionsvorsitz von *Herbert Wehner* übernahm. Die Partei versuchte, sich an den Themen der neuen „Antipartei-Parteien“ auszurichten und junge Bürger anzusprechen. „Es gab einen regelrechten Jugendkult in der SPD der Nach-Schmidt-Ära“ (Walter, 2002, S. 216). Allerdings setzte sich bei der Neuwahl die Talfahrt der SPD-Stimmenanteile weiter fort.

Im letzten Drittel der 1980er-Jahre kamen die „Enkel“ von *Willy Brandt*²⁷ in der Partei empor. Zwar wurde für die Bundestagswahl 1987 der damals 56-jährige und politikversierte *Johannes Rau* als Kanzlerkandidat nominiert, aber der neue Führungsnachwuchs²⁸ drängte ans „Mischpult“ der SPD-Spitze und nahm sie dann auch ein. Im Jahre 1990 wurde *Oskar Lafontaine* zum Kanzlerkandidaten der SPD gewählt. Aber auch diese Wahl wurde ein Desaster für die SPD. Allerdings war die SPD mit 33,5 % der Wählerstimmen wieder annähernd an dem Wahlergebnis aus dem Jahre 1957 angekommen. In den zurückliegenden zehn Jahren, also von 1980 bis 1990, hatte sich die Mitgliederzahl von 990.000 auf ungefähr 920.000 reduziert. In dem gleichen Zeitraum stieg der Anteil der 60-jährigern Parteimitglieder um 5 %, während der der bis zu 34-jährigen um 8 % fiel.

²⁷ Den Begriff „Enkel“ hat Willy Brandt selbst geprägt (vgl. Walter, 2002, S. 220).

²⁸ Oskar Lafontaine (im Jahre 1987 = 44 Jahre alt); Björn Engholm (im Jahre 1987 = 48 Jahre alt); Herta Däubler-Gmelin (im Jahre 1987 = 44 Jahre alt); Rudolf Scharping (im Jahre 1987 = 40 Jahre alt); Gerhard Schröder (im Jahre 1987 = 43 Jahre alt) u.a.

**Altersverteilung der SPD-
Parteimitglieder 1982 bis 1990 (in%)**

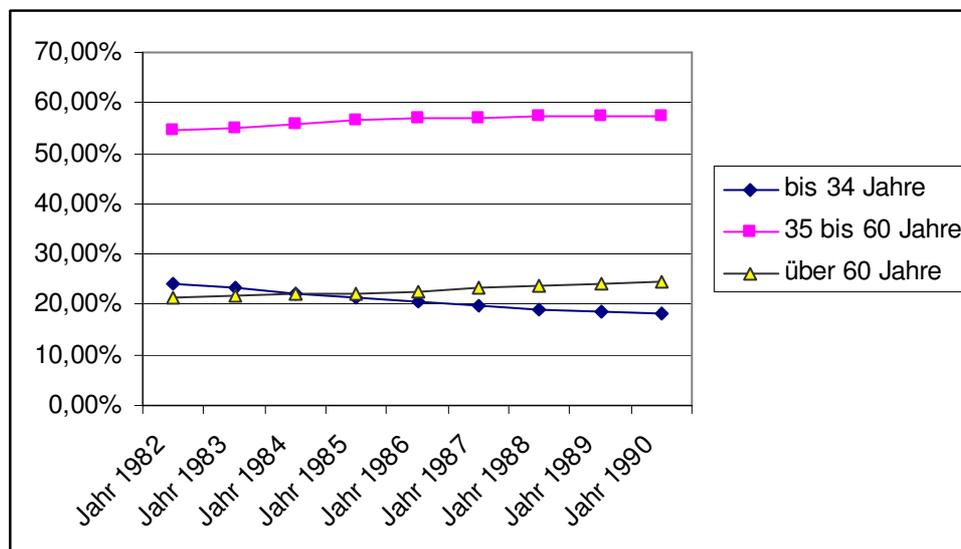


Abbildung 6: Altersverteilung der SPD-Mitglieder in der Zeit von 1982 bis 1990. Eigene Darstellung; Quelle: SPD-Parteivorstand.

Durch den Wandel entwickelte sich eine neue Mittelschicht in der SPD. „[...] Arbeiter waren nun im Vergleich zum Anteil an den Erwerbstätigen in der SPD unterrepräsentiert“ (Potthoff, 2002b, S. 301).²⁹ „Die studierten 68er machten nun Karriere. Die nachwachsenden Jüngeren, die sich für Ökologie und Frieden engagierten, suchten und fanden ihre Heimat vornehmlich bei den Grünen“ (Potthoff, 2002b, S. 302).

²⁹ Bis zum heutigen Tage hat sich die SPD-Mitgliederstruktur stark verändert. Von einstmalig 45 Prozent Arbeiter im Jahre 1952 hat sich der Anteil der Arbeiter auf heute 12,09 Prozent reduziert (vgl. Rudzio, 2006, S. 155; Gabriel; Niedermayer, 2001, S. 289).

Mitgliederentwicklung der SPD von 1980 bis 1990

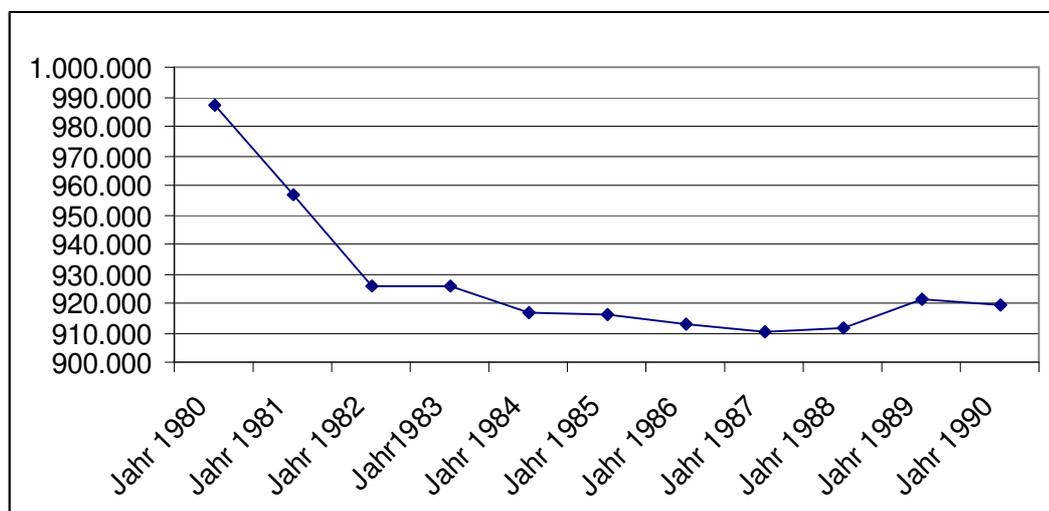


Abbildung 7: Mitgliederentwicklung der SPD von 1980 bis 1990. Eigene Darstellung
Quelle: Daten des SPD-Parteivorstandes.

Ende der 1980er-Jahre und Anfang der 1990er-Jahre veränderte sich die gesellschaftliche und politische Sichtweise grundlegend. Die Polarisierung zwischen Ost und West fiel plötzlich weg. Für die SPD war ein einfaches Anknüpfen an die sozialdemokratischen Strukturen zwischen Ost und West wie vor dem Mauerbau 1961 nicht möglich, da in der Zwischenzeit die politischen Entwicklungen beider Parteien zu weit auseinanderlagen.

In der damaligen DDR keimten Anfang der 1980er-Jahre aus verschiedenen kirchlichen Arbeitsfeldern soziale Gruppierungen auf, aus denen nach langer Diskussion im Oktober 1989 eine Sozialdemokratische Partei der DDR (SDP) entstand (vgl. Neugebauer, 1994, S. 75 und 97).

Durch den schnellen Zusammenbruch der DDR gab es sowohl in Ost- als auch in West-Deutschland ein erhebliches Irritationspotenzial (vgl. Neubauer, 1994, S. 82). „Der rapide Zusammenbruch des politischen Systems [...] traf die SPD unvorbereitet“ (Neugebauer, 1994, S. 98). Wie viele andere Personen gingen auch SPD-Mitglieder davon aus, dass nach einer politischen Veränderung die DDR als souveräner Staat bestehen

bleiben würde. Die Geschichte schrieb aber eine andere Dramaturgie: „[...] nach einer kurzen Phase der eigenständigen Entwicklung erfolgte in der ehemaligen DDR eine Angleichung an die organisatorische Grundstruktur des westdeutschen Parteiensystems [...]“ (Niedermayer; Stöss, 1994, S. 11), so auch bei der SPD.

Im Januar 1990 erfolgte die Umbenennung der SDP in die SPD-Ost. So zog die SPD-Ost in die ersten Volkskammerwahlen nach dem Mauerfall ein, bei der sie allerdings nur 21,88 % der Wählerstimmen erhielt (vgl. Neugebauer, 1994, S. 88). Nach der Wahl kam es bei der SPD zu Unstimmigkeiten bezüglich der Vereinigung der beiden nun bestehenden SPD-Parteien – schlussendlich wurde ihre Vereinigung im September 1990 vollzogen (vgl. Neugebauer, 1994, S. 100; Potthoff, 2002b, S. 345). Durch die Vereinigung von Ost- und West-SPD konnte die SPD 30.000 Neumitglieder registrieren (vgl. Potthoff, 2002b, S. 345).

Auch die Bundestagswahl im Jahre 1990 brachte nicht den erträumten Wahlerfolg. Ein politischer Generationswechsel der Führungspositionen war angesagt. Auf dem Bremer Parteitag 1991 wurde *Björn Engholm*³⁰ als neuer Parteivorsitzender gewählt.

Entgegen aller Hoffnung war es für die Partei schwierig, Boden zu gewinnen. Intern war die Partei mit sich und ihren Diskussionen beschäftigt, und außen liefen die Wähler, insbesondere die jungen Wähler, davon. Ab den 1990er-Jahren verminderte sich die Mitgliederzahl weiterhin, „und die SPD vergreiste wieder“ (Walter, 2002, S. 241f.). Gleichzeitig veränderte sich abermals die Struktur der Partei. Die Akademiker entfernten sich von der Partei(-arbeit). Die Partei war nicht mehr zentralisiert, sondern eine dezentralisiert gegliederte Partei mit der eigentlichen Machtzentrale in den Ländern, durch „[...] selbstbewusste Landesfürsten [...]“ (Potthoff, 2002b, S. 358).

³⁰ Björn Engholm (im Jahre 1991 = 52 Jahre alt).

**Mitgliederentwicklung der
SPD von 1990 bis 2008**

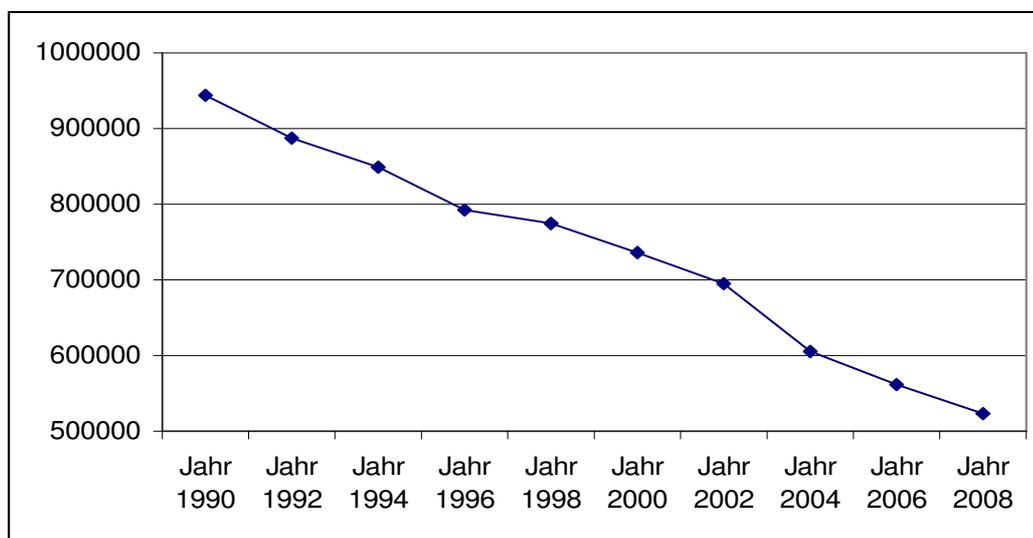


Abbildung 8: Mitgliederentwicklung der SPD von 1990 bis 2008. Eigene Darstellung. Quelle: SPD-Parteivorstand. Stand 31. Oktober 2008.

Neben der Konkurrenz unter den „Landesfürsten“ wurden Machtkämpfe zwischen den verschiedenen Arbeitsgemeinschaften ausgeführt. Dabei ging es darum, wer welchen Posten in der Partei einnehmen durfte und wer mehr Einfluss hatte. Diesen Machtkämpfen und der Fragmentierung durch insgesamt neun Arbeitsgemeinschaften, die sich eher als Suborganisationen herauskristallisierten, musste entgegengewirkt werden (vgl. Potthoff, 2002b, S. 360).

Nach dem kurzen Intermezzo von Engholm trat *Rudolf Scharping*³¹ in seine „Fußstapfen“ und versuchte, die Partei in ruhigere und sichere Gewässer zu lotsen. Es blieb bei einem Versuch, der bis zu seinem „[...] Sturz im November 1995 [...]“ (Walter, 2002, S. 235) dauerte, woraufhin Scharping dann von *Oskar Lafontaine*³² als neuem Parteivorsitzenden beerbt wurde.

³¹ Rudolf Scharping (im Jahre 1993 = 46 Jahre alt).

³² Oskar Lafontaine (im Jahre 1995 = 52 Jahre alt).

Lafontaines Autorität innerhalb der Partei soll stärker gewesen sein als die von *Willy Brandt* (vgl. Walter, 2002, S. 251). Er schaffte es, den bisher heterogenen „Parteifürstenstab“ „[...] in das neue sozialdemokratische Gemeinschaftswerk [...]“ (Walter, 2002, S. 251) einzubinden. Von nun an ging es sowohl innerhalb der Partei als auch bei der Wählergemeinde wieder bergauf (vgl. Walter, 2002, S. 243; Potthoff, 2002b, S. 375f.), bis zum Gipfel des Wahlsiegs der SPD im Jahre 1998 und dem neuen Bundeskanzler *Gerhard Schröder*.³³ Nach 16 Jahren „Regierungsabstinenz“ konnte die SPD wieder auf der Regierungsbank Platz nehmen und erstmals wurde ein ostdeutscher Politiker Präsident³⁴ des Deutschen Bundestages.

Durch den jähen Rücktritt des Finanzministers und Parteivorsitzenden *Oskar Lafontaine* im Jahre 1999 musste die SPD einen neuen Parteivorsitzenden wählen, *Gerhard Schröder*.

Durch die gemeinsame Regierungsverantwortung mit dem grünen Koalitionspartner mussten die Regierungsgenossen viele Dinge angehen, die ihnen sowohl intern als auch extern viel Unmut einbrachten, und „die Partei verlor als eigenständiger Faktor zwangsläufig an Gewicht“ (Potthoff, 2002b, S. 404). Infolge mannigfacher Bedingungen, sowohl politischer als auch gesellschaftlicher Art, waren das Prestige und Ansehen der Partei rückläufig. Dies galt nicht nur für die SPD. Auch andere etablierte Parteien verzeichneten einen Mitgliederschwund und ebenso einen starken „[...] Rückgang an Bindungskraft“ (Potthoff, 2002b, S. 405). Die SPD unterlag weiterhin einem Abwärtstrend und wies ein augenfälliges Kommunikationsproblem nach innen und außen auf. So verlor die SPD bei der Bundestagswahl 2002 durch die Abwanderung der Stammwählerschaft, der Arbeiter, die meisten Stimmen (vgl. Walter, 2005b, S. 8). „Der SPD rutschte der organisatorische Unterbau weg, der die Partei auch in schwierigen Zeiten ihrer Geschichte, auch bei

³³ Gerhard Schröder (im Jahre 1998 = 54 Jahre alt).

³⁴ Wolfgang Thierse (im Jahre 1998 = 55 Jahre alt).

schlimmen Niederlagen auf der nationalen Ebene gehalten und gestützt hatte“ (Walter, 2005b, S. 10). Hierdurch entstand nach der Bundestagswahl 2005 die zweite Große Koalition in Deutschland. Die SPD stellte keinen Bundeskanzler mehr und Schröder legte sein Bundestagsmandat nieder. Schon im Jahre 2004 hatte er den Parteivorsitz an *Franz Müntefering*³⁵ abgegeben, der diesen, gut ein Jahr später, an *Matthias Platzeck*³⁶ weitergab. Nach kurzer Amtszeit von Platzeck übernahm *Kurt Beck*³⁷ das Amt des Parteivorsitzenden, welches er nach internen Debatten zweieinhalb Jahre später aufgab. Folgend übernahm *Franz-Walter Steinmeier*³⁸ die kommissarische Parteiführung, bis er auf dem außerordentlichen Parteitag, im Oktober 2008, planmäßig von *Franz Müntefering*³⁹ abgelöst wurde.

Seit 2000 hat die Partei weiterhin 28,68 % der Mitglieder verloren und hat heute ungefähr so viel Mitglieder wie im Jahre 1908. Auffallend viele Mitglieder im Alter von 36 bis 65 Jahre verließen die Partei in den letzten neun Jahren. Gleichzeitig kann beobachtet werden, dass der Eintritt in die Partei mit leichten Schwankungen bis zum 40. Lebensjahr zunimmt und ab dann kontinuierlich schwindet. Besonders ab dem 65. Lebensjahr erscheint ein Eintritt in die Partei nicht mehr von allzu hoher Bedeutung zu sein.

³⁵ Franz Müntefering (im Jahre 2004 = 64 Jahre alt).

³⁶ Matthias Platzeck (im Jahre 2005 = 52 Jahre alt).

³⁷ Kurt Beck (im Jahre 2006 = 57 Jahre alt).

³⁸ Franz-Walter Steinmeier (im Jahre 2008 = 52 Jahre alt).

³⁹ Franz Müntefering (Im Jahre 2008 = 68 Jahre alt).

Austritte und Eintritte der SPD von 2000 bis zum April 2009

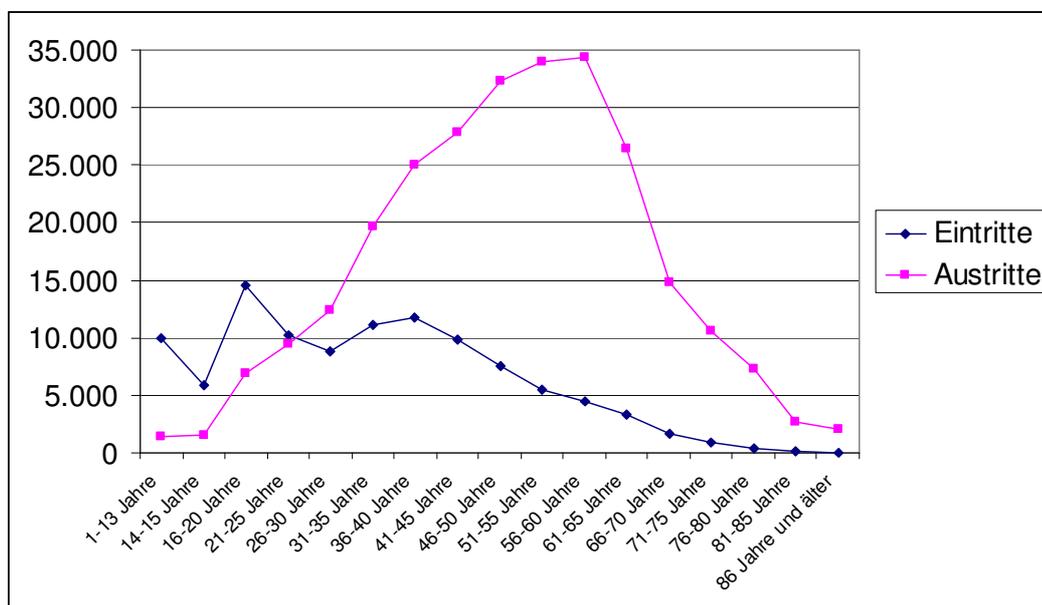


Abbildung 9: Ein- und Austritte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Eigene Darstellung. Quelle SPD-Parteivorstand

Der stärkste Landesverband ist Nordrhein-Westfalen mit 140.263 Mitgliedern und der kleinste Mecklenburg-Vorpommern. Nur ungefähr 5,8 % der Mitglieder sind unter 30 Jahre alt. Im Gegensatz dazu liegt der Anteil derer, die über 60 Jahre alt sind, bei ungefähr 48 %. Das sind vornehmlich die Parteimitglieder, die aus der sogenannten 68er-Generation stammen und lange Zeit die Geschicke der Partei lenkten.

Altersgruppen der SPD-Mitglieder 1974 bis 2008 (in %)

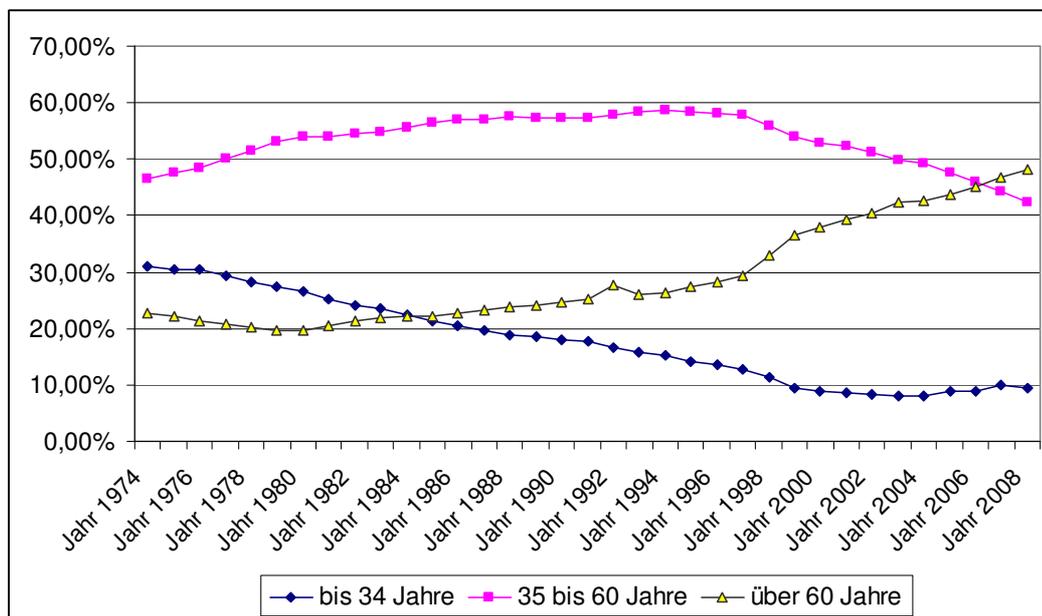


Abbildung 10: Altersgruppen der SPD-Mitglieder 1974 bis 2008. Eigene Darstellung.
Quelle: SPD-Parteivorstand.

3.2 Organisationsstruktur der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Organisationsstruktur der SPD wird größtenteils, dies gilt auch für alle anderen zugelassenen Parteien in Deutschland, rechtlich sowohl durch das Grundgesetz als auch durch das Parteiengesetz vorgegeben. Die Partieregeln sind bei der SPD in dem Organisationsstatut, der Wahlordnung, Schiedsordnung und der Finanzordnung festgelegt (SPD-Parteivorstand, 2007a). Dabei muss betont werden, dass die einzelnen Ebenen ihre eigenen Satzungen festlegen können, solange diese nicht mit der nächst höherrangigen Satzung/Ebene im Widerspruch stehen (vgl. SPD-Parteivorstand, 2007a, Organisationsstatut § 9 Abs. 2).

De facto bauten sich die SPD und die politische Willensbildung – Letztere ist ja als demokratischer Grundsatz im Grundgesetz verankert – vertikal von unten nach oben auf.

3.3 Der vertikale Ausbau und die politische Willensbildung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die SPD gliedert sich in Ortsvereine, Unterbezirke und Bezirke. „In dieser Gliederung vollzieht sich die politische Willensbildung der Partei von unten nach oben“ (SPD-Parteivorstand, 2007a, Organisationsstatut § 8 Abs.1). Im Rahmen der politischen Willensbildung wird in bestimmter Folge, mindestens aber halbjährig, eine Mitgliederversammlung einberufen (vgl. SPD-Parteivorstand, 2007a, Organisationsstatut § 5 Abs. 1; vgl. Parteiengesetz § 8).

Insgesamt hat die SPD heute 523.960 Mitglieder⁴⁰, die in ca. 10.000 Ortsvereinen organisiert sind. Die Ortsvereine⁴¹ stellen die kleinste Organisationseinheit der Partei dar und bilden ihre Basis. Auf diese Weise ist ein direkter Kontakt zu der Parteibasis, dem Bürger beziehungsweise der Wählerschaft, gegeben. Der Ortsverein regelt die Aufnahme des Parteimitgliedes (SPD-Vorstand, 2007a, Organisationsstatute § 3 Abs.1). Zumeist beschäftigt sich der Ortsverband mit lokalpolitischen Themen und führt den „Straßenwahlkampf“.

Die Mitgliederversammlungen der Ortsvereine wählen jeweils einen Vorstand, Schriftführer und Kassenwart (vgl. SPD-Parteivorstand, 2008, S. 4). Dieser Aufbau ist auf den nachfolgenden Ebenen fast identisch. „Auf jeder Ebene werden Vorstände gewählt, ab der Kreisebene zumeist von den Delegierten der Parteitage“ (Jun, 2007, S. 393). Die gewählten

⁴⁰ Stichtag: 31. Oktober 2008.

⁴¹ Im Parteiengesetz geregelt in § 7: „Die Parteien gliedern sich in Gebietsverbände“ (Gesetz über die politischen Parteien §7).

Vorstände übernehmen bis zur nächsten Wahl die politische Leitung der Partei.

Unterbezirke beziehungsweise Kreisverbände stellen die nächsthöhere Organisationsebene der Partei dar, die sich aus mehreren Ortsvereinen bildet. Die Unterbezirke sind nicht mehr allein auf die ehrenamtliche Arbeit der Parteimitglieder angewiesen. Denn in den Geschäftsstellen der Unterbezirke sind hauptamtliche Mitarbeiter und Geschäftsführer tätig. Das oberste Organ der rund 350 Unterbezirke ist der Unterbezirksparteitag. Die Parteitage werden alle zwei Jahre veranstaltet, dies gilt auch für die jeweils nächsthöheren Ebenen, (vgl. SPD-Parteivorstand, 2007a, Organisationsstatut § 17; Parteiengesetz § 9 Abs.5). In den jeweiligen Gremien werden Beratungen für Landes- und Bundestagswahlen abgehalten, auch der Führungsnachwuchs wird hier ausgebildet.

Die nächste Organisationsebene stellt der Bezirks- beziehungsweise Landesparteitag dar. Die Delegierten des Landesparteitags werden von den Bezirks- und Landesverbänden entsendet, von denen es 20 gibt (16 Bundesländer und 4 Bezirke) (vgl. SPD-Parteivorstand, 2008 S. 2). Hier wird die Landespolitik strategisch und operativ festgelegt, die dabei nicht vollkommen losgelöst von der Bundespolitik betrachtet werden kann. Spätestens ab dieser Ebene wird die politische Arbeit nur noch von professionellen Politikern gestaltet. Neben der allgemeinen politischen Aufgabe wird auf den Landesparteitagen der Parteirat gewählt, der aus 110 Mitgliedern besteht. Der Parteirat [...] berät den Parteivorstand und muss von diesem vor wichtigen Beschlüssen angehört werden“ (SPD-Parteivorstand, 2008, S. 6, vgl. SPD-Parteivorstand, 2007a, Organisationsstatut §§ 28, 30, 41 Abs. a).

Das höchste Gremium ist der Bundesparteitag, der sich aus ungefähr 480 Delegierten, die von den Landesparteitagen und dem Unterbezirksparteitag entsendet werden, zusammensetzt. Auf dem ordentlichen Bundesparteitag werden neben bundespolitischen Grundsätzen, die Parteiführung, die Kontrollkommission und die Bundesschiedskommission gewählt.

○ *Die Bundesschiedskommission:*

Der Bundesschiedskommission gehören sieben Mitglieder an, deren Aufgaben nach dem Organisationsstatut wie folgt festgelegt sind: Parteiordnungsverfahren, Streitigkeiten und Auslegung des Organisationsstatuts und der Satzung und Wahlverfahren (vgl. SPD-Parteivorstand, 2007a, Organisationsstatut § 34 Abs.2). Um eine möglichst hohe Unabhängigkeit zu erreichen, dürfen Schiedskommissionsmitglieder weder einem Vorstand der verschiedenen Parteiebenen oder einem regionalen Zusammenschluss angehören, „[...] noch in einem Dienstverhältnis zur Partei stehen oder von ihr regelmäßige Einkünfte beziehen“ (SPD-Parteivorstand, 2007a, Organisationsstatut § 34 Abs. 6).

○ *Kontrollkommission:*

Die Kontrollkommission hat, neben der Aufsicht des Parteivorstandes, auch Beschwerden über den Parteivorstand nachzugehen (vgl. SPD-Parteivorstand, Organisationsstatut, 2007a, § 31). Weiterhin nimmt die Kontrollkommission mindestens alle zwei Jahre den Tätigkeitsbericht des Vorstandes entgegen und nimmt Aufgaben der Rechnungsprüfung wahr (vgl. SPD-Parteivorstand, Organisationsstatut, 2007a, § 31 Abs. 7; Parteiengesetz, § 9 Abs. 5). „Mitglieder des Parteivorstandes oder des Parteirates sowie hauptamtlich tätige Mitarbeiter [...] der Partei können der Kontrollkommission nicht angehören“ (SPD-Parteivorstand, Organisationsstatut, 2007a, § 31 Abs.2). Weitere Einzelheiten der

Schiedsverfahren werden in der Schiedsordnung ausgeführt (vgl. SPD-Parteivorstand, 2007a, Schiedsordnung §§ 1-31).

- *Der Parteivorstand:*

Der Parteivorstand ist für die Führung der Partei verantwortlich und setzt sich aus maximal 45 Personen zusammen (vgl. SPD-Parteivorstand, 2007a, Organisationsstatut § 23 Abs. 1). Alle zwei Jahre muss der Parteivorstand auf dem Bundesparteitag gewählt werden (vgl. Parteiengesetz § 11 Abs. 1). Er besteht aus dem Parteivorsitzenden, seinen drei Stellvertretern, dem Generalsekretär, dem Schatzmeister und weiteren Personen.

- *Das Präsidium:*

Der Vorstand bildet aus seinen Reihen wiederum das Präsidium. Dieses ist ein Gremium, welches für die laufende politische Geschäftsführung zuständig ist –dem Präsidium gehören neben dem Parteivorsitzenden, seinen Vertretern, dem Generalsekretär und Schatzmeister insgesamt 15 Personen an (vgl. SPD-Parteivorstand, 2007a, § 23 Abs.2).

Grundsätzlich steht es jedem Parteimitglied frei, sich vom Ortsverein bis zum Parteivorstand oder Parteipräsidium „emporzuarbeiten“ oder seine Meinung vorzutragen. Es gibt keine Altersbegrenzung, mit einer Ausnahme: Eine Parteimitgliedschaft ist erst ab der Vollendung des 14. Lebensjahrs möglich (vgl. SPD-Parteivorstand, 2007a, Organisationsstatut § 2). Um seine Meinung mitzuteilen und sich zu repräsentieren, bedarf es eines aktiven Engagements. Diesem Engagement sind jedoch durch Quoten und die Begrenzung an Mandatsplätzen Grenzen gesetzt.

- *Die Quotenregelung:*

Bei sämtlichen Wahlen ist auf die Geschlechterquotierung zu achten. Das bedeutet, dass mindestens zu 40 Prozent Mann und Frau in den

Parlamenten und Gremien vertreten sein sollten (vgl. SPD-Parteivorstand, 2007a, Organisationsstatut § 11 Abs. 2; Wahlordnung § 5 Abs. 3). Diese Quotierung wird erreicht, indem bei der Wahlaufstellung die Kandidaten alternierend zwischen Mann und Frau designiert werden, nachdem die Nominierung des Spitzenkandidaten erfolgt ist (vgl. SPD-Parteivorstand, 2007a, Wahlordnung § 4 Abs. 2). Dieses Prozedere gilt sowohl bei Parteimandaten als auch für die Aufstellung der Landeslisten für den Deutschen Bundestag (vgl. SPD-Parteivorstand, 2007a, Wahlordnung § 4 Abs. 2).

○ *Beschränkung von Mandatsplätzen:*

Bei der Vergabe von Delegiertenmandaten zum obersten Beschlussgremium der SPD wird aus den Mitgliederzahlen der Landesverbände, dem erzielten Wahlergebnis der letzten Bundestagswahl sowie den eingenommenen Mitgliederbeiträgen pro Landesverband ein Mandatsschlüssel pro Landesverband errechnet – siehe Anlage II – (vgl. SPD, Parteivorstand, 2007a, Wahlordnung, § 15 Abs. 1). Laut dem Parteiengesetz ist es rechtlich möglich, die Delegiertenzahl nach der Mitgliederzahl wie auch entsprechend den erzielten Wählerstimmen zu berechnen, wobei der Höchstwert 50 % beträgt (vgl. Parteiengesetz, § 13).

○ *Die Delegierten:*

Delegierte sind die Vertreter der Mitglieder bei der Willensbildung der jeweils höchsten Organisationsebene (Unterbezirksparteitag / Landesparteitag und Bundesparteitag).

Durch die Entscheidung wird die Parteiwillensbildung beeinflusst und die Parteiführung legitimiert. Delegierte haben die Möglichkeit, durch Initiativanträge bedeutende Themenkomplexe auf den Parteitag mit einzubringen (vgl. SPD-Parteivorstand, 2007a, Organisationsstatut § 18 Abs. 3).

„Trotz Kontrolle der Tagesordnung und Sichtung von Anträgen durch die mächtige ‚Antragskommission‘ im Vorfeld der Veranstaltung sind die Partei-Führungen nicht vor Überraschungen sicher. Mittels Dringlichkeits- und Geschäftsordnungsanträgen stehen den Delegierten somit Möglichkeiten offen, den Ablauf zu verändern und die geplante Parteitagsdramaturgie zu durchkreuzen“ (v. Alemann; Godewerth, 2005, S. 160).

3.4 Horizontaler Aufbau und Willensbildung der SPD

Die vertikale Parteiorganisation ist nur ein Teil, die politische Willensbildung zu ermöglichen. Die SPD verfügt ebenfalls über eine differenzierte horizontale Ebene der politischen Willensbildung, bestehend unter anderem aus acht Arbeitsgemeinschaften. Arbeitsgemeinschaften weisen eine lange politische pluralistische Tradition der internen Interessenvertretung auf. Sie haben den Vorteil, dass sie auf ihrer jeweiligen Ebene (Unterbezirk/Landesparteitag und Bundesparteitag) ein eigenes Antrags-, Vorschlags- und Rederecht haben und stimmberechtigte Delegierte für den jeweiligen Parteitag entsenden können (vgl. www.sozialdemokratischejuristen.de, 2008, S. 6; SPD-Parteivorstand, 2007a, Organisationsstatut § 10 Abs. 1). Damit sind die Arbeitsgemeinschaften nicht nur in die horizontale politische Willensbildung eingebunden, sondern können, mittels der Delegierten, ihren direkten Einfluss auf der vertikalen Ebene geltend machen. Nichtmitglieder sind ausdrücklich zur aktiven Teilnahme an den Arbeitsgemeinschaften eingeladen. Ihnen wird neben dem Rederecht ein Antrags- und Personalvorschlagsrecht zugestanden (vgl. www.sozialdemokratischejuristen.de, 2008, S. 8). Die Arbeitsgemeinschaften werden indes kritisch betrachtet, da die hohe Eigenständigkeit und Dynamik der einzelnen Organisationseinheiten als „[...] „lose verkoppelte[.] Anarchie“ (Lösche, 2004, S. 112) betrachtet werden, wobei

die Organisationseinheiten „[...] stark dezentralisiert, fragmentiert und flexibel [...] [sind]“ (Lösche, 2004, S. 112).

Nach den Grundsätzen für die Tätigkeiten der Arbeitsgemeinschaften der SPD, die durch den Parteivorstand beschlossen wurden, sind Arbeitsgemeinschaften ein unselbstständiger Teil der SPD (vgl. www.soziademokratischejuristen.de, 2008, S. 1). Jegliche Öffentlichkeitsarbeit erfolgt im Einvernehmen mit dem zuständigen Parteivorstand (vgl. www.soziademokratischejuristen.de, 2008, S. 7). „Die jeweiligen zuständigen Vorstände der Partei [demgemäß die Vorstände der jeweiligen Parteiebene] sind dafür verantwortlich, dass sich die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften in ihren Organisationsbereichen im Rahmen der Statuten, Grundsätzen und Richtlinien hält. Bei gliederungsübergreifenden Arbeitsgemeinschaften entscheiden die betroffenen Gliederungsvorstände auch darüber, in wessen Verantwortungsbereich die Arbeitsgemeinschaft fällt. Sollte keine Einigung erfolgen, ist der übergeordnete Gliederungsvorstand zuständig“ (www.soziademokratischejuristen.de, 2008, S. 5).

Die Zielsetzung der Arbeitsgemeinschaften besteht darin, dass die Partei ihren Mitgliedern und interessierten Bürgern Foren bietet, in denen sachkundig gearbeitet werden kann und Öffentlichkeitsarbeit durchgeführt wird, sodass der Parteivorstand von den Arbeitsgemeinschaften fachkundig beraten werden kann (vgl. www.soziademokratischejuristen.de, 2008, S.1).

Die Aufgaben einzelner Arbeitsgemeinschaften sind explizit durch den Parteivorstand beschrieben, die nun weiterführend dargestellt werden. Bei der Beschreibung der Arbeitsgemeinschaft wird die Reihenfolge gewählt, die der Parteivorstand für die Beschreibung der Grundsätze und der Richtlinien festgelegt hat. Die Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus wird an

dieser Stelle lediglich der Vollständigkeit halber mit aufgeführt. Eine detaillierte Darstellung erfolgt im anschließenden Abschnitt.

1. Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten und Jungsozialistinnen (Jusos)

Der Jugendorganisation gehören SPD-Mitglieder im Alter von 14 bis 35 Jahren an. Die „Jusos“ vertreten die Interessen der jungen Menschen innerhalb der SPD und werden oftmals als erste Kaderschmiede betrachtet. Zu ihren Aufgaben zählen unter anderem die politische Aufklärung unter Jungwählern und der Kontakt zu Jugendverbänden im In- und Ausland.

2. Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)

Die AfA ist mit ungefähr 250.000 Mitgliedern eine der größeren Arbeitsgemeinschaften innerhalb der SPD (vgl. Noß; Brill; Müller, 2004, S. 13) und steht für die Interessen aktiver und ehemaliger Arbeitnehmer ein. Die Aufgabe ihrer Mitglieder besteht darin, in den Betrieben sozialpolitische Themen zu vertreten, die politische Arbeit von Arbeitnehmern zu unterstützen und neue Parteimitglieder zu rekrutieren.

3. Arbeitsgemeinschaft – SPD 60 plus

Wie bei den „Jusos“ besteht bei der SPD 60 plus eine Altersgrenze bezüglich der Aufnahme, und zwar ist es das 60. Lebensjahr, welches zur Mitgliedschaft berechtigt. Neben der Interessenvertretung von Älteren ist die Zukunft von Alt und Jung ein Hauptschwerpunkt ihres Wirkens.

4. Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)

Weibliche SPD-Mitglieder haben die Möglichkeit, sich sowohl national als auch international für die Gleichstellung von Mann und Frau in der Partei und der Gesellschaft einzusetzen.

5. *Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ)*

Mitglieder sind Rechtswissenschaftler und rechtskundige Personen, deren Zielsetzung die „[...] Gestaltung der Rechtsordnung im Sinne des demokratischen Sozialismus auf nationaler, aber auch auf europäischer und internationaler Ebene [...]“ ist (www.soziademokratischejuristen.de, 2008, S.3).

6. *Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG)*

Angehörige der Gesundheitsberufe und weitere Experten des Gesundheitswesens haben sich zum Ziel gesetzt, die sozialdemokratischen Gedanken der Gesundheitspolitik und des Sozialwesens sowohl parteiintern wie auch außerhalb der Partei zu vertreten.

7. *Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)*

Experten der Bildung und Erziehung setzen sich unter anderem in pädagogischen Bereichen „[...] für die Ziele des demokratischen Sozialismus [...] und ihre[...] Verwirklichung [...]“(www.soziademokratischejuristen.de, 2008, S.4) ein.

8. *Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen (AGS)*

Mitglieder, die selbstständig oder unternehmerisch tätig sind, treten für die sozialdemokratischen Ideen in Verbänden und Organisationen ein.

Zudem verfügt die SPD über zwei parteinahe Stiftungen, nämlich die Friedrich-Ebert-Stiftung und die Heinz-Kühn-Stiftung. Zu ihren Aufgaben gehören neben der Nachwuchsschulung die politische Bildung, die Archivierung der politischen Arbeit und die Vergabe von Stipendien. Auch wenn die Stiftungen finanziell und organisatorisch von der Partei

unabhängig sind, wirken sie durch ihre Arbeit in die Partei hinein. Weiter gehören zu der SPD Netzwerke, beispielsweise das Netzwerk 2010 oder SPD-Foren, „[...] um möglichst viele Zielgruppen anzusprechen und in die Ausrichtung der Partei mit einbeziehen zu können“ (v. Alemann; Godewerth, 2005 S. 161).

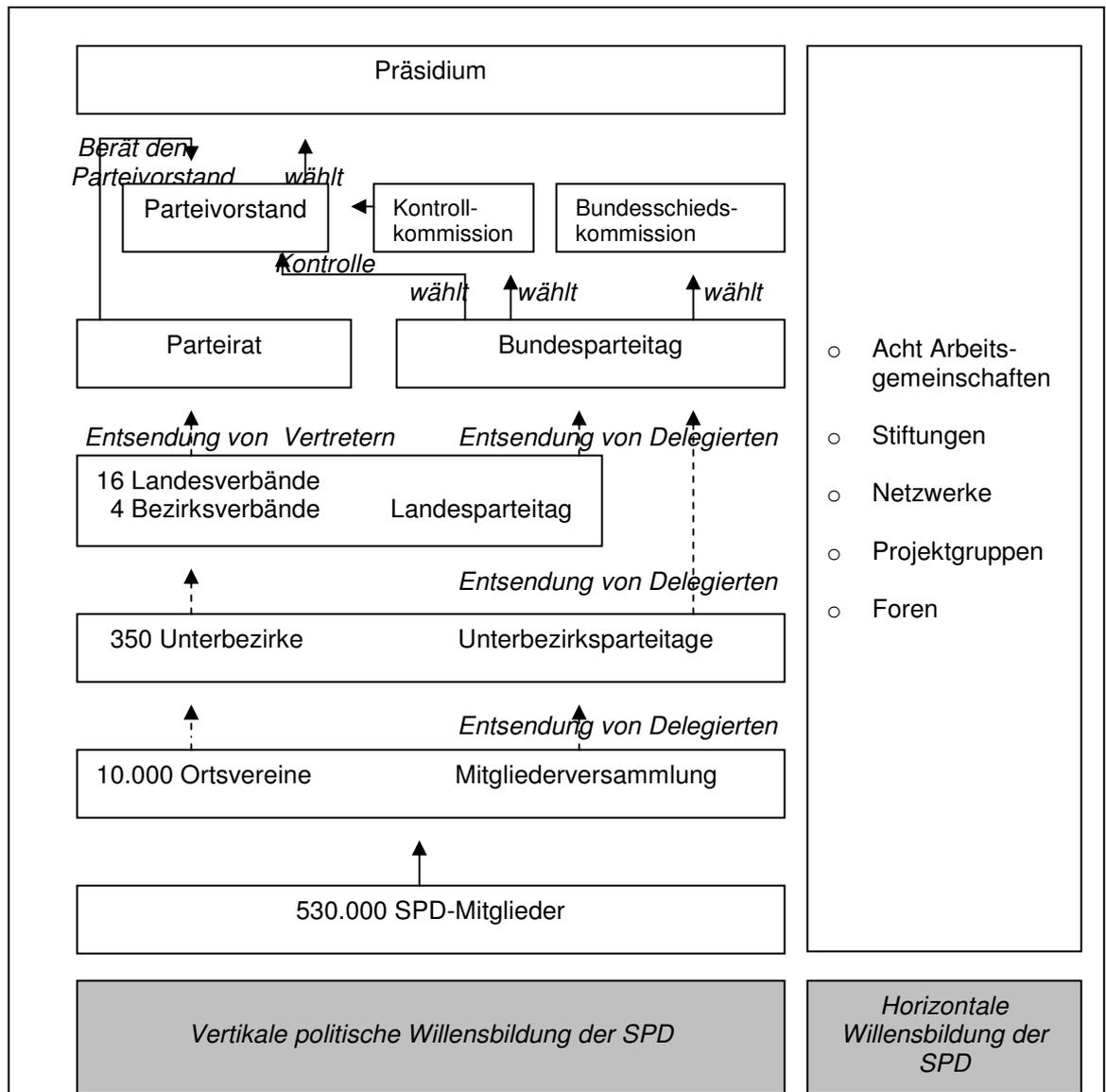


Abbildung 11: vertikale und horizontale Parteioorganisation der SPD. Eigene Darstellung.

3.5 SPD-Seniorenpolitik und die Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus

Auf dem SPD-Parteitag 1973 in Hannover diskutierte der damalige Parteivorsitzende *Willy Brandt* die Situation der älteren Mitbürger in der Gesellschaft und in der Partei. Er sprach dabei die größer werdende Zahl der älteren Mitbürger an und wies darauf hin, dass die SPD die Aufgabe hat,

„[...] die Rechte des Alters zu sichern; auch in der Partei. Deshalb haben wir in Aussicht genommen, es möge vom neuen Parteivorstand ein Seniorenrat der SPD berufen werden. Dies wird ein begrenzter Kreis sein müssen. Aber ich hoffe, alle Alten, denen wir so viel verdanken, werden sich dadurch stärker in unsere Arbeit einbezogen fühlen. Und ich verbinde von hier aus damit meinen Appell an die Älteren: Laßt eure Partei nicht allein! Sie braucht euch weiter und jetzt erst recht!“ (Brandt, 1973, S. 195f.).

Auf diesem Parteitag wurde dann die Einrichtung eines Seniorenrats angeregt, der dann auf der Parteivorstandssitzung am 8. März 1974 berufen wurde. Der Seniorenrat sollte die Aufgabe wahrnehmen, die Vorsitzenden der Partei zu beraten. Die Partei wolle somit an der Erfahrung der älteren Parteimitglieder partizipieren und die Parteikontinuität wahren (vgl. SPD Pressemitteilungen, 1974a; Vorstand der Sozialdemokratischen Partei, 2005, S. 72; SPD Pressemitteilung, 1974a). Im Juni 1974 kam es zur ersten konstituierenden Sitzung des Seniorenrates unter dem Vorsitz von *Carlo Schmid*, in der *Willy Brandt* die Bedeutung der Senioren der SPD betonte:

„Uns liegt daran, den Rat der Alten, die über Jahrzehnte die Partei mitgetragen haben, in unsere heutige Arbeit mit einzubeziehen. Der Parteivorstand sollte gutachtliche Äußerungen des Seniorenrats erbitten können, zumal zu Fragen, die nicht an den Tag gebunden sind. Darüber hinaus sind wir auch dankbar für unaufgeforderte Ratschläge“ (Brandt, zitiert in SPD Pressemitteilung, 1974b).

Ferner benannte *Willy Brandt* zwei konkrete Möglichkeiten, die er sich von dem Seniorenrat erhoffe:

1. *„den Kontakt der Partei mit ihrer Geschichte zu verstärken, und*
2. *das Nutzbarmachen der Erfahrungen für die forcierte Diskussion über die Grundwerte der Partei“.* (SPD Pressemitteilung, 1974b).

Auf dem Parteitag in Hamburg 1977 akzentuierte *Willy Brandt* die Wichtigkeit des Kontaktes der Generationen untereinander, sowohl als Parteimitglieder als auch als Wähler, da sich manch Älterer in der SPD isoliert fühlte und der SPD nachgesagt würde, „[...] das Verhältnis der Älteren zur SPD sei gestört“ (Brandt, 1977, S. 51). Er betonte:

„Die älteren Mitglieder der Partei sind nicht nur deshalb wichtig, weil sie Verdienste erworben haben und über viel Erfahrung verfügen; sie sind auch deshalb wichtig, weil sie natürlicherweise einen engeren Kontakt zu ihren älteren Mitbürgern halten können“ (Brandt, 1977, S. 51f.).

Und bezogen auf die älteren Wähler verwies er auf deren hohes Engagement und die Chance des Zusammenrückens der Generationen (vgl. Bandt, 1977, S. 52).

Gleichzeitig wurde auf diesem Parteitag ein Antrag zur neuen Form der Gesellschaft diskutiert, der unter anderem für ältere Mitbürger folgende Ziele beinhaltete:

- Erhaltung der Gesundheit,
- aktives Mitglied der Gesellschaft zu bleiben,
- Intensivierung der Gerontologie und Geriatrie in Lehre und Forschung,
- besseres Verständnis für Alter und Altern und
- die Vorbereitung auf das Alter durch Beratung (vgl. Vorstand der Sozialdemokratischen Partei, 1977, S. 847 und 870).

Zwei Jahre später wurde von dem SPD-Parteivorstand die Seniorenpolitik weiterführend intensiviert. Unter der Leitung von Frau Elfriede Eilers wurde ein Konzept zur stärkeren Einbeziehung der Senioren erarbeitet. Ziele des Arbeitsfeldes Seniorenpolitik waren die bessere Integration der Älteren innerhalb der Partei, Ältere verstärkt für die Parteiarbeit zu gewinnen, sie an der politischen Willensbildung zu beteiligen und die Lebenserfahrung der älteren Sozialdemokraten innerhalb der Parteiarbeit einzubinden. Dabei ging es dem Vorstand der SPD nicht nur um die älteren Parteimitglieder, sondern auch um „das Verhältnis zwischen den Generationen in unserer Gesellschaft“ [...] (Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 1979, S. 548). Mit der Seniorenpolitik wollte die SPD drei zentrale Punkte erreichen:

- *„die volle Einbeziehung der älteren Generation in das gesellschaftliche, kulturelle und politische Leben,*
- *die Bereitstellung von Hilfe zur Aufrechterhaltung der Selbstständigkeit und der Unabhängigkeit der älteren Mitbürger in ihrer gewohnten Umgebung,*
- *die soziale Absicherung im Falle von Pflegebedürftigkeit“ (Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 1979, S. 548).*

Für diese Aufgabe wurde auf Bundesebene und auf der jeweiligen Landesebene jeweils eine Stelle des Seniorenrates eingerichtet. Auf Unterbezirksebene und in den Ortsvereinen sollten mit der Unterstützung des zuständigen Bundesbeauftragten Ad-hoc-Arbeitsgruppen eingerichtet werden (vgl. Eilers, 1979, S.1f.; Eilers, 1984, S. 2f.). Der Bundesseniorenrat setzte sich fortführend mit der Thematik der „[...] zukünftigen Entwicklung des Alters und des Alterns [...]“ (Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 1986, S. 283) auseinander, regte Fachkonferenzen an und organisierte Seniorenprojekte und Seniorentage, sodass sich „für die Partei [...] neue Perspektiven der

Seniorenarbeit und der Beschäftigung mit dem Altwerden eröffnet[en]“ (Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 1991, S. B 54).

Am 17. März 1980 wurde *Alex Möller* zum neuen Vorsitzenden des Seniorenrats berufen, der sechs Jahre später von Frau *Käte Strobel* bis 1990 und ab dann von Heinz Kluncker übernommen wurde (vgl. SPD Presseservice, 1980; SPD Presseservice, 1990).

Ende der 1980er-Jahre und Anfang der 1990er-Jahre befasste sich der Seniorenrat mit den Bedürfnissen und Lebenszielen der älteren Menschen. Gleichzeitig wurde auch die Arbeit aus der Partei heraus forciert, die als „[...] Imagekomponente für die Seniorenpolitik [...]“ (Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 1991, S. B53) gedacht war, da die Älteren als Wahlzielgruppe umworben werden sollte (vgl. Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 1991, S. B53).

1990 wurden von *Konstanze Wegner* (MdB)⁴² organisatorische Vorschläge zur Seniorenarbeit der SPD verfasst:

„Wir fordern unter anderem eine eigene Arbeitsgemeinschaft der Senioren in der Partei, entsprechend der Arbeitsgemeinschaft der Frauen und der Jungsozialisten, weil nur so den Älteren in der Partei die nötige Durchsetzung gesichert werden kann. Wir hoffen auf rege Beteiligung unserer Ortsvereine, wir sind aber offen und dankbar für alle Anregungen aus der Bevölkerung zu diesem so wichtigen Thema, das jede und jeden von uns angeht“ (Wegner, 1990, S. 6).

Ein Jahr später, auf dem Bremer Bundesparteitag 1991 wurde die Organisationsstruktur der Partei überdacht. Die Projektgruppe 2000 sollte begutachten, „[...] ob [...] Strukturen und Arbeitsformen der SPD auf allen Ebenen noch zeitgemäß und genug aufgefächert sind, um ihr in wichtigen Gruppen Gehör zu verschaffen“ (Vorstand der Sozialdemokratischen

⁴² Mitglied des Deutschen Bundestages.

Partei Deutschlands, 1991, S. 256). Die Organisationsstruktur sollte hinsichtlich der Seniorenarbeit neu diskutiert werden, da „die Ausstattung der Seniorenarbeit in den Gliederungen [...] verbessert werden“ (Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 1991, S. 262) müsse. „Unabhängig von Organisationsformen benötigen die Älteren die gleichen finanziellen und personellen Ressourcen wie die anderen großen Zielgruppenbereiche [...]“ (Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 1991, S. 262). Für Seniorenbeauftragte war das Bildungsangebot zu gering, projektorientiertes Arbeiten fand kaum statt (vgl. Vorstand der Sozialdemokratischenpartei Deutschlands, 1991, S. 262), und Alterspolitik und Umgangsformen mit Älteren sind auch für die SPD ein Zukunftsthema (vgl. Wegner, 1991 S. 128).

„Die Seniorenarbeit [...] [wurde] meist zwar formal berücksichtigt. Es [...] [gab] wenig innovative Impulse aus den Gliederungen zur Arbeitsgestaltung. Der Schwerpunkt der Aktivitäten [...] lag auf Informations- und Geselligkeitsveranstaltungen. Seniorenbeauftragte [...] fühlten sich mit ihrer Arbeit und ihren Wünschen, Neues auszuprobieren, oft alleingelassen. Die Älteren insgesamt [...] [forderten] Instrumente der Interessenvertretungen verstärkt ein“ (Mackroth; Ristau, 1992, S. 5). Davon erwarteten sich die Senioren eine „[...] Korrektur der von ihnen stark empfundenen gesellschaftlichen und individuellen Ausgrenzung, Diskriminierung und Entmündigung“ (Mackroth; Ristau, 1992, S. 5).

Um diese Ausgangslage näher zu betrachten und neue Strukturen zu bedenken, sollte der Parteivorstand bis zum nächsten ordentlichen Bundesparteitag über die notwendigen Konsequenzen einen Organisationsbericht vorlegen (vgl. Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 1991, S. 256).

Gleichzeitig mit der oben beschriebenen Diskussion wurde auf der Seniorenkonferenz im August 1992 von dem neuen Vorsitzenden des

Seniorenrats, *Ulrich Klose*, die gesamtpolitische und innerparteiliche Seniorenpolitik erörtert. *Klose* betonte gesamtpolitisch die Dringlichkeit, sich mit der sozialen Sicherung der älteren Bürger in Deutschland auseinanderzusetzen.

„Wenn wir mehr Chancen für ein lebenswertes Alter für alle eröffnen wollen, dann müssen wir – über die Seniorenpolitik im engeren Sinne hinaus – Einfluß nehmen auf andere Politikfelder: Kulturpolitik, Städtebau, Verkehrs- und Wohnungsfragen, aber auch Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. [...]. Wir brauchen [...] neue Instrumente in der Seniorenpolitik, auch und gerade in der Administration in Kommunen und Ländern. [...]. Aus diesem Grunde habe ich mich zusammen mit anderen dafür eingesetzt, dass im Deutschen Bundestag eine Enquete-Kommission eingerichtet wird, die den Titel trägt "Demographischer Wandel" – Herausforderung unserer älter werdenden Gesellschaft“ (Klose, 1992 S. 6f)⁴³.

Innerparteilich wurde von *Klose* die SPD-Kommission „Seniorenpolitik / demografischer Wandel“ geleitet, die zwei Ziele verfolgte:

„Zum einen soll sie der Partei helfen, längerfristige gesellschaftliche Trends aufzuspüren und Vorschläge zur Bewältigung zu entwickeln. [...].

Zum anderen soll die Kommission unsere Seniorenarbeit unterstützen:

- *sie soll helfen, das immer noch unbefriedigende Alters- und Altenbild in der SPD zu korrigieren,*
- *sie soll helfen, Eure Erfahrungen mit neuen Aktionsformen für die Gesamtpartei fruchtbar zu machen,*
- *sie soll helfen, Euch, den Seniorinnen und Senioren der SPD, innerparteilich die Unterstützung und die Aktionsräume zu verschaffen, die Euch zustehen“ (Klose, 1992, S. 7).*

⁴³ Weiterführend hierzu: Bundesdrucksache 12/2272. Antrag, vom 16. März 1992, der SPD-Fraktion. Einsetzung einer Enquete-Kommission „Zukunftssicherung unserer älter werdenden Gesellschaft – Herausforderung des demographischen Wandels“.

Fortführend konstatierte *Klose*, dass die SPD die Forderungen der Senioren aufnehmen müsse, denn „im Klartext: ohne die Älteren verliert die SPD die Mehrheitsfähigkeit“ (Klose, 1992 S. 7).

Die Reformdebatte in den Jahren 1991 bis 1993 mit „[...] ausführlichen Förderprogrammen von oben wurden innerparteiliche Initiativen von unten aufgenommen [...]“ (Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 1995, S. 310), und durch eine repräsentative Befragung älterer Mitglieder wurde die Gründung einer „[...] eigenständigen Interessenvertretung innerhalb [...] [der] Partei“ (Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus, 1998, S. 3) unentbehrlich. Bei der Dialog-Veranstaltung: „Die Älteren als gesellschaftliche Kraft“ des SPD-Parteivorstands, die im September 1993 stattfand, wurde mit Wissenschaftlern und Verbandsvertretern über das Zukunftsbündnis der Älteren diskutiert (vgl. SPD 60 plus, 1993, S. 5). Dabei kristallisierte sich heraus, dass sich durch die aktive Mitwirkung der Älteren in unterschiedlichen Politikbereichen neue Mitwirkungsmöglichkeiten eröffnen würden (vgl. Naegele, 1993, S. 5) und daraus neue parteiorganisatorische Aufgaben entstehen können. Die Herausforderungen sollten von der Partei aufgenommen und in eine Organisationsform etabliert werden, die die „[...] eigenständige Interessenartikulation der Älteren ermögliche[...] und diese zugleich in den innerparteilichen Interessenausgleich einbinde[...]“ (Kohli, 1993, S. 6).

Nachdem aus zwei im Vorfeld installierten Ländermodellprojekten⁴⁴ die Einrichtung der Arbeitsgemeinschaft für Senioren positiv bewertet wurde, der SPD-Seniorenrat sich einstimmig für eine Arbeitsgemeinschaft der Senioren aussprach, die Mitglieder der Kommission „Organisationspolitik / Politische Bildung beim SPD-Parteivorstand“ sich diesem Votum

⁴⁴ Hierzu zählte zum Beispiel die SPD Baden-Württemberg, die schon im Jahre 1991 die erste Landesdelegiertenkonferenz der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Senioren und Seniorinnen mit dem Themenschwerpunkt „Alter hat Zukunft. Solidarität der Generationen“ arrangierte.

anschlossen, verschiedene Anträge zur Änderung der Organisationspolitik vorlagen und der Satzungsänderung auf dem Bundesparteitag 1993 zugestimmt wurde, stand der erfolgreichen Einführung der neuen Arbeitsgemeinschaft für Senioren auf Bundesebene nichts mehr im Wege (vgl. Fuchs, 1993a, S. 801; Klose, 1993, S. 789; SPD-Parteivorstand, 1993, S. 292ff.; SPD 60 plus, 1993, S. 4; Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 1995 S. 320).

Der neuen Arbeitsgemeinschaft – und dies galt von nun an für alle Arbeitsgemeinschaften – stand ein eigenständiges Antrags- und Rederecht für den Parteitag auf der jeweiligen Ebene zu (vgl. Fuchs, 1993b, S. 816; SPD-Parteivorstand, 1993, S. 320).

Im Jahre 1994 gründeten dann die Senioren der SPD die Arbeitsgemeinschaft 60 plus unter dem Motto „Bei uns hat Alter Zukunft“ mit den Zielen:

- „- [...] [der] Teilhabe der Älteren an der politischen Willensbildung in und außerhalb der SPD [und]
- [...] [der] Vertretung spezifischer Interessen der Älteren in der Politik der SPD“ (Klose, 1994a, S. 6).

Als erster Bundesvorsitzender der neuen Arbeitsgemeinschaft wurde *Hans-Ulrich Klose* gewählt, der Ende Dezember mehr Einfluss für die Älteren innerhalb der SPD forderte (vgl. Klose, 1994b, S. 2).

Im April 1995 fand der erste Bundeskongress der Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus statt. Dort wurde für die Partei die Zukunft mit Älteren herausgestellt, da

„[...] heute nicht mehr von einer jahrzehntelangen Mitgliedschaft [...] [ausgegangen werden könne], sondern [...] ein zeitlich und thematisch befristetes Engagement [...] [unterstellt wird]. Vor diesem Hintergrund ist eine agile 60-jährige Ruheständlerin mit Zeit, Kompetenz und Mobilität ebenso interessant wie ein Jugendlicher, der sich ebenfalls nur für eine befristete

Teilnahme entscheidet“ (Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 1995, S. 309).

Im Jahre 1997 beanstandete der Bundesvorsitzende *Hans-Ulrich Klose*, dass es immer noch für ältere Parteimitglieder schwierig ist, „[...] als Seiteneinsteiger in Gremien, Räte und Parlamente, gewählt zu werden“. (Klose, 1997, S. 2). Gleichzeitig gab *Klose* nach zehnjähriger Tätigkeit seinen Rücktritt als Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft 60 plus bekannt (vgl. Klose, 1997, S. 6). Sein Nachfolger wurde *Rudi Walther*.

In den folgenden Jahren beteiligte sich die Arbeitsgemeinschaft 60 plus an verschiedenen bundesweiten Aktionen der SPD und arrangierte regelmäßig Bundeskongresse. So legte die Arbeitsgemeinschaft 60 plus ihre Arbeitsschwerpunkte im Jahre 1997 und 1998 auf die Themen:

- Generationenvertrag,
- Rente,
- Lebensqualität im hohen Alter,
- Gesundheit im Alter,
- Kommunalpolitische Initiative und
- Mitentscheidung in der Politik (vgl. Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 1999 S. 57).

In den Jahren 1999 und 2000 setzte die Arbeitsgemeinschaft ihre Scherpunkte auf sozialpolitische Themen, wie Pflege, Gesundheit und Rente, auf die Verbesserung der sozialen Absicherung der demenzerkrankten Menschen, weitere Mitwirkung von Senioren in der Politik und die Marktmacht der Senioren. Gleichzeitig wiesen sie auf die weitere Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung als größte Herausforderung hin,

„[...] der sich unsere Gesellschaft und die SPD zukünftig stellen müsse [...]. In der öffentlichen Diskussion wird der demografische Wandel noch häufig ausschließlich unter dem Aspekt seiner Konsequenz für die Sozialversicherungssysteme debattiert. Eine Fokussierung auf die defizitären Aspekte des Alters verstellen jedoch den Blick auf die Chance und die Potentiale, die sich mit der Lebensphase Alter verknüpfen“ (Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 2001, S. 35).

Neuer Bundesvorsitzender wurde *Otto Graeber*. Aktives Alter und ein Miteinander der Generationen wurde ein Schwerpunkt der thematischen Auseinandersetzung in den Jahren 2001 bis 2002 (vgl. Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 2003, S. 53ff.). Zwei Jahr später verfolgte die Arbeitsgemeinschaft das Ziel „[...] Aufklärung zu leisten für ein verändertes, also realistisches Bild vom Alter [...]“ (Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 2005, S. 44).

„Denn das wiederum ist die Voraussetzung, die richtigen Reformen für einen altersgerechten Umbau unserer Gesellschaft angehen und verwirklichen zu können“ (Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 2005, S. 44).

Insbesondere der demografische Wandel und seine Veränderungen wurden in dieser Zeit thematisch priorisiert, und das erfolgreiche aktive Altern wurde hervorgehoben. Diese Thematik wurde auch im Weiteren als Schwerpunkt ausgearbeitet.

„Darüber hinaus blieben die Gesundheitspolitik sowie die Rentenpolitik Themen von besonderem Gewicht – für die alternde Gesellschaft im Allgemeinen wie für die Älteren im Besonderen. [...]. Und natürlich wird die SPD 60 plus die Auseinandersetzung um ein angemessenes Bild vom Alter und um entsprechende Teilhabe der Älteren in Gesellschaft, Politik und

Wirtschaft fortsetzen“ (Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 2007, S. 59).

Neue Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft 60 plus ist seit August 2007 *Erika Dreccoll*.

Heute hat die Arbeitsgemeinschaft 60 plus annähernd 253.000 Mitglieder, da jedes SPD-Mitglied automatisch Mitglied bei 60 plus wird, sobald das 60. Lebensjahr erreicht ist. Von ihnen nehmen ungefähr 40.000 aktiv⁴⁵ an der Arbeit der Arbeitsgemeinschaft teil.

○ *Zwischen parteiinterner Integration und Segregation der eigenständigen Arbeitsgemeinschaft für Senioren*

Die Gründung der Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus und die damit einhergehende Trennung älterer Parteimitglieder von den übrigen Parteimitgliedern war nicht unumstritten. Besonders für einige „Leitfiguren“ der SPD war die organisatorische Trennung und die mit ihr verbundene Teilung der politischen Arbeit nicht erstrebenswert (vgl. Naegele, 1999b, S. 105). Dies verdeutlichte *Helmut Schmidt* in einem Interview, in dem er betonte, dass der Parteivorstand beschlossen habe, die über 60-Jährigen in eine eigene Arbeitsgemeinschaft abzuschieben (vgl. Die Zeit Nr. 48, 24. November 1995, S. 8. Zitiert in Kohli; Neckel; Wolf, 1999, S. 483). Einige Parteimitglieder warnten aufgrund der Bildung der eigenen Arbeitsgemeinschaft für Senioren „[...] vor einer Atomisierung der SPD [...]“ (Mackroth, Ristau; 1994, S. 203). Allerdings verstanden die meisten Führungspersonlichkeiten in der SPD diese Organisationstrennung nicht als Separierung, sondern als Chance für mehr politische Partizipation der älteren Parteimitglieder (vgl. Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus, 1998, S. 18f.).

⁴⁵ Auskunft SPD-Parteivorstand

Heute, einige Jahre nach der Gründung der eigenen Arbeitsgemeinschaft für Senioren, wird diese auch in einer historischen Zusammenfassung zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands noch kritisch betrachtet:

„Mit der zunehmenden Veralterung der deutschen Gesellschaft kamen die Älteren als politische Zielgruppe stärker ins Visier. So schuf sich die SPD 1994 noch die AG 60plus, um die Seniorinnen und Senioren stärker einzubinden und ihre Erfahrungen und Kommunikationsmöglichkeiten zu nutzen. Neben einem Mehr an Sonderveranstaltungen und einem eigenen Betätigungsfeld für aktive ältere Parteimitglieder war der Effekt aber begrenzt. Denn Ausstrahlung nach außen entfaltetet die AG 60plus trotz des ehrenhaften Engagements an verschiedenen Orten als Ganzes so gut wie kaum“ (Potthoff, 2002b, S. 360.

Und auch Lösche vertritt die Einschätzung, dass es diesen „Unterorganisationen“ an Innovationspotenzial mangle (Jun, 2007, S. 392).

Kurz nach der Gründung verfasste der SPD-Vorstand die Richtlinien für die Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus, in denen Aufbau, Mitwirkungsrecht und die Mitgliedschaft geregelt wurden. Diese Richtlinie wurde zuletzt im Jahre 2008 überarbeitet und regelt den rechtlichen Status der Arbeitsgemeinschaft sowie deren Ziele und Aufgaben. Folglich regelt die Richtlinie die Integration der Arbeitsgemeinschaft in die Partei hinein.

„Die Arbeitsgemeinschaft umfasst Mitglieder vom vollendeten 60. Lebensjahr an sowie weitere in der Seniorenarbeit Tätige, die an der Mitarbeit interessiert sind.

Aufgaben der AG 60plus sind

- *die Interessen der Älteren innerhalb und außerhalb der SPD zu vertreten,*
- *das Engagement der Älteren zu fördern,*

- *Menschen für die sozialdemokratische Programmatik zu gewinnen,*
- *den demographischen Wandel mitzugestalten,*
- *Kooperation mit Verbänden, Organisationen und Initiativen der Älteren bzw. der Altenarbeit und*
- *die Generationssolidarität auszubauen“*

(www.sozialdemokratischejuristen.de, 2008, S. 2f.).

Die Verantwortung dafür, dass sich die Arbeitsgemeinschaft an die Statuten, Grundsätze und Richtlinien der Partei hält, liegt bei der jeweiligen Vorstandsebene (vgl. www.sozialdemokratischejuristen.de, 2008, S. 5).

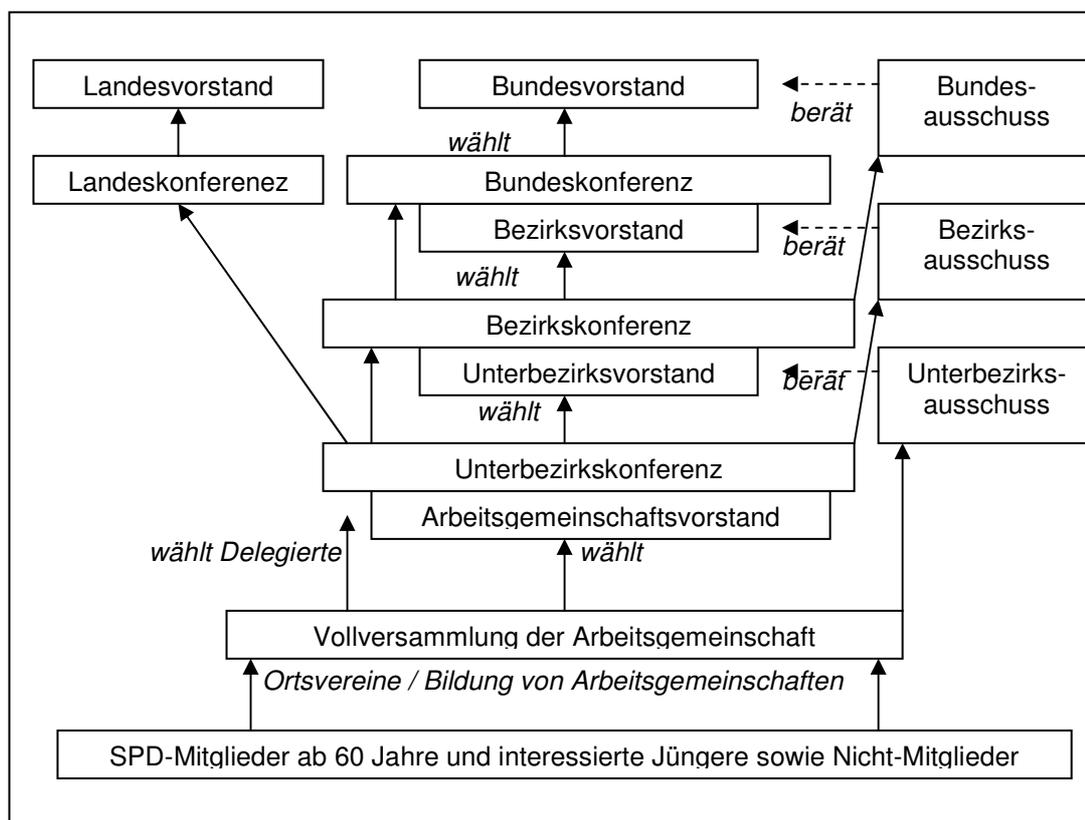
Die Arbeitsgemeinschaft wählt einen Bundesvorstand, bestehend aus dem Vorsitzenden, zwei Stellvertretern und sechs Beisitzern, der die laufenden Geschäfte führt und die Repräsentanz in der Öffentlichkeit wahrnimmt. Der Bundesvorstand wird beraten durch den Bundesausschuss, der mindestens zweimal im Jahr durch den Bundesvorstand einzuberufen ist.

„Der Bundesausschuss setzt sich zusammen aus 30 Personen sowie den Mitgliedern des Bundesvorstandes. Die Mandate werden entsprechend der Zahl der Parteimitglieder auf die Bezirke / Landesverbände verteilt. Jeder Bezirk erhält ein Grundmandat. Die Delegierten werden in den Bezirken für zwei Jahre gewählt“ (www.sozialdemokratischejuristen.de, 2008, S. 7).

Das höchste Organ der Arbeitsgemeinschaft 60 plus ist die Bundeskonferenz, deren Aufgabe es ist:

- die Zielfestlegung des Arbeitsprogramms der Arbeitsgemeinschaft zu bestimmen,
- gestellte Anträge zu beschließen,
- den Tätigkeitsbericht des Vorstandes entgegenzunehmen und
- den Bundesvorstand in einem zweijährigen Rhythmus zu wählen.

Die Bundeskonferenz besteht aus 250 Delegierten der jeweiligen Arbeitsgemeinschaften, der Bezirks-Landesverbände und dem Bundesvorstand „[...] sowie den Mitgliedern des Bundesausschusses mit beratender Stimme. Die Bundeskonferenz findet zwei- bis dreitägig alle zwei Jahre statt“. (www.soziademokratischejuristen.de, 2008, S. 6 und 8).



Legende: wählt \longrightarrow koordiniert und berät \dashrightarrow

Abbildung 12: Organisationsübersicht der Arbeitsgemeinschaft 60 plus. Eigene Darstellung (vgl. Arbeitsgemeinschaft 60 plus, 1998, S. 17).

Trotz der beschriebenen Vorbehalte, sowohl bei der Gründungsinitiative als auch noch in späteren Jahren, hat sich die Arbeitsgemeinschaft 60 plus heute zu einer Arbeitsgemeinschaft entwickelt, die im Lauf der Jahre verschiedene Aktivitäten initiierte und Bundeskongresse ausrichtete, die

nachfolgend von der Entwicklung der Seniorenarbeit bis zum heutigen Stand der Arbeitsgemeinschaft 60 plus skizziert werden.

1973	Parteitagdiskussion: Einberufung eines Seniorenrats
1974	Seniorenrat wird gegründet
1979	SPD-Parteivorstand richtet das Arbeitsfeld Seniorenpolitik ein
1982	Auf allen Parteiebenen ergänzen Beauftragte die Seniorenarbeit. Im Mai wird die Fachkonferenz: „Lebensqualität im Alter“ ausgerichtet.
1985	Fachkonferenz der Senioren: „Zukunft des Alters“
1988	Auf dem Parteitag in Münster wird der Vorstand beauftragt, die Seniorenarbeit besser in die Parteiarbeit einzugliedern.
1989	In annähernd allen Unterbezirken und Kreisverbänden wird Seniorenarbeit organisiert.
1991	Start der Parteireform 1991 und Erprobung der eigenständigen Organisationsform der Senioren
1993	Erste repräsentative Befragung der SPD-Senioren. Auf dem Wiesbadener Parteitag votieren die Delegierten für die Bildung einer eigenständigen Arbeitsgemeinschaft für Ältere.
1994	Die Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus wird gegründet unter dem Motto: „Bei uns hat Alter Zukunft“.
1995	Die Arbeitsgemeinschaft richtet den ihren ersten Bundeskongress; Leitsatz: „Wir sind das Motto“.
1997	Inhaltliche Arbeitsschwerpunkte sind: Generationenvertrag, Lebensqualität und Gesundheit im Alter. Der zweite Bundeskongress findet unter dem Leitsatz: „Zukunft ist, was wir daraus machen“.
1999	Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft 60 plus unter dem Motto: „Leitbild für das 21. Jahrhundert – Eine Gesellschaft für alle Lebensalter“.
2001	Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft 60 plus unter dem Motto: „Ehrenamt? – Ehrensache!“
2002	Aktionstag: „Gemeinsame Zukunft gestalten – Für ein Miteinander der Generationen“
2003	Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft 60 plus unter dem Motto: „Gemeinsame Zukunft gestalten – Für ein Miteinander der Generationen“
2004	Politik der Arbeitsgemeinschaft 60 plus arbeitet an zentralen Projekten wie: <ul style="list-style-type: none"> - „Ausbau der europäischen Kooperation“, - „Gesünder im Alter durch Prävention“ und - „Keine Diskriminierung aufgrund von Lebensalter“,
2005	Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft 60 plus unter dem Motto: „Aktives Alter – Wir gestalten mit“.
2007	Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft 60 plus unter dem Motto: „Solidarisch und gerecht: Generationen gestalten gemeinsam“
2008	Schwerpunkt Thema: Demokratie und Toleranz stärken! – Jung und Alt gemeinsam gegen Rechts“

Tabelle 1: Aktivitäten Arbeitsgemeinschaft 60 plus. Von der Gründungsidee bis heute. Eigene Darstellung. Quelle: Vgl. Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1984, S. 306f.; Vorstand Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1986, S. 284; SPD-Parteivorstand, 1988, S. 143; Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 1991 S. C 139; Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1995, S. 309f.; Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus 1998, S. 3; Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 2001, S. 36; Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 2003, S. 53; Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 2005, S. 44f.; Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 2007, S. 58f. www.archivspd.de,

Zugriff 7. Januar 2008 / 10.00Uhr-18.00Uhr; [www.
http://www.ag60plus.de/servlet/PB/menu/1107822/index.html](http://www.ag60plus.de/servlet/PB/menu/1107822/index.html) Zugriff 9. Januar 2008 /
17.30Uhr. [http://www.ag60plus.de/ag60plus/wir
ueber_uns/detail/schritt_fuer_schritt.html](http://www.ag60plus.de/ag60plus/wir_ueber_uns/detail/schritt_fuer_schritt.html)
29.Mai 2029. Mai8.30 Uhr.

3.6 Zwischenfazit Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Die älteste Partei Deutschlands, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, gründete sich aus den verschiedenen Vereinigungen von Arbeitern und Gesellen Mitte des 19. Jahrhunderts. Bis aus den unterschiedlichen Vereinigungen eine eigenständige Partei hervorging, waren viel Anstrengungen und Kompromisse notwendig. Wählerschaft und Parteimitglieder rekrutierte die Partei zumeist aus den Industriemetropolen. In der Weimarer Republik konnte sich die SPD zu einer wichtigen politischen Kraft entwickeln.

Infolge der Machtübernahme der Nationalisten mussten viele Parteimitglieder emigrieren, und es kam zur Auflösung der Partei.

Nach dem Krieg wurde in Hannover eine neue sozialdemokratische Bewegung aufgebaut, die sich im Laufe der Jahre als neue Volkspartei SPD für die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität einsetzte. Durch interne Strukturveränderung, Diskussionsprozesse und politische Neuausrichtung kam es 1969 dazu, dass die Sozialdemokratische Partei Deutschlands Wählerschichten hinzugewinnen konnte und die Partei die Regierungsverantwortung übernahm. In den 1960er-Jahren und 1970er-Jahren konnte die Partei einen Mitgliederzuwachs von jungen Studenten erlangen, die die bisherigen Arbeiter und Angestellten durch politische Diskussionen verdrängten.

Anfang der 1970er-Jahre erkannte die Parteiführung, dass die älteren Parteimitglieder, die lange Zeit politisch engagiert waren und Verantwortung trugen, nicht einfach aus der aktiven Parteiarbeit ausscheiden sollten, sondern dass deren Wissen und Engagement für die Partei weiterhin notwendig war und benötigt wurde. Daher gründete die

Sozialdemokratische Partei Deutschlands im Jahre 1974 einen Seniorenrat. Er sollte den Parteivorstand unterstützen, er war „[...] ausdrücklich nicht [nur] auf die Probleme der älteren Menschen beschränkt, sondern [...] die politischen und gesellschaftlichen Themen auf[greifen] [...]“ (Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 2003, S. 77). Fünf Jahre später wurde innerhalb der Partei das Referat Seniorenarbeit eingerichtet und eine Bundesbeauftragte berufen. In der Partei wurden Anfang der 1990er-Jahre die organisatorischen Strukturen der Seniorenarbeit stärker thematisiert. Die älteren Parteimitglieder forderten neben dem Seniorenrat eine eigenständige Arbeitsgemeinschaft, da hierdurch die Interessenvertretung sowie die finanziellen und personellen Ressourcen besser gefördert würden. Annähernd zeitgleich wurde, auf Initiative der SPD, die Enquete-Kommission „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“ vom Deutschen Bundestag eingesetzt und innerparteilich die Kommission „Seniorenpolitik / demographischer Wandel“ berufen.

Nach längerer interner Debatte, einer repräsentativen Befragung aller älteren Parteimitglieder und einer wissenschaftlichen Diskussion über das Zukunftsbündnis der Älteren wurde dann im Jahre 1994 die Arbeitsgemeinschaft 60 plus gegründet. Die neue Arbeitsgemeinschaft war nicht unumstritten, da sich ein Teil auch der älteren Mitglieder gegen eine Trennung der Parteimitglieder (in ältere und jüngere) aussprach. Die Arbeitsgemeinschaft ist, wie alle anderen Arbeitsgemeinschaften der Sozialdemokratischen Partei, eine nicht selbstständige Suborganisation mit entsprechender Aufbauorganisation, identisch mit der jeweiligen Ebene der SPD-Struktur. Jedes SPD-Mitglied gehört ab dem 60. Lebensjahr dieser Arbeitsgemeinschaft automatisch an. Das sind dann ca. 250.000 Mitglieder. Von daher ist die Arbeitsgemeinschaft 60 plus die größte Suborganisation innerhalb der SPD. Neben den Senioren ab dem 60. Lebensjahr können sich auch jüngere interessierte oder Gastmitglieder

engagieren. Die Arbeitsgemeinschaft hat bis heute verschiedene Aktivitäten und Kongresse arrangiert, um die Interessen der Älteren sowohl parteiintern als auch außerhalb der SPD zu vertreten. Dabei setzt sich die Arbeitsgemeinschaft 60 plus nicht nur für eine Politik für Ältere, sondern für eine Generationensolidarität ein.

4. Politische Partizipation

Einführend wird zuerst die politische Partizipation allgemein beschrieben. Anschließend erfolgt die Darstellung des Forschungsstands und die des theoretischen Bezugsrahmens, um dann die diffizile Abgrenzung der politischen und sozialen Partizipation aufzuzeigen. Die zentralen Punkte der politischen Partizipation werden anschließend detailliert dargestellt. Als eine besondere Form der Partizipation wird die innerparteiliche Partizipation expliziert. Mit einer Zusammenführung wird dann das Kapitel vier beendet.

Politische Partizipation ist ein Bestandteil und ein Qualitätsmerkmal der repräsentativen Demokratie, sie wird immer freiwillig von Personen mit dem Ziel ausgeübt, direkt oder indirekt politische Entscheidungen mitzugestalten. Das bedeutet nicht ohne Weiteres, dass jeder Bürger diese Gelegenheit, Politik mitzugestalten, wahrnimmt. Die demokratisch legitimierte Macht kann jedoch nur dann gelingen, wenn bürgerliche Partizipation stattfindet (vgl. Zmerli, 2004, S. 229; v. Deth, 2006, S. 168; Nohlen; Grotz, 2007, S. 398). Deshalb benötigen Parteien Mitglieder und aktive Bürger, die sich an der politischen Partizipation beteiligen, sei es als Multiplikatoren, die das politische Programm in der Gesellschaft kommunizieren und zugleich die gesellschaftliche Stimmungslage an die Parteispitze herantragen (vgl. Poguntke, 2005b, S. 50)⁴⁶, oder nur als Wähler, die die Partei legitimieren, zu handeln.

⁴⁶ Gleichzeitig kann durch die politische Partizipation ein erheblicher Anteil an Wählern gewonnen werden, die eventuell früher oder später ihre Mitgliedschaft

Politische Partizipation als „[...] bürgerliche Beteiligung mit dem Ziel der Einflussnahme auf politische Entscheidungen [...]“ (v. Deth, 2006, S. 169) kann aktiv oder passiv wahrgenommen werden. Politische Partizipation geschieht grundsätzlich mit der Intention, Entscheidungen auf verschiedenen Ebenen zu treffen, um das politische System mitgestalten zu können (vgl. Kaase, 1995, S. 521). Dabei wird politische Partizipation grundlegend immer auf freiwilliger Basis ausgeübt (vgl. Barnes; Kaase; Allbrecht, 1979, S. 42; Verba; Lehman Schlozman; Brady, 1995, S. 38). Da die politische Partizipation in unterschiedlicher Art und Weise auszuüben ist, stellt sie eine „[...] nicht elitäre, nicht formale, nicht nur politische und nicht systemgebundene Form der gesellschaftlich-politischen Willensbildung“ (v. Alemann, 1978, S. 19) dar. In der Partizipationsforschung wurde lange Zeit argumentiert, dass die Partizipationsform nicht über die Wahlbeteiligung hinausgehe (vgl. Beck, 1977, S. 663). Allerdings haben sich im Laufe der Zeit die Dimensionen der politischen Partizipation erweitert. *Kißler* beschreibt diese als „ausufernde Partizipationsrhetorik“ (Kißler, 2007, S. 71), die von der Wahl bis zur politisch motivierten Gewalt entweder sachbezogen oder personenbezogen ausgeübt werden kann.

„Je nach Handlungsfeld und demokratietheoretischer Perspektive wird politisches Engagement verstanden

- *als Ausdruck und Lernort von demokratischen Fähigkeiten (Bereitschaft zum Zuhören, Einfühlungsvermögen, Offenheit, Achtung anderer Überzeugungen und Lebensweisen, aber auch Vorbereitung von und die Mitwirkung an Beschlüssen etc.) und Bürgertugenden, wie z. B. Gemeinsinn und Solidarität [..],*
- *als Beitrag zur Unterstützung politischer Institutionen und als Ausdruck des Vertrauens in Institutionen [..],*

bei der Partei beantragen (vgl. Poguntke, 2005b, S. 50f.; Detterbeck, 2005 S. 68).

- *als Garant für die politische demokratische Qualität von politischen Diskussions- und Entscheidungsprozessen (Deliberation) oder*
- *als Übernahme öffentlicher Aufgaben (etwa durch Schöffen, Wahlhelfer etc.)“ (Deutscher Bundestag, 2002, S. 151f.).*

Neben der klassischen institutionalisierten politischen Partizipationsform haben sich in den 1960er-Jahren besondere Varianten der nicht-institutionalisierten Form gebildet. Die Gestaltungsbeteiligung reicht von der konventionellen bis zur unkonventionellen, über die direkte und indirekte bis hin zur unverfassten Form der politischen Partizipation. Dabei wird evident, dass sich die politische Partizipation von anderen freiwilligen Handlungen abgrenzt, indem sie explizit einen politischen Bezug aufweist (vgl. Gabriel, 1998, S. 153). Dennoch löst sich die Unterscheidung zwischen politischer und nicht-politischer Partizipation in der letzten Zeit insgesamt immer mehr auf, da soziales Handeln fast ausschließlich eine politische Relevanz aufweist (vgl. v. Deth, 2001, S. 203). Soziales Handeln wird verstanden als Handlung, die vollzogen oder auch unterlassen wird, die aber immer einen Bezug zu einem anderen Menschen aufweist (vgl. Weber, 2005, S. 6f.). Dadurch ergibt sich, bezogen auf die politische Partizipation, ein Sinn in der Orientierung und der Auseinandersetzung mit anderen. Durch die Auseinandersetzung wird Politik diskutiert, reflektiert und geprägt.

Die Auflösung der klaren Grenzen der politischen und nicht politischen Partizipation kommt auch daher, dass oftmals die Diskussion des Sozialkapitals, also Vertrauen, Normen, soziale Kontakte und soziale Netzwerke (vgl. Putnam, 1993, S. 182; Putnam; Goss, 2001, S. 15ff.) und die politische Partizipation ineinander übergehen. Ferner fördert Sozialkapital zumeist das politische Engagement, stärkt dadurch die Demokratie und reduziert die Politikverdrossenheit (vgl. Deutscher Bundestag, 2002, S. 34 Gabriel; Kunz; Roßteutscher; v. Deth, 2002, S. 202), da durch die oben genannte Punkte sowohl soziales Handeln

gefördert als auch die Interaktion zwischen Menschen erhöht wird. Das stellte eine wichtige Ressource sowohl für das persönliche Wohlergehen als auch für die gesellschaftliche Entwicklung dar. Die Diskussion des sozialen Handelns und des Sozialkapitals wurde in der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen, indem der Deutsche Bundestag die Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerlichen Engagements“ einsetzte (vgl. Deutscher Bundestag, 2002).

In den 1970er-Jahren fand man heraus, dass die politische Partizipation sich nicht allein auf die Wahl und Parteiarbeit reduzieren lässt, sondern der Bürger auf weitergehende Art und Weise die Teilhabe mitgestalten möchte (vgl. Milbrath; Goel, 1977, S. 12). In ihren Ausführungen zur Partizipation teilen *Buse und Nelles* die verschiedenen Partizipationsmöglichkeiten anhand von zwei Gruppen ein, indem sie die direkte/indirekte Form und die verfasste/unverfasste Partizipationsform differenzieren (vgl. Buse; Nelles, 1978, S. 87).

Direkte/indirekte Partizipation und verfasste/unverfasste Partizipation

„Direkte Partizipation zielt im Gegensatz zur indirekten auf die Beeinflussung einer bestimmten politischen Entscheidung ab, verfasste Beteiligungsformen wie Bürgerbegehren sind institutionell verankert, unverfasste wie Bürgerinitiativen hingegen nicht“ (Hallermann, 2003, S. 20).

Konventionelle und unkonventionelle Partizipation

Ein weiteres Ordnungskriterium legten *Barnes; Kaase; Allbrecht* fest, indem sie die Partizipationsdimensionen als konventionell oder unkonventionell bezeichnen (vgl. Barnes; Kaase; Allbrecht, 1979, S. 42). Dabei lehnt sich diese Definition stark an die von *Buse und Nelles* an. „Als konventionell werden diejenigen Beteiligungsformen bezeichnet, die mit hoher Legitimitätsgeltung auf institutionalisierte Elemente des politischen

Prozesses [...]“ (Kaase, 1992, S. 148) gegründet sind. „[...] Unkonventionell werden hingegen alle die Beteiligungsformen bezeichnet, die auf institutionell nicht verfaßte unmittelbare Einflußmaßnahme auf den politischen Prozeß abstellen“ (Kaase, 1992, S. 148). Anknüpfend an die Partizipationsformen dehnte *Uehlinger* die Typen der politischen Partizipation des Bürgers auf fünf Punkte aus.

1. *Staatsbürgerrolle*

Dabei hob er die Staatsbürgerrolle hervor, die jeder Bürger wahrnehmen kann, indem er sich an politischen Wahlen beteiligt.

2. *Parteiorientierte Partizipation*

Der Bürger wird Mitglied einer politischen Partei, in der er sich eventuell engagiert.

3. *Spezifische Partizipation*

Das Ausmaß der spezifischen Partizipation kann durch die Beteiligungsform von politischer Meinung in der Öffentlichkeit angesehen werden.

4. *Ziviler Ungehorsam*

Ziviler Ungehorsam stellt die partizipativen Handlungen dar, die illegal, also nicht gesetzeskonform vor sich gehen.

5. *Gewalt*

Als fünfte Partizipationsform wird die politische Gewalt gegen Personen oder Sachen aufgeführt (vgl. Uehlinger, 1988, S. 106).



Abbildung 13: Taxonomie der politischen Partizipation. Eigene Darstellung. Quelle: vgl. Buse, Nelles 1978, S. 87; Uehlinger, 1988, S. 106, 110 und 125; Kaase, 1992, S. 148.

Wie bisher dargestellt, wird unter dem Begriff der Partizipation eine ausgedehnte Bandbreite von Handlungen verstanden, die gleichsam viele Prozesse einschließt, die in einem „[...] explizit nicht-politisch abgegrenzten Umfeld [...], politische Dimensionen im Sinne von politischer [...]“ (Kaase, 1992, S. 146) Bedeutung erlangen. Die Handlungen müssen nicht zwingend interpersonale Handlungen implizieren, so kann „[...] auch die Teilnahme durch mentale Beschäftigung mit der Politik“ (Steiner, 1969, S. 1) nicht ausgeschlossen werden.

4.1 Partizipationsforschung, Forschungsstand und theoretischer Bezugsrahmen

Bei aller Schwierigkeit, die politische Partizipation theoretisch einzugrenzen, muss betont werden, dass in der Demokratie die Partizipation eine bedeutungsvolle Rolle einnimmt, „[...] nämlich die, die [...] demokratischen Funktionen zu erfüllen“ (v. Deth, 2006, S. 167), womit diese ein berechtigtes Forschungsfeld darstellt. Die Funktion der politischen Partizipation ist, vereinfacht beschrieben, als Volksherrschaft zu verstehen. Von daher lassen sich auch die Aufgaben und die Erkenntnisinteressen der Partizipationsforschung ableiten. Denn durch die Forschung soll verdeutlicht werden, wer partizipiert, wie partizipiert wird und wie Partizipation gefördert und aufrechterhalten werden kann.

Es ist nicht selbstverständlich, dass sich der Bürger an dem Politikvorgang beteiligt. Umgekehrt ist es jedoch unverzichtbar für die Demokratie, dass sich der Bürger politisch beteiligt. Wie dargelegt, umfasst die politische Partizipation eine Vielzahl von Möglichkeiten und ist innerhalb des demokratischen Systems an gewisse Voraussetzungen gebunden, damit überhaupt die Chance zur Partizipation gegeben ist. Dies soll im Folgenden anhand zweier Beispiele verdeutlicht werden:

Was heute eine Selbstverständlichkeit ist, wurde vor 100 Jahren durch heftige Konfrontationen beschlossen. Gemeint ist hier das Frauenwahlrecht in der Bundesrepublik Deutschland, das 1918 in der Weimarer Republik eingeführt wurde. In der Schweiz sind Frauen übrigens erst seit 1971 wahlberechtigt (vgl. Hoecker, 1995, S. 37ff.). Das zweite Beispiel bezieht sich auf die Briefwahl, die erstmals im Jahre 1957 zugelassen (vgl. www.bundestag.de, 2008) und zehn Jahre später durch das Bundesverfassungsgericht als verfassungsmäßig anerkannt wurde. Denn es gibt Bürger, die unter anderem durch „[...] berufliche[...] Gründe[.], infolge Krankheit, hohen Alters [...]“ (Bundesverfassungsgericht BVerfGE

21, 200 Abs. 2, 1967) nicht persönlich an dem Wahltag ihre Stimme geltend machen können.

So vielförmig die politischen Partizipationsmöglichkeiten beziehungsweise die Partizipationsrechte der Bürger sind, so schwierig gestaltet sich die wissenschaftliche und praktische Eingrenzung. Es ist nicht immer ganz deutlich, was Partizipation bedeutet und welche Handlungen als politische Partizipation charakterisiert werden können (vgl. Hoecker, 2006, S. 3; Geißel, 2004, S. 2). Dies mag daran liegen, dass sich die Erkenntnisse zur politischen Partizipation im Laufe der Entwicklung verändert haben und dass durch vermehrte Forschungsergebnisse die Begriffsbestimmung mit beeinflusst wird.⁴⁷ Eine weitere Problematik besteht darin, dass die Bestimmung dessen, was überhaupt Politik ist, oftmals diffus erscheint, viele Assoziationen auslöst und daher schwer einzugrenzen ist. Deswegen ist es kompliziert, die politische Partizipation begrifflich einzugrenzen, da schon politische Gedanken oder Werte als Teilhabe gewertet werden können.

In der vorliegenden Arbeit wird davon ausgegangen, dass politische Partizipation immer freiwillig durchgeführt wird mit dem Ziel, auf politische Entscheidungen Einfluss zu nehmen. Diese Einflussnahme kann aktiv oder auch passiv erfolgen. Aktiv bedeutet, politische Partizipation findet in einem organisierten Rahmen statt. Im Gegensatz dazu steht die passive politische Partizipation, die eher die selbstständige Wahrnehmung und Information beinhaltet. Politische Partizipation kann dabei in allen Bereichen der gesellschaftlichen Organisation ausgeübt werden.

⁴⁷ So hat sich in den letzten Jahren die parteiinterne Willensbildung und Partizipation bei fast allen Parteien bedeutend geändert. Was früher klar abgrenzbar war, ist heute differenzierter zu betrachten. Dies betrifft zum Beispiel die innerparteilichen Nominierungswahlen oder die Mitgliederentscheidung in Fragen der Programmatik, initiiert durch die Grünen, die die Basisdemokratie einführen sowie das Rotationsprinzip (auch wenn dieses nicht mehr besteht) und die Trennung von Amt und Mandat durchgesetzt haben. Dadurch hat sich innerparteilich ein völlig neuer Weg der Partizipation entfaltet.

Im Allgemeinen gilt für die politische Partizipation der gleiche Grundsatz wie für alle anderen Bereiche des freiwilligen Engagements: Entweder hat der Bürger Interesse an der Teilhabe, oder er nimmt bedingt oder überhaupt nicht an demokratischen und zivilgesellschaftlichen Handlungen teil. Die Partizipationsforschung zeichnet bisher kein deutliches Bild davon, welche Abgrenzungen und Muster zu anderen Formen der Partizipation bestehen. Diese Frage wird je nach Forschungsschwerpunkt unterschiedlich beantwortet (vgl. Gabriel, 2004, S. 328; Boll, 2001, S. 20; Opp; Finkel, 2001, S. 74). Nach *Gabriel* gibt es Faktoren, die die politische Partizipation eher wahrscheinlich machen. Dies sind primär politische Interessen, starke Parteienidentifikation und „[...] das Gefühl [der] politische[n] Kompetenz“ (Gabriel, 2004, S. 328). Schon recht früh wurde im Laufe der Partizipationsforschung hervorgehoben, „[...] daß politische Beteiligung als Selbstzweck [...] zur Selbstverwirklichung [...]“ (Kaase, 1982, S. 185) beiträgt.

Wenn man sich mit der politischen Partizipationsforschung beschäftigt, kommen Fragen auf wie: Wem dient die politische Partizipationsforschung überhaupt? Und welcher Nutzen kann von ihr erwartet werden? Allgemein dient die politische Partizipationsforschung der politischen Praxis, Antwort auf die Frage zu geben, wie Politik gestaltet werden muss, damit alle Macht vom Volke ausgeht. Zusätzlich könnten durch die Erforschung der Partizipation Erkenntnisse darüber erlangt werden, unter welchen Bedingungen demokratische partizipatorische Regeln gelingen – also wie die partizipatorischen Grundrechte wahrgenommen werden oder eine gelungene Beteiligung aussieht. Die Forschung könnte Ergebnisse im Hinblick auf die politische Inklusion oder Exklusion des Bürgers erörtern und eventuelle Maßnahmen dahin gehend ausführen, wie dem Bürger die Chance an der politischen Partizipation ermöglicht werden könnte.

Betrachtet man das bisher Dargestellte unter dem Fokus der Fragestellung dieser Arbeit, wird deutlich, dass durch sie partiell erklärt werden kann, wer warum an der Parteiarbeit teilnimmt. Inwiefern die Teilnahme zugelassen wird, wie partizipiert wird und was eine Partei oder der Einzelne unternehmen muss, damit Aktivitäten ausgeführt werden können, ist bisher in der Forschung unbeantwortet geblieben.

In den 1960er-Jahren stellte der Amerikaner *Lester Milbrath* die empirische Partizipationsforschung schematisch dar, indem er, vermutlich inspiriert durch die Gladiatorenspiele des antiken Roms, den politischen Partizipationsprozess nach Ausmaß des Engagements an demselben folgendermaßen in drei Gruppen gliederte: den apathischen Partizipationsprozess, an dem man nicht aktiv teilnimmt, denjenigen, bei dem der Zuschauer das Politische von außen beobachtet, und den, bei dem Teilnehmer gleichsam als die Gladiatoren in der Arena stehen und das „Politspiel“ inszenieren. (vgl. Gabriel; Völkl, 2005, S. 532f.). *Milbrath* ging davon aus, dass politische Partizipation mit einem gewissen Maß an Aufwand verbunden ist und nicht jeder willens ist, diese Strapazen auf sich zunehmen.

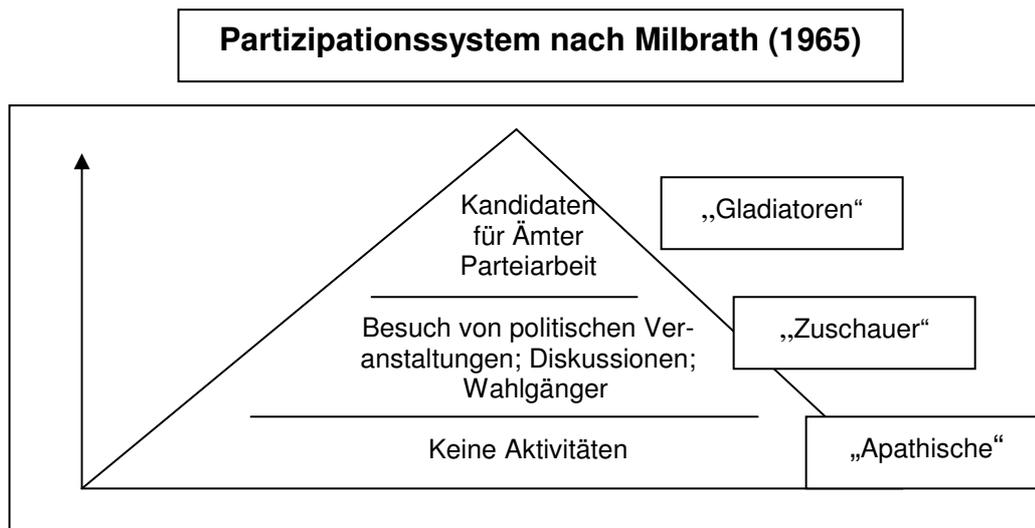


Abbildung 14: Partizipationssystem nach Milbrath (1965). Modifizierte Darstellung. Quelle: Milbrath; Goel, 1977, S. 21; Gabriel; Völkl, 2005, S. 533.

Erst in den nachfolgenden Forschungen, die später noch veranschaulicht werden, konnte festgestellt werden, dass es neben der Dreigliederung von *Milbrath* weitere Merkmale der politischen Partizipation gibt, wie soziale Netzwerke, sozioökonomische Ressourcen subjektive Betroffenheit und Alter und Geschlecht.

Grundlegend lassen sich innerhalb der Partizipationsforschung zwei Partizipationsrichtungen unterscheiden: die des normativen und die des zweckrationalen Partizipationsverständnisses:

Beim *zweckrationalen Partizipationsverständnis* wird davon ausgegangen, dass der Bürger optional zielorientiert handelt. Durch seine Handlungsmöglichkeiten hat er mehr oder weniger direkten Einfluss auf die Auswahl der Volksvertreter und ihre Entscheidungen (vgl. Verba; Nie, 1972, S. 2; Uehlinger, 1988, S. 2).

Im Gegensatz dazu steht die *normative politische Partizipation*. Hier ist die Partizipation nicht nur Mittel zum Zweck, sondern weist Werte und Ziele im Hinblick darauf auf, welches Partizipationsrecht der einzelne Bürger im Staat hat und wie dies in der Demokratie konstruiert wird. Dabei geht es um die „[...] Selbstverwirklichung im Prozeß des direkt-demokratischen

Zusammenhandelns und um politisch-soziale Teilhabe in möglichst vielen Bereichen der Gesellschaft“ (Nohlen; Grotz, 2007, S. 398; vgl. Hoecker, 2006, S. 7), die als das Sozialkapital der Gesellschaft in der Demokratie verstanden werden können (vgl. Gabriel; Kunz; Roßteutscher; v. Deth, 2002, S. 217ff.). Vornehmlich die „neuen sozialen Bewegungen“ der 1960er-Jahre zählen dazu, die ein anderes politisches Bewusstsein entwickelten.⁴⁸ Dieser Bereich der Partizipation hat in den letzten 40 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland an Bedeutung gewonnen, und vermutlich hat dadurch die institutionelle politische Partizipation deutlich an Attraktivität verloren. So hat sich ein Teil der konventionellen hin zur indirekten und unkonventionellen Partizipation verschoben (vgl. Hoecker, 2006, S. 13). Ob der einzelne Bürger nun konventionell oder eher unkonventionell handelt, „[...] hängt insbesondere von psychologischen Einflussgrößen ab“ (Rohrmann, 1990, S. 650; vgl. Milbrath; Goel, 1977, S. 46). Die psychologischen Einflussgrößen beziehen sich auf das Ausmaß, in dem sich der Bürger über politische Handlungen und öffentlichen Angelegenheiten sorgt (vgl. Milbrath; Goel, 1977, S. 46). Insgesamt betrachtet hat sich durch die neuen sozialen Bewegungen die organisationale Bindung an die Parteien bis heute geändert (vgl. Poguntke, 2005b, S. 48).

Betrachtet man die Partizipationsforschung zeitgeschichtlich, wird deutlich, dass dieses Gebiet erst seit ungefähr siebzig Jahren intensiver erforscht wird. Anfang der 1940er-Jahre und 1950er-Jahre wurden grundlegend die Wahlbeteiligung und das Wahlverhalten untersucht (vgl. v. Deth, 2006, S. 168). Auch wenn sich die Partizipationsforschung in der Zwischenzeit bedeutend weiterentwickelte, liegt gegenwärtig der Schwerpunkt nach wie vor bei der Wahlforschung, sowohl prospektiv als auch retrospektiv. Dies findet unter anderem seinen Ausdruck in den kurz vor den Wahlen

⁴⁸ Nebenbei ist es die Politgeneration, also die 68er, die heute die älteren Parteimitglieder darstellen.

stattfindenden (repräsentativen) Wahlumfragen, den monatlich veröffentlichten „Politgrafiken“ in den verschiedenen medialen Systemen sowie in den zahlreichen Wahlanalysen nach den Wahlen.

In der amerikanischen Forschung wurde in den 1960er-Jahren und 1970er-Jahren die Wahlforschung sukzessive ausgeweitet. Es stand nicht mehr allein die Frage im Vordergrund, wer wen wählt, sondern überdies die erweiterte Teilnahme an politischen Diskussionen, an der Motivation, sich einer Partei anzuschließen oder sich dort anderweitig zu engagieren. Zudem wurde untersucht, was politische Kultur ausmacht. Eines der herausragenden Forschungsergebnisse ging von der Untersuchung der „Zivil-Kultur“ aus. Durch diese Untersuchung konnte festgestellt werden, „[...] dass kulturelle Normen und Werte [...] unter anderem das [politische] Verhalten der Bürger bestimmen, obwohl die Bürger nicht immer die nationalen Normen und Werte teilen“ (Niedermayer; Widmaier, 2006, S. 79f.), und [...] „dass Mitglieder freiwilliger Organisationen über ein höheres Maß an politischem Sachverstand, sozialem Vertrauen, politischer Partizipation und subjektiven zivilgesellschaftlichen Kompetenzen verfügen“ (v. Deth, 2001, S. 197f.).

Ausgehend von dieser Untersuchung konnten weitere Forschungsvorhaben der nachfolgenden Partizipationsforschung abgeleitet werden, „[...] wie [...] [zum Beispiel] politisches Wissen, subjektive politische Kompetenz, soziale Aktivitäten und Primärsozialisationen“ (Hoecker, 2006, S. 16).

- Politisches Wissen bezieht sich auf die Kenntnis des politischen Systems und seiner internen Zusammenhänge, wie das politische System funktioniert (vgl. Verba; Nie, 1972, S. 133ff.).
- Die subjektive politische Kompetenz sind „[...] Gefühle, aufgrund der eigenen Fähigkeit politischen Einfluss ausüben und Dinge verändern zu können“ (Vetter, 2006, S. 242).

- Soziale Aktivitäten bedeutet: persönliche Integration der Menschen und dadurch auch Kommunikation und Reflexion der Politik (vgl. Gabriel, 2004, S. 326).
- Politische Primärsozialisation bedeutet, dass angenommen wird, dass sich wesentliche politische Grundsätze schon im frühen Jugendalter herausbilden werden und lebenslang fast stabil bleiben (vgl. Westle, 2004, S. 269).

4.2 Soziale Partizipation und politische Partizipation – ein Abgrenzungsproblem?

Für die Fragestellung dieser Arbeit sind auch solche Untersuchungen von Bedeutung, die die politische Partizipation und soziale Partizipation nicht deutlich abgrenzen. In den meisten Studien wird nicht nur nach der politischen Partizipation gefragt, sondern auch nach der allgemeinen sozialen Partizipation. Die Vielfalt der Darstellungsweisen sozialen Engagements führt eher zu Irritation als zu Klarheit. Wer Ehrenamt, Zivilgesellschaft, bürgerschaftliches Engagement, politische Partizipation, Bürgergesellschaft oder Sozialkapital benennt (vgl. Expertenkommission Bertelsmann Stiftung, 2007, S. 343), meint im Grunde genommen Gleichbedeutendes; es handelt sich um den dritten Sektor. „Die grundlegende Abgrenzung wird [...] gegenüber den »klassischen« Sektoren Markt und Staat vorgenommen. Der dritte Sektor besteht aus Organisationen und informellen Vereinigungen, die sich nicht als gewinnorientierte Akteure auf dem Markt bewegen“ (Vogt, 2005, S. 41; vgl. Deutscher Bundestag, 2002, S. 323ff.). Jene Begriffsvielfalt zieht sich auch durch weite Teile der Partizipationsforschung, was die Forschungslage nicht ganz einfach gestaltet (vgl. Niedermayer, 2002, S. 306). Allgemein unterliegt schon der Begriff des sozialen freiwilligen Ehrenamts einer tendenziellen Inflation (vgl. Künemund; Schupp, 2008, S. 151) und wird je nach Forschungsfrage oder Forschungszeitpunkt eingengt oder erweitert. Auch die Verschiedenartigkeit der

Datenoperationalisierung und die unterschiedlichsten Termini, die versuchen, die politische Partizipation und soziale Partizipation zu beschreiben, werden für die empirische Erfassung schwierig. Überdies entwickelt sich die politische Partizipation in einem relativ geringen Maße zu einem verbindlichen Engagement, sodass die politische Teilhabe nicht komplett abgebildet werden kann (vgl. Gensicke; Geiss, 2006, S. 319), da politische Mitgliedschaft einer politischen Partei nicht automatisch auch Teilhabe an der politischen Arbeit bedeutet (vgl. Gabriel; Völkl, 2005, S. 536).

Wie dargestellt wurde, liegt eine Schwäche der Diskussion zur politischen Partizipation und sozialen Partizipation in der fehlenden Exaktheit der Begriffe (vgl. Gabriel; Trüdinger; Völkl, 2004, S. 339f.). Daher wird nachfolgend versucht, über den Zugang zweier verschiedener Forschungsrichtungen, der Politikwissenschaft und der Freiwilligenforschung, Klarheit in die Begriffsvielfalt zu bringen. Hierzu bietet sich folgende Übersicht an:

Politikwissenschaft	Freiwilligenforschung	Übereinstimmungen
> bürgerliche Beteiligung mit dem Ziel der Einflussnahme auf politische Entscheidungen	> freiwilliges Engagement	>freiwillige Beteiligung
> politische Partizipation wird grundlegend auf freiwilliger Basis ausgeübt	> bürgerschaftliches Engagement	> bürgerliche Beteiligung
> soziale Partizipation im weiteren Sinne	> nicht auf materiellen Gewinn gerichtet	
> soziales Kapital	> soziales Kapital	> soziales Kapital
> findet im öffentlichen Raum statt	> findet im öffentlichen Raum statt	> findet im öffentlichen Raum statt
> Beteiligung zum politischen Zweck	> Beteiligung zum sozialen Zweck	> zweckgebundene Beteiligung

Tabelle 2: Überblick über Begrifflichkeiten der politischen Partizipation und des sozialen Engagements. Eigene Darstellung. Quelle: Barnes; Kaase; Allbrecht, 1979, S. 42; Verba; Lehman Schlozman; Brady, 1995, S. 38; Deutscher Bundestag, 2002, S. 38ff.; v. Deth, 2006, S. 169; Gensicke ; Geiss, 2006, S. 315.

Abgesehen von den unterschiedlichen Terminologien sozialer und politischer Partizipation, gehört die Partizipation, also die Teilhabe des Bürgers an politischen und sozialen Entscheidungen und Aktivitäten, zu einer der wichtigsten Voraussetzungen für „[...] das Funktionieren moderner Demokratie [...]“ (v. Deth, 2001, S. 216). In der Forschung haben sich empirisch klare Zusammenhänge⁴⁹ zwischen diesen beiden Formen der Partizipation darstellen lassen, sodass sich die Unterscheidung zwischen sozialer und politischer Partizipation mehr und mehr auflöst (Gabriel; Völkl, 2005, S. 523ff.; Gabriel; Kunz; Roßteutscher; v. Deth, 2002, S. 217ff.). Die politische Partizipation und die Forschung zur und über die politischen Partizipation haben sich im Lauf der Zeit ausgeweitet

⁴⁹ Weiterführende Ausführungen in: v. Deth (2001): Soziale und politische Beteiligung: Alternativen Ergänzungen oder Zwilling?

von der Wahl und Wahlforschung bis zum ausgeweiteten Partizipationsverständnis, wie in der folgenden Abbildung dargestellt.

Jahr	1940	1950	1960	1970	1980	1990	2000
1940	Partizipationsforschung Wahlen und Wähler						
1950	Partizipationsforschung Fokus						
1960	(konventionelle Partizipation)						
1970	Partizipationsforschung Fokus						
1980	(unkonventionelle Partizipation)						
1990	partizipatorischer Forschungsfokus						
2000	soziales Engagement						

Tabelle 3: Ausweitung im zeitlichen Verlauf der politischen Partizipation und im Forschungsfokus. Eigene Darstellung. Quelle: v. Deth, 2006, S. 173.

Das lässt sich auch daher ableiten, dass man heute weiß, dass die eine Partizipationsform zumeist die andere Partizipationsform beeinflusst, denn „ein relativ hohes Maß an sozialer Partizipation geht mit einem höheren Niveau politischen Engagements einher [...]“ (v. Deth, 2001, S. 196, vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2005a S. 374).

Zwar findet politisches Engagement „[...] vorwiegend in Parteien statt, aber auch in staatlichen oder kommunalen Einrichtungen. Im sozialen und Gesundheitsbereich, in der Jugend- und Bildungsarbeit spielen neben Vereinen und Verbänden auch die Kirche bzw. kirchliche Vereinigungen eine nennenswerte Rolle“ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2005a, S. 220), wie nachfolgend dargestellt.

**Bereiche, in denen politische Partizipation erfolgt
(Vergleich 1999 und 2004 in %)**

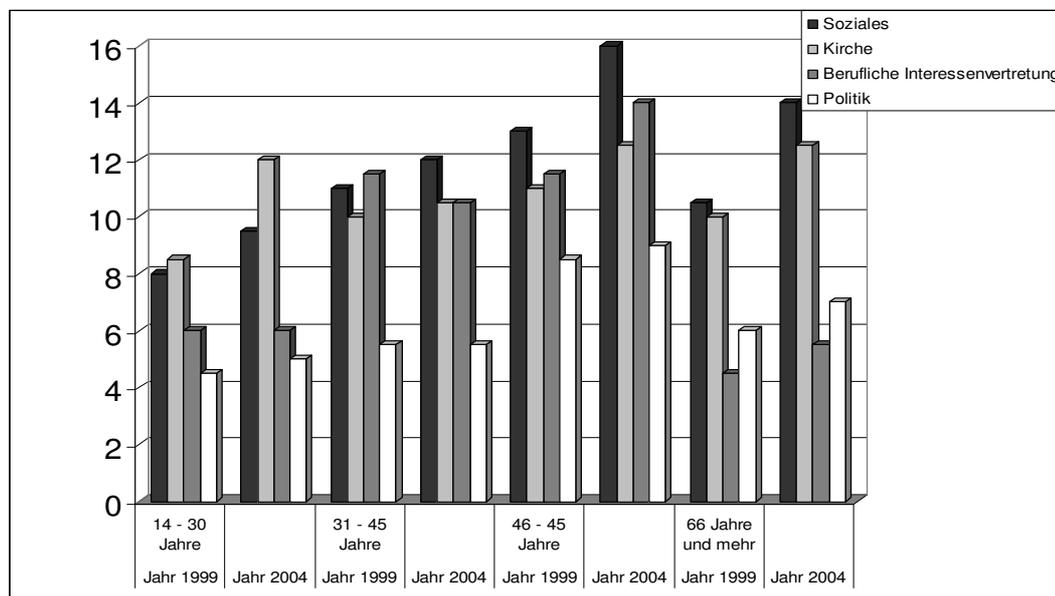


Abbildung 15: Bereiche, in denen politische Partizipation stattfindet. Eigene Darstellung. Quelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2005a, S. 58.

4.3 Zentrale Punkte der Partizipationsforschung

In der empirischen Forschungstradition zur politischen Partizipation haben sich in den letzten Jahrzehnten einige grundlegende Ansätze ausgebildet. Diese Ansätze können in fünf Klassifikationspunkten zusammengefasst werden:

- *erstens*: sozioökonomische Ressourcen (vgl. Verba; Nie, 1972, S. 125ff.),
- *zweitens*: das Individuum, eingebunden in seine soziale Netzwerke und sein Sozialkapital (vgl. Gabriel, 2004, S. 322ff.),
- *drittens*: Sozialisationsansatz – durch die Prägung des Lebensraums wird eine individuelle, politisch-gesellschaftliche Identität konstruiert, die die politischen Verhaltensdispositionen in Politik und Gesellschaft bestimmen (vgl. Kevenhörster, 2008, S. 74f.).

- *viertens*: Faktoren der subjektiven Betroffenheit von politisch relevanten Themenbereichen sowie Zeitressourcen (vgl. Opp, 1997, S. 46ff.).
- All diese Faktoren lassen sich noch ergänzen durch das Geschlecht und Alter (vgl. Allerbeck, 1981, S. 294).

Verba, Lehman, Schlozman und Brady gehen davon aus, dass die Grundlagen des Partizipationsprozesses in der Gesellschaftsstruktur verankert sind⁵⁰, die auch als politische Kultur bezeichnet wird. Diese Grundlagen sind [...] durch Traditionsbewusstsein und politisches Engagement gekennzeichnet“ (Kevenhörster, 2008, S. 64).

Auf dieser Grundlage haben sie ein Vierstufenmodell entwickelt, welches nach ihrem Forschungsstand die Basis und zugleich die mitbestimmenden Faktoren der Partizipation darstellt. Jene Faktoren sind in den Lebenszyklus eingebunden. Die Partizipationsbereitschaft wird zumeist schon im Elternhaus vermittelt, dann im Laufe des Lebens weiterentwickelt und meist auch fortgeführt (vgl. Verba; Lehman Schlozman; Brady, 1995, S. 458f.).

⁵⁰ Beachtet werden muss, dass *Verba, Lehmann Schlozman und Brady* hier von der amerikanischen Partizipationskultur ausgehen und die „Civil-Skills“ oder das „Volunteering“ eine andere Kultur aufweisen als in der Bundesrepublik Deutschland (weitere Ausführungen hierzu bei Naleppa, 2002, S. 119ff.).

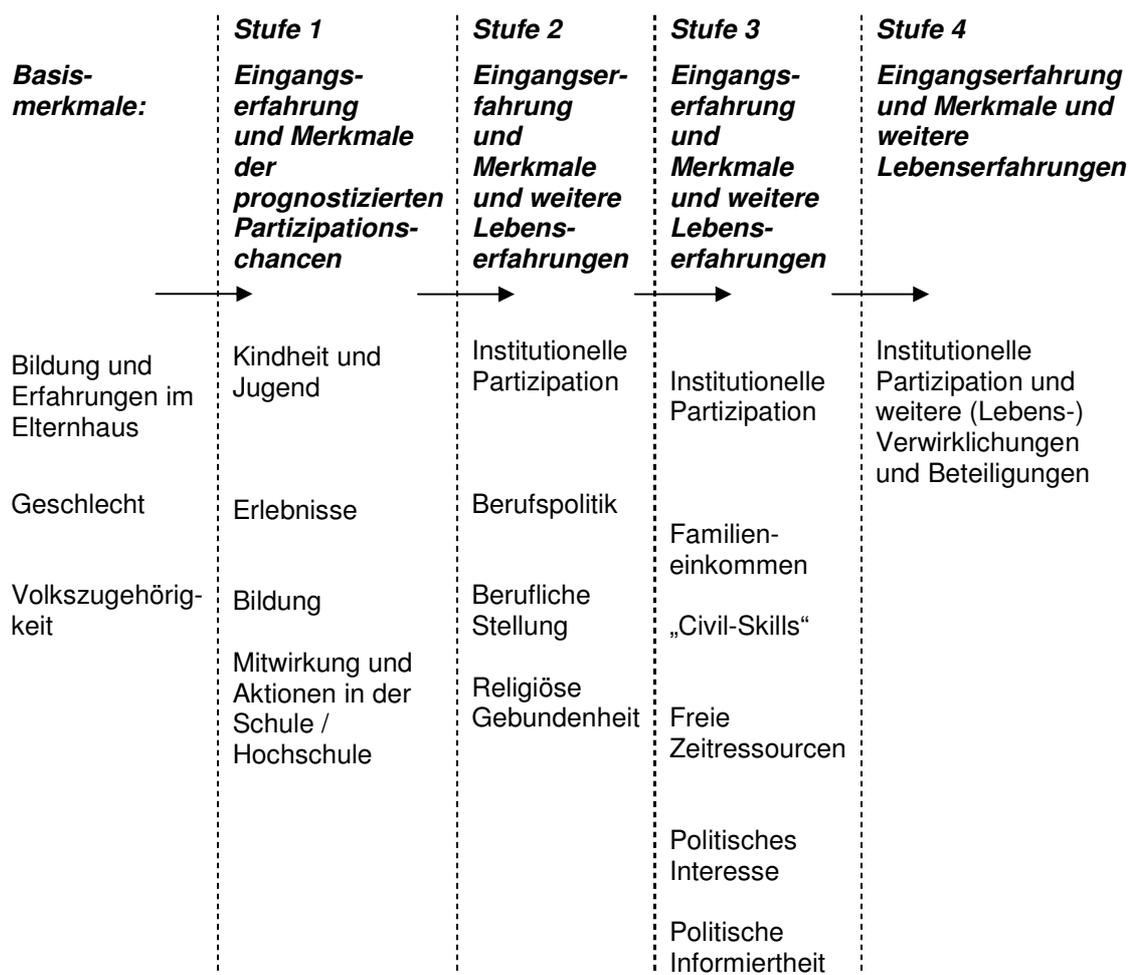


Abbildung 16: Basis der mitbestimmenden Partizipationsfaktoren. Eigene Darstellung. Quelle: Verba; Lehmann Schlozman; Brady, 1995, S. 417.

In der Konsequenz zu der oben erwähnten „Civil-Kultur-Studie“ (vgl. Seite 99) lassen sich Bedingungsfaktoren benennen, die zur Erklärung von politischer Partizipation herangezogen werden können:

1. Wahrnehmung gesellschaftlicher Probleme und ihrer Bedeutung oder politische Unzufriedenheit darüber (vgl. Milbrath; Goel, 1977, S. 36; Muller; Opp 1986, S. 471; Opp, 1988, S. 853; Gabriel, 2004, S. 328).

Dies bedeutet: Der Bürger muss in der Lage und bestrebt sein, bestimmte gesellschaftliche Sachverhalte als Probleme zu

erkennen, sie gesellschaftspolitisch zuzuordnen und mögliche Interventionshandlungen mitzugestalten. Oder der Bürger ist mit der vorherrschenden politischen Richtung nicht einverstanden, woraus sich auch schon der zweite Bedingungsfaktor ergibt.

2. Motivation und Gratifikation von partizipativem Verhalten (vgl. Verba; Nie 1972, S. 125; Uehlinger, 1988, S. 171).

Es bedarf einer Motivation, sich politisch zu engagieren, und durch dieses Engagement wird eine bestimmte Anerkennung erwartet.

3. Werte und Normen (vgl. Biehl, 2005, S. 70; Gabriel; Kunz; Roßteutscher; v. Deth, 2002, S. 261; Niedermayer; Widmaier, 2006, S. 79f.).

Der Bürger steht für bestimmte Normen und Wertehaltungen in der Gesellschaft ein und ist bereit, diese mitzugestalten und sich aktiv dafür einzusetzen. Werte und Normen werden vielfach auch mit dem Begriff der politischen Kultur beschrieben. Deren

*„Ausgangspunkt ist das Interesse an der politischen Stabilität der demokratischen Verfassungsordnung, am Aufkommen neuer Nationen und an der Bedeutung von Grundwerten und Loyalitätsbindungen der Bürger für das politische System“
(Kevenhörster, 2008, S. 64).*

4. Artikulationsfähigkeit von Interessenlagen (vgl. Hadjar; Becker, 2007, S. 435).

Politische Partizipation bedarf des Interesses und der Kommunikationskompetenz, um sich politisch zu informieren und zu verständigen und so seine politischen Entscheidungen und Meinungen zu transportieren.

5. Individuelle Ressourcen (vgl. Verba; Nie 1972, S. 125; Brady; Verba; Lehmann Schlozman, 1995, S. 273ff.).

Zu den individuellen Ressourcen zählt zum einen Zeit, um überhaupt am politischen Leben partizipieren zu können. Zum anderen werden aber auch finanzielle Mittel benötigt, damit man sich beispielsweise von anderen Aufgaben befreien kann, um sich mehr der politischen Partizipation zuzuwenden.

6. Bildungsstand (vgl. Verba; Nie; Kim, 1971, S. 55; Milbrath, Goel, 1977, S. 99; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2005a, S. 88; Hadjar; Becker, 2007, S. 435).

Bildung zählt zu den klassischen Faktoren, die über einen Zugang zu oder eine Behinderung der Teilhabe an der politischen Partizipation entscheiden (vgl. Verba; Nie; Kim, 1972, S. 1955; Gabriel; Niedermayer, 2001, S. 283). Je gebildeter ein Mensch, desto ausgeprägter das politische Bewusstsein, welches wiederum Auswirkungen auf das politische Handeln hat. So ist aus der Partizipationsforschung bekannt, dass politischer Aktivismus zumeist von „[...] überdurchschnittlicher Bildung [...] (Niedermayer; Schmitt, 1983, S. 298) des Individuums abhängt. Mit der „Zunahme an Kenntnis politischer Inhalte [...] [und Wissen ist] ein politisches Bewusstsein zu erwarten“ (Bauer, 1993, S. 16). Vermittelt die Bildung doch nicht nur Wissen über das politische System – vielmehr werden über Bildung die sozialen Fähigkeiten und Fertigkeiten ausgebildet. Ebenso werden Sprach- und Schreibkompetenzen entwickelt und Bewältigungsstrategien vermittelt, wie man sich in Organisationen bewährt (Verba; Lehman Schlozman; Brady, 1995, S. 305; Hadjar; Becker, 2006, S. 41), was wiederum Auswirkungen auf die Artikulationsfähigkeit bezüglich Interessenlagen hat (siehe oben Punkt 4).

7. Geschlecht und Alter (vgl. Milbrath; Goel, 1977, S. 48; Hoecker, 1995, S. 191).

Das Geschlecht entscheidet über die politische Partizipation, so sind Männer häufiger politisch engagiert als Frauen. Ferner nehmen jüngere und ältere Bürger weniger am politischen Geschehen teil.

Die politische Partizipation des Bürgers kann anhand der oben aufgezeigten Bedingungsfaktoren nicht als kontinuierlicher Verlaufsprozess im Lebenslauf betrachtet werden, da „[...] die soziale Integration von Individuen und die Betroffenheit durch politische Vorgänge [...] [innerhalb der Lebenslagen⁵¹ und Lebensphasen⁵²] variieren. Damit verändern sich auch die Anreize der politischen Aktivitäten“ (Gabriel;

⁵¹ „Lebenslagen sind die je historisch konkreten Konstellationen von äußeren Lebensbedingungen, die Menschen im Ablauf ihres Lebens vorfinden, sowie die mit diesen äußeren Bedingungen in wechselseitiger Abhängigkeit sich entwickelnden kognitiven und emotionalen Deutungs- und Verarbeitungsmuster, die diese Menschen hervorbringen. Lebenslage ist ein dynamischer Begriff, der die historische, sozialen und kulturellen Wandel erzeugende Entwicklung dieser äußeren Bedingungen einerseits umfaßt und andererseits die spezifischen Interaktionsformen zwischen dem sozialen Handeln der Menschen und diesen äußeren Bedingungen.“

Die äußeren Lebensbedingungen sind jene wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnisse, die durch Produktionsweise, Arbeitsteilung und Berufsdifferenzierung, durch institutionelle Verankerung (und Verflechtung) sozialer und politischer Macht und durch Privilegienverteilung (deren Zentrum die ungleiche Verteilung von Vermögen und Einkommen ist) entsteht.

Menschen werden in Lebenslagen hineingeboren, sie finden diese in einer bestimmten Ausformung vor; für alle gilt, daß diese Lebenslagen als Systeme gesellschaftlich produzierter Ungleichheit formierende Kraft für die Entwicklung einzelner Gruppen haben.

Damit legen Lebenslagen Start- und Entwicklungschancen fest, die auf zweierlei Art im historischen und individuell-lebensgeschichtlichen Ablauf (also auf theoretisch unterschiedlich zu fassenden Ebenen) determinierenden Charakter erlangen [...]“ (Amann, 1983, S. 147).

⁵² Der Verlauf des Lebens kann in mehrere Phasen unterteilt werden. Kohli (1985) prägte den Begriff der Dreiteilung des Lebenslaufs, (Vorbereitungsphase, Erwerbsphase und Ruhestand) (vgl. Kohli, 1985 S. 13ff.). Laslett erweiterte die Ruhestandsphase und beschrieb eine vierte Phase, die Phase, die er als die der „[...] unabänderlichen Abhängigkeit, der Altersschwäche und des Todes“ (Laslett, 1995, S. 35) beschrieb.

Niedermayer, 2001, S. 283). Die Bedingungsfaktoren haben überdies einen Einfluss auf die parteiorientierten Partizipationsformen, wie nachfolgend in dieser Arbeit dargestellt wird.

4.3.1 Sozioökonomisches Ressourcenmodell

Zur Theorie der politischen Partizipation sind vornehmlich die 1960er- und 1970er-Jahre zu betrachten. Frühzeitig wurde im Rahmen der Partizipationsforschung der einseitige Blickwinkel von den Wahlen auf weitere Dimensionen gerichtet. Das Ergebnis der Forschung war, dass an der politischen Partizipation grundsätzlich diejenigen beteiligt sind, die einen höheren sozioökonomischen Status aufweisen. Der Politologe *Sidney Verba* und seine Forschungsgruppe beschrieben die politische Partizipation als sozioökonomische Ressource. Ihr sozioökonomisches Modell wird in der Literatur vorwiegend als „Standardmodell“ gekennzeichnet. So betonten *Verba et al.* die Korrelation von politischer Partizipation und bestimmten individuellen Fähigkeiten. Sie machen zum Beispiel darauf aufmerksam, dass Bürgerbeteiligung durch höhere:

- Bildung,
- höheres Einkommen und einen
- höheren Berufsstatus⁵³ begünstigt wird.

So kann heute davon ausgegangen werden, dass soziale und politische Partizipation von den Bürgern wahrgenommen wird, die einen höheren sozialen Status aufweisen (vgl. Verba; Nie, 1972, S. 125). Diese Bedingungsfaktoren konnten, bedingt durch die Bildungsreformen der 1970er-Jahre, in den letzten Jahrzehnten erhöht werden. Durch insgesamt mehr und höhere Bildungsabschlüsse kommt es zu einer größeren politischen Wahrnehmung bezüglich der Möglichkeit, sich politisch zu engagieren (vgl. Verba; Nie; Kim, 1972, S. 1955; Gabriel; Niedermayer, 2001, S. 283; Klein, 2005, S. 282; Hadjar; Beck, 2007, S. 415).

⁵³ Diese drei Indikatoren sind bedeutende Kennzeichen des sozialen Status in dieser Gesellschaft (vgl. Gabriel; Kunz; Roßteutscher; v. Deth, 2002, S. 99).

Bildung und Erwerbsstatus weisen meist einen engen Zusammenhang auf. Die Dauer des Bildungsprozesses ist größtenteils mit einem höheren Schulabschluss verbunden und „[...] desto besser sind in der Regel auch die damit verbundenen Erwerbschancen“ (Brock, 1998, S. 614). Allgemein gilt für die politischen Parteien, dass in den Parteien „[...] Arbeiter, Hausfrauen und Rentner unter-, der öffentliche Dienst und Selbstständige überrepräsentiert“ (Rudzio, 2006, S. 154) sind. Somit gelingt die Teilhabe an der Politik denjenigen besser, die über einen höheren Bildungsabschluss verfügen. Betrachtet man das Bildungsniveau der Volksvertreter des Deutschen Bundestages, wird dieses Bild bestätigt. Waren es in der ersten Wahlperiode ungefähr 50 Prozent der Abgeordneten, die eine höhere Bildung oder Hochschulbildung aufwiesen, sind es im aktuellen Parlament 82 %.

Hochschulabschluss oder höhere Bildung der Bundestagsabgeordneten pro Wahlperiode (in%)

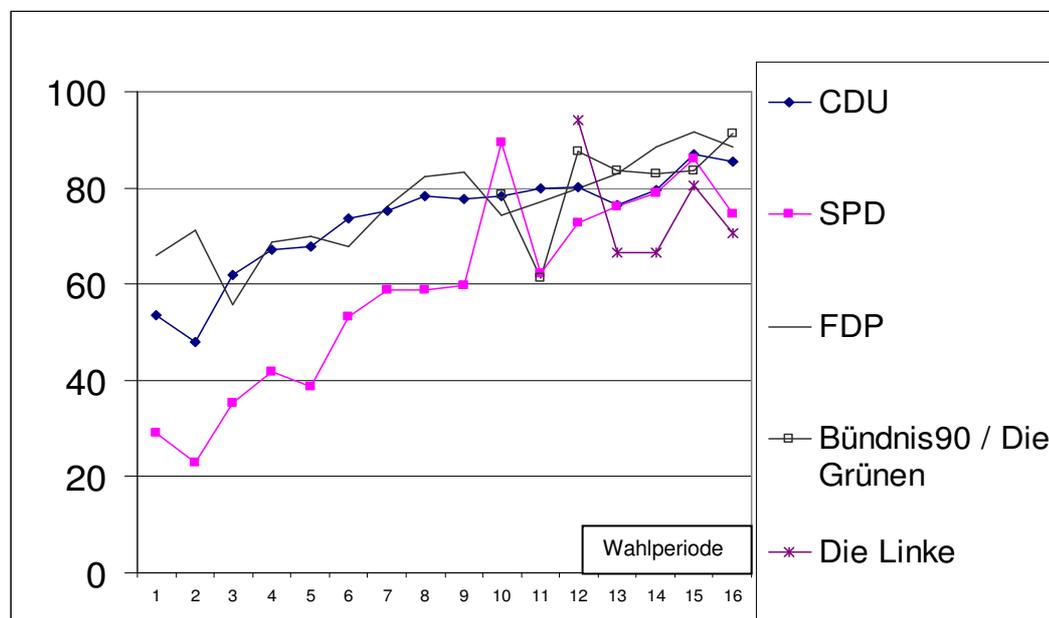


Abbildung 17: Abgeordnete des Deutschen Bundestages mit Hochschulbildung oder höherer Bildung pro Wahlperiode. Eigene Darstellung und zum Teil eigene Berechnung. Quelle: Schindler, 1999, S. 672f.; Feldkamp, 2005, S. 171f.; Kürschner, 2006, S. 295f.

Der gesteigerte sozioökonomische Ressourceneinsatz konnte nicht nur bei der konventionellen politischen Partizipationsform nachgewiesen werden. Auch in den Bereichen, die vorwiegend als die unkonventionellen Partizipationsmöglichkeiten angesehen werden, kann durch bessere sozioökonomische Voraussetzungen eine erhöhte Partizipation verzeichnet werden. Unkonventionell bedeutet, dass die Partizipationsform illegal ist, so zum Beispiel Hausbesetzung und Straßenkampf (zu diesen und weiteren Formen siehe Abbildung 13 Taxonomie der politischen Partizipation). Zwischen dem Bildungsniveau und der unkonventionellen Partizipation besteht ebenfalls ein Zusammenhang (vgl. Hadjar; Becker, 2007, S. 435). Besonders im Kohortenvergleich bildete sich ab, dass infolge höherer

Bildungsbeteiligung die unkonventionelle politische Partizipation zunahm (vgl. Hadjar; Becker, 2007, S. 419). Durch die Bildungsoffensive entsteht ein partizipatorisches Paradoxon (vgl. Kaase, 1981, S. 363), denn die politische Partizipation wandelt sich von der konventionellen hin zur unkonventionellen. Gleichzeitig kommt es noch durch ungleiche Ressourcenausstattung (Bildung, Geld, Berufsprestige) zu einem politischen Ungleichgewicht beziehungsweise zu einer Chancenungleichheit⁵⁴.

„[...] Politische Beteiligung ist nicht nur ein zentraler Mechanismus, sondern auch ein Wert demokratischer Regierungsweise. Je mehr jedoch dieser Wert, der sich ja in demokratischen Gesellschaften stets nur als freiwillige Beteiligung konstituieren kann, verwirklicht wird, desto größer ist faktisch wegen der ungleich besseren Ressourcenausstattung der Aktivbürgerschaft die Chance des Auftretens politischer Ungleichheit“ (Kaase, 1981, S. 365f.) (im Original kursiv).⁵⁵

Infolge der Bildungsoffensive haben die jungen, gut ausgebildeten Bürger einen Vorteil gegenüber älteren Bürgern, die unter anderen Bedingungen heranwachsen. In der Gesamtbetrachtung der Parteimitglieder der Bundesrepublik Deutschland kann festgestellt werden, dass die meisten Parteimitglieder gesellschaftlich bessergestellt sind und über ein überdurchschnittliches Einkommen verfügen. Dazu weisen sie zumeist eine Hochschulzugangsberechtigung auf, oder sie besitzen einen

⁵⁴ In Deutschland nimmt besonders die Chancenungleichheit der Bildung in der letzten Zeit wieder einen breiten Raum in der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion ein (vgl. v. Trotha, 2006, S. 288).

⁵⁵ Sozialwissenschaftlich wird ein schichtspezifisches Ungleichgewicht beschrieben, welches insbesondere bei „[...] Parteiarbeit und Partizipation auf den höheren Ebenen [...]“ (Schwinn, 2006, S. 1294) der politischen Institutionen einflussreich dasteht. Das Prinzip der partizipativen Demokratie wird dabei rasch verlassen, da die Personen, die durch bessere „Eloquenz“ sich hervortun, andere Gruppen immer weniger einbeziehen (vgl. Kasse, 1981, S. 377).

Hochschulabschluss. So kam es im Lauf der Zeit zu einer „Milieuverschiebung“ innerhalb der politischen Parteien.

Bildung wirkt sich auch auf die Wahlpartizipation aus, da durch sie „[...] die Berufs- und Klassenzugehörigkeit [im Original kursiv] [beeinflusst wird] [...], [die] einen gewissen Einfluss auf die Wahlentscheidung [hat]“ (Hradil, 2005, S. 471), denn es ist davon auszugehen, dass das Erlernen und Üben politisch relevanter Fähigkeiten durch die Bildung gefördert wird (vgl. Verba; Lehman Schlozman; Brady, 1995, S. 525f.).

Bildung wird in Schulen, Ausbildungsbetrieben, Fort- und Weiterbildungsinstituten, an Hochschulen und innerhalb des sozialen Raumes erworben. Hier werden sowohl das Lernen als auch die Auseinandersetzung mit Politik und der politischen Partizipation geformt. Auch das Berufsleben fördert die „[...] Neugier auf politische Ereignisse oder die Bereitschaft, sich an politischen Diskussionen zu beteiligen“ (Gabriel; Kunz; Roßteutscher; v. Deth, 2002, S. 165; vgl. v. Deth, 2001, S. 196). Zugleich wird die Chance vergrößert, dabei partizipationsrelevante Befähigungen zu erwerben (vgl. Veba; Brady; Lehmann Schlozman, 1995, S. 271).

Nicht allen Personen ist es möglich, einen adäquaten Bildungszugang zu erlangen. Nach wie vor gibt es eine mehr oder weniger starke Diskussion über den Zusammenhang von Schichtzugehörigkeit und Bildungschancen (vgl. Hradil, 2005, S. 164ff.; Allmendinger; Ebner; Nikolai, 2007, S. 491). Strukturen der Bildungschancen weisen noch immer dahin gehende Divergenzen auf, dass Bildung und die finanziellen Ressourcen eine einflussreiche Bestimmungsgröße des Bildungserfolgs darstellen (vgl. Hradil; 2005, S. 173; Allmendinger; Ebner; Nikolai, 2007, S. 491). Doch nicht nur die finanziellen Ressourcen sind für Bildungschancen ausschlaggebend, sondern auch das Geburtsjahr ist entscheidend für den

Zugang zum Bildungswesen beziehungsweise für den Bildungsabschluss. Durch die Bildungsexpansion⁵⁶ in den 1970er-Jahren wurde ein Kohorteneffekt sichtbar. Diejenigen, die vor den 1970er-Jahren die Schule besuchten, hatten weniger Chancen, einen höheren Schulabschluss zu erreichen (siehe Anlage III). Dies wirkt sich heute besonders bei den älteren Bürgern aus, da das politische Interesse „[...] nicht generell mit dem Alter ab[nimmt], sondern hauptsächlich mit dem formalen Bildungsgrad“ (Künemund, 2001, S. 85).

Ausgehend von dem sozioökonomischen Modell lässt sich heute ein Wandel innerhalb der Parteien feststellen. In der Schichtklassifizierung⁵⁷ zeichnet sich eine Verschiebung der Parteimitglieder von der klassischen Unterschicht zur Oberschicht ab, die sich schon seit einer längeren Zeit bemerkbar macht (vgl. Flaig; Meyer; Ueltzhöffer, 1993, S. 144). Nach dem Milieumodell von *Flaig; Meyer und Ueltzhöffer* entwickelten sich die politischen Parteien allmählich aus dem „traditionellen Arbeitermilieu“ heraus zur „neuen Partei“ über die „moderne Mitte“ hin zum „technokratisch-liberalen Milieu“ (vgl. Flaig; Meyer; Ueltzhöffer, 1993, S. 144). Dies trifft durchgängig auf alle Parteien zu, da Milieustruktur und Parteiensysteme in der demokratischen Gesellschaft sich komplementär verhalten und aufeinander Bezug nehmen (vgl. Flaig; Meyer; Ueltzhöffer, 1993, S. 145). Diese Veränderung wird dementsprechend als ein

⁵⁶ So erklärte Willy Brandt im Jahre 1969 bei seiner Regierungserklärung, dass Bildung an der ersten Stelle der Reform stehe (vgl. Brandt, 1969, S. 13).

⁵⁷ In dem Schichtkonzept wird überwiegend objektiv von Lebensbedingungen ausgegangen, die sich an dem Einkommen, der Bildung und dem Beruf orientieren. Das herkömmliche Schichtkonzept kennt nur die vertikale Achse der sozialen Über- und Unterordnung. Im Gegensatz zum traditionell sozialen Schichtkonzept wird der soziologische Begriff des Milieus weiter gefasst und schließt Wertehandlungen, Lebensziele, soziale Lagen, Arbeit und Leistung, Gesellschaftsbild, Familie und Partner, Freizeit, Wunsch- und Leitbilder und den Lebensstil mit ein (vgl. Flaig; Meyer; Ueltzhöffer, 1993, S. 71; Brock, 1998, S. 618f.; Hradil, 2005, S. 44ff.). Anders als das klassische Schichtmodell erfasst das Modell des Milieus eine Subkultur, deren Zugehörigkeit nicht allein von den objektiven Lebenslagen abhängt.

Fahrstuhleffekt bezeichnet – die Gesellschaft wird eine Etage emporgehoben (vgl. Beck, 1986, S. 122).

Folgt man der Hypothese des sozioökonomischen Modells, darf angenommen werden, dass sich in den Parteien durchweg die Bürger engagieren, die der etablierten Schicht angehören. Setzt man die Parteien, die im Deutschen Bundestag vertreten sind, in Beziehung zu der Gesamtbevölkerung, wird deutlich, dass sich die Bevölkerungsgruppe der „oberen Mittelschicht / Oberschicht“ und „mittleren Mittelschicht“ stärker in den hier vertretenen Parteien vertreten findet als die der „unteren Mittelschicht / Unterschicht“.

Vergleich von Schichtmodell / Milieu der Parteimitglieder der Bundestagsfraktionen zur Gesamtbevölkerung (in %)

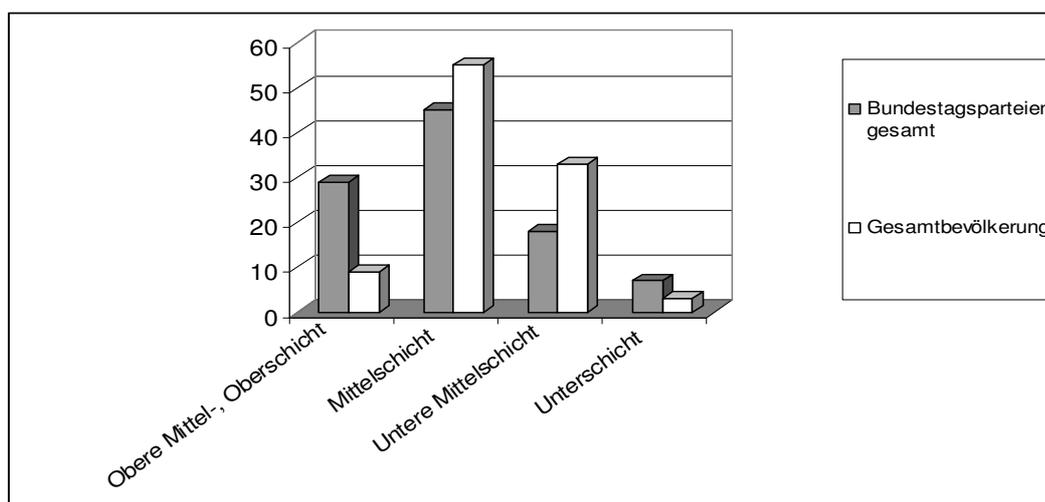


Abbildung 18: Vergleich der Schichtzugehörigkeit der Gesamtbevölkerung zur Schichtzugehörigkeit der Parteimitglieder. Eigene Darstellung und Berechnung. Quelle: Statistisches Bundesamt, 2006a, S. 595; www.bpb.de, 2008).

Die Milieuklassifizierung nimmt das Heidelberger Sinus-Institut seit 1979 vor und entwirft eine „Milieulandkarte“, die unter anderem in die Erstellung von politischen Potenzialen oder in die Wahlforschung mit einbezogen wird (vgl. Neugebauer, 2007, S. 17ff.).

„Die Ermittlung der politischen Milieus erfolgte nicht wie die des sozialen Milieus auf der Grundlage sozialstruktureller Faktoren und lebensweltlicher Kriterien, sondern auf Basis politischer und anderer Einstellungen in drei Wertkonflikten“ (Neugebauer, 2008, S. 32).

Grundlage ist die Dreidrittelgesellschaft.

Oberes Drittel	<ul style="list-style-type: none"> - Leistungsindividualisten - Etablierte Leistungsträger - Kritische Bildungselite - Engagiertes Bürgertum 	45 %
Mittleres Drittel	<ul style="list-style-type: none"> - Zufriedene Aufsteiger - Bedrohte Arbeitnehmermitte 	29 %
Unteres Drittel	<ul style="list-style-type: none"> - Selbstgenügsame Traditionalisten - Autoritätsorientierte gering qualifizierte - Abhängiges Prekariat 	26 %

Tabelle 5: Die Dreidrittelgesellschaft. Quelle: Neugebauer, 2007, S. 69; Neugebauer, 2008, S. 32.

Die Bundestagsparteien weisen ein etwas anderes Bild auf:

Größtenteils ist die Mittelschicht und obere Mittelschicht bei den Parteien Bündnis 90/DieGrünen-, CDU-, CSU- und bei den SPD-Mitgliedern vertreten. FDP-Mitglieder ordnen sich eher der oberen Mittel- und Oberschicht zu, während die PDS-Mitglieder sich mehr zur Unterschicht und unteren Mittelschicht zählen (vgl. Statistisches Bundesamt, 2006a, S. 595). Dies wird in der nachfolgenden Abbildung verdeutlicht.

Schichtmodell je Partei im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung (in %)

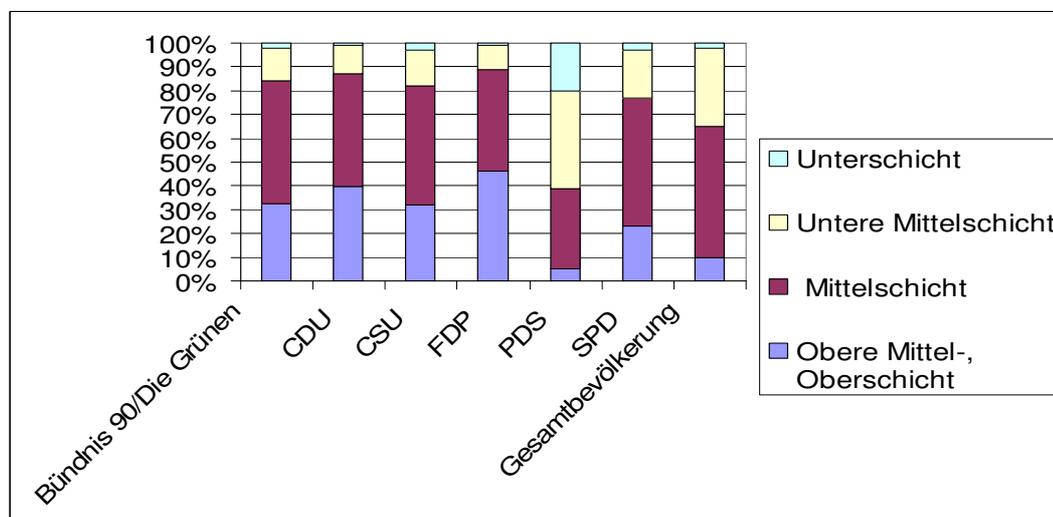


Abbildung 19: Schichtmodell je Partei, die im Bundestag vertreten ist im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung. Eigene Darstellung und Berechnung. Quelle: Statistisches Bundesamt, 2006a, S. 595; www.bpb.de, 2008.

4.3.2 Politische Partizipation und soziale Netzwerke

Einen bedeutenden Einfluss haben soziale Netzwerke auf unterschiedliche Aspekte des Lebens und auf die politische Partizipation. Da politisches Handeln zumeist in einem nicht klar abgrenzbaren Raum stattfindet und Information und Kommunikation benötigt, ist die Eingebundenheit ein wichtiger Bestandteil. „Politisches Handeln stellt [durchweg] erhöhte Anforderungen an die Selbstbestimmung des Einzelnen. Wer sich politisch ansprechen und herausfordern lässt, muss sich auf Ziele richten, die er ausdrücklich mit anderen teilt“ (Gerhardt, 2007, S. 23). Aus diesem Grunde ist politische Partizipation nicht isoliert möglich. Sie bedarf der Kommunikation, Diskussion und Reflexion mit anderen Personen, was bedeutet, dass politische Partizipation eingebunden in soziale Netzwerke erfolgt.

Bei sozialen Netzwerken werden grundlegend die spezifischen Verbindungen zwischen sozialen Akteuren und deren wechselseitige Beziehungen beschrieben (vgl. Hollstein, 2006, S. 14; Stokman; Vieth, 2006, S. 274). Dabei beziehen sich die Verbindungen auf formale Strukturen wie Größe der Netzwerke, Kontakthäufigkeit und räumliche Distanz. Netzwerke sagen primär nichts über die inhaltliche Leistung aus. Um diese darzustellen, müssten weitere Untersuchungsskizzen herangezogen werden.

In der Forschung wird davon ausgegangen, dass soziale Eingebundenheit zumeist auch dem Zugang zur politischen Partizipation entgegenkommt (vgl. v. Deth, 2001, S. 196 und 199; vgl. Bukov; Maas; Lampert, 2002, S. 510). Engagierte Mitglieder in Organisationen „[...] sind in politischen Fragen besser informiert, zeigen größeres politisches Interesse und sind in der Regel auch politisch aktiver als Nichtmitglieder“ (Bühlmann; Freitag, 2004, S. 326).

Netzwerke stehen einerseits für die Einbindung des Individuums in soziale Prozesse, auf der anderen Seite bieten Netzwerke die Chance der Sensibilisierung für das politische Engagement. Dies geschieht durch Erweiterung des eigenen Erfahrungshorizonts, den (politischen) Diskurs und das Treffen von politisch aktiven Personen (vgl. Verba; Lehman Schlozman, Brady, 1995, S. 366ff.; Gabriel; 2004, S. 327). Soziale Netzwerke werden als grundlegendes Element des Sozialkapitals betrachtet. Damit sind vor allem jene Handlungen von Einzelnen gemeint, die innerhalb eines sozialen Netzwerkes ausgeführt werden. Meistens weist das Sozialkapital nicht nur einen Gewinn für die einzelnen Akteure auf, [...] sondern in der Regel auch *für die soziale Gemeinschaft insgesamt*“ (Kriesi, 2007, S. 25; vgl. Stokman; Vieth, 2006, S. 275f.).

Soziale Teilhabe in Organisationen fördert das soziale Vertrauen sowie, das Befürworten gemeinschaftsbezogener Werte und Normen, ferner

erhöht es die politische Reflexion wie auch den Teilnahmehorizont. Dies geschieht, indem durch die Verständigung über die Sachverhalte das Verstehen erleichtert wird und eventuelle Handlungsmöglichkeiten erkannt werden (vgl. Olsen, 1972, S. 318; Bühlmann; Freitag, 2004, S. 329; Kern, 2004, S. 113; Lippl, 2007, S. 427). Daher werden soziale Netzwerke vielfach auch als vorpolitischer Raum betrachtet, in dem ihnen vornehmlich drei Funktionen zugesprochen werden:

- o „die des Mediums der politischen Sozialisation und einer „Schule der Demokratie“;*
- o die des [...] Forums der Meinungsbildung [...]; und schließlich*
- o die des Bindungsgliedes zwischen Mikro- und Meso-Ebene und integrativen Elementes für Staat und Gesellschaft“*
(Zimmer, 2007 S. 88).

Die Einbindung in soziale Netzwerke kann aber auch hinderlich für die politische Partizipation sein. Der Bürger benötigt bestimmte Ressourcen, um die politische Partizipation ausüben zu können. (vgl. Verba; Nie, 1972, S. 15ff.). Personen, die durch ihren Beruf oder durch das soziale Engagement über partizipationsrelevantes Wissen verfügen, sind zumeist zeitlich so weit eingespannt, dass die Zeit für politische Partizipation nicht oder nur beschränkt verfügbar ist (vgl. Verba; Brady; Lehman Schlozman, 1995, S. 275). Das verdeutlicht, dass bei der politischen Partizipation nicht nur Wissen und Wollen die Teilhabe beeinflussen, sondern auch die notwendigen Zeitoptionen, also das Können, gegeben sein muss.

4.3.3 Sozialisationsansatz

Politische Partizipation und politische Einstellung werden durch Phasen der Entwicklung beeinflusst, denn die

„politische [...] Grundeinstellungen sind kulturelle Produkte, die von Individuen gelernt werden müssen. Das Lernen einer „politischen Theorie“;

die Aneignung einer abstrakten, generalisierten Orientierung im Bereich der Politik erfordert strukturelle Gelegenheit [Familie, Schule..] und individuelle Motivation“ (Allerbeck; Kaase; Klingemann, 1979, S. 366).

Besonders die Untersuchungsergebnisse über Normen und Werte⁵⁸ weisen darauf hin, dass die Grundeinstellung zur politischen Partizipation ein Sozialisationsprozess ist,

„[...] in dessen Verlauf Individuen die von Gruppen [...] [beziehungsweise der] Gesellschaft für wesentlich erachtete[n] Verhaltensweisen, Normen, Werte und Einstellungen erwerben, um den Anforderungen und Erwartungen der Gruppe / Gesellschaft an ihre Mitglieder gerecht werden zu können“ (Dickenberger, 1992, S. 367; vgl. v. Trotha, 2006, S. 283; vgl. Wasmuth, 2007, S. 439).

Sozialisation charakterisiert den Prozess, in dem der Mensch lernt, durch sein Verhalten die Regeln der Gesellschaft zu akzeptieren und diese nicht zu überschreiten (vgl. König, 1965, S. 220). Die Sozialisation ist somit als ein wechselnder Steuerungsprozess zwischen Individuen und Gesellschaft zu betrachten, in dem die Gesellschaft das Verhalten der Individuen formt, „[...] die ihrerseits die Gesellschaft formen“ (Dickenberg, 1992 S. 367).

Dadurch wird deutlich, dass Sozialisation eine wechselseitige Beziehung aufweist, bei der das individuelle Handeln nicht nur den persönlichen Zielen unterliegt, sondern auch durch den gesellschaftlichen Kontext beeinflusst ist. Politische Sozialisation bedeutet einen lebenslangen Lernprozess, der zum Ziel hat, das Individuum in das Gemeinwesen und die demokratischen Handlungsfähigkeiten zu integrieren (vgl. Wasmuth,

⁵⁸ Eine positive Haltung zum politischen System stellt eine wichtigere Rolle des Einsatzes von Sozialkapital dar, als die Werte- und Normenorientierung (vgl. Gabriel; Kunz; Roßteutscher; v. Deth, 2002, S. 261).

2007, S. 439; Wewer, 1998, S. 119). Dem Sozialisationsprozess⁵⁹ kommt eine große Bedeutung zu, und in der Differenzierung zu anderen Partizipationsmodellen (die nachfolgend noch vorgestellt werden) nimmt dieser sogar einen recht hohen Stellenwert ein, da partizipationsrelevante Beweggründe während des Sozialprozesses herausgebildet und weiterentwickelt werden (vgl. Gabriel, 2004, S. 324). Der politische Sozialisationsprozess findet dort statt, wo der Bürger die Möglichkeit wahrnimmt, sich in seinem Umfeld „vor-(politisch)“ zu engagieren. Hieraus kann sich je nach Motivation dann die politische aktive Partizipation entwickeln (vgl. Gabriel; Völkl, 2005, S. 563f.; Kißler, 2007, S. 172).

Zwar findet die primäre politische Sozialisation in der Kindheit statt, da der Lernprozess in der Kindheit wesentlich intensiver abläuft (Primärsozialisation), das schließt aber nicht aus, dass Arbeit, Beruf, Mitgliedschaften in Organisationen, Medien oder andere politische Informationsquellen Einfluss auf den Sozialisationsprozess von Menschen mittleren und höheren Alters nehmen. Denn der Lern- und Anpassungsprozess findet während des gesamten Lebenszyklus statt (Sekundärsozialisation) (vgl. Dickenberger, 1992, S. 368ff.; Giddens, 1999, S. 27; Hadjar; Becker, 2006, S. 17).⁶⁰ Mit der Sekundärsozialisation

⁵⁹ Zur Operationalisierung der Sozialisation werden zumeist soziodemografische Daten wie Bildungsniveau, Geschlechtszugehörigkeit, Einstellungs- und Wertorientierung genutzt (vgl. Gabriel, 2005 S. 519; Hoff, 2005, S.535ff.).

⁶⁰ Allerdings besagt der sozialisationstheoretische Erklärungsansatz, dass die politische Weltanschauung in erster Linie in der Adoleszenzphase entwickelt wird. Diese Annahme ist in der Literatur nicht unumstritten (vgl. Klingemann; Lass, 1995, S. 153). In dieser Lebensphase werden die allgemeinen sozialen Fertigkeiten und die spezifische politische Orientierung tradiert, die für eine spätere Vertiefung mit dem politischen Lebensraum bedeutungsvoll werden. Würde man der Logik der „Adoleszenzphase“ folgen, würden für diejenigen, die in einem anderen politischen System sozialisiert wurden oder in einer anderen Zeitepoche, keine Möglichkeit mehr bestehen, sich politisch weiterzuentwickeln. Auch wenn an dieser Stelle davon ausgegangen wird, dass die Grundprägung der politischen Sozialisation sich im Lebenslauf fortsetzen wird (vgl. hierzu: Allerbeck; Kasse; Klingemann, 1979, S. 357ff; Allerbeck; Kasse; Klingemann, 1980, S. 88ff.), ist bis heute noch nicht bekannt, wie sich die Generation politisch beteiligen wird, die an der Neuformulierung der politischen Partizipation beteiligt

sind die Personengruppen gemeint, die der mittleren Altersgruppe zuzurechnen sind, zumeist in das Berufs- und Familienleben eingebunden sind und demzufolge verstärkt an dem politischen und gesellschaftlichen Leben teilnehmen, was die Partizipationsforschung unter anderem an der Wahlbeteiligung feststellen kann (vgl. Gabriel; Völkl, 2004, S. 231).

Welchen prägenden politischen Einfluss die Primärsozialisation aufweist, wird in der nachfolgenden Abbildung dargestellt.

Geburtenkohorte	Zeitpunkt der politischen Primärsozialisation	Gesellschaftliche / politische Merkmale
~1910 ~ 1925	ca. 1918 ~ 1933	Weimarer Republik, versuchte Demokratie
~1920 ~ 1935	ca. 1934 ~ 1945	Drittes Reich, Diktatur
~1930 ~ 1945	ca. 1945 ~ 1955	Zusammenbruch, Kriegsende, Besatzungszeit, Notzeiten, Wiederaufbau
~1940 ~ 1955	ca. 1955 ~ 1965	Wiederaufbau, Erweiterung der Sozialen Marktwirtschaft, Wirtschaftswunder, Vollbeschäftigung
~1945 ~ 1960	ca. 1965 ~ 1975	Erste Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Studentenbewegungen
~1955 ~ 1970	ca. 1975 ~ 1985	Bildungsexpansion, Ölkrise, Gewalt gegen den Staat
~1970 ~ 1985	ca. 1985 ~ 2000	Arbeitslosigkeit, Globalisierung, Demografiesensibilisierung

Tabelle 6: Geburtskohorte, Zeitepoche der politischen Primärsozialisation und der gesellschaftlichen und politischen Merkmale. Eigene Darstellung.

war, die 68er Generation. Diese Generation – oder treffender beschrieben handelt es sich um eine Alterskohorte, und zwar um die der Jahrgänge zwischen 1940 bis 1950 – wird jetzt in den Ruhestand „entsendet“. Und noch etwas Beachtenswertes weist diese Alterskohorte auf. Sie ist teilweise in zwei bis drei unterschiedlichen politischen Systemen aufgewachsen, und daher haben die Personen verschiedene politische Sozialisationsprozesse durchlaufen.

4.3.4 Subjektive Betroffenheit und Motivation

Ein weiterer Ansatz zur Realisierung politischer Partizipation ist die persönliche politische Betroffenheit und die sich daraus ergebene Motivation zur politischen Partizipation. Es stellen sich die Fragen, ob politische Partizipation durch politische Unzufriedenheit oder durch andere gesellschaftliche und politische Ereignisse verstärkt wird (vgl. Muller; Opp, 1986, S. 471; Opp, 1988, S. 853) und ob hierdurch ein gesteigertes politisches Bewusstsein entstehen könnte. Dabei zeigte sich, dass gesellschaftliche Vorkommnisse wie der Reaktorunfall in Tschernobyl (vgl. Opp, 1988, S. 853) eine ausgeprägtere Partizipationsrelevanz erlangen können als ökonomische oder soziale Themen (vgl. Muller; Opp, 1986, S. 484). Aufgrund subjektiver Betroffenheit würden sich demnach gesellschaftsrelevante Motive ergeben, die als „partizipationsrelevante Motive“ beschrieben werden (vgl. Gabriel, 2004, S. 324) und zur politischen Teilhabe führen. Diese Motive konnte in dieser Form auch schon früher herausgearbeitet werden, in dem Personengruppen befragt wurden, die sich in besonderer Weise gegen die Kernenergie aussprachen. Zur politischen Partizipation sind neben dem „[...] kognitive[.]n Element“ (Opp, 1984, S. 112)⁶¹ weitere Einstellungen, wie das „[...] Eintreten für andere und die Vorstellung, sich politisch engagieren zu müssen“ (Opp, 1984, S. 112), vorhanden. Alles in allem sind die Personen, die sich besonders den demokratischen Werten und

⁶¹ *Opp* betrachtete bei seiner Forschung, ob die Verhaltensweise, sich politisch zu engagieren, eher aus ökonomischen Beweggründen erfolgt, also deshalb, weil Personen ihren Nutzen maximieren wollen. So wie *Helmut Schmidt* schreibt, geht es bei der Politik heute auch um gut entlohnte Karrieren (vgl. Schmidt, 2008, S. 315). Folgt man *Opp* weiter, stehen neben den ökonomisch getriebenen Akteuren die Akteure, die politische Partizipation ausüben, um für andere etwas zu erreichen (Altruismus). Eine dritte Möglichkeit, die er erforschte, ist die, ob die politische Partizipation vielmehr normativ geprägt ist (vgl. Opp, 1984, S. 86f.). In seinem Altruismusverständnis geht *Opp* noch von einem überholten Wissenschaftsverständnis aus, welches das Ergebnis etwas anders darstellt. *Borkenau* hat festgestellt, dass jegliche altruistische Motivation gleichzeitig prosozial ist (vgl. Borkenau, 1991, S. 203).

Normen verpflichtet fühlen, politisch aktiver, da sie etwas bewegen und Einfluss auf die politische Ausgestaltung nehmen möchten (vgl. Bielh, 2005, S. 70). Im Gegensatz dazu sind diejenigen, die demokratischen Prozessen abweisend oder skeptisch gegenüberstehen, politisch träger.

4.3.5 Aktive politische Partizipation / nicht aktive politische Partizipation

Betrachtet man die wissenschaftliche Literatur unter dem Gesichtspunkt der politisch aktiven und nicht aktiven Bürger, so ergibt sich folgender Stand: Männer sind an der politischen Partizipation mehr beteiligt als Frauen. Jüngere und ältere Bürger sind weniger aktiv als die mittlere Altersgruppe. Bürger mit einem höheren Bildungsstand und besserem Einkommen beteiligen sich an der politischen Partizipation mehr als Bürger der „unteren Schicht“ (vgl. Verba; Nie; Kim, 1971, S. 55; Milbrath; Goel, 1977, S. 48 und 114; Hoecker, 1995, S. 191; Niedermayer, 1989, S. 79). Dies führt dazu, dass die politisch aktiven Bürger keinen Querschnitt der Gesamtbevölkerung darstellen. Es erscheint fraglich, ob die Interessen der inaktiven Bürger hinreichend artikuliert werden und Gehör finden (vgl. Niedermayer, 2002 S. 222). Es ist davon auszugehen, dass aktive Bürger, so lange die Interessen der inaktiven Bürger vertreten wie die Interessenlagen weitgehend übereinstimmen. Wenn aber

„[...] die Politikpräferenzen dieser beiden Gruppen grundlegend abweichen, dann stellt die politische Partizipation kein geeignetes Mittel dar, die Interessen der Inaktiven in den politischen Prozess einzubringen, denn in diesem Falle artikulieren die Aktiven aller Voraussicht nach ihre Sonderinteressen, aber nicht die der inaktiven Gruppen“ (Gabriel, 2002 S. 147).

Dadurch wird auch die Bedeutung der politischen Partizipation offensichtlich, da die Vertretung der Interessen von Nichtaktiven

oberflächlich behandelt oder zur Nebensache werden kann, falls diese es nicht schaffen ihre Interessen anderweitig durchzusetzen oder vorzutragen.

4.3.6 Wahlen und Repräsentanz

Die meist erforschte und auch beobachtete Form der politischen Partizipation ist die des Wahlverhaltens und der Wahlergebnisse. Die

„Partizipationsforschung ist [anfänglich] danach folgerichtig als Wahlbeteiligungsforschung betrieben worden. Gemäßigt hohe Wahlbeteiligung galt als Indikator stabiler, gesunder Demokratie; plötzliches Ansteigen als unheilvolles Anzeichen krisenhafter Politisierung [...]“ (v. Alemann, 1978, S. 14).

Dass dies jahrelang so war, mag darin begründet liegen, dass die Wahl innerhalb der repräsentativen Demokratie die Partizipationsform darstellt, der die höchste Bedeutung zukommt – denn „alle Staatsgewalt geht vom Volk aus“ (Artikel 20 Abs. 2 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland).

Bei der Parteienwahl handelt es sich um die Möglichkeit der externen⁶² parteipolitischen Partizipation. Die Wahlen stellen in der Bundesrepublik Deutschland für den überwiegenden Teil der Bevölkerung die einzige direkte Bestimmungsmöglichkeit bezüglich der politischen Ausrichtung des Staates dar. Wahlen entscheiden daher über die Machtverhältnisse innerhalb des politischen Systems.

Wahlen erfüllen fünf Funktionen:

„ 1. Artikulation politischer Präferenzen,

⁶² Im Gegensatz dazu gibt es die interne Parteiwahl, an der in der Regel nur Parteimitglieder teilnehmen dürfen und Kandidaten für Parteiämter gewählt werden.

2. Integration von Wählern und ihren Repräsentanten [die Repräsentanten weisen eine hohe Bedeutung auf, bezogen auf die Fragestellung der Arbeit: Wer hat die Möglichkeit die jeweiligen politischen Interessen zu vertreten],

3. Legitimation der Regierung (Machtzuweisung),

4. Konkurrenz zwischen Regierung und Opposition,

5. Kontrolle durch Parlament und Opposition und

6. Innovation durch neue politische Strategien [..]“

(Kevenhörster, 2008, S. 182).

In der Demokratie wird der Wahl ein hohes Maß an Aufmerksamkeit gewidmet, da sie wiederkehrend eine formalisierte Handlung der Willensbildung darstellt und gleichzeitig die Legitimität der Regierungsmacht fixiert (vgl. Broschek; Schultze, 2006, S. 23) sowie dem Bürger zumeist die einzige Möglichkeit eröffnet, sein Mitspracherecht an der Politik auszuüben.

In dieser Arbeit wird lediglich die Bundestagswahl betrachtet. In der Bundesrepublik Deutschland besteht die Möglichkeit, durch die Erststimme⁶³ einen Kandidaten seines Wahlkreises direkt zu wählen. Die Wahl zum Deutschen Bundestag findet in der Regel alle vier Jahre statt. Dies bedeutet, dass durch vorzeitige Auflösung des Parlaments, über die zu entscheiden nur dem Bundespräsidenten zusteht, Neuwahlen stattfinden können⁶⁴ und von der Vierjahresregel abgewichen werden kann.

In der Bundesrepublik Deutschland sind Wahlen verfassungsrechtlich in dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland geregelt. Die Zusammensetzung des Parlaments ergibt sich „aus allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl“ (Art. 38 Abs.1; Art. 28

⁶³ Jeder Wähler hat die Möglichkeit, zwei Stimmen abzugeben. Mit der Erststimme wird der Direktkandidat im Wahlkreis gewählt, die Zweitstimme gilt für eine Partei.

⁶⁴ Dies geschah in der Geschichte der Bundesrepublik bisher dreimal: 1972, 1982 und 2005.

Abs. 1 Grundgesetz für Bundesrepublik Deutschland, 2006). Alle weiteren Inhalte werden explizit im Wahlgesetz von 1957 geregelt.

Nicht jedem Bürger wird ein Wahlrecht⁶⁵ zugestanden. Es bedarf neben der formalen Staatsbürgerschaft des Mindestalters von 18 Jahren⁶⁶. Eine Obergrenze an Lebensjahren gibt es faktisch nicht. Hier zu mehrern sich aktuell die Stimmen, dass es aufgrund der demografischen Entwicklung zu einer „Rentner-Demokratie“ komme und das Mindestwahlalter als Ausgleich herabgesetzt werden müsse (vgl. www.SpiegelOnline.de 2008)⁶⁷, da jeder Wahlberechtigte auch das gleiche Stimmgewicht besitzt. Diese Gedanken mögen angesichts der quantitativen Bedeutung der älteren Bürger nicht ganz unberechtigt sein. Betrachtet man vergleichend die Wahljahre 1961 und 2005, kann ein Teil der demografischen Entwicklung anhand von (potenziellen) wahlberechtigten nicht-wahlberechtigten Bürgern erfasst werden. Innerhalb von ca. vier Jahrzehnten hat sich der Anteil der Wahlberechtigten um gut 25 Prozentpunkte erhöht. Gleichzeitig stieg der Anteil der über 60-Jährigen von 1965 bis zum Jahre 2005 um 6,07 %, während der Anteil der bis 20-Jährigen in der Bevölkerung in dem gleichen Zeitraum um 9,15 % abnahm⁶⁸.

⁶⁵ Das Wahlrecht ist nach Artikel 21 der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte über bürgerliche und politische Rechte ein demokratisch legitimiertes Menschenrecht (vgl. Universal Declaration of Human Rights www.unhchr.ch, 2008)

⁶⁶ Im Jahre 1972 wurde in der Bundesrepublik Deutschland das Wahlalter von 21 Jahren auf 18 Jahre gesenkt.

⁶⁷ Auch in der Wissenschaft und Forschung hat diese Thematik mehr Beachtung gefunden wie: „Krieg der Generationen? Die politische Macht der Älteren“ (Kohli; Neckel; Wolf, 1999, S. 477) oder der „Politischer Einfluss der Älteren von morgen“ (Künemund, 2004, S. 286).

⁶⁸ Eigene Berechnung: Quelle Statistisches Bundesamt, 2008 (Datensatz erhalten auf Anfrage).

Wahlberechtigte im Vergleich zur Gesamtbevölkerung 1961 - 2005

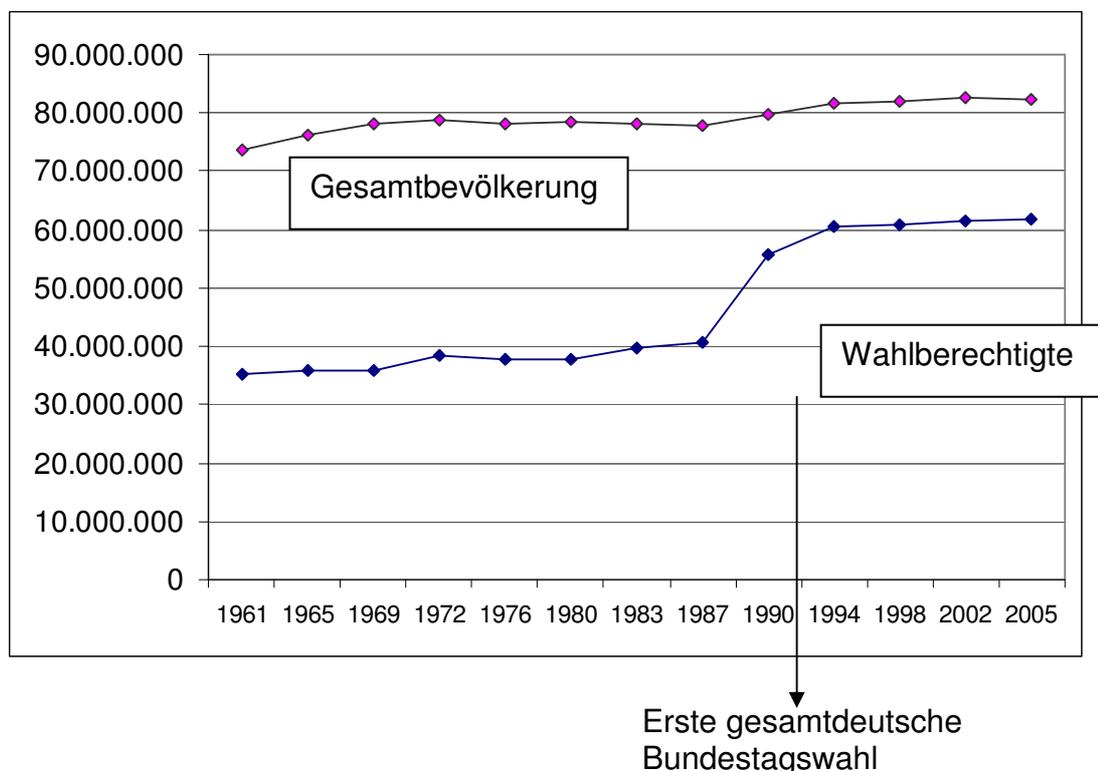


Abbildung 20: Wahlberechtigte und Gesamtbevölkerung. Eigene Darstellung. Quelle: Statistisches Bundesamt, 2008 (Datensatz erhalten auf Anfrage) Statistisches Bundesamt, 2006a, S. 8f.; Bundeswahlleiter, 2005, S. 46.

Von daher wird aufgrund der demografischen Konstellation die Generation 60 plus immer bedeutender, da diese Altersgruppe weiterhin zunimmt und es zu einem überproportionalen Einfluss der Älteren in der Partei innerhalb der Entscheidungsgremien und bei Wahlen kommen könnte (vgl. Streeck, 2007, S. 291). Werden allein in dieser Altersgruppe 10 % der Wählerstimmen verloren, kann der Gewinnausgleich in den jüngeren Altersgruppen kaum bewerkstelligt werden (vgl. Neu, 2004, S. 3).

○ Repräsentanz und Repräsentanten

Bundestagswahlen sind nicht nur außerhalb der Partei von großer Bedeutung, sondern schon im Vorfeld einer Wahl wird innerhalb der

einzelnen Parteien eine Entscheidung getroffen, welcher Kandidat als Direktkandidat nominiert wird. Das ist nicht zu unterschätzen, da mit der Aufstellung des Kandidaten die Repräsentanz einer bestimmten „Wahl“ betont wird. Repräsentanz besagt in diesem Falle, dass durch die Aufstellung des Wahlkandidaten sowohl ein inneres als auch äußeres Ordnungselement⁶⁹ durch zwei Determinanten getätigt wird, und zwar mittels Geschlecht oder/und Alter. Aber auch für parteiintern Wahlen oder Positionen ist die Repräsentanz nicht belanglos.

Die Repräsentanz entscheidet über Öffentlichkeit, also das „Gegenwärtigmachen“ von Elementen gegenüber anderen Personen oder Systemen (vgl. v. Alemann, 2007, S. 493; Manow, 2006, S. 156; Kibler, 2007, S.121). Repräsentation und Macht weisen einen Bezug auf, da im Verhältnis des „Gegenwärtigmachens“ und der politischen Partei sich eine Ordnung konstituiert, sowohl intern als auch extern. Festgelegt wird,

- wer an welcher Stelle steht,
- wer welche Position einnimmt,
- wer wen vertritt,
- wer handeln darf oder
- was kommuniziert wird (vgl. Göhler, 1997, S. 37f.; Kibler, 2007, S. 139).

Gleichermaßen stellt die Repräsentation eine Symbolik dar, die durch die Personifizierung oder durch die Quotierung bestimmte Deutungsvarianten erlaubt.

Repräsentation beruht nicht ausschließlich auf der Vertretung des Individuums. Es werden an das Individuum Erwartungen und Hoffnungen geknüpft, die entweder eingelöst oder enttäuscht werden. Für das Politische bedeutet das: Wer ist legitimiert, politische Macht auszuüben nach den Vorstellungen derer, die den Repräsentanten wählen oder befürworten?

⁶⁹ Wahllisten bedeuten Repräsentanz und Symbolkraft. Wer hat sich intern durchgesetzt und erhofft nun die Stimme des Wählers zu bekommen?

Innerhalb der Parteien kommt der Rekrutierung von Personen, die später innerhalb oder außerhalb der Partei in Gremien oder Ämtern die Repräsentanten verkörpern, eine bedeutende Stellung zu. Denn es handelt sich um den Prozess der internen Machtverteilung, oder besser beschrieben: um einen Vorgang der innerparteilichen Partizipation. Sollen die Repräsentanten im Namen der Repräsentierten handeln, ist dies an Voraussetzungen gebunden, die über interne Prozesse Auskunft geben.

Politisch kann die Repräsentanz als eine Auswahl von Interessenvertretungen verstanden werden. So wird parteiintern ausgehandelt, wer was kommunizieren darf und wer was beziehungsweise wie in der Öffentlichkeit thematisiert oder agiert. Dabei wird einerseits von dem Repräsentanten erwartet – gewünscht –, dass er den politisch legitimierten Raum umfassend ausfüllt, andererseits wird von ihm erwartet, dass ein regelmäßiger Austausch zwischen ihm und den Repräsentierten erfolgt. Somit ist es unter anderem die Aufgabe des Repräsentanten, einen kommunikativen Prozess zwischen sich und den Repräsentierten herzustellen (vgl. v. Trotha, 2006, S. 289). Interne Handlungslogiken von Parteien sind nicht vollständig transparent. Demgemäß kann es auch zutreffend sein, dass die öffentliche Repräsentation ebenfalls als Symbolik genutzt wird, um bestimmte Mainstreamthemen durch den Repräsentanten zu belegen. Repräsentanz offenbart auch, welche Interessengruppen sich durchsetzen. Infolgedessen kann eine Asymmetrie entstehen, wer was in der Organisation artikuliert, welche „Kräfte“ sich mobilisieren lassen und durchsetzen können. Dies sind Deutungen, die sich schwer verifizieren lassen. Demzufolge kann für die vorliegende Arbeit nur gelten, dass objektive Daten heranzuziehen sind. Insofern muss vorerst an dieser Stelle auf die oben beschriebene Ausgangslage verwiesen werden, dass zur Repräsentanzbeobachtung zwei Determinanten genutzt werden können, und zwar Alter und Geschlecht. Die altersbezogene Repräsentanz wird dabei in dem empirischen Teil dieser Arbeit

ausgewertet. Grundlegend werden hierzu Datensätze aus den Parteigremien und anhand der Aufstellungslisten zur Bundestagswahl benutzt.

4.4 Innerparteiliche Partizipation

Wurde bisher die politische Partizipation betrachtet, an der der Bürger teilnimmt, wird nun eine besondere Form der politischen Partizipation, die innerparteiliche Partizipation, dargestellt. Sie setzt voraus, dass der Bürger zumeist Mitglied der Partei ist und sich in der Partei engagiert. Teilweise öffnen sich heute die Parteien auch für Nichtmitglieder und lassen sie an Mitbestimmungsprozessen teilnehmen (siehe hierzu Kapitel 3.4 „Gastmitglieder“). So greifen die politischen Parteien heute das auf, was Robert Michels als oligarchische Strukturen beschrieb (vgl. Michels, 1970, S. 25). In seiner detaillierten Untersuchung der innerparteilichen Willensbildung kam er zu dem Ergebnis, dass die Fragen der parteilichen Idealdemokratie lauten „[...]“: welcher Grad und welches Maß von Demokratie ist

a) an sich möglich?,

b) im Augenblick durchführbar? [.] [.]

c) wünschenswert? [...]“ (Michels, 1970 S. 372)⁷⁰, und wie viel davon wird zugelassen?

⁷⁰ Gleichzeitig schreibt *Michels*, dass die „[...] Bildung eines berufstätigen Führertums [.] den Anfang vom Ende der Demokratie“ (Michels, 1970 S. 130) bedeute. Daraus würde sich ableiten lassen, dass, besonders durch die Etablierung der hauptberuflichen Politiker, die ehrenamtlichen oder unbezahlten Parteimitglieder an den Rand gedrängt würden. Folgt man den Ausführungen von *Michels*, werden die Gesetze, die getätigt werden, um der Führung Einhalt zu gebieten, allmählich weichen, aber nicht das Führertum (vgl. Michels, 1970, S. 375). Von daher könnte sich die Frage ergeben, wie viel Partizipation von den hauptberuflichen Politikern zugelassen wird, und nicht, wie viel Beteiligung überhaupt stattfindet oder die Demokratie verträgt. Der hauptberufliche Politiker hat gegenüber dem „ehrenamtlichen Politiker“ einen erheblichen Vorsprung durch die innerparteilich führende Rolle. Dies ist bedingt unter anderem durch bessere formelle und informelle Informationsmöglichkeiten, jederzeitige Erreichbarkeit, Motivation und Übung, mehr zeitliche Ressourcen und die Unterstützung des hauptberuflichen Parteiapparates. All dies führt zu einem

Die innerparteiliche Partizipation unterscheidet sich von der allgemeinen politischen Partizipation in folgenden Punkten:

- Sie bietet im Rahmen der repräsentativen Demokratie dem Bürger eine dauerhafte Organisation dafür, an der Politik direkt teilzuhaben und an ihrer Gestaltung mitzuwirken.
- Durch die innerparteiliche Partizipationsform kann über Personalentscheidungen und politische Programmentscheidungen mit abgestimmt werden.

(vgl. Niedermayer, 1989, S. 13 und 18).

Die innerparteiliche Partizipation kann auf unterschiedlicher Art und Weise erfolgen. Grundsätzlich haben Parteien das Bestreben, den Bürger und das Parteimitglied⁷¹ an sich „zu binden“.

„Aus der Parteibindung, die allgemein als Parteienidentifikation beschrieben wird, soll sich für den Bürger und die Partei eine langfristig stabile Verbindlichkeit ergeben, eine von konkreten politischen Ereignissen, Inhalten und Akteuren weitgehend unabhängige Bindung an eine politische Partei, also eine Art ‚psychologische Parteimitgliedschaft‘ [...]“ (Walz, 1996, S. 208).

Sie besteht zumeist im Rahmen einer Mitgliedschaft und einer vermuteten Parteiaktivität. Ferner bietet sie dem Mitglied im Rahmen von Netzwerken die Möglichkeit, seine „politische“ Einstellung mit Gleichgesinnten zu teilen.

höheren Informationsgrad und verschafft einen hohen Vorsprung gegenüber dem „ehrenamtlichen Politiker“ (vgl. Tiefenbach, 1998, S. 25ff; Rudzio, 2006, S. 157).

⁷¹ Die Unterscheidung zwischen Bürger und Parteimitglied ergibt sich daher, dass die Partei als Organisation den Bürger als Wähler betrachtet und um die Gunst seiner Wahlstimme wirbt. Ferner strebt eine Partei eine Rekrutierung neuer Mitglieder an. Bei den Parteimitgliedern versucht die Partei als Organisation, dem Parteimitglied hinsichtlich seiner Mitgliedschaftserwartungen gerecht zu werden.

Mitgliedschaft in einer Partei bedeutet nicht automatisch auch Partizipation an der Politik. Vereinfacht lassen sich zwei Mitgliedstypen unterscheiden:

- erstens diejenigen, die aktiv an politischen Prozessen partizipieren und regelmäßig an Parteisitzungen teilnehmen und auch ein Mandat übernehmen würden,
- zweitens, die eine passive Mitgliedschaftsrolle einnehmen und nur ihren Mitgliedsbeitrag bezahlen und zur Wahl gehen (vgl. Rudzio, 2006, S. 71).

Von den rund anderthalb Millionen Parteimitgliedern⁷² in Deutschland sind ungefähr 3 % bis 10 % aktiv an dem innerparteilichen Politikgeschehen beteiligt (vgl. v. Beyme, 2002, S. 336; Patzelt, 2005, S. 34; Rudzio, 2006, S. 71 und 144). Diese Zahlen sind Anhaltswerte, da je nach Untersuchungsdesign die Ergebnisse verschieden ausfallen (vgl. Poguntke, 2005a, S. 648).

Die Beschreibung der innerparteilichen Partizipationsformen lässt sich nicht deutlich von der allgemeinen politischen Partizipation abgrenzen, denn sie werden innerhalb der Partizipationsforschung nicht von der allgemeinen Partizipationsform getrennt behandelt, obwohl sie sich zumeist deutlich voneinander unterscheiden. Begründet werden kann dies wie folgt: Es gibt zu wenige Parteimitgliederstudien, und die Studien, die durchgeführt wurden, sind nicht parteiübergreifend angelegt. Somit fehlen Vergleichsmöglichkeiten, oder die internen Parteidaten sind extern nicht zugänglich, und falls doch, variiert die Datenoperationalisierung (vgl. Niedermayer, 2002, S. 306).

⁷² Das sind ungefähr 1,83 Prozent der Gesamtbevölkerung, mit abnehmender Tendenz. Schätzungsweise sind 12 Prozent der Bevölkerung im vorpolitischen Raum (Schulen, Vereine, Bürgerinitiativen, usw...) aktiv (vgl. Patzelt, 2005, S. 34).

Die Frage der innerparteilichen Partizipation nimmt durch die aufkommende Diskussion der Mitbestimmungserhöhung der Parteimitglieder und der Einbeziehung von Parteilosen einen breiten Raum ein. Die Ausweitung der Beteiligungsform ist seit den 1990er-Jahren bei vielen Parteien zu beobachten (vgl. Detterbeck, 2005 S. 72)⁷³, weshalb Franz Münterfering sie auch für die Sozialdemokratische Partei fordert und sich für die Ausweitung der innerparteilichen Partizipation einsetzt (vgl. Münterfering, 2000 S. 72).

Es ist zu vermuten, dass mögliche Neumitglieder vor dem Eintritt in die Partei genau betrachten, welche internen Partizipationschancen bestehen, und sich dementsprechend entscheiden. Das könnte bedeuten, dass diejenige Partei, die den potenziellen Neumitgliedern ein hohes Maß an innerparteilicher Partizipation anbietet, einen Wettbewerbsvorteil aufweist.

○ *Begründungsmodelle zur innerparteilichen Partizipation*

Als Begründungsmodell zur innerparteilichen Partizipation liefert das sozioökonomische Ressourcenmodell (siehe hierzu Punkt 4.3.1) eine Erklärung. *Niedermayer* nimmt das auf und unterscheidet drei Faktoren:

- die Ressourcenausstattung des Individuums – dabei verweist er insbesondere auf die „[...] sozialstrukturelle Verortung [...], als auch [auf] die durch Sozialisationsprozesse erworbenen partizipationsrelevanten Ressourcen [...]“ (Niedermayer, 1989, S. 63), die er als zweiten Punkt hervorhebt. Als dritten Aspekt der innerparteilichen Partizipationsmöglichkeit, die aber weniger ausgeprägt ist als bei anderen, nennt er individuelle

⁷³ Die SPD hat den gesteigerten Partizipationswünschen der Mitglieder „[...] durch die satzungsmäßige Einführung interner Plebiszite Rechnung zu tragen versucht. Allerdings gibt es noch keine bewährte Praxis direkter Demokratie. „[...] Mitgliederentscheide und -befragungen werden von Führungsgruppen eher selten und situativ eingesetzt“ (Zeuner, 2003, S. 254). Insgesamt werden im Diskurs der erweiterten innerparteilichen Partizipation drei Möglichkeiten erörtert: themenzentrierte Abstimmung, Direktwahl von Ämtern, Kandidatenaufstellung und Personalrekrutierung, Politikformulierung und Politikvermittlung (vgl. Bauer, 2007, S. 44).

Verhaltensprädispositionen, wie die Motivationsstruktur (vgl. Niedermayer, 1989, S. 63f.; vgl. Hallermann, 2003 S.123ff.).

Ein weiterer Erklärungsansatz zur innerparteilichen Partizipation ist der der sozialen Netzwerke (siehe hierzu Punkt 4.3.2). Durch die Eingebundenheit in soziale Netzwerke wird die Chance bedeutend erhöht, politisch aktiv zu werden. Die partizipative Parteibindung des einzelnen Mitglieds wird aufgrund gruppenspezifischer Prozesse (zwischenmenschliche Beziehungen) oder durch gemeinsame Werte und Normen beeinflusst („expressive Motivation“) (vgl. Niedermayer, 2002, S. 302; vgl. Hallermann, 2003 S. 123ff.).

Auch eigene Vorteile des Parteimitglieds können als Anreiz zur innerparteilichen Partizipation dienen („instrumentelle Motivation“) (vgl. Niedermayer, 2002, S. 303). Dabei betrachtet das Parteimitglied die Partei nach den Anreizstrukturen, die die Partei dem Einzelnen bietet, damit er sich an der politischen Arbeit beteiligt, oder darauf hin, welche weiterführenden Gratifikationen zu erwarten sind (Niedermayer, 1989, S. 145f.). Entweder werden von dem Parteimitglied politische inhaltliche Ziele verfolgt, oder es wird versucht, daraus einen materiellen/beruflichen Vorteil zu erlangen (vgl. Niedermayer, 2002, S. 303). Bei der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands versprach sich jedes zwölfte bis dreizehnte Mitglied einen ökonomisch-beruflichen Vorteil (vgl. Niedermayer, 2002, S. 309). Bei den älteren SPD-Mitgliedern empfanden 68 % der 60-Jährigen und Älteren die Partei als ihre Heimat (vgl. Niedermayer, 2002, S. 311).

4.5 Zwischenfazit politische Partizipation

Politische Partizipation ist unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten die Teilnahme einzelner Personen oder Gruppen an Entscheidungen und deren Entwicklungsprozessen, die einen politischen Bezug aufweisen und

grundsätzlich immer freiwillig ausgeübt werden. Die politische Partizipation fördert sowohl die demokratischen als auch die zivilgesellschaftlichen Gestaltungsprozesse und stellt die wichtigste Form des demokratischen Verständnisses dar. Sie kann unterschiedliche Handlungsfelder aufweisen. Die Spannweite der politischen Partizipation reicht von legalen bis zu illegalen Handlungen. Bei der Vielzahl der Klassifizierung sind insgesamt fünf bedeutend (siehe Abbildung 13). Für die Fragestellung dieser Arbeit sind davon zwei Partizipationsformen leitend, die der direkten politischen Partizipation, die zumeist die Wahl betrifft, und die der konventionellen Form der Partizipation, die unter anderem die innerparteiliche Partizipation beinhaltet.

Schwierig erscheint die klare Eingrenzung der politischen Partizipation, da sich das Partizipationsverständnis im Laufe der Wahlforschung immer mehr ausgeweitet hat. Von daher werden heute in der Wissenschaft sowohl die soziale Partizipation als auch die politische Partizipation oftmals zusammen betrachtet.

Politische Partizipation ist an bestimmte individuelle Voraussetzungen geknüpft, die die Teilnahme fördern oder hemmen können. So sind eher Personen beteiligt, die einen höheren sozioökonomischen Status aufweisen und in soziale Netzwerke eingebunden sind. Zudem sind diese Personen zumeist auch noch anderweitig sozial engagiert und verfügen über die nötigen Zeitressourcen. Ferner konnte durch Forschungsarbeiten nachgewiesen werden, dass oftmals die subjektive Betroffenheit bei politisch relevanten Themenbereichen die politische Partizipation begünstigt. Prinzipiell sind Männer – bisher – politisch aktiver als Frauen. Ausgehend von dem „Standardmodell“ der sozioökonomischen Ressourcen, könnte für die allgemeine politische Partizipation im Alter abgeleitet werden: Wenn es zu einer Beteiligung im Alter kommt oder die Partizipation im Alter fortgeführt wird, benötigt man Bedingungsfaktoren oder partizipationsrelevante Ressourcen. Damit ist gemeint, dass der

ältere Staatsbürger über gute Bildungsvoraussetzungen verfügen muss, ein gesichertes (und reichhaltiges) Einkommen erhält und beruflich über ein gewisses Prestige verfügt oder den Beruf noch ausübt. So ausgestattet ist die Möglichkeit, die politischen Partizipationsangebote wahrzunehmen, recht hoch. Sind diese Ressourcen nicht (so) vorhanden, könnte dies im Hinblick auf die politische Teilhabe zu einer Benachteiligung führen.

Eine zentrale Form der politischen Partizipation besteht durch die Mitgliedschaft bei einer Partei. Parteimitglieder haben neben der direkten politischen Partizipation, wie der Teilnahme an Wahlen und Meinungsäußerung, die Möglichkeit, innerparteilich aktiv an Themenstellungen und an parteiinternen Willensbildungsprozessen mitzuwirken. Dabei ist die Mitgliedschaftsrolle einer Partei nicht automatisch gleichzusetzen mit der innerparteilichen Partizipation, da nur ein geringer Anteil der Parteimitglieder sich auch aktiv an der Parteiarbeit beteiligt.

Die repräsentative Demokratie zeichnet sich dadurch aus, dass der Bürger die politischen Entscheidungsprozesse über Sach- und Zielvereinbarung einer kleinen Zahl von gewählten Repräsentanten überlässt, die sich zumeist innerparteilich gegenüber Konkurrenten behauptet haben und sich um Ämter, Mandate oder Positionen bewerben. Durch die Aufstellung/Nominierung der Repräsentanten wird die Partei Entscheidungen treffen, durch die eine Differenz beobachtbar wird, die neben dem Inhalt auch über Alter und Geschlecht erfolgt.

5. Alter/Altern und Alterskonzepte

Alter und Altern sind Begriffe, die vielschichtig kommuniziert werden, sich allerdings nicht ganz eindeutig begrenzen und voneinander abgrenzen lassen – zudem sind sie eng verbunden mit der Frage, wann „das Alter“

beginnt. Die Sozialgerontologie geht vom Alter als einem individuellen Zustand aus und stellt die Folgen des persönlichen Altwerdens in den Vordergrund. Weiterführend kann das Altern als der Prozess charakterisiert werden, der zum Alter führt und von Geburt an eine Lebenslaufdarstellung mit all seinen lebenslangen Entwicklungen ergibt (vgl. Rosenmayr, 1983, S. 314; Baltes; Baltes, 1994, S. 9) sowie neben den individuellen Prozessen, der fortwährenden Sozialisation, auch die gesellschaftlichen Veränderungen betrachtet, wie beispielsweise den Strukturwechsel des Bevölkerungsaufbaus. In der gerontologischen Forschung werden Alter und Altern sowohl interdisziplinär als auch multidisziplinär untersucht, da Alter „[...] gleichzeitig ein körperliches, psychisches, soziales und geistiges Phänomen“ (Baltes, 2007, S. 15) darstellt.

Das Alter hat sich insbesondere durch die Industrialisierungsprozesse Ende des vorletzten Jahrhunderts und Anfang des letzten Jahrhunderts grundlegend geändert „[...] vom jüngeren Alter ins alte Alter und hohe Alter [...]“ (Amann, 2007, S. 3).⁷⁴ Alter ist durch die sozialstaatliche Absicherung – vorwiegend durch die Begrenzung der Erwerbsarbeitszeit und die sich dadurch erweiternde Nachberuflichkeit – zu einer eigenständigen wichtigen Lebensphase geworden (vgl. Kohli, 1985, S. 2; Göckenjan, 2000, S. 21; Backes; Clemens, 2000, S. 7; Schulz-Nieswandt, 2006, S. 133). Durch diese Lebensphase sind Ältere nicht mehr allein passive Empfänger von unterschiedlichen Hilfsangeboten, sondern aktive

⁷⁴ *Laslett* beschreibt vier Altersabgrenzungen: In der ersten stehen Abhängigkeit, Sozialisation, Unreife und Erziehung. Die zweite ist die Zeit der Unabhängigkeit, der Reife und Verantwortung, der Erwerbszeit und des Sparens. Die dritte Phase, die *Amann* als jüngeres Alter beschreibt, ist der Zeitraum der persönlichen Erfüllung. Die vierte Zeit ist die der „[...] unabänderlichen Abhängigkeit, der Altersschwäche und des Todes“ (Laslett, 1995, S. 35). Die vierte Phase „[...] beginnt, wenn die Hälfte der ursprünglichen Geburtskohorte nicht mehr lebt, so um die 80. Dann geht das Lernpotenzial verloren; auch mental gesunde 85-Jährige sind beim Lernen extrem beeinträchtigt. Wohlbefinden, Lebenszufriedenheit, soziale Einbettung schwinden. „Der Lebensweg im hohen Alter gerät zum Leidensweg“, weiß Baltes heute“ (Etzold, 2003, S. 2).

bedeutende Mitglieder aller Lebensbereiche der Gesellschaft (vgl. Backes, 1998, S. 29).

Alter wird im alltäglichen Leben zumeist kalendarisch betrachtet (vgl. Filipp; Mayer, 1999, S. 13f.). Dass das zur alleinigen Definition des Alters nicht ausreicht, wird schnell deutlich, wenn man bedenkt, dass das kalendarische Alter zwar eine wichtige Grundlage der zivilisierten Gesellschaft darstellt, um Grenzen und Zuordnungen vorzunehmen und dadurch eine gesellschaftliche Ordnung zu konstruieren, aber dabei werden die individuell verfügbaren „[...] körperlichen, psychischen, sozialen und gesellschaftlichen [...]“ (Backes, Clemens, 2003, S. 24) Fähigkeiten eines Menschen nicht berücksichtigt.

Die Kritik der engen Betrachtung des Alters beschreibt *Kohli* in den 1980er-Jahren und fordert, Alter und Lebenslauf als erforderliche Form der Gesellschaftsdifferenzierung zu verstehen, und stellt die These der „Institutionalisierung des Lebenslaufs“ auf, „[...] dass *Lebenslauf und Lebensalter als eine eigenständige gesellschaftliche* Strukturdimension aufzufassen sind“ (Kohli, 1985, S. 1). *Kohli* begründet seine These mit der Analyse historischer Veränderungen von der Industrialisierung bis zur Moderne. Den Übergang zur Moderne beschreibt *Kohli* als Chronologisierung des Lebens, „[...] von einem *Muster der Zufälligkeit der Lebensereignisse* zu einem des *vorhersehbaren Lebenslaufs*“ (Kohli, 1998, S. 5)⁷⁵. Alter kann nicht nur „[...] – aus der Perspektive ‚sozialer Probleme‘ betrachtet [werden], sondern als Dimension der

⁷⁵ *Kohli* bezieht sich auf drei Punkte: Die gestiegene Lebenserwartung, die Ausbildung des Familienzyklus – *länger empty nest Phase, kürzere Übergänge* – und die Ausdifferenzierung des Erwerbslebens in: Vorbereitung, Aktivität und Ruhestand (vgl. Kohli, 1985, S. 4ff.). Dies wird als „[...] eine grob richtige Beschreibung der Realität [angesehen], die allerdings schon auf die Frauen und ihre Berufstätigkeit so nicht passt“ (Naegele; Tews, 1993, S. 339) und heute durch weitere gesellschaftliche Wandlungsprozesse immer mehr infrage gestellt werden kann.

Gesellschaftsstruktur“ (Kohli, 1994, S. 231). Besonders durch die Diskussion der Ausgliederung des Alters aus der Arbeitsgesellschaft (vgl. Kohli, 1985, S. 1ff.; Kohli, 1994, S. 229ff.), die überwiegend in der fortgeschrittenen „[...] gesellschaftlichen Modernisierung oder Industrialisierung [...]“ (Kohli, 1994, S. 236) vorkommt, haben Ältere einen geringeren Status.

Im Laufe der Jahre hat sich das Alter sowohl gesellschaftlich als auch biologisch weiter ausdifferenziert. Das Bild des degenerativen Alterns wurde durch weiterführende Erkenntnisse der Soziologie und Psychologie widerlegt und ein Bild der weiteren Entwicklungsmöglichkeiten im Alter betont.

Derzeitig sind „die heutigen 70-Jährigen beispielsweise [...] genauso fit, geistig und körperlich, wie etwa die 65-Jährigen vor 30 Jahren oder vielleicht sogar auch wie die 60-Jährigen“ (Baltes, 2007, S. 17). Hierdurch erlangt die Bedeutung der Potenziale im Alter und der „nachberuflichen Partizipation“ innerhalb der Gesellschaft zunehmend an Bedeutung (vgl. hierzu: Erlinghagen; Hank, 2008; Künemund, 2001; Schroeter; Zängl, 2006). Daher stellt sich „mit dem demographischen und Altersstrukturwandel⁷⁶⁾ [...] die Frage nach der *Vergesellschaftung des Alters* immer deutlicher“ (Backes, Clemens, 2003, S. 341), die im Kontext

⁷⁶⁾ *Strukturwandel des Alters:*

1. Zeitliche Ausdehnung des Alters: durch Verlängerung der ferneren Lebenserwartung und des (noch) recht frühen Berufsaustiegs.
2. Differenzierung des Alters: keine homogene Gruppe der älteren Bevölkerung durch unterschiedliche Lebenslagen.
3. Ethnisch-kulturelle Differenzierung des Alters: kulturelle Differenzierung im Alter durch den Verbleib von älteren Migranten.
4. Verjüngung des Alters: siehe hierzu das oben aufgeführte Zitat von Baltes (2007).
5. Feminisierung des Alters: Bedingt durch die längere Lebenserwartung von Frauen, die sich im höheren Alter immer deutlicher abbildet.
6. Singularisierung: Umso höher das Lebensalter, umso eher wohnen Menschen allein.
7. Hochaltrigkeit: Zunahme der Personen ab dem 80. Lebensjahr. (vgl. Bäcker; Naegele; Bispinck; Hofemann; Neubauer, 2008, S. 362ff.).

der aktuellen gesellschaftlichen und politischen Diskussion vermehrt eingefordert wird, da „[...] der Ruhestand bereits ein Drittel des Erwachsenenlebens ausmacht, so kann er nicht mehr als bloße ‚Restzeit‘ verstanden werden“ (Kohli, 1994, S. 236).

Ob und in welcher Form ältere Menschen an der politischen Partizipation teilnehmen beziehungsweise die Teilnahme erwünscht ist, lässt sich aufgrund verschieden Alterskonzepte erklären, die nachfolgend dargestellt werden.

5.1 Charakterisierung und Erklärung des Alterns

In der psychologischen und soziologischen Forschung wurden mannigfache Theorien und Ausführungen formuliert, die Alter und Altern zu beschreiben, zu erklären und darzustellen versuchen und sich je nach Ansicht über das Alter gesellschaftlich verfestigt haben. So haben sich auch in der Gesellschaft Meinungen und Vorstellungen über Alter und Altern entwickelt, die auf die politische Partizipation von Älteren Einfluss nehmen. Es gelten zum Beispiel „Alte Menschen [...] als konservativ, rigider, weniger lernbereit und lernfähig“ (Kaufmann, 2008, S. 127; vgl. Foner, 1978, S. 109; Kaufmann, 2009, S. 92). Insgesamt wird ihnen eine geringe Orientierung auf die Zukunft zugesprochen, da sie stärker gegenwartsorientiert handeln und denken (vgl. Kaufmann, 2008, S. 127; Kaufmann, 2009, 92). Andererseits werden älteren Menschen zahlreiche Kompetenzen und Ressourcen zugesprochen, die sie für solidarisches Handeln einsetzen (vgl. Kruse, 2006, S. 1) und auch für die Zukunft eines Landes wertvoll sind. „[...] so lassen die Alten sich auch von der politischen Gemeinschaft ‚in die Pflicht nehmen‘, weil sie sich für deren Zukunft auch dann mitverantwortlich fühlen, wenn sie selber sie nicht mehr erleben“ (Streeck, 2009 S. 270). Die Korrekturen des gesellschaftlichen Bilds des Alters oder des demografischen Wandels müssen bei der Vorstellung der Bedeutung der politischen Partizipation

mit einbezogen werden, da sich hieraus weiterführende Betrachtungsweisen ergeben. Insgesamt betrachtet ist das Alter eine eigenständige Lebensphase mit spezifischen Potenzialen, die als ein wichtiger gesellschaftlicher Beitrag anzusehen sind und die Stärken des Alters hervorheben. Dabei kann sich manch ein Bürger auch erst im vorgeschrittenen Alter der politischen Sinnfindung zuwenden (vgl. Karl; Tokarski, 1992, S. 18) und „[...] bislang unausgeschöpfte [...] Talente, Kapazitäten und Erfahrungen [entdecken], die selbst noch einen Beitrag zur Lösung gesellschaftlicher Probleme leisten [...]“ (Donicht-Fluck; 1992, S. 32).

5.2 Defizitmodell

Neben den klassisch sozial-gerontologischen Konzepten, die nachfolgend vorgestellt werden, hat die Alterspsychologie unter anderem das „Defizitmodell des Alters“ beschrieben. Das Modell ist zwar schon lange widerlegt, hält sich aber nach wie vor in vielschichtiger Art und Weise beharrlich aufrecht.

Ausgangspunkt dieser Theorien waren frühe psychologische Untersuchungen, in denen Probanden unterschiedlichen Alters anhand der Leistungen des Gedächtnisses, der Intelligenz und des Reaktionsvermögens miteinander verglichen wurden. Bei der Erforschung wurden 18- bis 60-jährige Männer mit dem Resultat untersucht, dass sich schon ab dem 30. Lebensjahr eine Verminderung der geistigen Leistungsfähigkeit einstellt (vgl. Lehr, 2003, S. 47f.; Martin, Kliegel, 2005, S. 55f.). Bis in die 1950er-Jahre war das Defizitmodell bedeutend und maßgeblich mitverantwortlich für die negative Einstellung gegenüber dem Alter. Das Ergebnis wurde erst unreflektiert auf die Leistungsfähigkeit und Motivation übertragen, blieb jedoch nicht unbeantwortet. So konnte in den 1950er-Jahren und 1970er-Jahren festgestellt werden, dass der Altersunterschied bei modifizierten Untersuchungen in den Hintergrund

trat (vgl. Lehr, 2003, S. 52). Der Haupteinwand gegen derartige Untersuchungen liegt in der Zusammenstellung der Vergleichsgruppen, „[...] die sich im Hinblick auf Gesundheitszustand, sozialen Status und Schulbildung voneinander unterschieden“ (Lehr, 2003, S. 49). Es zeigte sich, dass die geistige Leistungsfähigkeit zwar geringfügiger durch das Alter beeinträchtigt, aber dafür umso mehr durch soziale Konstellationen beeinflusst und bestimmt wird.

5.3 Aktivitäts-, Disengagement- und die Kontinuitätsthese als Strukturprinzip des Lebensalters

Klassische Konzepte der sozialen Gerontologie sind unter anderem das Aktivitäts- (vgl. Tartler, 1961), das Disengagementkonzept (vgl. Cumming; Henry, 1961, Überblick dazu u. a. in Lehr, 2003) und die Kontinuitätstheorie (Atchley, 1989. Überblick dazu u. a. in Lehr, 2003). Die Theorien beschreiben die Bedeutung des Alters im Kontext der Gesellschaft. In diesen Konzepten erhält Alter eine eigene Funktion. „Sie gehen von Grundannahmen über das Wechselverhältnis von Alter bzw. älteren und alten Menschen und Gesellschaft aus, die auf strukturfunktionalistischen⁷⁷ Gleichgewichtsvorstellungen beruhen“ (Backes, Clemens, 2003, S. 123).

○ *Aktivitätsthese*

Das Aktivitätskonzept kann als Gegenmodell zu der defizitären Sichtweise betrachtet werden und geht davon aus, dass eine hohe soziale Aktivität und Interaktion zu einer positiven Lebenszufriedenheit führt (vgl. Martin; Kliegel, 2005, S. 57).

⁷⁷ Im Sinne des Parsons'schen Strukturfunktionalismus muss jedes System vier Funktionen erfüllen, um ein Gleichgewicht zu erhalten. 1. Adaptation an äußere Bedingungen. 2. Zielerreichung, Zielsetzung und Ressourcen zur Zielerreichung bereitstellen. 3. Integration von Elementen zur Zielerreichung. 4. Aufrechterhaltung von Strukturen (vgl. Abels, 2004, S. 142).

„Damit das Gelingen kann, muß erstrebt werden, auch beim alternden Menschen die Lebenskontinuität zu erhalten, die vor dem Beginn des Alterns in dem Komplementärverhältnis von Arbeit und Freizeit bestanden hat. Die besonderen Chancen, diesen Zustand zu erreichen, liegen in der Fortsetzung der Lebensordnung, wie sie sich im Verlaufe des Lebens eingspielt haben“ (Tartler, 1961, S. 163).

Das Konzept ist stark an den Ruhestandszeitpunkt gekoppelt, da dieser „[...] tendenziell zu Unzufriedenheit führe, die nur durch Aktivitätsmöglichkeiten wettgemacht werden könne“ (Künemund, 2001, S. 29, vgl. Kohli, 1994, S. 235). Bei diesem Konzept wird auf die Besonderheit der sozialen Rolle hingewiesen, die der Bürger in der Gesellschaft einnimmt und die eine Grundvoraussetzung für das erfolgreiche Altern darstellt (vgl. Martin; Kliegel, 2005, S. 57). Differenziert betrachtet besagt das, dass der Alterungsprozess vornehmlich durch extrinsische Faktoren wie Leistungsvermögen und Berufs- und Beschäftigungsstruktur und nicht durch intrinsische Faktoren – also körperliche und seelische Konstitutionen – beeinflusst wird (vgl. Tartler, 1961, S. 138). Der Mensch ist gezwungen, soweit er bestrebt ist, erfolgreich zu altern, „[...] die Aktivitäten der mittleren Lebensjahre [...]“ (Backes; Clemens, 2003, S. 125) beizubehalten.⁷⁸ Würde der Mensch seine Aktivitäten nicht aufrechterhalten, müsste nach diesem Konzept eine vorzeitige Alterung eintreten.⁷⁹ Dass die Forderung des Aktivitätskonzepts so pauschal nicht aufrechtzuerhalten ist, haben vielzählige Untersuchungen belegt (vgl. Lehr, 2003, S. 58; Martin; Kliegel, 2005, S. 58; Kolland; Rosenmayr, 2007, S. 205ff.). Grundsätzlich ist kritisch anzumerken, dass das mittlere Lebensalter den Bezugspunkt bildet. Zu

⁷⁸ Sinnvolles Alter ist gleichzusetzen mit dem Aktivitätspotenzial, über welches ein Mensch im mittleren Lebensalter verfügt. Die eventuell veränderten Lebenslagen oder Lebensinteressen werden nicht berücksichtigt. „Aktivität wird mit Normalität und Zufriedenheit gleichgesetzt“ (Backes; Clemens, 2003, S. 126).

⁷⁹ „Aktivität in Form von Betriebsamkeit, Rastlosigkeit, Unternehmungslust war lange Zeit schlechthin das Kennzeichen für okzidentale Lebensführung und wirtschaftlichen Erfolg“ (Kolland; Rosenmayr, 2007, S. 204).

diesem Zeitpunkt stehen zumeist Erwerbsarbeit, Familiengründung und Familienaufbau als die zentralen Aktivitätsmomente im Leben, was so im Alter wohl nicht mehr zutrifft. Alter muss daher als eigenständige Lebensphase angesehen werden und kann nur bedingt in Anlehnung an vorangegangene Lebensphasen betrachtet werden.

- *Disengagementthese*

Während das Aktivitätskonzept davon ausgeht, dass im Alter nur derjenige erfolgreich und zufrieden ist, der seine Aktivitäten aufrechterhält, steht das Disengagementkonzept im Gegensatz dazu. Demzufolge ist der Rückzug im Alter aus bedeutsamen gesellschaftlichen Rollen ein wesentliches Merkmal für Zufriedenheit. „[...] ältere Menschen wünschen sich geradezu gewisse Formen der ‚sozialen Isolierung‘ [...]“ (Lehr, 2003, S. 59). Der Rückzug geschehe nicht allein auf Initiative des älteren Menschen, sondern er sei ein Agreement mit der Gesellschaft. Ältere Menschen würden den Rückzug antreten, um Jüngeren einen „Platz“ anzubieten (vgl. Martin; Kliegel, 2005, S. 58). In diesem Konzept wird zwar keine individuelle Differenzierung des Rückzugszeitpunktes ausgemacht. Dessen ungeachtet sei der Rückzug ein unabwendbarer Prozess, der dann beginne, sobald das Individuum eine Reduktion seiner Fähigkeit verspüre und lediglich der Tod noch auf es warte (vgl. Kohli, 1994, S. 235). Das Konzept funktionalisiert den Menschen insofern, als ihm nur dann zugestanden wird, den bisherigen gesellschaftlichen Platz einzunehmen, wenn er etwas Positives zum Gesellschaftsleben beiträgt. Das Disengagementkonzept erlangt(e) besonders in der Arbeitswelt durch die berufliche Frühausgliederung eine hohe Bedeutung⁸⁰.

⁸⁰ Dies lässt sich zeitgeschichtlich besonders gut abbilden und fällt vor allem dann auf, wenn eine wirtschaftliche Rezession ansteht und Betriebe Arbeitsplätze eliminieren. Dies fing in der Weimarer Republik an. Dieser Trend wurde im Dritten Reich durch die Wirtschaftsmobilisierung gestoppt. Hierbei stand im Vordergrund, die Alten solange wie möglich im Arbeitsprozess zu halten, um den Mangel an Arbeitskräften zu kompensieren und die Arbeitsfähigkeit so weit über die Altersgrenze der Rentenversicherung hinauszuschieben, dass der Verlust

„Die empirisch beobachteten [...] [Konzepte] werden im Sinne funktionalistischer gesellschaftlicher Harmonievorstellung gedeutet“ (Kohli, 1994, S. 235) und unterstützen die Charakteristik von Verhaltensweisen älterer Menschen. Sie sind nicht zu verallgemeinern, da „[...] sowohl Aktivitäts- als auch Disengagementansatz von vereinzelt vorliegenden Verhaltensweisen im Alter ausgehen und diese als für alte Menschen ‚typisch‘ generalisieren“ (Backes; Clemens, 2003, S. 134) und somit eher zu Voreingenommenheiten gegenüber dem Alter führen.

○ *Kontinuitätsthese*

Im Gegensatz zur Disengagementthese und Aktivitätsthese besteht bei der Kontinuitätsthese die Grundannahme, dass der Mensch dann gut altere, wenn er es schaffe, im mittleren und höheren Erwachsenenalter eine innere und äußere Stabilität herzustellen und eine Anpassungsstrategie zu entwickeln (vgl. Lehr, 2003, S. 64; Martin; Kliegel, 2005, S. 59). Von Kontinuität im Leben kann ausgegangen werden, „[...] wenn nur wenig schwer wiegende Änderungen eingetreten sind“ (Backes; Clemens, 2003, S. 133). Äußere Kontinuität bezieht sich dabei auf die soziale und physische Umwelt, die innere Kontinuität auf Persönlichkeit und individuelle Fähigkeiten (vgl. Lehr, 2003, S. 64f.). Im Grundsatz geht die Kontinuitätstheorie davon aus, dass, je mehr Alltagssituationen des mittleren Lebensalters denen im Alter gleichen, desto höher die Wahrscheinlichkeit ist, ein zufriedenes Leben zu führen. Nach dieser Theorie setzt Kontinuität mithin voraus, dass die vertrauten Strukturen aufrechterhalten werden. Dabei „[...] spielen Interaktionen mit vertrauten

„[...] der Arbeitskraft im günstigsten Fall mit dem Tod zusammenfiel [...]“ (Schlegel-Voß, 2005, S. 30). Nach dem Krieg wurden dann wieder viele Hände benötigt, um den Aufbau zu bewerkstelligen, bis in der erneuten wirtschaftlichen Rezession in den 1970er-Jahren wieder die älteren Arbeitnehmer bevorzugt aus dem Arbeitsprozess „ausgliedert“ wurden (vgl. Thane, 2005, S. 279).

Personen an vertrauten Plätzen eine herausragende Rolle“ (Martin; Kliegel, 2005, S. 59).

Beständigkeit und Veränderung der Gesellschaft und des Individuums beeinflussen das Alter und Altern und deren Betrachtungsweise. In der Forschung finden sich unterschiedliche Theorien und Konzeptionen zur Altersbeschreibung, die immer im Kontext der jeweiligen Gesellschaftstrends als „[...] Megatrends [...]“ (Barkholdt, 2004, S. 133) verstanden werden wollen. Von daher ist auch die Abwendung vom vormals negativen Bild des Alters hin zu den Potenzialen des Alters zu verstehen. Es würde an dieser Stelle zu weit führen, alle gesellschaftlichen Veränderungen und Alterstheorien und Entwürfe einander gegenüberzustellen, aber es lassen sich drei Altersentwicklungsansätze hervorheben:

- „[...] ‚Alter als Belastung‘,
- ‚Alter als Entpflichtung‘ und
- ‚Alter als Chance für Neues‘ [...] als Nutzung von Potentialen [...]“ (Naegele; Tews, 1993, S. 331).

Potenziale nutzen, das steht heute für ein erfolgreiches Alter und Altern in dem, in der Lebensphase „Alter“ sollen „[...] „Erfahrungen der Älteren“ gesellschaftlich besser genutzt werden“ (Naegele, Tews, 1993, S. 333).

5.4 Potenziale im Alter

Steigende Lebenserwartungen und eine hieraus resultierende längere nachberufliche Lebensphase haben die Altersphase stark verändert, denn, „je länger das Altern dauert, desto mehr Möglichkeiten haben alternde Menschen ihr Leben aktiv selbst zu organisieren“ (Zulehner, 2000, S. 58) und diese Phase des Lebens engagiert mitzugestalten. Diese Mitgestaltung heißt, dass der ältere Mensch sich als handelnder Staatsbürger angesprochen fühlt und nicht ein Rückzug in das Private stattfindet, sondern ein Engagement für die Gesellschaft erbracht wird

(vgl. Kruse, 2005a S. 277). Politik und die Partizipation an ihr bedeuten aus der Sicht der älteren Menschen, „[...] inwieweit diese in unserer Gesellschaft die Möglichkeit finden, auch in der nachberuflichen Zeit ihre Kompetenz in die Gesellschaft einbringen zu können“ (Kruse, 2006 S. 281). Dieser Gedanke schließt das Konzept des erfolgreichen/gelungenen Alterns und der positiven Spiritualität von *Rowe und Kahn* (1987) ein, die davon ausgehen, dass erfolgreiches Altern durch Vermeidung von Krankheit, Aufrechterhaltung physischer und kognitiver Funktionen und das Engagement in sozialen und produktiven Bereichen gelingen kann (vgl. Crowther; Parker; Achenbaum; Larimore; Koenig, 2002, S. 615) und somit die Potenziale der älteren Menschen gefördert und genutzt werden.

Nachdem durch die ersten Forschungsansätze der Gerontopsychologie die Annahme vertreten wurde, dass im Alter Leistung und Intelligenz durch Abbau gekennzeichnet ist, die Gerontologie der 1960er-Jahre den Rückzug aus gesellschaftlichen Rollen und der Arbeitswelt für ein gelungenes Alter betrachtet und das Modell von Politik und Gesellschaft übernommen wurde, hat sich zum Ende des letzten Jahrhunderts, sowohl in der Wissenschaft als auch in Politik und Gesellschaft, ein Wandel vollzogen, hin zum erfolgreichen Altern durch Re-Engagement, welches mit sozialen Ressourcen und Leistungspotenzialen der Arbeitswelt beschrieben wird (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2001, S. 163ff. und 211ff.). Die Diskussionen der Potenziale der Älteren werden „[...] darüber geführt, ob und wie die personellen, ökonomischen und zeitlichen Ressourcen der Älteren gesellschaftlich genutzt werden sollten“ (Deutscher Bundestag, 2002, S. 48). Dadurch wird der Begriff vom Potenzial im Alter eher auf die Produktivität im Alter gerichtet, was so nicht ganz richtig ist, da Produktivität die Wertschöpfung pro einer Zeiteinheit beschreibt, die ein Mensch zur Produzierung von Gütern oder Dienstleistung benötigt. Somit wird das Alter eher ökonomisiert – „wünschenswerter Ausdruck westlicher-kapitalistischer

Denktradition“ (Baltes; Baltes, 1994, S. 24) –, als die Potenziale, Ressourcen und Kompetenzen, die im Alter zu verfügen stehen, zu fördern und zu fordern.

Potenziale im Alter dürfen nicht hinsichtlich Funktionalisierung und Verwendung verstanden werden, sondern als Chance, für sich und für andere etwas zu tun (vgl. Snyder; Gil Clary; Stukas, 2001, S. 19) und seine Kompetenzen generativ in und für die Gesellschaft einzubringen. Die „[...] Potenziale des Alters verweisen [...] auf eine doppelte Gestaltungsmöglichkeit, die ausdrücklich im Sinne von Chance und Herausforderungen (für den Einzelnen und die Gesellschaft) zu verstehen ist“ [...] (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2005b, S. 27). In diesem Sinne wird das Potenzial als Reziprozität des Gebens und Nehmens betrachtet, also eher als emanzipatorisches Verhalten. Das führt nicht nur „[...] zur sozialen Integration, sondern [auch] zur Gewinnung individueller und kollektiver Autonomie“ (Kolland, 2000, S. 179). Potenzialen im Leben kommt im Alter eine andere Bedeutung zu als in jüngeren Lebensjahren. Als „[...] Potentiale [...] des Alters sind die unausgenützten Bedingungen für ein erfülltes, zufriedenes und sinnvolles Leben im Alter gemeint“ (Kolland, 2000 S. 179). Nicht nur das Alter allein ist für bestimmte Potenziale verantwortlich,

„[...] , sondern die reflektierte Auseinandersetzung mit Entwicklungsanforderungen im Lebenslauf (i. O. Kursiv) – wobei zu beachten ist, dass die Entwicklungsbedingungen des Menschen (wie Bildungsangebote, berufliche Erfahrungen, soziale Integration und finanzielle Ressourcen) einen Einfluss auf diesen Prozess der Auseinandersetzung haben“ (Kruse, 2005b, S. 453).

Die reflektierte Auseinandersetzung mit den Lebensereignissen und die Lebenslaufentwicklung können als Grundlage betrachtet werden, die ein älterer Mensch nutzt, um mit seinen Potenzialen und Kompetenzen an der

gesellschaftlichen Partizipation teilzunehmen. Die Entwicklungsprozesse im Lebenslauf und der politischen Partizipation werden mit Bezug auf die Theorie des Wertewandels diskutiert (vgl. nachfolgend Kapitel 5.5), und zwar bezüglich der Behauptung, dass ältere Menschen eher zum Alterskonservatismus neigen.

5.5 Alterskonservatismus: Generationeneffekt/Kohorteneffekt,⁸¹ Periodeneffekt und Alters-/Lebenszykluseffekt zur Beschreibung der politischen Einstellung im Alter

Die Kontroverse, ob bei älteren Menschen eher der Alterseffekt/Lebenszykluseffekt, der Periodeneffekt oder der Generationeneffekt/Kohorteneffekt die politischen Präferenzen überlagert, wird besonders im Kontext von Wahlentscheidungen betrachtet. Dabei stellt sich die Frage, ob das individuelle Wahlverhalten im Laufe des Lebens stabil ist (*Generationeneffekt/Kohorteneffekt*), sodass die einmal festgelegte Wahlentscheidung auch bei den nachfolgenden Wahlen überwiegend beibehalten wird, oder ob sich das Wahlverhalten aufgrund von verschiedenen Einflüssen, wie Studium, Beruf, Familiengründung ändert (*Alterseffekt/Lebenszykluseffekt*). Die dritte Ansicht, die vereinzelt diskutiert wird, ist der Effekt, dass die Wahlentscheidung aufgrund von historischen Ereignissen beeinflusst wird (*Periodeneffekt*).

○ *Begriffsbestimmung*

Bei Generationen besteht ein Zusammenhang „[...] verwandter ‚Jahrgänge‘ im historisch – sozialen Raume“ (Mannheimer, 1928, zitiert: Kohli, 1978, S. 38). Die Unterscheidung wird von den Personen selbst oder von Beobachtern getätigt (vgl. Sackmann, 2004, S. 30). Der Unterschied zur Kohorte besteht darin, dass Menschen „[...] in aufeinanderfolgenden Perioden geboren wurden und unterschiedliche historische Zeiten

⁸¹ In der politischen Literatur wird nicht immer exakt zwischen Generation und Kohorte unterschieden, und beide Begriffe werden teilweise synonym verwendet, obwohl der Begriff der Generation hier ungenauer ist.

durchlebt haben“ (Riley; Riley, 1994, S. 445) und dadurch Eintrittsintervalle entstehen, die eine deutliche Abgrenzung und Zugehörigkeitsdauer markieren (vgl. Sackmann, 2004, S. 30).

Beide, sowohl der *Generationseffekt als auch der Kohorteneffekt*, beschreiben die sozialisationsbedingten Einflüsse (siehe hierzu Kapitel 4.3.3), dass sich die politischen Werte und Präferenzen schon recht früh festigen und lebenslang nahezu konstant beziehungsweise stabil bleiben. Es ist nicht das Lebensalter ausschlaggebend, sondern der Generations-Kohortenaspekt spielt eine entscheidende Rolle, also in welcher Zeit die Person geboren ist und in welchem Zeitraum es Zusammenhänge gibt, da diese Zeit prägend ist für eine gewisse Einstellungs- und Verhaltensstruktur, die „[...] das politische Verhalten ein Leben lang prägen“ (Streeck, 2009, S. 266).

Im Gegensatz sowohl zum *Generationseffekt als auch zum Kohorteneffekt* wird die politische Einstellung durch „[...] Empfänglichkeit für ‚Zeitgeist‘-Einflüsse [...]“ (Klein, 1991, S. 138) bestimmt, den Periodeneffekt.

„Unter einem Periodeneffekt versteht man den Einfluß eines zu einem ganz bestimmten Zeitpunkt stattfindenden, mehr oder weniger ‚einmaligen‘ Ereignis, das alle Merkmalsträger (Personen) beeinflusst – unabhängig von ihrer Kohortenzugehörigkeit und von der Zeit, die seit dem Startereignis verstrichen ist“ (Schumann, 2006, S. 114).

Durch den Einfluss zu bestimmten Zeiten beziehungsweise Momenten ist nicht mehr die bisherige Wertvorstellung für die politische Einstellung ausschlaggebend, sondern der aktuelle Einfluss, wie zum Beispiel die gegenwärtige wirtschaftliche Irritation. Diese Momentaufnahmen entscheiden mit über die weitere politische Präferenz.

Gemeinsame Erlebnisse und Schicksale	Wirtschaftskrise			Kriegs- ende: Die Bilanz des Zweiten Welt- krieges Aufbau	Weltweite Stabilisierungs- phase			Wachsender Wohlstand		
	Antisemitismus und Faschismus – rechte Bedrohungen der Demokratie				Bundesrepublik trotz Protesten auf dem Weg in westliche Militärbündnisse			Ölkrise		
					Wachsender Wohlstand			Deutscher Herbst		
Kohorten- Einflüsse	1910	1920	1930	1940	1950	1960	1970	1980	1990	
Generations- Einflüsse	Vorkriegs- generation		Stille Generation	Protest- generation		Verlorene Generation				
Perioden- Einflüsse	z.B.		1936	1945			1972			

Abbildung 21: Verbindung des politischen Kohorten-, Generations- und Periodeneffekts. Eigene Darstellung; Quelle: Becker, 1989, S. 77.

Der *Alter-/Lebenszykluseffekt* bezieht sich auf *intraindividuelle Veränderungen der Person*, die unabhängig von aktuellen und historischen Einflüssen sind, da Personen ihre politischen Präferenzen im Lebensverlauf ändern, sowie auf *politische Sozialisation*, die das politische Handeln beeinflusst, regelt und lenkt, was ein lebenslanger Lernprozess ist (vgl. Wewer, 1998, S. 119).

Man geht davon aus, dass die politischen Präferenzen in jungen Jahren eher für politische Parteien bestehen, die sich für sozial Schwache der Gesellschaft einsetzen. Später, wenn die Personen älter werden, sie einen „Wohlstand“ erreicht haben, möchten sie den bestehenden Zustand beibehalten, und es nimmt die Neigung für gesellschaftliche Veränderungen ab, sie favorisieren konservative Parteien (vgl. Bürklin, 1987, S. 120ff.). Das bedeutet, dass sich im Laufe des Lebens die politische Meinung, Einstellung und Wertorientierung ändern. Die

zunehmende konservative⁸² Grundeinstellung überwiegt im Alter, dies zeigt sich auch bei den Wahlen (vgl. Bürklin, 1987, S. 119; vgl. Informationsdienst Alter & Forschung, 2005, S. 3). Junge Wähler sind diejenigen, die bei der Wahl eine größere Nähe zu den „linken Parteien“⁸³ aufweisen, und mit steigendem Alter wenden sich die Personen eher der konservativen beziehungsweise weniger linken Politik zu. Durch die Zunahme der Lebensjahre rückt eine Stabilität zum politischen Konservatismus⁸⁴ in den Vordergrund (vgl. Neckel, 1993, S. 542; Bürklin; Dalton, 1994, S. 297; Naegele, 1999a, S. 133).

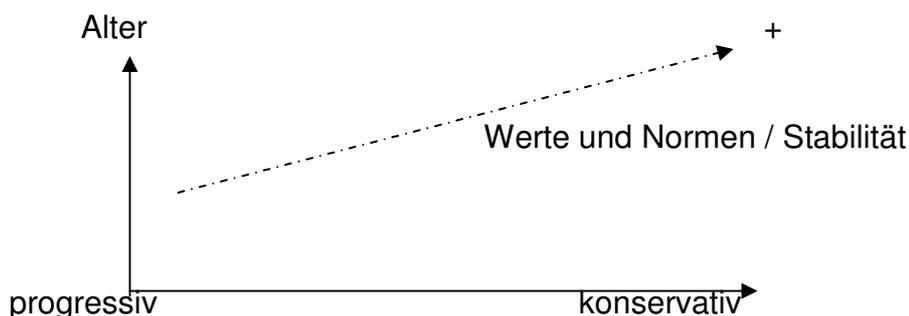


Abbildung 22: Alter/Lebenszyklusthese und deren Auswirkung auf die politische Partizipation. Eigene Darstellung

Ein Bild, das durch die repräsentative Wahlstatistik bestätigt wird.

- „Im Vergleich zur Gesamtwählerschaft sind in der Wählerschaft der CDU/CSU die 18- bis unter 60-Jährigen unterrepräsentiert, insbesondere in der Altersgruppe der Frauen zwischen 35 und 44 Jahren. Eine deutliche Überrepräsentation ist dagegen bei den Anteilen der 60-Jährigen und Älteren an der CDU/CSU-

⁸² So auch die Meinung des britischen Premierministers Winston Churchill: „Wer unter 35 kein Sozialist ist, hat kein Herz, wer es über 35 noch ist, keinen Verstand“ (zit. n. Gaschke, 2003, S. 1), wird der Mensch im Laufe seines Lebens früher oder später automatisch eine konservative Haltung einnehmen, entsteht das Bild, dass Alter und Konservatismus eine Einheit ergeben.

⁸³ In Anlehnung an die politische „rechts – links Achse“

⁸⁴ Der Begriff des Konservatismus führt (auch) in der Politik zu einer nicht einheitlichen Begriffsbestimmung. Konservativ ist eine „Weltanschauung, die die herrschende politische Ordnung bewahren will und die Tradition hervorhebt. Die drei wichtigsten Prinzipien des Konservatismus sind Identität, Sicherheit und Kontinuität“ (Kevenhörster, 2008, S. 385)

Wählerschaft festzustellen. Die ab 60-Jährigen Männer stellen in der CDU-Wählerschaft 38,2 % und die Frauen dieses Alters sogar 44,5 % [...]“ (Namislo; Schorn; v. Schwartzenberg, 2006, S. 236).

- „Die SPD-Wählerschaft entsprach annähernd der Altersstruktur der Gesamtwählerschaft“ (Namislo; Schorn; v. Schwartzenberg, 2006, S. 236).
- „Weit mehr als die Hälfte der Wählerschaft der GRÜNEN ist jünger als 45 Jahre [...]“. In der Gesamtwählerschaft beträgt der Anteil der unter 45-Jährigen etwa 40 %. In der Altersgruppe der 60-Jährigen und Älteren weicht die Altersstruktur der GRÜNEN-Wählerinnen und – Wähler von allen Parteien am deutlichsten ab. Der Anteil dieser Wähler der GRÜNEN liegt um mehr als 17 % unter dem Anteil der 60-Jährigen und Älteren an der Gesamtwählerschaft [...]“ (Namislo; Schorn; v. Schwartzenberg, 2006, S. 236).
- „Bei der FDP dominierten [...] die Jüngeren im Alter zwischen 18 und 34 Jahren“ (Namislo; Schorn; v. Schwartzenberg, 2006, S. 236).
- „In der Wählerschaft der Partei Die Linke. sind die 45- bis unter 60-jährigen überproportional stark vertreten“ (Namislo; Schorn; v. Schwartzenberg, 2006, S. 236).

Wahlverhalten nach Parteienpräferenz der 45- bis 60-jährigen (in %)

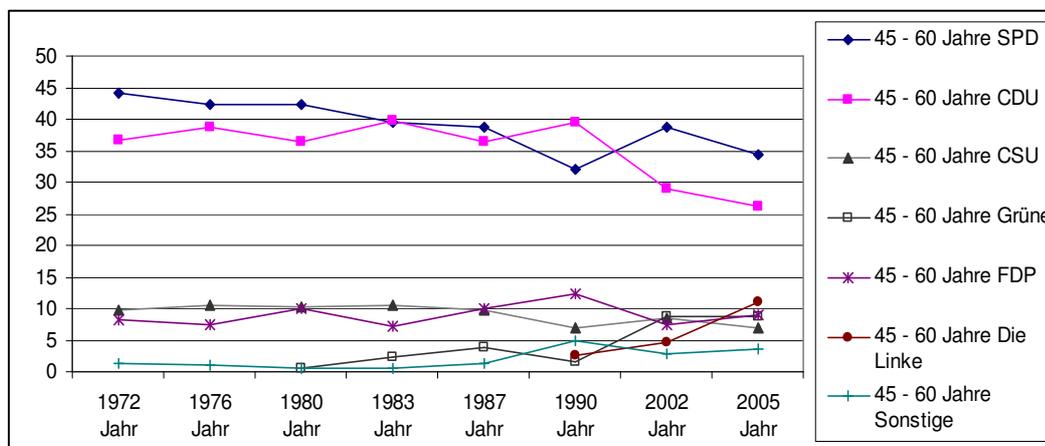


Abbildung 23: Wahlverhalten der Wählergruppe der 45- bis 60-Jährigen nach Parteienpräferenz. Eigene Darstellung; Quelle: Statistisches Bundesamt, 2005, S. 15.

Wahlverhalten nach Parteienpräferenz ab dem 60. Lebensjahr (in %)

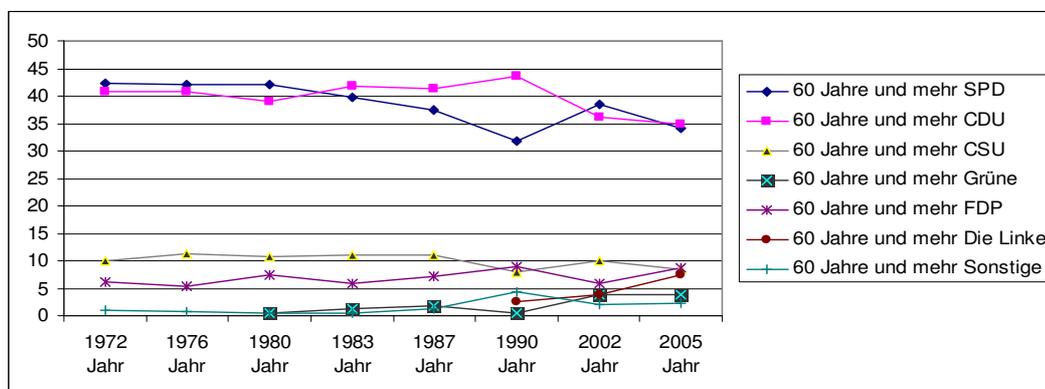


Abbildung 24: Wahlverhalten der Wählergruppe ab dem 60. Lebensjahr nach Parteienpräferenz. Eigene Darstellung; Quelle: Statistisches Bundesamt, 2005, S. 15.

Zweifellos lassen sich bei der Betrachtung des skizzierten Wahlverhaltens ältere Menschen als „konservativ“ charakterisieren. Allerdings sind diese Aussagen differenziert und kritisch zu betrachten, da sie (zumeist) auf der Grundlage von Wahlstatistiken entstehen, die querschnittsanalytisch

ausgewertet werden, und der Beobachtungszeitpunkt eine Konfundierung von Alter und unterschiedlichen Geburtsjahrgängen ergibt. Hierdurch wird zumeist der Lebenszykluseffekt bestätigt. Würde man aufwendige Längsschnittanalysen durchführen, die in Deutschland bisher kaum praktiziert werden, käme man wohl zu einem verfeinerten Ergebnis. „Die These vom Alterskonservatismus ist [...] nicht plausibel“ (Kohli, Künemund, 2005, S. 358). Dominierender erscheint die Kohortendifferenzierung (Kohorteneffekt) (vgl. Kohler, 1998, S. 558; Goerres, 2009, S. 302). Folgt man dem Kohorteneffekt, wird erwartet, dass die Parteipräferenzen mehrheitlich beibehalten werden (vgl. Kohli; Neckel; Wolf, 1999, S. 490; Naegele, 1999a, S. 133; Kohli; Künemund, 2001, S. 153; Kohli; Künemund, 2005, S. 358). Dabei geht man davon aus, dass die einmal erworbenen prägenden „politischen“ Grundeinstellungen im Laufe des Lebens zumeist bestehen bleiben (vgl. Naegele, 1999a, S. 133; Meulemann, 2006, S. 341) und es in einer alternden Gesellschaft nicht zu einer langfristigen einseitigen politischen Verschiebung kommt (vgl. Goerres, 2009, S. 302).

Auch in der Partizipationsforschung wird von dem Kohorteneffekt ausgegangen, der besagt, dass die Parteienidentifikation in ihrer Stabilität schon über einen langen Zeitraum feststehe (vgl. Milbrath; Goel, 1977, S. 54). Dieses Ergebnis widerspricht also der These der Lebenszyklusthese. Somit dürfte auch die innerparteiliche Partizipation schon langfristig angelegt sein, und es ist von einer Stabilität auszugehen.

Für die politischen Parteien könnte dies bedeuten, dass in absehbarer Zeit eine „neue“ politische Partizipationsbewegung in den Parteien (mit-)wirken wird. Dabei handelt es sich um jene Personen, die die „sozialen Bewegungen“ mit aufgebaut und geformt haben und die über ein

Netzwerk der Alt-68er-Weggefährten⁸⁵, „Kampfgenossen“ und weitere politische Vorerfahrung verfügen. Diese Kohorte wird sich nicht zurückziehen, sondern ihr politisches Engagement vor- und fortführen. Diese Personengruppe wird auch als die Protest-Generation bezeichnet (vgl. Becker, 1989, S. 79).

5.6 Zwischenfazit: Alter / Altern und Alterskonzepte

Alter und Altern sind bedeutende Beschreibungen, die auf der einen Seite das individuelle Alter charakterisieren und auf der anderen Seite das Alter in Bezug auf gesellschaftliche Entwicklungen betrachten. Alter bedeutet:

„Es betrifft (fast) alle Menschen und umfasst einen zunehmend größeren Teil ihres Lebens: Es ist ein unausweichliches Schicksal. Moderne Gesellschaften zeichnen sich genau dadurch aus, daß fast alle Menschen alt und viele Menschen sehr alt werden. (Mayer et. al., 1994, S. 722).

Alter und Altern haben insbesondere durch die Industrialisierung einen neuen Stellenwert in der Gesellschaft erhalten. Wurde vor der Industrialisierung das Alter fast ausschließlich biologisch betrachtet und die Lebensphase des Alters mit Verschleiß und Abbau gleichgestellt und defizitär angesehen, wird heute die Lebensphase „Alter“ vermehrt mit seinen Potenzialen und Kompetenzen hervorgehoben, die, im Gegensatz zur Vorindustrialisierung, heute „[...] sozial bestimmt [wird]: über die Bedingungen des Arbeitsmarktes und Regelungen der Alterssicherung.“ (Backes; Clemens, 2003, S. 25).

Besonders in den letzten 70 Jahren wurden viele Untersuchungen in der Psychologie, Soziologie und Medizin durchgeführt, die Lebensbedingungen, Lebenssituationen untersuchten, um Alter und

⁸⁵ Dies ist innerhalb der SPD schon aktuell bemerkbar, im Richtungsstreit zwischen links und rechts (vgl. Gebauer, 2005, S. 104), der aber noch keine Aussage zulässt, inwiefern sich die Älteren weiterhin engagieren.

Altern, die gesellschaftlichen und individuellen Situationen und Zusammenhänge zu erfassen.

„Ein entscheidendes Ergebnis der Erforschung des Alters ist die Einsicht, dass das Alter keine einheitliche Kategorie von Menschen bildet, dass das chronologische Lebensalter und das funktionale Alter weit auseinanderfallen können und daß es sehr große Unterschiede in bezug auf körperliche und geistige Gesundheit, materielle Absicherung und gesellschaftliche Teilhabe in der älteren Bevölkerung gibt“ (Mayer et al., 1994, S. 725)

Von daher wird vom differenzierten Alter gesprochen, welches

„[...] sich nicht nur auf den wichtigen Unterschied zwischen funktionalem Alter und chronologischem Lebensalter [bezieht], sondern auch auf soziale und ökonomische Ungleichheiten innerhalb der Gruppe älterer Menschen“ (Mayer et al., 1994, S. 726)

Heute steht das aktive, erfolgreiche, gelungene Alter im Vordergrund, das die individuellen Lebensformen mit seinen Kompetenzen und Potenzialen betrachtet und die jahrelang eingeschlagene Richtung des Disengagements in eine entgegengesetzte Richtung zum neuen Engagement der älteren Menschen in Politik und Gesellschaft lenkt. Neue Forschungsinitiativen betrachten nicht nur die Lebensphase „Alter“, sondern beziehen den gesamten Lebenslauf mit ein.

Älteren Menschen sagt man einen Alterskonservatismus nach, das bedeutet politisch betrachtet, dass sie im Laufe des Lebens eher politisch konservative Präferenzen aufweisen. Dass das so nicht zutrifft, kann anhand von differenzierten Statistiken nachgewiesen werden. Der oft beschriebene Alterskonservatismus ergibt sich aus einer einseitigen Analyse der Wahlstatistik. Wahlstatistiken werden zumeist querschnittsanalytisch betrachtet. Aktuelle Untersuchungen, die

längsschnittanalytisch durchgeführt werden, weisen nach, dass nicht die Lebenszyklusthese, sondern der Kohorteneffekt dominiert.

„Alte wählen eben primär nicht als Alte, sondern als Bürger; auch für sie gilt, was die Forschung schon seit langem weiss, nämlich dass die Teilnahme an Wahlen in erster Linie Bekenntnis der Zugehörigkeit zu einer politischen Gemeinschaft ist – sowohl Erfüllung einer als solcher empfundenen staatsbürgerlichen Pflicht als auch Inanspruchnahme des Rechts, als Mitglied der Gemeinschaft ernstgenommen zu werden. Alte wählen dieselben Parteien wie Junge, weil sie nicht als Alte wählen wollen, und sie wählen Kandidaten, die jünger sind als sie selber, weil sie Mitglieder einer Gesellschaft sein wollen, die sie überdauern wird“ (Streeck, 2009, S. 269f.)

6. Politische Partizipation im Alter: empirische Anhaltspunkte

Die Anzahl der älteren Menschen in der Bevölkerung wird weiterhin zunehmen. Damit wächst quantitativ die Bedeutung der Älteren, was sich insbesondere bei der Wahlbeteiligung zeigt. Es kann davon ausgegangen werden, dass zwischen der politischen Partizipation und dem Lebensalter ein Zusammenhang besteht. Nach Anstieg und Höhepunkt, die für die Vierzigerjahre und Fünfzigerjahre feststellbar sind, nimmt die Aktivität seit den Sechzigerjahren kontinuierlich ab (vgl. Nie; Verba; Kim, 1974, S. 319). Auch dreißig Jahre später hat sich das Bild nicht geändert. „Bezüglich des Alters wird ein kurvenlinearer Zusammenhang postuliert [...]: Eine schwache Beteiligung zeigen die jüngeren und älteren Bürgerinnen und Bürger, während vor allem die 30- bis 60-Jährigen als sozial eingebunden gelten können“ (Bühlmann; Freitag, 2004, S. 335).

Wenngleich diese beiden Darstellungen schon einige Jahre zurückliegen, darf angenommen werden, dass sich an der Grundaussage bis heute wenig geändert hat. Auch bei der Betrachtung von Älteren in Gremien gewinnt man den Eindruck, als ob die Politik eher von mittleren Jahrgängen gestaltet wird und Politik für Alte, aber nicht mit Alten gemacht

wird. Eindringlicher geschildert bedeutet dies, dass, wer sich an der politischen Partizipation nicht beteiligt, in mancher Hinsicht politisch entmündigt wird. Politische Partizipation im Alter bedeutet:

- Mitbestimmung,
- Einsetzen von Potenzialen,
- Nutzen von Kompetenzen

und die Aufgabe, sich einzubringen und einzumischen. Dies bezieht sich nicht nur „[...] auf die klassischen Mitwirkungs- und Beteiligungsformen in der Politik – in Parteien, Parlamenten, Ausschüssen [...], also auf die etablierten politischen Foren“ (Marking; Naegele; Walker, 1997, S. 202), sondern auch auf den vorpolitischen Raum.

Zur Betrachtung der empirischen Befunde im Hinblick auf die politische Partizipation älterer Menschen in Deutschland werden hauptsächlich folgende Untersuchungen ausgewertet:

- Alters-Survey.
Die Daten des Alters-Surveys basieren auf einer repräsentativen Stichprobe, bezogen auf Menschen der deutschen Bevölkerung mit 40 – 85 Lebensjahren in der zweiten Erhebung bis zum 91 Lebensjahre. Die erste Erhebung fand im Jahre 1996, die zweite im Jahre 2002 und die dritte Erhebung im Jahre 2008 statt.
- Freiwilligensurvey Daten
Mit dem Freiwilligensurvey sollen das freiwillige Engagement und die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland dargestellt werden. Bisher sind zwei Erhebungen durchgeführt worden, 1999 und 2004.

- Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik
Hierbei handelt es sich um eine repräsentative Erhebung zur Bundestagswahl, die erstmals seit 1990 eingesetzt, allerdings 1994 und 1998 ausgesetzt wurde.
- Hefte 1 und 4 des Bundeswahlleiters
Überblick über Zahlen und Daten der Bundestags-, Europa- und Landtagswahlen.

6.1 Politisches Interesse

Demokratie wird nicht nur allein durch Wahlen gestaltet, der politische Prozess umfasst auch das Interesse des Bürgers an der Politik. Dabei wird der Begriff des politischen Interesses zumeist recht weit gefasst und im Sinne der politischen Beteiligung unterschiedlich definiert (vgl. v., Deth; Elff, 2000, S. 2). Allgemein wird darunter die „[...] Neugier der Bürger [...]“ (v. Deth; 1990 zitiert in v. Deth; Elff, 2000 S. 2) auf die Politik und die Möglichkeit der Auseinandersetzung mit ihr verstanden. Dabei kann durch persönliche Betroffenheit oder auch durch Wahrnehmung von gesellschaftlichen Problemen und deren Bedeutung (vgl. Milbrath; Goel, 1977, S. 36; Muller, Opp, 1986 S. 471; Opp, 1988, S. 853) das politische Interesse verstärkt werden. Das politische Interesse ist sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland im Vergleich zu anderen europäischen Ländern sehr hoch (vgl. v. Deth, 2004 S. 288). Am höchsten war das Interesse zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung. Annähernd 30 % der Bürger interessieren sich „stark“ oder „sehr stark“ für Politik. Deutlich ist der Unterschied zwischen dem politischen Interesse von jüngeren und älteren Bürgern. So ist das Interesse der 29-Jährigen deutlich geringer, mit abnehmender Tendenz, als das der 30-jährigen und älteren Bürger (vgl. Weßels, 2008, S. 392f.).

Bei der allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS 2002) wurde nach dem politischen Interesse gefragt.

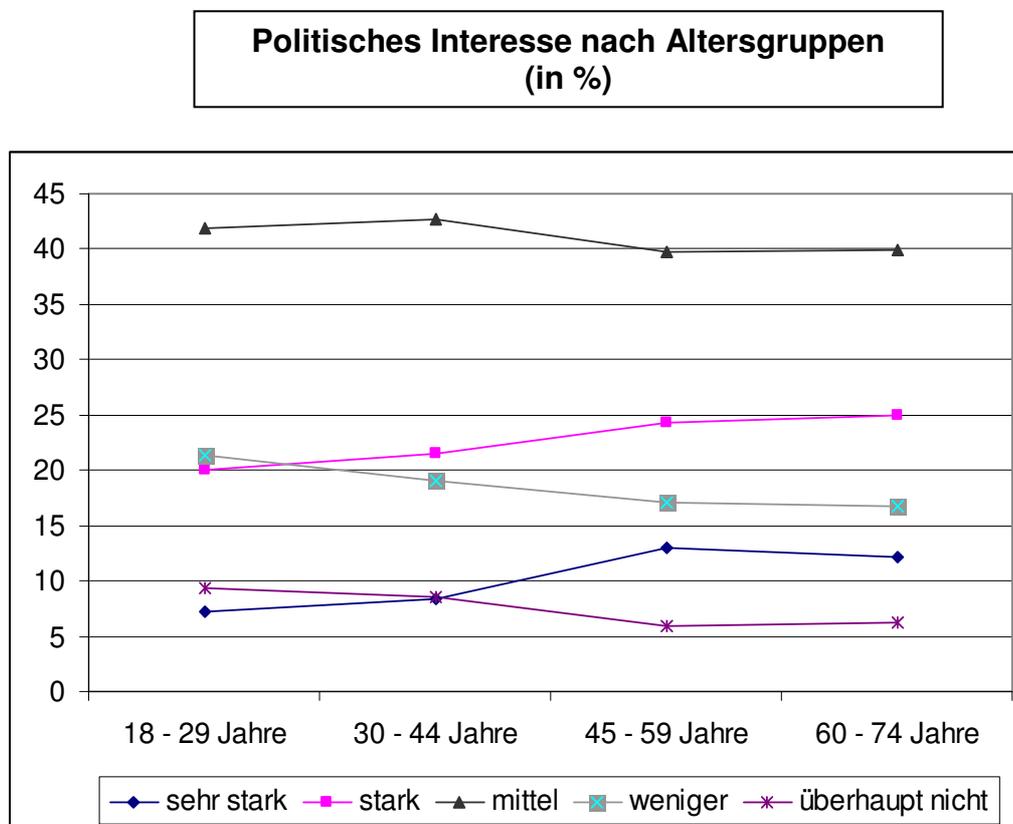


Abbildung 25: Politisches Interesse nach Altersgruppen: Eigene Darstellung und Berechnung. Quelle: Heß-Meining, 2005, S. 385.

Mit zunehmendem Alter nimmt das politische Interesse zu. In allen Altersgruppen sind insgesamt die Männer „stärker“ an der Politik interessiert, als Frauen. Die Differenz nimmt mit dem Alter sogar noch zu. So sind in jungen Jahren (18 bis 29 Jahre) 3,4 % der Frauen „sehr stark“ und 15,8 % „stark“ an der Politik interessiert, während die Männer in der gleichen Altersgruppe 10,9 % „sehr stark“ und 24 % „stark“ interessiert sind. Bei den 60 bis 74-Jährigen Frauen ist das politische Interesse mit 7 % „sehr stark“ und „stark“ mit 18,5 %, und die Männer sind „sehr stark“ 17,5 % und „stark“ 31,9 % politisch interessiert, wie in der folgenden Abbildung ersichtlich.

**Politisches Interesse nach Altersgruppen
und Geschlecht (in %)**

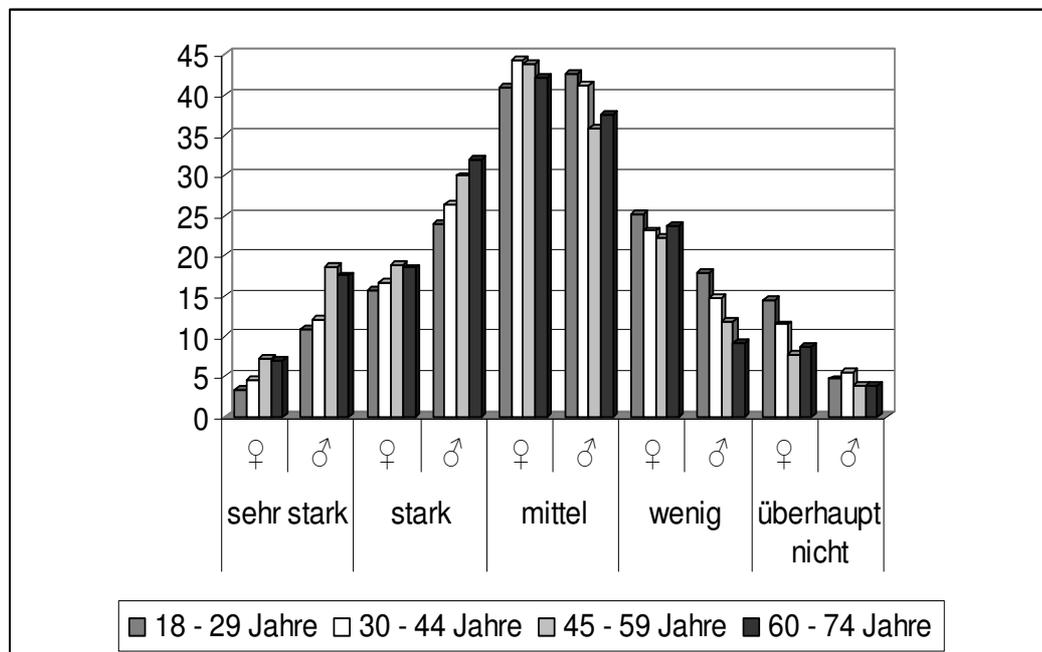


Abbildung 26 Politisches Interesse nach Altersgruppen und Geschlecht: Eigene Darstellung. Quelle: Heß-Meining, 2005, S. 385.

Im Rahmen der Untersuchung des Freiwilligensurveys 1999 und 2004 wurde ebenfalls das politisch-öffentliche Interesse verschiedener Altersgruppen untersucht. Auch hier stellte sich heraus, dass das Interesse an der Politik der Älteren höher ausgeprägt ist als bei der jüngeren Altersgruppe. Im Vergleich beider Untersuchungsjahre kann zusammengefasst werden, dass das „starke“ politische Interesse besonders bei den 60 bis 69-Jährigen von 1999: 52 % auf 59 % im Jahre 2004 angestiegen ist. Frauen haben vor allem in dieser Altersgruppe ihr Interesse an der Politik gesteigert. Von 1999 bis 2004 um 9 %, gegenüber 6 % bei den Männern (vgl. Gensicke, 2005, S. 309).

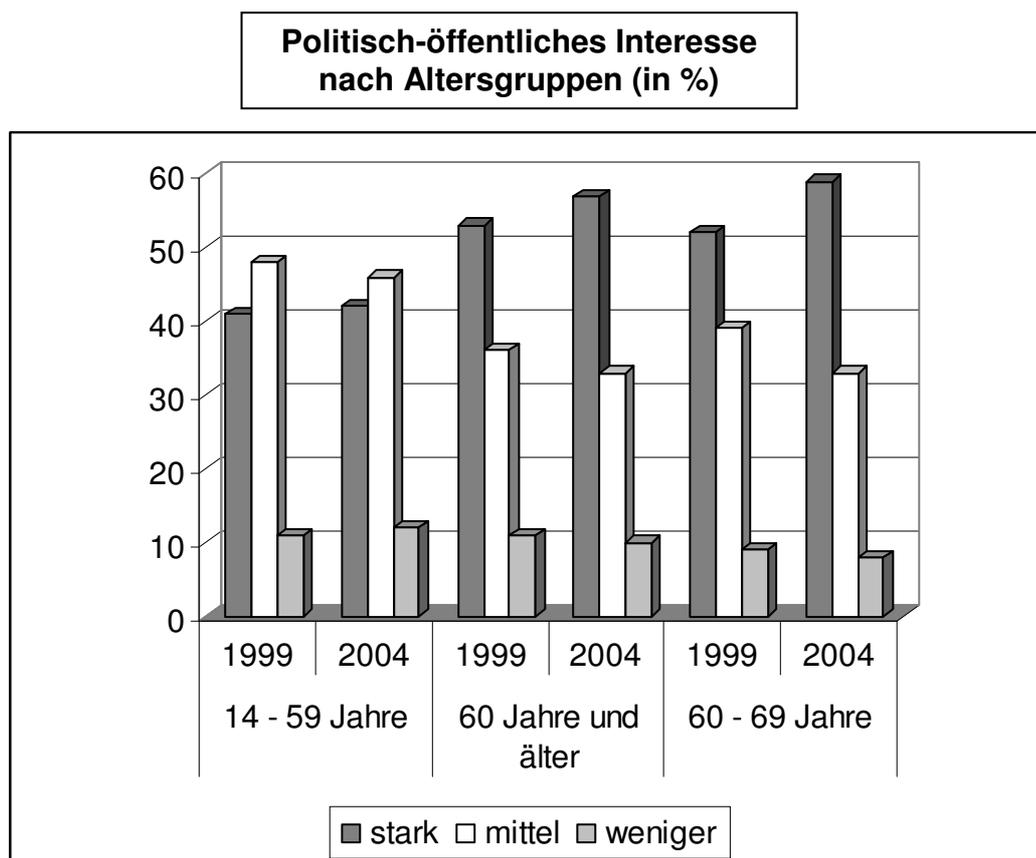


Abbildung 27: Politisch-öffentliches Interesse nach Altersgruppen Eigene Darstellung. Quelle: Gensicke, 2005, S. 308.

Auch die bundesweit repräsentative Quer- und Längsschnittbefragung (Alters-Survey) von Personen, die sich in der zweiten Lebenshälfte befinden, also Personen ab dem 40. Lebensjahr und älter, betrachtete das politische Interesse. Die Frage lautete: Wie stark interessieren Sie sich für Politik? Die Ergebnisse der beiden Untersuchungszeitpunkte – 1996 und 2002 – stellen die Abnahme des politischen Interesses im Alter infrage, da sich gezeigt hat, „[...] dass die konstatierte Abnahme in den höheren Altersgruppe[n] primär durch Veränderungen der Geschlechtsproportionen sowie kohortenspezifisches Bildungsniveau verursacht sind“ (Künemund, 2006, S. 338). Aber auch hier wurde deutlich, dass Männer ungefähr „[...] doppelt so häufig starkes oder sehr starkes Interesse [...]“ (Künemund, 2006, S. 338) für die Politik bekundeten wie Frauen.

Politisches Interesse nach Altersgruppen; Frauen (in %)

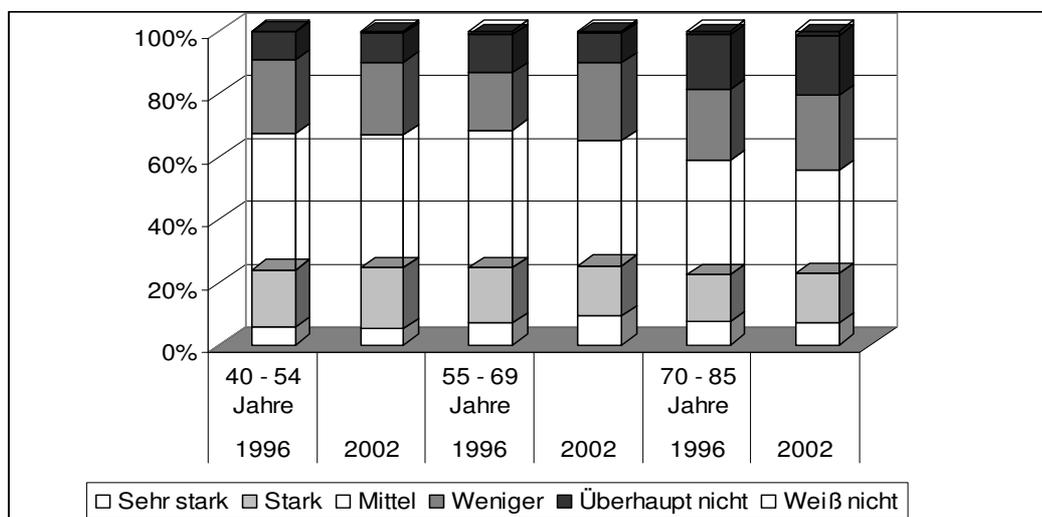


Abbildung 28: Politisches Interesse nach Altersgruppen; Frauen. Eigene Darstellung. Quelle: Künemund, 2006, S. 397f.

Politisches Interesse nach Altersgruppen; Männer (in %)

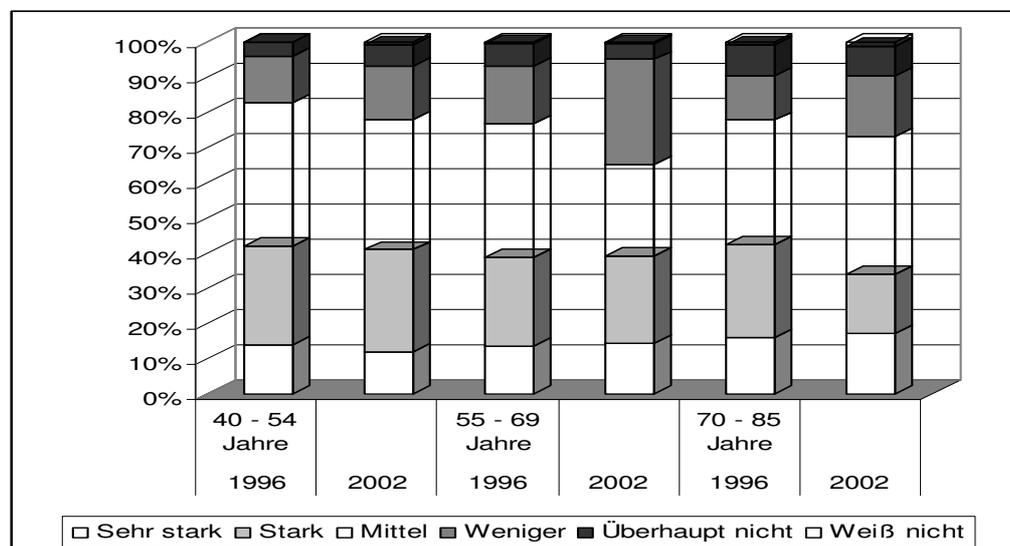


Abbildung 29: Politisches Interesse nach Altersgruppen; Männer. Eigene Darstellung. Quelle: Künemund, 2006, S. 397f.

Alle Untersuchungen konnten hervorheben, dass das politische Interesse von Frauen gegenüber Männern geringer ist, was vermutlich mit einem anderen Politikverständnis korrespondiert, insofern nämlich, als der Politikbegriff zumeist „männlich“ geprägt ist (vgl. Künemund, 2001, S. 83). Das zurückhaltende politische Interesse der Frauen zeigt sich ebenfalls im Hinblick auf die Bereitschaft, ein politisches Amt zu übernehmen. So ist diese Bereitschaft bei den Männern fast doppelt so hoch wie bei den Frauen.

Die Bereitschaft zur Übernahme eines politischen Amtes nach Geschlecht und Altersgruppe (in %)

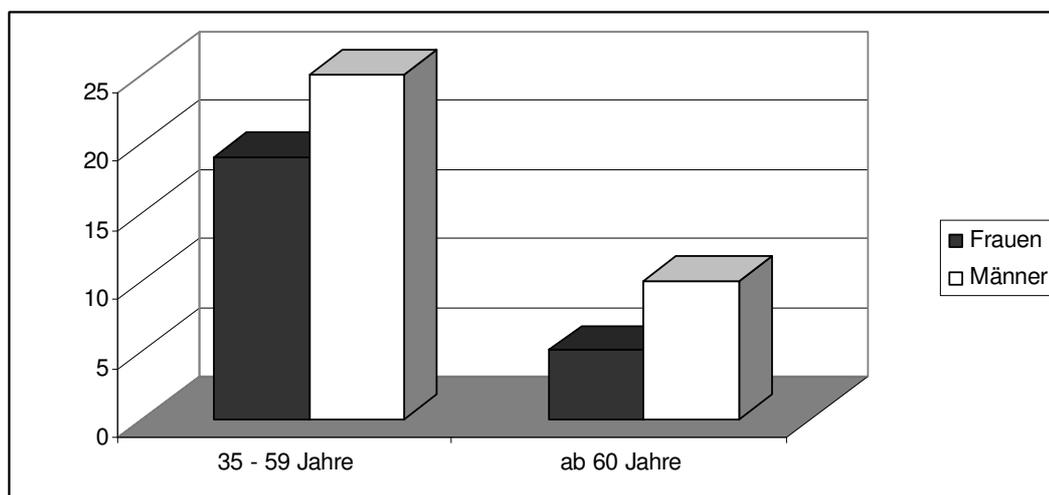


Abbildung 30: Bereitschaft zur Übernahme eines politischen Amtes, differenziert nach Geschlecht und Altersgruppe. Eigene Darstellung. Quelle: Bertelsmann Stiftung, 2004, S. 92

6.2 Wahlbeteiligung

Wahlen in der repräsentativen Demokratie sind die bedeutungsvollste Partizipationsform. Annähernd alle Personen können, unabhängig ihrer gesellschaftlichen Stellung und ihres Alters (in dem Kapitel 4.3.6 Wahlen und Repräsentanz, sind die Altersgrenzen dargestellt) an dieser Form der politischen Partizipation teilnehmen. Bei der Wahl geht man davon aus, dass es sich um einen einfachen politischen Akt handelt, der im Alter

durch die Macht der Gewohnheit weiter aufrechterhalten wird (vgl. Nie; Verba; Kim, 1974, S. 327). Allerdings lässt sich insgesamt eine Abnahme der allgemeinen Wahlbeteiligung bei der Wahl zum Deutschen Bundestag feststellen. Die Wahlbeteiligung hat insbesondere in der 1980er-Jahren kontinuierlich abgenommen, mit der niedrigsten Wahlbeteiligung von 77,7 % bei der Bundestagswahl am 18. September 2005.

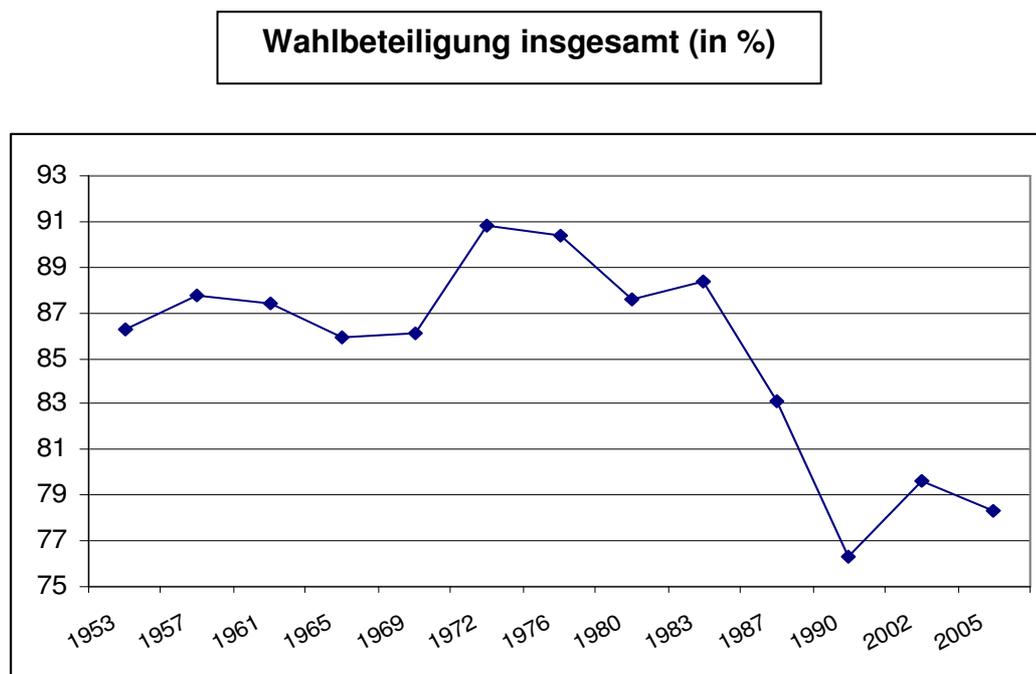


Abbildung 31: Wahlbeteiligung an den Bundestagswahlen.. Eigene Darstellung und Berechnung. Quelle: Daten des Statistischen Bundesamtes, 2005 Heft 1, S. 63; Statistisches Bundesamt, 2006b Heft 4, S. 10.

Zwar nimmt, wie oben dargestellt, die allgemeine Wahlbeteiligung stetig ab, allerdings stellt sich bei der Betrachtung der Wahlbeteiligung im Lebenslauf das Bild differenzierter dar⁸⁶. Nach Altersgruppen nimmt die Wahlbeteiligung im Lebenslauf mit dem Alter stetig zu, sinkt dann aber ab

⁸⁶ Briefwähler werden in der repräsentativen Wahlstatistik nicht nach Altersgruppen erfasst und die Briefwähler werden erst seit 2002 in die Wahlstatistik aufgenommen. Es ist davon auszugehen, dass besonders ältere Bürger überdurchschnittlich häufig die Form der Briefwahl nutzen. Bekannt ist, dass bei der Einführung der Briefwahl im Jahre 1957 lediglich 4,9 % und im Jahre 2005 18,7% diese Form der Wahlbeteiligung nutzten (vgl. Namislo; Schorn; v. Schwarzenberg, 2006, S. 220f.).

dem „70. Lebensjahr und mehr“ (vgl. hierzu auch Gehring; Wagner, 1999, S. 682) annähernd auf das Niveau der 30- bis 35-Jährigen, wie in der nachfolgenden Abbildung erkennbar. Dabei hat die „[...] Differenz zwischen den Extremgruppen, den Wahlfaulen 21 bis 24-Jährigen [...] und den höchst regen über 60-Jährigen, [...] seit den 1970er Jahren insgesamt zugenommen“ (Eilfort, 2006, S. 62).

Wahlbeteiligung nach Altersgruppen (in %)

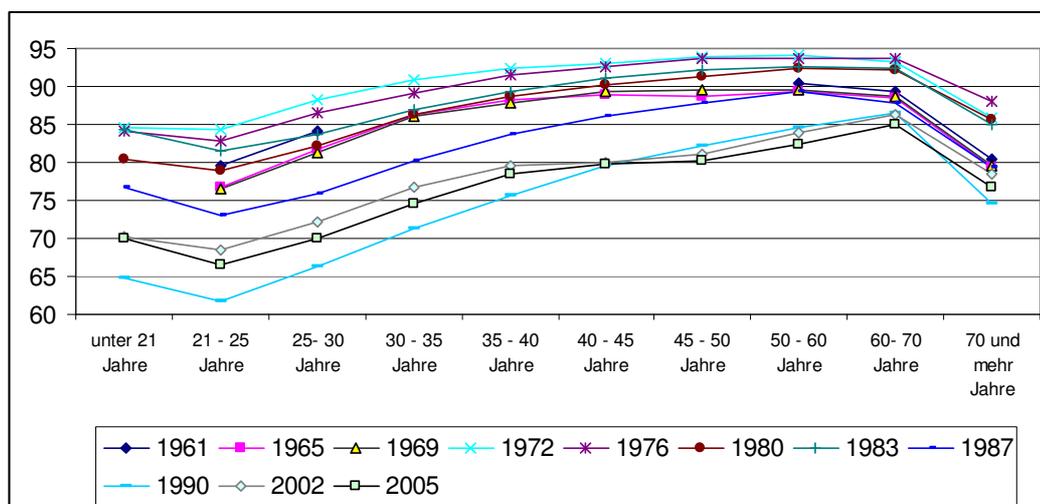


Abbildung 32: Wahlbeteiligung an den Bundestagswahlen nach Altersgruppen. Eigene Darstellung und Berechnung. Quelle: Daten des Statistischen Bundesamtes, 2005 Heft 1, S. 63; Statistisches Bundesamt, 2006b Heft 4, S. 10.

Betrachtet man die Wahlbeteiligung von Frauen und Männern getrennt, lässt sich zuerst feststellen, dass die Wahlbeteiligung der Frauen geringer ist als bei den Männern.

**Wahlbeteiligung an der Bundestagswahl.
Getrennte Betrachtung nach Geschlecht (in
%)**

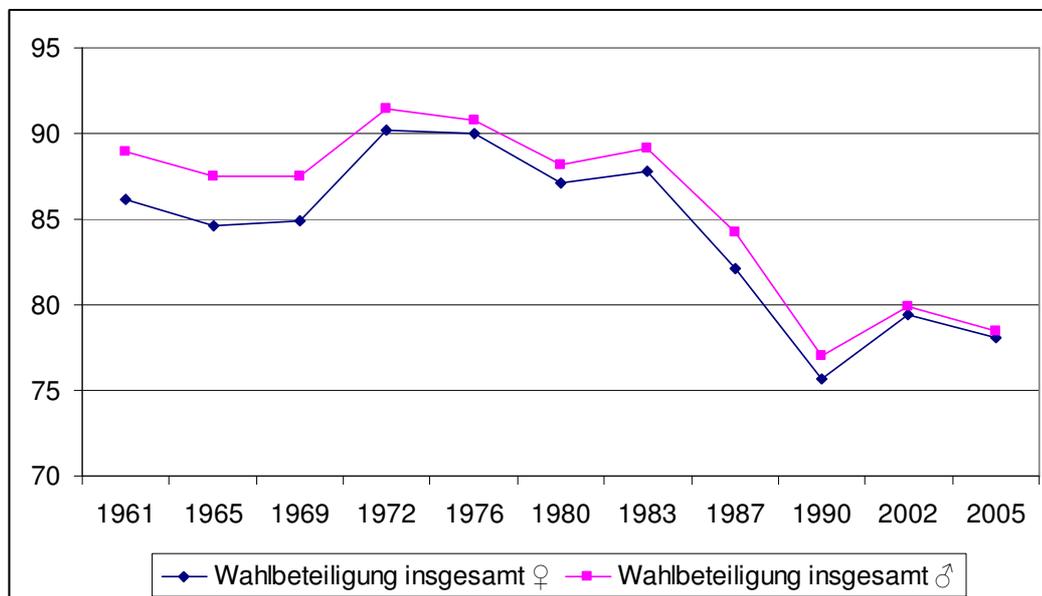


Abbildung 33: Wahlbeteiligung an den Bundestagswahlen – getrennte Betrachtung nach Geschlecht.. Eigene Darstellung und Berechnung. Quelle: Daten des Statistischen Bundesamtes, 2005 Heft 1, S. 63; Statistisches Bundesamt, 2006b Heft 4, S. 10.

Das scheint sich aber zu ändern. Bei der genauen Betrachtung der letzten beiden Wahljahre haben die Frauen der Altersgruppe von 21 Jahren bis 60 Jahren häufiger an der Wahl teilgenommen als Männer. Auch bei der Gesamtbetrachtung der Wahljahre 1965 bis 2005 lässt sich feststellen, dass die Wahlbeteiligung der Männer stärker zurückgegangen ist, als es bei den Frauen der Fall ist – dies wird nachfolgend deutlich.

**Rückgang der Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen
von 1965 – 2005. Getrennte Betrachtung nach Geschlecht
(in %)**

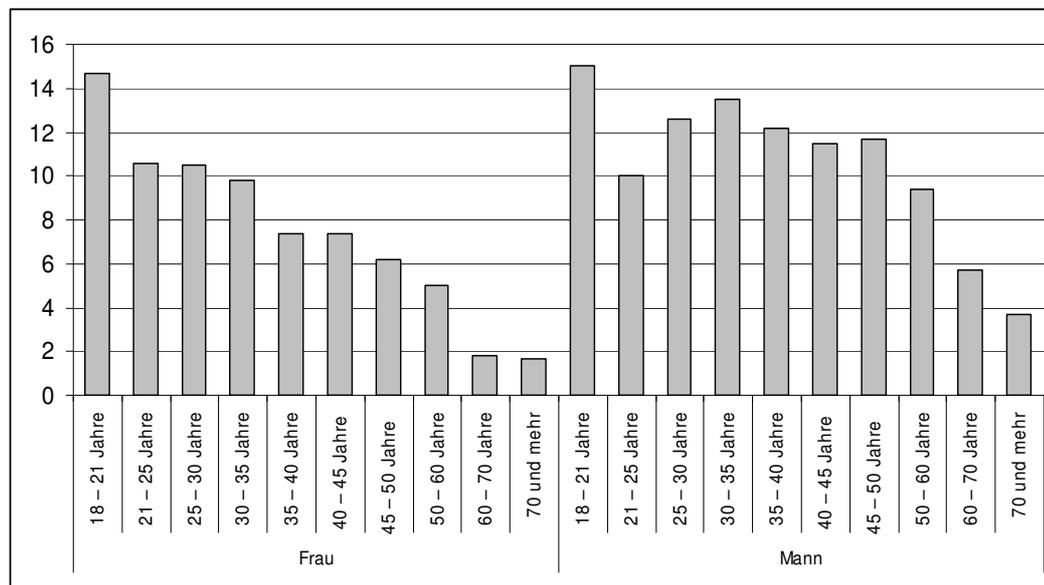


Abbildung 34: Rückgang der Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen von 1965 – 2005, getrennte Betrachtung nach Geschlecht.. Eigene Darstellung und Berechnung. Quelle: Statistisches Bundesamt, 2005, S. 63; Statistisches Bundesamt 2006b, S. 11.

6.3 Mitgliedschaft in einer Partei

Schon seit Mitte der 1990er-Jahre haben die politischen Parteien in Deutschland einen massiven Mitgliederschwund zu verzeichnen, der nicht allein durch Parteiaustritte erklärt werden kann, „[...] sondern in erster Linie auf ausbleibenden Mitgliedernachwuchs zurückgeführt werden muss [...]“ (Wiesendahl, 2006b, S. 83).

Entwicklung der Parteimitgliedschaften der Bundestagsparteien 1990 - 2008

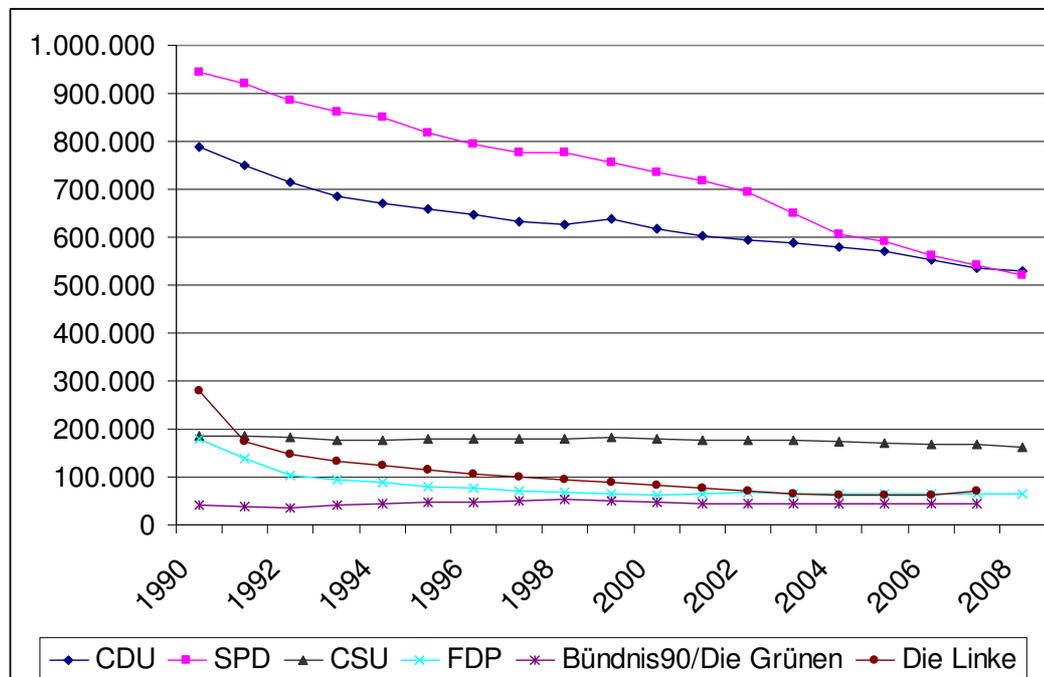
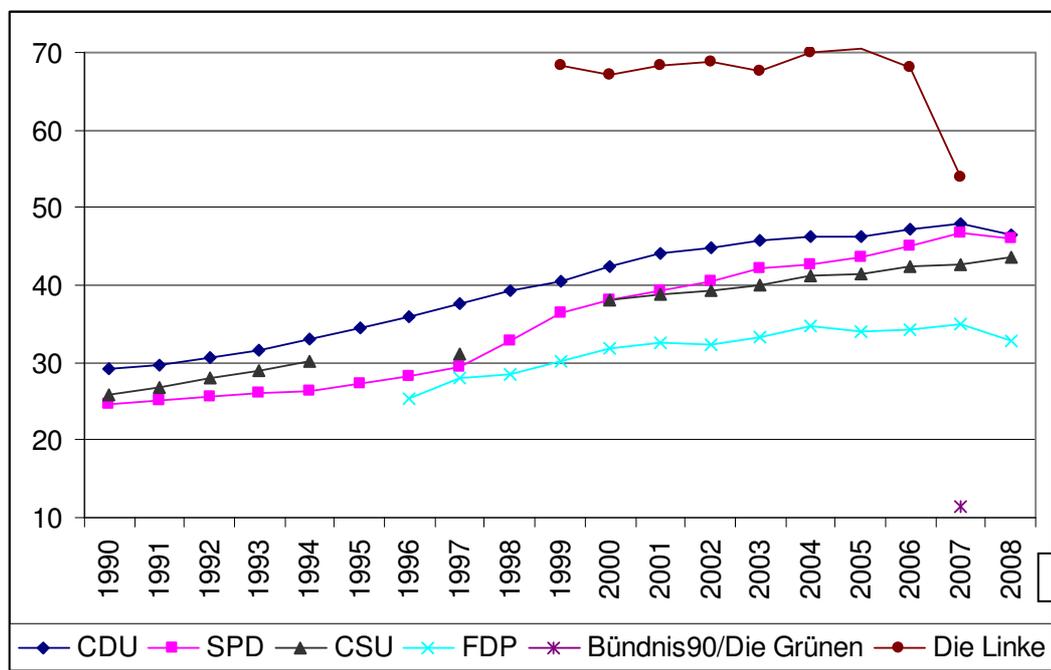


Abbildung 35: Entwicklung der Parteimitgliedschaften der Bundestagsparteien 1990 – 2008. Quelle: Niedermayer, 2009, S. 2. Eigene Darstellung.

Nicht nur der oben dargestellte Mitgliederschwund ist für die Partei problematisch, sondern es kommt dadurch auf die Partei ein zweites Problem zu, die Mitglieder werden immer älter. Dies gilt für fast alle Parteien. So steigt der Anteil der über 60-Jährigen bei der CDU von 29,2 % auf 46,5 % im Jahre 2008. Ebenso bei der SPD. Im Jahr 1990 betrug der Anteil der über 60-Jährigen 24,6 % und stieg dann ebenfalls stetig an, wie in der folgenden Abbildung dargestellt.

**Parteimitglieder über 60 Jahre 1990 –
2008 (in %)**



*Ab 2008 = über 61 Jahre

Abbildung 36: Parteimitglieder nach Alter 1990 – 2008. Quelle: Niedermayer, 2009, S. 16f. Eigene Darstellung.

In allen Parteien, die im Bundestag vertreten sind, ist der Anteil der Frauen stark unterrepräsentiert. Bei der CDU sind ungefähr nur ein Viertel der Mitglieder Frauen. Bei der SPD stieg der Frauenanteil von 1990 bis zum Jahre 2008 um 3,8 %, von 27,3 % im Jahre 1990, auf 31,1 % im Jahre 2008.

**Anteil der Frauen an den
Parteimitgliedern 1990 – 2008 (in %)**

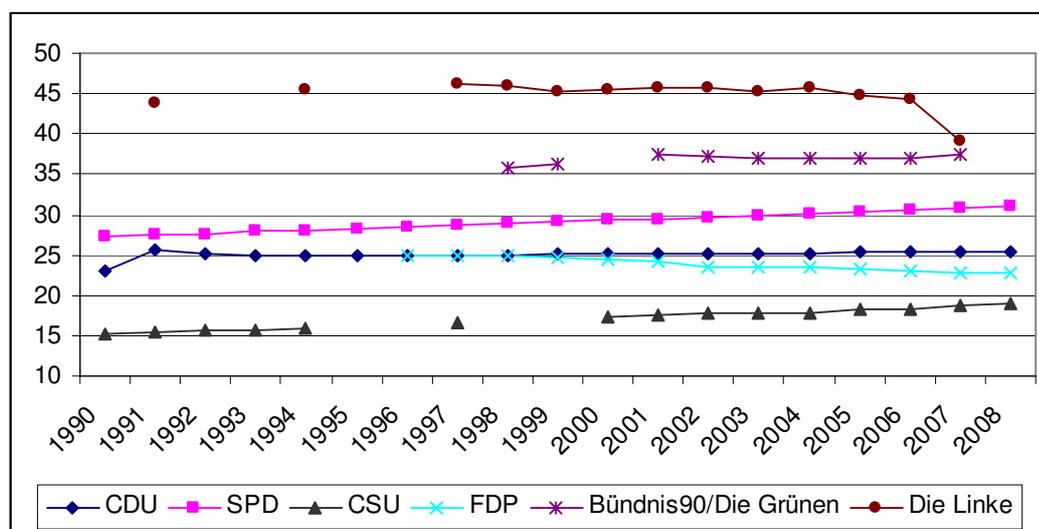


Abbildung 37: Anteil der Frauen an den Parteimitgliedern 1990 – 2008. Quelle: Niedermayer, 2009, S. 15.. Eigene Darstellung.

6.4 Zwischenfazit: empirische Anhaltspunkte der politische Partizipation im Alter

Bevor auf die empirische Betrachtung der innerparteilichen Partizipation, Repräsentanz und Themenstellung der älteren Parteimitglieder eingegangen wird, seien die wesentlichen empirischen Punkte der politischen Partizipation im Alter dargestellt.

Demokratie funktioniert nur dann, wenn sich Bürger an ihr beteiligen. Da in der Demokratie grundsätzlich Mehrheiten entscheiden, bewirkt die demografische Entwicklung, dass die Bedeutung der Älteren sowohl bei den Wahlen als auch innerhalb der Parteien zunehmen müsste. Das Interesse der politischen Partizipation der Älteren wird schon seit einer längeren Zeit öffentlich kontrovers diskutiert. Aus der bisherigen Forschung ist bekannt, dass sowohl bei der Wahlbeteiligung als auch bei den politischen Aktivitäten das Interesse erst mit dem Alter zunimmt, aber ab dem 60. Lebensjahr kontinuierlich abnimmt. Bei der Betrachtung der hier aufgeführten Daten kann zusammengefasst festgestellt werden, dass

das politische Interesse bei allen Untersuchungen mit dem Alter ansteigt und dass sich Männer mehr für Politik interessieren als Frauen.

Auch bei Wahlen zeichnet sich, oberflächlich betrachtet, ein identisches Bild ab, mit dem Alter steigt die Wahlbeteiligung, die dann ab dem 60. bis 70. Lebensjahr sinkt; die Wahlbeteiligung bei Männern ist höher als bei Frauen. Das scheint sich aber im Alter zu ändern. Die Wahlbeteiligung der Männer sinkt dann schneller.

Alle politischen Parteien verzeichnen seit Mitte der 1980er-Jahre einen erheblichen Mitgliederschwund. Nicht nur, dass Parteimitglieder austreten oder aus der Partei ausscheiden, es fehlt insbesondere an jungen Neumitgliedern. Hierdurch ergibt sich das Problem, dass die Partei neben der Abnahme ihrer Mitglieder gleichzeitig „überaltert“. Auffällig ist bei allen Parteien die geringe Mitgliedschaft von Frauen.

7. Empirische Betrachtung der innerparteilichen Partizipation, Repräsentanz und Themenstellung der älteren Parteimitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

7.1 Beschreibung der forschungsleitenden Überlegungen

Nach der ausgeführten Theoriediskussion in den vorangegangenen Kapiteln soll nun die Frage empirisch untersucht werden, ob durch die Arbeitsgemeinschaft 60 plus für ältere Parteimitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands eine innerparteiliche Gestaltungsoption zur Partizipation, Repräsentanz und Themenstellung gegeben ist. Dabei wird sich ein Teil der folgenden empirischen Untersuchung an den methodischen Grundsätzen der qualitativen Sozialforschung orientieren. Ein wichtiger Grundsatz der qualitativen Sozialforschung ist der Anspruch, sich der sozialen Realität mithilfe offener Verfahren anzunähern. Von daher bedarf es methodischer Instrumente, die die denkbaren Erkenntnisse und Ergebnisse möglichst wenig durch den Forscher und dessen Vorannahmen und Kategorien

einengen (vgl. Hopf; Weingarten, 1979, S. 14). Aus diesem Grund wird auf die Grundlage der Hypothesenbildung bei der vorliegenden Untersuchung verzichtet, da das Ziel der Untersuchung darin besteht, die innerparteiliche Partizipationsmöglichkeit von älteren Parteimitgliedern zu prüfen. Der qualitative Ansatz eignet sich besonders, da das Forschungsvorhaben nicht hypothesentestend angelegt ist, sondern die Exploration der Zusammenhänge zwischen dem Alter und der innerparteilichen Partizipation darstellt und im Verlauf der Forschungsprozesse zur Theoriegenerierung führt. Hierzu werden folgend fünf forschungsleitende Überlegungen ausgeführt, die dazu dienen, die bisherigen Erkenntnisse zusammenzufassen und die Auswertung des empirischen Materials zu strukturieren.

Forschungsleitende Überlegungen

Die demografische Entwicklung (vgl. Kapitel 1) wirkt sich auch auf die politischen Parteien aus. So verzeichnet die Sozialdemokratische Partei Deutschlands neben einem Rückgang der Mitglieder auch einen stetigen Altersanstieg (vgl. Kapitel 3.1). Trotz der hohen Repräsentation der älteren Parteimitglieder kann beobachtet werden, dass die innerparteiliche Repräsentanz der älteren Mitglieder in Gremien und weiteren Kommissionen nicht zugenommen hat (vgl. Kapitel 1). Das hat die Sozialdemokratische Partei aufgenommen und durch die Gründung einer eigenen Arbeitsgemeinschaft den älteren Parteimitgliedern die Möglichkeit gegeben, die Älteren in den innerparteilichen Interessenausgleich mehr einzubinden (vgl. Kapitel 3.5).

1. Forschungsleitende Überlegung:

Wegen der Gründung der Arbeitsgemeinschaft 60 plus ist davon auszugehen, dass in den Gremien der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und auf den Wahllisten zum Deutschen Bundestag die Personen ab dem 60. Lebensjahr stärker vertreten sind als vor der

Gründung der Arbeitsgemeinschaft beziehungsweise ist davon auszugehen, dass seit der Gründung der Anteil der Älteren stetig gestiegen ist.

Die persönliche Betroffenheit relevanter gesellschaftlicher und politischer Sachverhalte (vgl. Kapitel 4.3.3) und die Sozialisation, maßgeblich die Primärsozialisation (vgl. Kapitel 4.3.4) müssten sich auf die politischen Präferenzen auswirken. Ferner verfügen ältere Menschen heute zumeist noch über ein anderes Bildungsniveau als Jüngere, da sie nur vereinzelt von der Bildungsoffensive ab den 1970er-Jahren profitierten (vgl. Kapitel 4.3.1). All das müsste einen Unterschied des politischen Diskurses zwischen älteren und jüngeren Parteimitgliedern ergeben.

2. Forschungsleitende Überlegung:

Da sich verschiedene politische Generationen/Kohorten in der Partei mit unterschiedlichen Bildungsvoraussetzungen, einer anderen Primärsozialisation und differenzierten sozialen Bezügen auseinandersetzen, ist davon auszugehen, dass sich die je nach Generation/Kohorte die Themenschwerpunkte und die Parteidiskussionen unterscheiden. Besonders durch die Arbeitsgemeinschaft 60 plus werden die Interessen der älteren Parteimitglieder vertreten, und das Thema „Alter und Gesellschaft“ wird diskutiert.

Aus der bisherigen politischen Partizipationsforschung des Alters ist bekannt, dass die politischen Aktivitäten ab dem 60. Lebensjahr kontinuierlich abnehmen (vgl. Kapitel 6). Jedoch geht man in der Forschung davon aus, dass es gerade die Protest-Generation der 1968-Jahre ist, die ihr politisches Engagement fortführen (vgl. Kapitel 5.5).

3. Forschungsleitende Überlegung:

Durch die Gründung der Arbeitsgemeinschaft 60 plus ist es das ältere Parteimitglied, welches sich angesprochen fühlt und aufgefordert ist, seine allgemeinen Aktivitäten weiterhin für die Sozialdemokratische Partei einzusetzen.

Mit der Zunahme der Lebensjahre werden ältere Menschen als konservativ, unnachgiebig und nicht mehr zukunftsorientiert beschrieben. Mit anderen Worten: Es entsteht eine Zuschreibung des Alters, dass ältere Menschen den Stand der Dinge belassen und nur gegenwartsorientiert handeln und denken (vgl. Kapitel 5.1 und 5.5).

4. Forschungsleitende Überlegung:

Da älteren Menschen zum Teil eine geringere Zukunftsorientierung und eine stärkere Gegenwartsorientierung unterstellt werden, wird davon ausgegangen, dass die von der Arbeitsgemeinschaft 60 plus eingereichten Anträge zu den Parteitagen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und die Diskussionen nicht zukunftsorientiert geführt werden. Demzufolge werden sich die eingereichten Anträge und Diskussionen vielmehr mit der Sicherung und dem Ausbau des Sozialstaats befassen, zum Vorteil der Älteren.

In der Wissenschaft geht man heute davon aus, dass ältere Menschen ihre Kompetenzen und Ressourcen auch in der politischen Gemeinschaft anbieten und sich weiterhin für die Lösung der zukünftigen gesellschaftlichen Aufgaben interessieren, Wissen und ihre Aktivitäten für die Zukunft einsetzen (vgl. Kapitel 5.1 und 5.4).

5. Forschungsleitende Überlegung:

Die älteren Parteimitglieder werden auch zukünftig an den politischen Aktivitätsentwicklungen- und Zukunftsperspektiven mitwirken.

Um die Vielfältigkeit der innerparteilichen politischen Partizipation, Repräsentanz und Themenstellung der älteren Parteimitglieder zu erfassen, stützt sich die nachfolgende Untersuchung auf folgenden Aufbau.

Konzeptionalisierung der Untersuchung

Leitende Forschungsfrage

Ist durch die Arbeitsgemeinschaft 60 plus für ältere Parteimitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands eine innerparteiliche Gestaltungsoption zur Partizipation, Repräsentanz und Themenstellung gegeben?

<i>Datengrundlagen</i>	<i>Angewandte Methoden</i>	<i>Überprüfung der These:</i>
Antragsbücher und Parteitagsprotokolle der ordentlichen Parteitage (1995 bis 2007) und Jahrbücher der SPD	Qualitative Methode Dokumentenanalyse	f. Ü. 2* f. Ü. 3* f. Ü. 4* f. Ü. 5*
Parteitagsprotokolle, Jahrbücher der SPD und Internet-Recherche	Quantitative Auswertung Berechnung: arithmetische Mittel	f. Ü.1*
Sieben Interview-Transkriptionen	Qualitative Methode Experteninterview	f. Ü. 2* f. Ü. 3* f. Ü. 4* f. Ü. 5*

* *forschungsleitende Überlegung*

7.2 Methodisches Vorgehen und Datenauswahl

Die Methoden der empirischen Sozialforschung bieten eine Vielzahl von Möglichkeiten, „[...] menschliche[.]s Verhalten[.] und gesellschaftliche[.] Phänomene [..]“ (Schnell; Hill; Esser, 2008, S. 5) zu beschreiben und zu untersuchen, um entweder gesicherte theoretische Erkenntnisse für die Praxis zu erlangen oder wissenschaftliche Erkenntnisprozesse als praktische Hilfestellung zu nutzen. Ferner können aus den Ergebnissen Handlungsmöglichkeiten abgeleitet oder Erkenntnisse des Istzustands gewonnen werden (vgl. Müller-Böling, 1974, S. 213).

Zur Überprüfung der forschungsleitenden Überlegungen und zur Beantwortung der Leitfragen (siehe Konzeptionalisierung der Untersuchung) wird eine methodische Kombination vorgenommen, die sich auf insgesamt drei empirische Sozialforschungsmethoden stützt.

Die Methodenkombination hat den Vorteil, dass durch den quantitativen Teil die relevanten innerparteilichen partizipativen Sachverhalte anhand von grundlegenden Daten objektivierbar dargestellt werden können. Bei den qualitativen Schritten werden die prozesshaften Handlungsmuster erfasst und analysiert. Auch wenn es in der Sozialforschung eine langwierige Methodendiskussion um die Gewichtung des Qualitativen und des Quantitativen gab, hat sich mittlerweile bestätigt, dass sich die „[...] Methodenkombination oftmals als empirisch äußerst fruchtbar und theoretisch stimulierend“ (Kelle, 2008, S. 9)⁸⁷ erwiesen hat. Denn der Einsatz von nur einem Erhebungsinstrument birgt das Problem in sich, dass durch den „[...] prägenden Einfluss eines einzigen Instrumentes, dessen instrumentenspezifische ‚Verzerrungen‘ kaum kontrolliert werden [..]“ (Kromrey, 2006, S. 535) kann. Wenn unterschiedliche Methoden die gleichen Ergebnisse offenbaren, „[...] wird das Vertrauen in die

⁸⁷ Die Methodenkombination wird in der Literatur als Triangulation der qualitativen und quantitativen Forschung beschrieben (vgl. Kelle, 2008, S. 39f.; Flick, 2007, S. 44f.; Kromrey, 2006, S. 536).

gefundenen Resultate bekräftigt werden, [allerdings] ohne das dabei letztgültige Gewissheit erlangt werden könnte“ (Diekmann, 2008, S. 69f.). Quantitative und qualitative empirische Konzeptionen gehen dabei von unterschiedlichen Grundsätzen aus und erfassen jeweilig andere Gesichtspunkte des Forschungsprozesses (vgl. Häder, 2006, S. 66ff.; Flick, 2007, S. 26.; Lamnek, 1995a, S. 218ff.).

An dieser Stelle erfolgt nun ein knapper Exkurs, um den Unterschied beider Forschungsmethoden vorzustellen, da eine detaillierte Gegenüberstellung beider Verfahren für die vorliegende Untersuchung nicht erforderlich ist.

Kennzeichnend für die *quantitative Forschungsmethode* ist die theoriegeleitete, objektive und genaue Messung von Merkmalen, die auf einem kausal- wissenschaftlichen Paradigma basieren. Die quantitative Methode orientiert sich an dem deduktiven Vorgehen – sie schließt also vom Allgemeinen auf das Besondere – und an der Überprüfung von forschungsleitenden Überlegungen. Die Anzahl der verwandten Datensätze ist zumeist beträchtlich (vgl. Kelle; Reith, 2008, S. 39f.; Kühl; Strodtholz; Taffertshofer, 2005, S. 19f.; Brüsemeister, 2000, S. 21; Lamnek, 1995a, S. 225).

Im Gegensatz dazu wird bei *der qualitativen Forschung* mit „[...] erheblich kleineren Fallzahlen“ (Brüsemeister, 2000, S. 21) operiert. Bei dem qualitativen Forschungsverfahren werden anhand empirischer Daten Theorieaussagen generiert, Zusammenhänge in unterschiedlicher Perspektive analysiert und dargestellt (vgl. Flick, 2007, S. 26; Brüsemeister, 2000, S. 21; Lamnek, 1995a, S. 225 und 229). Dabei ist das Vorgehen der qualitativen Methode induktiv, schließt also vom Besonderen auf das Allgemeine, oder, wenn Neues ergründet wird, abduktiv (vgl. Lamnek, 1995a S. 88ff.; Reichertz, 2007, S. 276ff., Kelle, 2008, S. 122ff.).

7.3 Dokumentenanalyse

Die Dokumentenanalyse stützt sich auf verfügbare Datensätze wie Verträge, Berichte, Jahresberichte oder auch Protokolle, um nur einige Textquellen aufzuführen. Dokumente weisen den Vorteil auf, dass sie eine konkrete Realität aufzeichnen (vgl. Wolff, 2007, S. 511) und daher eine nachvollziehbare, systematische Darstellung inhaltlicher und formaler Eigenarten beinhalten, sodass sie überwiegend als ergänzende Informationsquelle eingesetzt werden (vgl. Flick, 2007, S. 331).

Nach *Scott* lassen sich vier Punkte herausstellen, die aufzeigen, ob die vorhandenen Dokumente für das Forschungsvorhaben geeignet sind:

1. Authentizität der Daten:
Stammen die Daten aus einer Primär- oder Sekundärdokumentation? Dies besagt, ob die Daten in einem Originalzustand vorliegen oder zum Beispiel durch Abschrift eventuelle Übertragungsfehler bedacht werden müssen.
2. Glaubwürdigkeit:
Diese bezieht sich auf die Frage, ob die Inhalte frei von Fehlern und Verzerrungen sind.
3. Repräsentativität:
Hier wird geprüft, ob die Inhalte der Dokumente typisch für die Beantwortung der Frage sind.
4. Bedeutung der Inhalte:
Sind die Inhalte für die Bedeutung der Fragestellung klar?
(vgl. Scott, 1990, zitiert in Flick, 2007 S. 325).

Die Analyse und Auswertung der Dokumente erfolgt in der Regel mittels der qualitativen Inhaltsanalyse (vgl. Diekmann, 2008, S. 576ff.; Kromrey, 2006, S. 319f.; Lamnek, 1995a, S. 118f.; Lamnek, 1995b, S. 191ff.) mit dem Ziel, der „[...] systematische[n] Bearbeitung von Kommunikationsmaterial [...]“ (Mayring, 2007, S. 468), welches „[...] streng methodisch kontrolliert [...] schrittweise analysiert“ (Mayring, 2002,

S. 114) wird. Aus diesen einzelnen Schritten, und hierin wird auch die Stärke der qualitativen Inhaltsanalyse gesehen (vgl. Mayring, 2002, S. 114), können sich dann Kategorien und Zuordnungen erstellen lassen, die Aussagen oder gegebenenfalls Interpretationen ermöglichen.

Die Daten der Inhaltsanalyse werden weiterführend zur Frequenzanalyse, also zur Häufigkeitsbestimmung bestimmter Themen oder Inhalte, eingesetzt (vgl. Diekmann, 2008, S. 597; Kromrey, 2006, S. 343). Die einzelnen Schritte der Dokumentenanalyse erfordern Systematik und Intersubjektivität.

Aus den Ergebnissen der Dokumentenanalyse lassen sich Rückschlüsse über parteiinterne Diskussionen, die Themenstellung und die Willensbildung ziehen.

- *Datengrundlage*

Als Datenbasis zur Überprüfung der forschungsleitenden Überlegung dienen die Antragsbücher der ordentlichen Parteitage und die Parteitageprotokolle. In den Antragsbüchern werden die Anträge für den Parteitag erfasst, die von verschiedenen Organisationsgliederungen und Arbeitsgemeinschaften der SPD für den Parteitag eingereicht werden (hierzu Kapitel 3.2ff.). Die Antragskommission verfasst eine Stellungnahme „Empfehlung der Antragskommission“, wie mit den Anträgen auf dem Parteitag weiter verfahren wird. Folglich ist die Auswertung der Antragsbücher wichtig, um festzustellen, welche Anträge von der Arbeitsgemeinschaft 60 plus gestellt wurden und wie mit diesem weiter verfahren wird.

Durch die Parteitageprotokolle wird deutlich, wie Anträge diskutiert und entschieden werden.

7.4 Quantitative Datenanalyse

In diesem Schritt des Forschungsprojekts geht es darum, „[...] Informationen in Form von ‚Daten‘ zu gewinnen, also als

Merkmalsmesswertē, anhand derer die untersuchten Objekte *unmittelbar* – ohne weitere Interpretationsschritte – verglichen und z. B. statistisch ausgewertet werden können [...]“ (Kromrey, 2006, S. 209). Die Datensätze sind so zu ermitteln, dass für das jeweilige Untersuchungsobjekt die wissenswerten Merkmale abgebildet werden können (vgl. Kromrey, 2006, S. 209). In dieser Untersuchung wird es reichen, wenn „[...] eine einzige Zahl das Charakteristische [...] einer Verteilung repräsentier[t][.]“ (Kromrey, 2006, S. 436). Dabei wird der arithmetische Mittelwert berechnet. Bei aller Kritik, die sich bei der Anwendung des arithmetischen Mittels ergibt, da einige Ausreißer den Mittelwert erheblich verzerren können, darf betont werden, dass die hier verwandten Datensätze so groß sind, dass einzelne Ausreißer den Mittelwert kaum verzerren (vgl. Weinbach; Grinnell, 2000, S. 47).

Mithilfe der Berechnung des arithmetischen Mittelwerts soll eine Aussage getroffen werden, wie die Repräsentanz der älteren Parteimitglieder, in den verschiedenen Gremien der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beziehungsweise diejenige der Kandidaten für die Wahl zum Deutschen Bundestag einzuschätzen ist.

○ *Datengrundlage*

Die Parteigremien sind teilweise in den Parteitagsprotokollen und den Jahrbüchern der Sozialdemokratischen Partei Deutschland abgebildet. Die Jahrbücher erscheinen in einem zweijährigen Rhythmus und werden vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands herausgegeben. Hier werden neben den Informationen der Partei und der Fraktion, Aktivitäten der Landesverbände und Arbeitsgemeinschaft veröffentlicht. Neben der aufgeführten Datenquelle wurde eine umfangreiche Internetrecherche getätigt.

Ferner werden die Listen des Bundeswahlleiters zur Ermittlung der Kandidaturen und Kandidaten bei den Bundestagswahlen verwandt.

7.5 Experteninterview

Die Interviewform bietet eine weitere Möglichkeit, Daten qualitativ zu generieren. Dabei werden gesprochene Daten im Rahmen eines Interviews mithilfe eines Tonträgers aufgezeichnet, anschließend transkribiert und danach interpretiert. Je nach Forschungsfrage stehen verschiedene Möglichkeiten zur Verfügung, um aus dem Interview zielgerichtet Informationen zu extrahieren.

Eine besondere Form des Interviews stellt das Experteninterview dar. Es zeichnet sich dadurch aus, dass einer Person aufgrund ihrer Position, Funktion und ihres Wissens der Status eines Experten zugesprochen wird. Dabei geht es um das besondere soziale Kontextwissen, in dem der Interviewpartner agiert und das ihn als Experten ausweist (vgl. Gläser; Laudel, 2006, S. 9). Das ist der entscheidende Unterschied zu anderen Formen der Befragung. Der Begriff des Experten ist

„[...] nur für solche Personen zu verwenden, die – soziologisch gesprochen – über ein spezifisches Rollenwissen verfügen, solches zugeschrieben bekommen und diese besondere Kompetenz für sich selbst in Anspruch nehmen“ (Przyborski; Wohlrab-Sahr, 2008, S. 132).

Diese Besonderheit des Interviewpartners entscheidet auch über die Qualität der Informationen (vgl. Gläser; Laudel, 2006, S. 113) oder deutlicher ausgedrückt: Mit dem Experten steht oder fällt das Interview! Allerdings kann die Zuschreibung des Expertenstatus dazu führen, dass sich der Experte durch die Kompetenzzuschreibung des Interviewers geehrt fühlt und, um den Status gegenüber den Interviewer zu wahren, Expertenwissen vortäuscht, welches er an und für sich gar nicht besitzt. Ebenso besteht die Gefahr, dass der Experte durch sein spezielles Wissen in einigen Bereichen ausführliche Ausführungen tätigt, dadurch aber die eigentliche Themenstellung zu kurz darstellt, oder dass er in

seinem Antwortverhalten den möglichen Erwartungshaltungen des Interviewers entspricht.

Um diese Unsicherheitsfaktoren nahezu zu minimieren, wird von dem Interviewer eine gute Gesprächsführung gefordert, außerdem bedarf es für das Experteninterview eines Leitfadens (vgl. Meuser; Nagel, 2005, S. 77, zum Inhalt des Leitfadens siehe Kapitel 7.6.3). Der Leitfaden dient auch dazu, durch das zumeist vorgegebene Zeitfenster des Experten die Informationen komprimiert und zielbezogen zu erheben und die Vergleichbarkeit mehrerer Expertenaussagen herzustellen (vgl. Gläser; Lauder, 2006, S. 107; Flick, 2007, S. 215). Bei all diesen Vorteilen darf nicht außer Betracht gelassen werden, dass durch den Leitfaden „[...] die Bandbreite der potenziell relevanten Informationen [...]“ (Flick, 2007, S. 217) eingeschränkt wird.

○ *Auswertung*

Zielleitend bei der Auswertung der Experteninterviews ist, die „[...] Entdeckungsstrategie [...]“ (Meuser; Nagel, 2005, S. 81) im Vergleich zu den überindividuellen Gemeinsamkeiten der Experten wie

- Aussagen,
- Merkmale,
- Wissensbestände,
- relevante Strukturen,
- Konstruktionen der Wirklichkeit

zu interpretieren und Auslegungsmuster zu erzielen (vgl. Meuser; Nagel, 2005, S. 80).

Zur Nachbereitung und Auswertung der Experteninterviews lassen sich sechs Punkte betrachten:

Die erste Grundlage der Auswertung bilden die Interviews, die, anhand von Tonaufzeichnungen protokolliert und anschließend transkribiert werden. Der Sinn und Zweck der Transkription besteht darin, dass die Einzelaussagen durch den Forscher inhaltlich interpretiert und methodisch

kommentiert werden können. „Ein kritischer Punkt ist die inhaltliche Vollständigkeit der Transkription“ (Meuser; Nagel, 2005, S. 83). Da es keine einheitlichen Regelungen für die Transkription gibt, wurde in dieser Arbeit eine vollständige Transkription bevorzugt.⁸⁸

Als zweiter Auswertungsschritt erfolgt die Komplexitätsreduktion des Textmaterials durch eine Paraphrasierung. Welche Textpassagen paraphrasiert werden, ergibt sich durch die Forschungsfragen und Leitthesen. Dabei soll die Paraphrasierung chronologisch geschehen, um die Wirklichkeit darzustellen (vgl. Meuser; Nagel, 2005, S. 83f.).

In einem weiteren Forschungsvorgang werden den paraphrasierten Textteilen Überschriften zugeordnet. Dabei können einzelne Passagen und Sequenzen auch mit mehreren Überschriften versehen werden – dies wird stark durch den Interviewverlauf mitbestimmt.

„Interviews, die leitfadennah verlaufen, ergeben in der Regel einen Text, dessen Passagen jeweils auf ein Thema konzentriert sind. Interviews, in denen die Relevanzstrukturen der Interviewten den Diskurs bestimmen – und das sind die ergiebigeren – zeichnen sich durch eine vielschichtige Verzahnung von Themen aus. In diesem Fall ist es vielfach notwendig, dass einzelne Passagen mehreren Überschriften zugeordnet werden“ (Meuser; Nagel, 2005, S. 85).

Der thematische Vergleich als nächster Schritt der Auswertung verlässt die Betrachtung der Einzelinterviews und stellt thematisch vergleichbare Passagen aus weiteren Interviews zusammen, „[...] die Überschriften werden vereinheitlicht“ (Meuser, Nagel, 2005, S. 86). In dem vorletzten Schritt löst sich die Auswertungsstrategie von den Texten und der Terminologie der Interviewten, dabei werden Kategorien entworfen (vgl. Meuser, Nagel, 2005, S. 88), die im Zusammenhang betrachtet werden. Im letzten Schritt werden die Ergebnisse mit der Fragestellung vor dem

⁸⁸ Die hier verwandten Transkriptionsregeln sind die von Riemann, 1987, S. 66: Siehe hierzu Interviewtranskription Anlage VIII: Interview I bis VII.

Hintergrund der These und den „[...] empirisch generalisierten Tatbeständen“ [.]“ (Meuser; Nagel, 2005, S. 89) interpretiert und diskutiert.

- *Datengrundlage*

Tonträger (Kassetten) und Transkription (siehe Anlage VIII) von sieben Interviews.

7.6 Auswertung der Daten

7.6.1 Analyse der Antragsbücher und Parteitageprotokolle

In einem ersten Arbeitsschritt wird eine Abschrift aller gestellten Anträge der Arbeitsgemeinschaft 60 plus, die zu den ordentlichen Parteitag von 1995 bis 2007 gestellt wurden, durchgeführt – dargestellt in der Anlage IV. Anschließend werden die Anträge auf erste relevante Anhaltspunkte untersucht, die einen Bezug aufweisen, um eine Erkenntnis zur innerparteilichen Partizipation, Repräsentanz und Themenstellung der älteren Parteimitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu gewinnen. Bei dieser Betrachtung stellt sich die Problematik, aus einer Vielzahl von Einzelanträgen, aus den oftmals allgemein formulierten Antragsüberschriften, relevante überprüfbare zentrale Kategorien aufzuzeigen, die eine Aussage zur Überprüfung der forschungsleitenden Überlegungen zulassen. Ferner stellt sich bei der Sichtung der Anträge heraus, dass die eingereichten Anträge mehrfach unterschiedliche Themenschwerpunkte beinhalten, die nicht ohne Weiteres getrennt werden können. Deshalb werden zur Überprüfung der forschungsleitenden Überlegung zwei bis vier und teilweise auch für die forschungsleitende Überlegung fünf Oberbegriffe gebildet. Hierzu erfolgt anhand der Arbeitsschwerpunkte der Arbeitsgemeinschaft 60 plus (siehe hierzu Punkt 3.5) und der inhaltlichen Schwerpunkte der Altenberichte (vgl. Altenberichte: Erster bis Fünfter Altenbericht des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 1993, 1998, 2002, 2005 (Hrsg.)) eine Zusammenfassung zentraler Dimensionen. Die zentralen Aussagen

der Altenbericht sind in der Anlage V dargestellt. Nachstehend erfolgt ein kurzer zusammenfassender Überblick zu den zentralen Dimensionen und ihrer Bedeutsamkeit für die älteren Parteimitglieder und die möglichen parteipolitischen Ansatz- beziehungsweise Diskussionspunkte.

1. Gesundheit, Pflege, Altenhilfe und Familie

Besonders die Gesundheitsausgaben einschließlich der Pflegeversicherung sind bedeutend für Alter und Altern. Mit zunehmendem Alter stellt sich die Frage nach der Morbiditätsentwicklung und der Pflegebedürftigkeit. Alter ist zwar nicht gleichzusetzen mit einem schlechten Gesundheitszustand und Pflegebedürftigkeit, aber mit zunehmendem Alter werden sowohl medizinische als auch subjektive Gesundheitseinbußen (vgl. Wurm; Tech-Römer, 2006, S. 335) und langfristig ein höherer Pflegebedarf wahrscheinlicher, besonders bei den über 80-Jährigen. Infolge des veränderten Familienstrukturwandels – unter anderem durch sinkende Heiratsneigung, erhöhte Ehescheidungsraten, weniger Kinder – wird „[...] das familiale Pflegepotenzial abnehmen und die professionelle Pflege eine immer stärkere Bedeutung erlangen [...]“ (Deutscher Bundestag, 2002 S. 230). Dabei hängt von dem zukünftigen politischen Kurs die Lebensqualität einer großen Bevölkerungsgruppe ab, es geht also darum, wie die Rahmenbedingungen von Versorgungsqualität in finanziellen und gesetzlichen „Spielräumen“ weitgehend adäquat aufrechterhalten werden können.

2. Demografie, Generation, wirtschaftliche Lage im Alter, Potenziale und Netzwerke und ältere Arbeitnehmer

„Wir haben in Deutschland mit Blick auf die Demografie nicht das Problem, dass es zu viele alte Menschen gibt, sondern dass es zu wenig junge Menschen gibt“ (Kaufmann, 2006 S. 9). Eine alternde Gesellschaft hat besonderen Einfluss auf die Alterssicherungssysteme.

Diese Thematik wird sowohl gesellschaftlich als auch politisch recht konträr betrachtet und diskutiert. In diesem Zusammenhang wird auch die Diskussion der Generationengerechtigkeit geführt, insbesondere des „großen Generationenvertrags“. Man weiß heute, dass für die jüngere Generation eine private Altersversorgung unumgänglich ist.

Eine gewisse Zeit ging man auch davon aus, dass Armut im Alter durch die sozialstaatlichen Absicherungen weitgehend bedeutungslos ist. „Diese Annahme erscheint in jüngerer Zeit kaum mehr haltbar: Alter (n) ist als relevante Dimension sozialer Ungleichheit wieder verstärkt in das Blickfeld geraten“ (Backes; Evers; Künemund, 2006, S. 453). Das lässt sich damit begründen, dass für die materielle Lage im Alter hauptsächlich die Erwerbsbiografie ausschlaggebend ist. Die hat sich in den letzten Jahren erheblich gewandelt.⁸⁹ Und ein zweiter Faktor muss beachtet werden: Durch die Rückführung der Rentenversicherung und die Forcierung der betrieblichen und privaten Altersversorgung ist zu vermuten, dass die Altersarmut⁹⁰ wieder vermehrt auftritt (vgl. Bäcker; Naegele; Bispinck; Hofemann; Neubauer, 2008, S. 480). Insgesamt betrachtet stellt Altersarmut noch kein aktuelles Problem dar. So haben im Jahre 2006 2,6 Prozent der Frauen und 1,8 Prozent der Männer ab 65 Jahre Grundsicherung erhalten. Aber durch geringe Einkommen und/oder Erwerbsunterbrechungen droht die Zunahme der Altersarmut (vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2008, Seite V).

⁸⁹ Von der traditionellen Erwerbsbiografie mit einer komprimierten intensiven Arbeitsbelastung in der mittleren Lebenshälfte bis zur Ausgliederung ab dem 55. Lebensjahr hin zur Flexibilisierung und Verteilung der Arbeitsperioden und Nichtarbeitsperioden und der verlängerten Lebensarbeitszeit.

⁹⁰ Zur Bewertung von Armut berechnen die EU-Mitgliedstaaten eine Armutsrisikoquote. „Sie ist definiert als Anteil der Personen in Haushalten, deren bedarfsgewichtetes Nettoäquivalenzeinkommen weniger als 60% des Mittelwertes (Median) aller Einkommen beträgt“ (Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2008, S. IXf.).

Diese Thematik wird sozialpolitisch weiterhin einen hohen Diskussionsbedarf erfordern, da sie für die Lebensbedingungen der jetzigen und zukünftigen Generation eine bedeutende Rolle spielt.

„Sozialpolitik besteht jedoch nicht nur in der Bereitstellung von Leistungen – zu Sozialpolitik gehört auch die Schaffung von geeigneten Rahmenbedingungen für die Hilfe zur Selbsthilfe“ (Hoff, 2006, S. 282). Hierzu zählen materielle Transfers und auch nichtmonetäre Hilfeleistungen. Aus den Ergebnissen des Alterssurveys ist bekannt, dass eine Vielzahl von Jüngeren finanziell von den Eltern oder Großeltern unterstützt wird (vgl. Kohli; Künemund; Motel-Klingebiel; Szydlik, 2005, S. 206). Politisch interessant sind die Rahmenbedingungen, die die nichtmonetären Hilfeleistungen fördern. Hierzu zählt nicht allein die informelle Pflegeleistung⁹¹, wie in Punkt eins schon ausgeführt, sondern auch die Hilfeleistung bei der Kinderbetreuung oder kleineren Tätigkeiten des Haushaltes. Neben dem familiären Netzwerk ist die Einbindung in weitere Netzwerke bedeutend. Auch das bürgerschaftliche Engagement kann für Ältere und für die Gesellschaft an Bedeutung gewinnen und mannigfaltige Funktionen übernehmen. Teilhabe an Organisationen und Netzwerken fördert das soziale Vertrauen, das Befürworten gemeinschaftsbezogener Werte und Normen und erhöht die politische Reflexion wie auch den Teilnahmehorizont. Wissen und Erfahrung der Älteren bilden eine Ressource und stellen Kompetenz dar, die nicht mit dem Eintritt in das Rentenalter verloren gehen darf (vgl. Pohlmann, 2001 S. 112).

Das Thema Arbeitswelt und Alter bezieht sich auf drei Dimensionen: *Erstens* wird es durch die demografische Veränderung weiterhin zu

⁹¹ Die informelle Pflege ist die Pflegeleistung, die (zumeist) durch Angehörige geleistet wird.

einer Veränderung des Erwerbspersonals kommen. Es wird wahrscheinlich so sein, dass die Anzahl der jüngeren Arbeitskräfte in den kommenden Jahren drastisch zurückgeht, wodurch die älteren Mitarbeiter in den Betrieben eine wichtige Ressource darstellen, die so lange wie möglich produktiv sein soll. Um dies zu erreichen, bedarf es unter anderem rechtzeitiger Fort- und Weiterbildung. Das verlangt sowohl individuelle und betriebliche Möglichkeiten als auch politische Strukturen, um das „lebenslange Lernen“ in arbeitsmarktpolitische Qualifizierungsmaßnahmen einfließen zu lassen (vgl. Fuchs; Söhnlein, Weber, 2004, S. 122ff, Hilbert; Naegele, 2001, S. 123ff.).

Zweitens: Aufgrund der oben beschriebenen Fakten und der Belastung der Alterssicherungssysteme musste eine Umkehr eingeleitet werden von der jahrelangen Frühverrentung zu einer längeren Lebensarbeitszeit. Daher wurde im März 2007 mit dem „Rentenversicherungs-Altersgrenzenanpassungsgesetz“ die Rente mit 67 beschlossen, die erhebliche Auswirkungen auf die zukünftige ältere Generation haben wird und zwei Jahre nach der Einführung des Gesetzes weiterhin viel Diskussionsbedarf verursacht.

Drittens: Welche Auswirkungen die Veränderung des Erwerbspotenzials auf die Erwerbsbeteiligung von Frauen hat, wird sozialpolitisch vielfältig diskutiert. Die Herzog-Kommission plädiert für die Möglichkeit, die Frauenerwerbsquote zu nutzen, damit sie für den Arbeitsmarkt zukünftig als zusätzliche Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Dabei wird weiterführend darauf hingewiesen, dass ausreichend finanzielle Mittel und praktikable Bedingungen zur Vereinbarung von Familie und Erwerbstätigkeit bereitgestellt werden müssen (Kommission „Soziale Sicherheit“, 2003, S. 14). Gewissermaßen gleichlautend beschreibt dies die „Enquetekommission Demografischer Wandel“. Sie weist explizit auf den informellen Pflegebedarf hin. Derzeit werden zwei Drittel der Pflegebedürftigen zumeist in den eigenen vier Wänden (insbesondere

von Ehefrauen, Lebenspartnerinnen, Töchter und Schwiegertöchter) versorgt. Da zukünftig die Erwerbsquote der Frauen steigt, muss beachtet werden, wie sich dies auf das informelle Pflegepotenzial auswirkt (Deutscher Bundestag, 2002, S. 63 und 241), zumal der Pflegebedarf in den nächsten Jahren weiter ansteigt.

3. Wohnen, Umwelt, Verkehr und Mobilität

Wohnung, Wohnumwelt und deren Anbindung an das öffentliche Straßennetz und den öffentlichen Personen-Nahverkehr, kann als eine zentrale Bedeutung für die Lebensqualität angesehen werden. Seit geraumer Zeit ist das „quartiersbezogene Wohnen“ zu einem immer größeren politischen Handlungsfeld geworden, um (älteren) Menschen ein Wohnumfeld zu bieten und die Stadt lebenswert und attraktiv zu machen. Das Alter betreffend, können eine gute Wohnung und das entsprechende Umfeld dazu beitragen – abgesehen von unveränderbaren Einbußen durch Krankheit oder Alter – ein eigenständiges Leben weiterhin zu führen (Deutscher Bundestag, 1998, S. 17). Dies bedeutet auch, dass in diesem Wohnumfeld Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen, damit sich entsprechende Dienstleistungen an diesem Ort ansiedeln können oder ihre Leistung anbieten.

Neben der Wohnung und dem vertrauten Umfeld trägt auch die Möglichkeit der Mobilität zur Erhöhung der Lebensqualität bei. Mobilität bedeutet: Wie kann sich ein älterer Mensch weiterhin ohne fremde Hilfe sowohl an seinem Wohnort als auch weiter von diesem weg bewegen? Wie können Wohnung und Wohnumfeld von außen erreicht werden? Auch im Alter wollen Menschen sowohl verschiedene Dienstleistungen als auch kulturelle Einrichtungen erreichen. Speziell Ältere, die kein Auto fahren, fühlen sich in ihrer Mobilität eingeschränkt (vgl. Mollenkopf, Flaschenträger, 2001, S. 211). Hier können politische Maßnahmen einen erheblichen Gestaltungsbeitrag leisten.

In einem nun weiteren Arbeitsschritt können die zentralen Dimensionen den forschungsleitenden Überlegungen zugeordnet und die Parteitage dokumente analysiert werden.

Die Thematik: „Alter und Gesellschaft“ – *forschungsleitende Überlegung 2* – betrachtet, welche politischen Themenschwerpunkte von der Arbeitsgemeinschaft 60 plus in die Partei „hineingetragen“ werden und wie sie innerhalb der Partei aufgenommen werden. Folgende Punkte hierbei berücksichtigt:

- Demografie,
- Potenziale des Alters,
- Generation.

Mit der – *forschungsleitenden Überlegung 3* – wird erforscht, wie durch die Arbeitsgemeinschaft 60 plus als neue Arbeitsgemeinschaft innerhalb der Partei, die älteren Parteimitglieder an der politischen Partizipation teilnehmen können. Thematisiert werden infolgedessen demzufolge:

- Beteiligung an der politischen Partizipation und
- Umgang mit den Anträgen (angenommen oder abgelehnt).

Ferner ist zu betrachten, ob sich Anträge inhaltlich mit anderen Anträgen überschneiden:

- Alleinstellungsmerkmal der Anträge.

Außerdem wird thematisiert, wie häufig Anträge der Arbeitsgemeinschaft 60 plus im Vergleich zu anderen Arbeitsgemeinschaften oder Gremien gestellt wurden:

- Antragshäufigkeit.

Es wird davon ausgegangen, dass „Ältere Menschen [...] die besten Anwälte in eigener Sache [...]“ (BAGOS, 2005 S. 1) sind und die Themen betrachten und diskutieren – so in Anträgen zu den ordentlichen

Parteitag –, die größtenteils nur ihre eigene Altersgruppe interessieren und sich wenig mit der Zukunft beschäftigen – *forschungsleitende*

Überlegung 4 – betrifft:

- Rentensicherung,
- Gesundheitssicherung,
- Pflegeversicherung.

„In einer Demokratie geht es auch immer um die Mitverantwortung für andere, insbesondere auch für die jüngere Generation [...]“ (Naegele, 2008 S. 93). Von daher werden mit der – *forschungsleitende Überlegung 5* – die

- zukunftsorientierten Themen und Themen zur Solidarität der Gemeinschaft (Sozialstaat/Familien/Umwelt und allgemeine Themenschwerpunkte/freiwilliges Engagement und Armut) untersucht.

Da die relevanten Anträge zu den Parteitagen in der Anlage IV aufgeführt sind, werden nachfolgend nur Jahrgang, Antragsnummer, Textparaphrasen, Codierung und Antragsergebnis dargestellt.

- *Forschungsleitende Überlegung 2*

Demografie

<i>Parteitag 1995</i> <i>Antrag = IR 7</i>	
Textparaphrase	Die demografische Entwicklung erfordert eine aktive Zuwanderungspolitik und Zuwanderungssteuerung. Demografische Entwicklung bedeutet langfristig eine Betrachtung der hiesigen Bevölkerungsstruktur und eine Steuerung der Zuwanderung. Es muss eine

	gesellschaftliche Spaltung verhindert werden.
Codierung	Demografie
Ergebnis des Antrags	Erledigt durch erweiterte Fassung der Antragskommission.

<i>Parteitag 2001 Antrag 0 30</i>	
Textparaphrase	Neues Alter – Demokratie kennt keine Altersgrenze – stellt sich die Arbeitsgemeinschaft als Projektinitiator und Projektleiter vor. Altersgrenzen sind in der Demokratie nicht existent. Solidarität zwischen den Generationen ist ein zentraler Baustein der Gesellschaft. Die Erfahrung der Älteren hat einen hohen Wert: Ein ausgewogener Altersmix über die Generationen hinweg in politischen Gremien ist sinnvoll. Neue Arbeits- und Mitwirkungsformen müssen auch bei den Älteren in der SPD zu Anwendung kommen und nicht den Jüngeren vorbehalten bleiben, weil neue Orientierung und Lebensstile sich durch alle Generationen ziehen.
Codierung	Demografie
Ergebnis des Antrags	Annahme

<i>Parteitag 2003 Antrag 135</i>	
Textparaphrase	Nachhaltigkeit: Rentenanpassung und demografischer Faktor
Codierung	Demografie
Ergebnis des Antrags	Erledigt durch Annahme der Antragskommission

<i>Parteitag 2005 Antrag S 1</i>	
Textparaphrase	Problem der Frühverrentung durch hohe Arbeitslosigkeit von älteren Arbeitnehmern. Es müssen arbeitsmarktpolitische Instrumente entwickelt werden, damit ältere Arbeitnehmer auch noch Chancen haben. Daher sollte die Altersteilzeit erhöht werden, damit Betroffene eine Chance auf dem Arbeitsmarkt erhalten und schrittweise den Übergang

	in den Ruhestand erlernen können.
Codierung	Demografische und Arbeitsorganisation
Ergebnis des Antrags	Überweisung an die Bundesfraktion und den Parteivorstand

Alter und Gesellschaft im Fokus der demografischen Veränderung werden allgemein im Zusammenhang mit der Zuwanderungspolitik diskutiert. Weiterführend kritisieren die älteren Parteimitglieder besonders, dass keine Rentenerhöhung erfolgt und fordern diese ein – die Nullrunde der Renteentgelte kommt faktisch einer Rentenkürzung gleich, da die Inflation zu einem Wertverlust der Rente führt. Begründet wird dies damit, dass Rentner schon einen erheblichen Anteil zur sozialen Sicherung geleistet und deshalb auch einen Anspruch auf Wachstum haben. Ferner setzt sich die Arbeitsgemeinschaft 60 plus für die Altersteilzeit ein, damit ältere Arbeitnehmer bessere Beschäftigungschancen erhalten.

Potenziale des Alters

Parteitag 1995 Antrag = O 84	
Textparaphrase	Ältere Menschen sind eine neue Kraft. Sie sind beweglich, in der Gesellschaft aktiv, politisch informiert und interessiert. Wer immer noch über „Vergreisung“ redet und die Älteren als „Alterslast“ abqualifiziert, hat nicht begriffen, dass ein neues Alter entstanden ist. Engagement und Produktivität sind nicht Eigenschaften, die vornehmlich oder ausschließlich jüngeren Menschen zuzuschreiben sind. Zu einer modernen Seniorenpolitik gehört aber auch die Auseinandersetzung mit überholten Altersbildern oder mit der Rolle der Senioren als Konsumenten.
Codierung	Strukturwandel des Alters bedeutet ein neues Altersbild der Alten: aktives Alter
Ergebnis des Antrags	Annahme

Parteitag 1999	
----------------	--

Antrag O 56	
Textparaphrase	Neue Qualität des Alters und Zukunft der Alten sind innovative Ideen für Dienstleistung und für Produkte, für Freizeit und für Engagement, auch für politische Mitwirkung des selbstbewussten und kompetenten Älteren.
Codierung	Potenziale des Alters
Ergebnis des Antrags	Überweisung an den Parteivorstand

Parteitag 2001 Antrag K16	
Textparaphrase	Das wachsende Potenzial aktiver älterer Menschen mit dem Willen zum freiwilligen Engagement muss in die Aktivitäten der örtlichen Gemeinschaft (z. B. durch die Mitarbeit in Seniorenräten) verstärkt einbezogen werden.
Codierung	Potenziale der Älteren und Integration vor Ort
Ergebnis des Antrags	Erledigt durch Annahme in der Fassung der Antragskommission

Parteitag 2001 Antrag O 30	
Textparaphrase	Neues Alter – Demokratie kennt keine Altersgrenze – stellt sich die Arbeitsgemeinschaft als Projektinitiator und Projektleiter vor. Altersgrenzen sind in der Demokratie nicht existent. Solidarität zwischen den Generations- ist ein zentraler Baustein der Gesellschaft: Die Erfahrung der Älteren hat einen hohen Wert: Ein ausgewogener Altersmix über die Generationen hinweg in politischen Gremien ist sinnvoll. Neue Arbeits- und Mitwirkungsformen müssen auch bei den Älteren in der SPD zu Anwendung kommen und nicht den Jüngeren vorbehalten bleiben, weil neue Orientierung und Lebensstile sich durch alle Generationen ziehen.
Codierung	Potenziale
Ergebnis des Antrags	Annahme

Parteitag 2003	
-------------------	--

Antrag 286	
Textparaphrase	Potenziale des Alters erkennen und nutzen, damit in Zukunft das Engagement älterer Menschen nicht verloren geht.
Codierung	Erkennen von Potenzialen
Ergebnis des Antrags	Annahme in geänderter Fassung

Parteitag 2005 Antrag S 1	
Textparaphrase	Die demografische Herausforderung erfordert ein aktives Alter und Altern, welches von der Arbeitsgemeinschaft 60 plus progressiv in allen Bereichen aufgenommen und politisch mitgestaltet wird. Dazu gehören ein differenziertes Altersbild, Prävention, altersgerechte Arbeitsplätze, Engagement, Solidarität der Generationen wie auch die politische Partizipation.
Codierung	Demografischer Wandel erfordert aktives Alter
Ergebnis des Antrags	Überweisung an die Bundestagsfraktion und den Parteivorstand (Projektgruppe „Gesellschaft des längeren Lebens“)

Mit dem Antrag der neuen politischen Kraft der Älteren – Antrag: 84 im Jahre 1995 – stellt die Arbeitsgemeinschaft 60 plus ihre und die Potenziale der älteren Bevölkerung in den Mittelpunkt. Potenziale des Alters werden in vielen Anträgen der Arbeitsgemeinschaft der 60 plus hervorgehoben und deren Nutzen für die Gesellschaft und die älteren Menschen betont.

Generation

Parteitag 1995 Antrag = O 84	
Textparaphrase	In der Partei dominieren Männer der mittleren Generation. Senioren sollen zu einem politischen Neueinstieg gewonnen werden. Solidarität zwischen den Generationen innerhalb der Partei wird gefordert. Jüngere und Ältere müssen die SPD mehr repräsentieren.

Codierung	Generationsgerechtigkeit innerhalb der Partei
Ergebnis des Antrags	Annahme

Parteitag 1997 Antrag I 174	
Textparaphrase	Solidarität zwischen den Generationen ist wichtig. Unsoziale Sparmaßnahmen werden sowohl für die jüngere als auch für die ältere Generation abgelehnt.
Codierung	Generation und Solidarität
Ergebnis des Antrags	Zurückweisung mit Hinweis auf Initiativantrag des Parteivorstands

Parteitag 2001 Antrag 0 30	
Textparaphrase	Neues Alter – Demokratie kennt keine Altersgrenze – stellt sich die Arbeitsgemeinschaft als Projektinitiator und Projektleiter vor. Altersgrenzen sind in der Demokratie nicht existent. Solidarität zwischen den Generationen ist ein zentraler Baustein der Gesellschaft: Die Erfahrung der Älteren hat einen hohen Wert: Ein ausgewogener Altersmix über die Generationen hinweg in politischen Gremien ist sinnvoll. Neue Arbeits- und Mitwirkungsformen müssen auch bei den Älteren in der SPD zu Anwendung kommen und nicht den Jüngeren vorbehalten bleiben, weil neue Orientierung und Lebensstile sich durch alle Generationen ziehen.
Codierung	Generation
Ergebnis des Antrags	Annahme

Parteitag November 2003 Antrag 286	
Textparaphrase	Aktives Leben im Alter bedeutet: Ältere Menschen setzen sich nicht nur für ihre Belange ein, sondern auch für andere Generationen und fördern den Austausch. Trotz hohen sozialen Engagements sind ältere Menschen in Parlamenten gering vertreten. Zwischen den Generationen muss das politische Potenzial der

	Älteren besser genutzt werden. Generationsbeziehung zwischen und über die Haushaltsgrenzen muss vermehrt stattfinden. Von daher soll mehr Begegnung und Kooperation zwischen den Generationen geschaffen werden.
Codierung	Demografischer Wandel umfasst Generationengerechtigkeit und Solidarität
Ergebnis des Antrags	Annahme in geänderter Fassung

Parteitag 2003 Antrag 221	
Textparaphrase	Lebensalter muss ein Schutzgrund werden und bedarf daher eines EU-Gesetzes gegen Altersdiskriminierung
Codierung	Demografischer Wandel umfasst Generationengerechtigkeit und Schutz der Älteren mittels eines Gesetzes gegen Altersdiskriminierung.
Ergebnis des Antrags	Überweisung an die Bundestagsfraktion

Parteitag 2005 Antrag S 1	
Textparaphrase	Da die heutige ältere Generation jünger ist als früher, entstehen neue Chancen für das gesellschaftliche Engagement.
Codierung	Generation des gesellschaftlichen Engagements
Ergebnis des Antrags	Überweisung an Bundestagsfraktion und Parteivorstand (Projektgruppe „Gesellschaft des längeren Lebens“)

Parteitag 2007 Antrag B 1	
Textparaphrase	Gemeinsames Lernen fördert den Austausch zwischen den Generationen. Um die Zukunft zu gestalten, bedarf es der Weiterbildung, und zwar für Jung und Alt. Die Gesellschaft ist auf die Weiterbildung aller Personengruppen angewiesen, damit Wettbewerb, Wohlstand und Solidarität der Generationen erhalten und gefestigt werden können.
Codierung	Generation und Weiterbildung
Ergebnis des Antrags	Überweisung an Bundestagsfraktion und PV/Forum Bildung

Parteitag 2007 Antrag O 15	
Textparaphrase	Bei der praktischen Arbeit vor Ort muss das Gleichheitsprinzip für alle Arbeitsgemeinschaften der SPD bestehen.
Codierung	Generationenkampf in der Partei
Ergebnis des Antrags	Erledigt durch neu beschlossene Richtlinie des Parteivorstandes

Generationenzusammenhalt und Generationengerechtigkeit ist in vielfacher Weise ein Themenschwerpunkt der Arbeitsgemeinschaft 60 plus, der in den Anträgen formuliert wird. Dabei geht es auch um die Zukunft des Sozialstaats, in dem unsoziale Sparpläne für die Jungen und Alten ausdrücklich abgelehnt werden. Generationengerechtigkeit bedeutet, dass ältere Menschen ihre Chancen nutzen, sich gesellschaftlich für andere einzusetzen. Insbesondere soll das politische Potenzial der Älteren genutzt werden. Hierzu – und nicht nur hierzu – bedarf es des gemeinsamen Lernens, damit ein Austausch zwischen den Generationen stattfindet und mehr Generationensolidarität entsteht. Generationengerechtigkeit bedeutet aber auch, dass die Sitzanteile in den politischen Gremien zwischen Jung und Alt gleichberechtigt vergeben werden und nicht den jüngeren vorbehalten sind. Generationengerechtigkeit bedeutet auch, dass Ältere Schutz benötigen und daher ein Altersdiskriminierungsgesetz erforderlich ist.

Zusammenfassung zur forschungsleitenden Überlegung 2

Alter und Gesellschaft werden nicht bloß von der Arbeitsgemeinschaft 60 plus in den Anträgen thematisiert, vielmehr lässt sich feststellen, dass diese Thematik einen zentralen Antragsschwerpunkt der Arbeitsgemeinschaft 60 plus darstellt. Dabei werden die Interessen der älteren Parteimitglieder durch die Arbeitsgemeinschaft 60 plus offensiv und stark vertreten. Besonders oft werden die Potenziale der Älteren

betont, die in erster Linie durch den Antrag „Neues Alter – Demokratie kennt keine Altersgrenze“ hervorgehoben werden. Der demografische Wandel darf nicht zulasten der jungen und älteren Bevölkerung gehen. Hervorgehoben werden muss, dass die Arbeitsgemeinschaft mehrfach die Generationengerechtigkeit im Rahmen der politischen Partizipation einfordert: So wurden mehr Gremienplätze für ältere Parteimitglieder gefordert.

Die forschungsleitende Überlegung 2 kann anhand der hier aufgezeigten Anträge bestätigt werden: Durch die Arbeitsgemeinschaft 60 plus werden die Interessen der älteren Parteimitglieder vertreten, und das Thema „Alter und Gesellschaft“ wird von der Partei aufgenommen.

○ *Forschungsleitende Überlegung 3*

Beteiligung und allgemeine Aktivitäten der politischen Partizipation

Parteitag 1995 Antrag O 63	
Textparaphrase	Eine Quote für ältere Mitglieder bei der Vergabe von Parteiämtern und Stimmrecht in den Gremien soll berücksichtigt werden.
Codierung	Partizipation
Ergebnis des Antrags	Annahme des Antrags in folgender Fassung: Die Ortsvereine, Unterbezirke/ Landesverbände werden aufgefordert, ältere Parteimitglieder bzw. Vertreter und Vertreterinnen der AG 60 plus bei Delegierten- und Vorstandswahlen wie auch bei Kandidaturen für Kommunalvertretung und Parlamente stärker zu berücksichtigen

Parteitag 1995 Antrag O 84	
Textparaphrase	Ältere werden als neue Kraft in der Politik und Partei gesehen. Ältere wollen nicht abgeschoben werden, sondern das politische Leben mitgestalten. Politik heißt: die Älteren, damit die Betroffenen einen Raum haben, mitentscheiden zulassen. Für Politik und

	Partei sind die Älteren eine wichtige Ressource für die Zukunft.
Codierung	Politische Kraft der Älteren
Ergebnis des Antrags	Annahme

Parteitag 1997 Antrag I 276	
Textparaphrase	Durch den demografischen Wandel wird es zu einer Alterung und Abnahme der Bevölkerung kommen. Die Arbeitsgemeinschaft 60 plus wird kommunalpolitische Initiativen ergreifen, um Themen und Positionen der SPD zu vertreten.
Codierung	Kommunalpolitik
Ergebnis des Antrags	Annahme

Parteitag 1997 Antrag O 365	
Textparaphrase	Die Arbeitsgemeinschaft 60 plus erwartet Sitz und Stimmrecht in allen Vorständen und Gliederungen der SPD.
Codierung	Stimmrecht für die Arbeitsgemeinschaft sechzig plus
Ergebnis des Antrags	Ablehnung

Parteitag 1999 Antrag O 56	
Textparaphrase	Die demografische Entwicklung erfordert eine Veränderung der Gesellschaft. Gefragt sind Ideen der Wirtschaft und der Dienstleistung. Alter ist ein aktiver Gewinn für die Gesellschaft. Dies wird kommuniziert, indem pro Jahr bundesweite Aktionen der Arbeitsgemeinschaft 60 plus durchgeführt werden.
Codierung	Aktionen der Arbeitsgemeinschaft
Ergebnis des Antrags	Überweisung an den Parteivorstand

Parteitag 2001 Antrag K 16	
Textparaphrase	Von der Kommunalpolitik wird erwartet, eine Seniorenpolitik zu vertreten, die die Würde des Menschen achtet und die Individualität des Alters

	anerkennt.
Codierung	Seniorenpolitische Orientierung der Kommunalpolitik
Ergebnis des Antrags	Erledigt durch Annahme in der Fassung der Antragskommission

Parteitag 2001 Antrag 0 31	
Textparaphrase	Bei der Vorschlagsliste für Vorstände und Parlamente sollen ältere Parteimitglieder mehr berücksichtigt werden.
Codierung	Partizipation
Ergebnis des Antrags	Erledigt durch die Praxis

Parteitag 2001 Antrag 0 32	
Textparaphrase	Auf allen Ebenen sollen themenbezogene Projektarbeiten initiiert werden, die in einer Legislaturperiode durchgeführt werden. Am Ende der Legislaturperiode werden die Arbeitsergebnisse vorgestellt.
Codierung	Projektarbeit
Ergebnis des Antrags	Überweisung an Parteivorstand und Kommission Organisationspolitik

Parteitag 2007 Antrag U 29	
Textparaphrase	Die Parteisatzung soll dahin gehend geändert werden, dass in allen Parteigremien die Arbeitsgemeinschaften automatisch Sitz und Stimme haben.
Codierung	Satzungsänderung
Ergebnis des Antrags	Ablehnung

In einem der ersten Anträge, die die Arbeitsgemeinschaft 60 plus stellt, wird eine Quotierung von Parteiämtern und Stimmrecht in Gremien für die älteren Parteimitglieder gefordert. Des Weiteren wird in allen Antragsbüchern zu den ordentlichen Parteitagen ein Mehr an politischer Partizipation innerhalb der Partei von der Arbeitsgemeinschaft 60 plus eingefordert. Mit dem Antrag zur neuen politischen Kraft der Älteren stellt

die Arbeitsgemeinschaft ihre und die Potenziale der älteren Bevölkerung in den Mittelpunkt, da ältere Menschen das politische Leben mitgestalten und mitentscheiden wollen, was nochmals mit dem Antrag „Aktives Alter – wir gestalten mit“ betont wird.

Umgang mit den Anträgen – angenommen oder abgelehnt

Von den insgesamt 56 eingereichten Anträgen der Arbeitsgemeinschaft 60 plus sind annähernd 18 % angenommen worden. Der größte Teil der Anträge wurde an weitere Gremien überwiesen, und zwar 43 %. 16 % der Anträge sind zumeist schon in anderen Anträgen erörtert worden und haben sich somit erledigt. Zurückgestellt wurden 4 %, und ein Antrag hat sich durch die alltägliche Praxis erledigt. Abgelehnt wurden insgesamt 14 % der Anträge, und wie über zwei Anträge entschieden wurde, wurde in den Parteitagdokumenten nicht ausgewiesen.

Alleinstellungsmerkmal der Anträge der Arbeitsgemeinschaft 60 plus

Parteitag 1995 Antrag O 41	
Textparaphrase	Der Mitgliedsbeitrag für Senioren, die im Heim leben, soll reduziert werden.
Codierung	Mitgliedbeitrag
Ergebnis des Antrags	Ablehnung

Parteitag 1997 Antrag O 365	
Textparaphrase	Die Arbeitsgemeinschaft 60 plus erwartet Sitz und Stimmrecht in allen Vorständen und Gliederungen der SPD.
Codierung	Stimmrecht für die Arbeitsgemeinschaft 60 plus
Ergebnis des Antrags	Ablehnung

Parteitag 2001 Antrag I 28	
-------------------------------	--

Textparaphrase	Zeitbegrenzung für politische Ämter auf höchstens drei Wahlperioden
Codierung	Amtszeitbegrenzung
Ergebnis des Antrags	(nicht ausgewiesen)

Parteitag 2001 Antrag 013	
Textparaphrase	Gefordert wird die beitragsfreie Mitgliedschaft der SPD für finanziell schlecht gestellte Genossen, die in einer Altenhilfeeinrichtung leben.
Codierung	Mitgliedschaft
Ergebnis des Antrags	Ablehnung

Parteitag 2001 Antrag 0 31	
Textparaphrase	Bei der Vorschlagsliste für Vorstände und Parlamente sollen ältere Parteimitglieder mehr berücksichtigt werden.
Codierung	Partizipation
Ergebnis des Antrags	Erledigt durch die Praxis

Parteitag 2001 Antrag 0 32	
Textparaphrase	Auf allen Ebenen sollen themenbezogene Projektarbeiten initiiert werden, die in einer Legislaturperiode durchgeführt werden. Am Ende der Legislaturperiode werden die Arbeitsergebnisse dargestellt.
Codierung	Projektarbeit
Ergebnis des Antrags	Überweisung an Parteivorstand und Kommission Organisationspolitik.

Parteitag 2003 Antrag 221	
Textparaphrase	Die Bundesregierung soll sich für ein Alters-Diskriminierungsgesetz einsetzen.
Codierung	Altersdiskriminierung
Ergebnis des Antrags	Überweisung an die Bundestagsfraktion

Parteitag 2003 Antrag 286	
Textparaphrase	Die Arbeitsgemeinschaft 60 plus erhofft die Umsetzung des Leitbildes: „Die Chancen des demografischen Wandels nutzen – für ein gesellschaftlich aktives Alter“. Dies beinhaltet: Alter und Arbeitswelt, soziale, kulturelle und politische Partizipation, Alter und Wirtschaft sowie die Solidarität zwischen den Generationen.
Codierung	Demografischer Wandel
Ergebnis des Antrags	Annahme in folgender Fassung: in Ziffer 3.4 nach „sehr gering“ den Rest streichen; Streichung der Ziffer 4.3 (Überweisung als Material an die Bundesregierung und Bundestagsfraktion)

Parteitag 2005 Antrag S 1	
Textparaphrase	Die demografische Herausforderung erfordert ein aktives Alter und Altern, welches von der Arbeitsgemeinschaft 60 plus progressiv in allen Bereichen aufgenommen und politisch mitgestaltet wird. Dazu gehören ein differenziertes Altersbild, Prävention, altersgerechte Arbeitsplätze, Engagement, Solidarität der Generationen wie auch die politische Partizipation.
Codierung	Demografischer Wandel erfordert aktives Alter
Ergebnis des Antrags	Überweisung an die Bundestagsfraktion und den Parteivorstand (Projektgruppe „Gesellschaft des längeren Lebens“)

Parteitag 2005 Antrag O 10	
Textparaphrase	Antrag auf die Öffnung für Gastmitglieder
Codierung	Organisationsantrag
Ergebnis des Antrags	Ablehnung

Parteitag 2005 Antrag S 31	
Textparaphrase	Pflegeheimbewohnern soll der Mitgliedsbeitrag erlassen werde.
Codierung	Mitgliedbeitrag

Ergebnis des Antrags	Ablehnung
----------------------	-----------

Parteitag 2007 Antrag U 29	
Textparaphrase	Die Parteisatzung soll dahin gehend geändert werden, dass in allen Parteigremien die Arbeitsgemeinschaften automatisch Sitz und Stimme haben.
Codierung	Satzungsänderung
Ergebnis des Antrags	Ablehnung

Parteitag 2007 Antrag O 14	
Textparaphrase	Informationen sollen so dokumentiert werden, dass diese in einer klaren und verständlichen Kommunikationsweise erscheinen.
Codierung	Informationsverständigung
Ergebnis des Antrags	Ablehnung

Parteitag 2007 Antrag 15	
Textparaphrase	Durch die Globalisierung gehören die älteren Arbeitnehmer aufgrund der Qualifikationsmaßnahmen zum Teil zu den Verlierern.
Codierung	Änderung der Grundsätze und Richtlinie für die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften in der SPD
Ergebnis des Antrags	Annahme durch inhaltliche Einarbeitung

Wie bei jeder antragsstellenden Arbeitsgemeinschaft beziehungsweise jedem Gremium werden durch die Anträge nicht nur Themen gestellt, die von allen Beteiligten als bedeutend oder interessant angesehen werden, sondern ein Teil der Anträge vertritt allein die Interessenlage einer Gruppe. Allein antragstellend ist die Arbeitsgemeinschaft 60 plus bei den Anträgen, die die Mitgliedsbeitragsbefreiung beziehungsweise Mitgliedsbeitragsreduzierung von Senioren, die in Pflegeeinrichtungen leben, umfassen. Ferner wurde in all den Jahren die Berücksichtigung von

älteren Parteimitgliedern bei der Vergabe von politischen Ämtern und in Gremien sowie eine allgemeine Amtszeitbegrenzung auf höchstens drei Wahlperioden gefordert. Die Bundesregierung soll sich für ein umfassendes Alters-Diskriminierungsgesetz einsetzen, damit die EU-Richtlinien umgesetzt und die Parteiinformationen so dokumentiert werden, dass sie verständlicher sind. Anträge zum „demografischen Wandel“ und zu den „Chancen der aktiven Alten“ sowie der Antrag, dass die „Älteren aktiv mitgestalten“, wurden im Weiteren nur von der Arbeitsgemeinschaft 60 plus gestellt.

In der nachfolgenden Tabelle sind die Anträge der Arbeitsgemeinschaft 60 plus zusammengefasst aufgeführt und unter dem Aspekt des Alleinstellungsmerkmals sowie der Gemeinsamkeit mit anderen antragstellenden Arbeitsgemeinschaften oder Gremien aufgeführt.

Parteitagsjahr	1995	1997	1999	2001	2003	2005	2007
Zusammenfassung der Anträge							
Demografie	M			M	M		
Demografie und Arbeitsorganisation						E	
Aktive Alte	E		E	E	M	E	
Potenziale der Älteren	E		E	E	M	E	
Generation	E	M		E	M	M	E
Politische Partizipation der Älteren	E	E	E	E	E	E	E
Schutz des Alters					E		
Arbeitsgemeinschaft							M
Sozialstaat	M	M		E	M		E
Bürgerschaftliches Engagement	E	E			E	E	E
Gesundheitspolitik	E				M		
Weiterbildung im Alter							E
Armut	M	E			M	M	
Frühverrentung	M						
Mitgliedsbeitrag	M			E		E	
Ergänzungsabgabe	M	M					
Altenhilfe			M				

E = Anträge, die nur von der Arbeitsgemeinschaft 60 plus gestellt wurden.

M = Anträge wurden sowohl von der Arbeitsgemeinschaft als auch von anderen Parteigremien/Parteiorganisationen gestellt.

Tabelle 7: Zusammenfassung der gestellten Parteitagsanträge der Arbeitsgemeinschaft 60 plus (vgl. SPD-Parteivorstand, 1995, 1997, 1999, 2001, 2003, 2005, 2007b). Eigene Darstellung.

Antragshäufigkeit

Die Arbeitsgemeinschaft 60 plus erwies sich auf allen Parteitagen als eine antragsstarke Arbeitsgemeinschaft. Im Durchschnitt wurden von der Arbeitsgemeinschaft 60 plus 7,4 Anträge pro Bundesparteitag – das entspricht 1,96 % – eingereicht, und damit gehört sie, wie aus der nachfolgenden Abbildung ersichtlich, zu einer der antragsstärksten Arbeitsgemeinschaften. Dies spricht für eine quantitativ gute Repräsentanz der älteren Parteimitglieder und belegt, dass die älteren Parteimitglieder durch die Arbeitsgemeinschaft gut vertreten werden beziehungsweise ihre politischen Interessen artikulieren.

Anträge zum SPD Parteitag 1995 bis 2007 (in %)

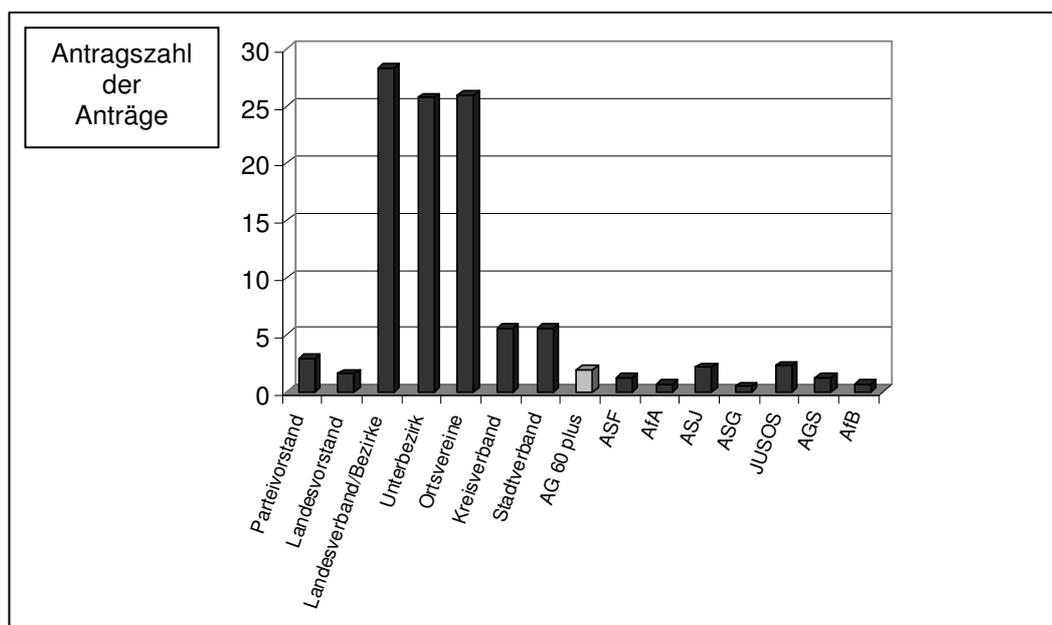


Abbildung 38: Anträge zum Bundesparteitag der SPD 1995 – 2007. Quelle: Antragsbücher zu den ordentlichen Parteitagen der SPD 1995 – 2007b. SPD-Partei Vorstand (Hrsg.): Eigene Darstellung und Berechnung.⁹²

Zusammenfassung zur forschungsleitenden Überlegung 3

⁹² Abkürzungen sind im Teil IV, Punkt 1.1.3, Horizontaler Aufbau und Willensbildung der SPD, erläutert.

Seit der Teilnahme an den ordentlichen Parteitag hat die Arbeitsgemeinschaft 60 plus eine Vielzahl von Anträgen gestellt, die sie von Beginn an als antragsstarke Arbeitsgemeinschaft auszeichnet. Allerdings wurde über alle Anträge, in denen die Arbeitsgemeinschaft 60 plus eine erhöhte politische Partizipation einfordert oder eine dahin gehende Satzungsänderung erlangen will, ausnahmslos abschlägig entschieden. Abgesehen von diesen in eigener Sache erfolgenden Anträgen der Arbeitsgemeinschaft 60 plus, wurden die Anträge der Arbeitsgemeinschaft 60 plus größtenteils angenommen oder weitergeleitet. In vielen Anträgen fand sich eine inhaltliche Gemeinsamkeit mit anderen antragsstellenden Gremien, sodass davon ausgegangen werden kann, dass die Themenschwerpunkte der Arbeitsgemeinschaft 60 plus nicht von den älteren Parteimitgliedern allein, sondern von einem großen Anteil der Genossen so betrachtet werden, auch wenn es offenbar einige Themengebiete gibt, die nur von der Arbeitsgemeinschaft 60 plus eingereicht werden, nämlich:

- politische Partizipation der Älteren und
- die aktiven Alten.

Ältere Parteimitglieder engagieren sich vermehrt in politischer Partizipation, vertreten durch die Arbeitsgemeinschaft 60 plus.

- *Forschungsleitende Überlegung 4*

Rentensicherung

Parteitag 1995 Antrag S 2	
Textparaphrase	Belastung der Alterssicherung darf nicht durch versicherungsfremde Leistungen geschehen, dies ist auch im Interesse der jungen Generation.
Codierung	Grundwert Solidarität
Ergebnis des Antrags	Überweisung zur sozialpolitischen Kommission beim Parteitag

Parteitag 1995 Antrag S 33	
Textparaphrase	Bei dem Diskurs der Sicherheit der Rentenbezüge muss auch die Arbeitsmarktproblematik beachtet werden.
Codierung	Rentensicherung und Frühpensionierung
Ergebnis des Antrags	Überweisung an die SPD-Bundestagsfraktion

Parteitag 1995 Antrag S 42	
Textparaphrase	Initiative gegen die bestehende Altersarmut. Ein Sofortprogramm soll das Ziel haben, eine soziale Grundsicherung für diejenigen Menschen im Rentenalter zu gewährleisten, die heute auf die Sozialhilfe angewiesen sind.
Codierung	Altersarmut und Grundsicherung
Ergebnis des Antrags	Erledigt durch einen weiteren Antrag

Parteitag 1997 Antrag I 174	
Textparaphrase	Die Solidarität zwischen den Generationen wird hervorgehoben. Durch die demografische Entwicklung wird sich das Rentensystem verändern. Die aktuelle Finanzierungslücke im Rentensystem darf nicht durch Leistungskürzung oder Beitragserhöhung gelöst werden. Das System der leistungsbezogenen Rente muss erhalten werden. Es gilt, durch arbeitspolitische Maßnahmen mehr Beitragszahler zu gewinnen. Die Sicherung der gesetzlichen Rentenversicherung muss ein zentrales Thema der Regierung sein
Codierung	Generationenvertrag
Ergebnis des Antrags	Zurückstellung mit Hinweis auf Initiativantrag des Parteivorstandes

Parteitag 1997 Antrag I 191	
Textparaphrase	Rentenversicherung soll durch eine Wertschöpfungsabgabe ergänzt werden.
Codierung	Rente und Wertschöpfung
Ergebnis des	Überweisung an Parteivorstand zur Erarbeitung eines

Antrags	Wahlprogramms und Überweisung an die Bundestagsfraktion.
---------	--

Parteitag 1997 Antrag I 206	
Textparaphrase	Für Ältere sind Renten- und Krankenversicherung wichtige Säulen. Krankheit darf nicht entsolidarisiert werden. Die Befürchtung liegt nahe, dass es zu einer Zweiklassen-Medizin kommt. Es wird eine solidarische Gesundheitspolitik eingefordert.
Codierung	Gesundheitsreform
Ergebnis des Antrags	Überweisung an Parteivorstand zur Erarbeitung eines Wahlprogramms und Überweisung an die Bundestagsfraktion

Parteitag 2003 Antrag 135	
Textparaphrase	Renten-, Pflege- und Krankenversicherung sind so zu gestalten, dass Rentner am allgemeinen Wachstum und an der weiteren vollständigen Vorsorge teilhaben können, ohne erhebliche Ausweitung der finanziellen Beteiligung. Künftig ist das Krankheitsbild „Demenz“ in den Leistungskatalog der Pflegeversicherung mit aufzunehmen.
Codierung	Reform der sozialen Sicherungssysteme
Ergebnis des Antrags	Erledigt durch Annahme von A1 in der Fassung der Antragskommission

Parteitag 2003 Antrag 286	
Textparaphrase	Der Prozess der frühen Ausgliederung aus dem Berufsleben führt oftmals zu einer Verminderung der Rente.
Codierung	Trend der Frühverrentung muss beendet werden
Ergebnis des Antrags	Annahme in geänderter Fassung

Parteitag 2005 Antrag S 1	
Textparaphrase	Der Übergang in den Ruhestand muss erleichtert werden durch mehr flexible Arbeitszeitformen mit einer teilweisen Auszahlung der Rente.
Codierung	Umsteuerung statt Frühverrentung

Ergebnis des Antrags	Überweisung an Bundestagsfraktion und Parteivorstand

Die Rentensicherung wird zwar vornehmlich auf ihren Sicherungsbestand hin diskutiert, und Alterssicherung und die Problematik der älteren Menschen werden auf dem Arbeitsmarkt hin fokussiert, aber auch der gesamtgesellschaftliche Blick der Rentensicherung wird immer mit einbezogen.

Gesundheitssicherung

Parteitag 1995 Antrag S 33	
Textparaphrase	Ältere Arbeitnehmer sollen unter anderem mit sozialpolitischen Instrumenten gegen Gesundheitsrisiken geschützt werden.
Codierung	Arbeitsförderungsgesetz und Arbeitsschutz gegen Gesundheitsrisiken
Ergebnis des Antrags	Überweisung an die SPD-Bundestagsfraktion

Parteitag 1995 Antrag S 43	
Textparaphrase	Ältere sind oftmals verstärkt auf das Gesundheitswesen angewiesen. Das Maß an Behandlungen muss von den Ärzten richtig eingeschätzt werden. Es muss mehr präventiv gearbeitet werden, um Krankheiten zu vermeiden. Weiterhin muss es noch eine Zwischenversorgung zwischen Wohnung und Krankenhaus geben, die im Wohnquartier liegt.
Codierung	Gesundheitsversorgung / Prävention
Ergebnis des Antrags	Überweisung an die SPD-Bundestagsfraktion.

Parteitag 1997 Antrag I 206	
Textparaphrase	Für Ältere sind Renten- und Krankenversicherung

	wichtige Säulen. Krankheit darf nicht entsolidarisiert werden. Die Befürchtung liegt nahe, dass es zu einer Zweiklassen-Medizin kommt. Es wird eine solidarische Gesundheitspolitik eingefordert.
Codierung	Gesundheitsreform
Ergebnis des Antrags	Überweisung an Parteivorstand zur Erarbeitung eines Wahlprogramms und Überweisung an die Bundestagsfraktion

Parteitag 2001 Antrag S 2	
Textparaphrase	Die Weiterentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung hat sich uneingeschränkt an die grundlegenden Prinzipien der sozialen Krankenversicherung anzulehnen. Dabei bedarf es einer weiteren Verbesserung der Leistungssteuerung und Qualität unter der Prämisse der Wirtschaftlichkeit. Zu beachten ist die bessere Einbindung der Prävention und Patienteninformation.
Codierung	Krankenversicherung
Ergebnis des Antrags	„[...] Empfehlung der Antragskommission [...] Überweisung an Parteivorstand mit dem Auftrag eine Fachkonferenz zu machen zur Erarbeitung des Regierungs-Programms usw.“ (Fuchs, 2001, S. 379).

Parteitag 2001 Antrag S 4	
Textparaphrase	Die Gesundheitsreform muss ergeben, dass alle notwendigen medizinischen Leistungen für alle Menschen verfügbar sind. Prävention und Rehabilitation bedürfen einer höheren Priorisierung. Eine Beitragserhöhung ist tunlichst zu vermeiden, und die Medikamentensteuer ist auf EU-Niveau anzugleichen.
Codierung	Gesundheitsreform
Ergebnis des Antrags	„[...] Empfehlung der Antragskommission [...] Überweisung an Parteivorstand mit dem Auftrag eine Fachkonferenz zu machen zur Erarbeitung des Regierungs-Programms usw.“ (Fuchs, 2001, S. 379)

Parteitag 2003 Antrag 164	
Textparaphrase	Die Kostenexplosion im Gesundheitswesen kann

	nicht nur allein durch die Leistungsabnehmer abgefangen werden. Ausdrücklich bedarf es der Verpflichtung der Pharmaindustrie.
Codierung	Reduktion der Kosten im Gesundheitswesen durch die Pharmaindustrie
Ergebnis des Antrags	Überweisung an die Bundestagsfraktion und Bundesregierung

Parteitag 2003 Antrag 166	
Textparaphrase	Das Solidarprinzip der Familienversicherung muss erhalten bleiben.
Codierung	Gesundheitsreform muss solidarisch bleiben
Ergebnis des Antrags	Erledigt durch Annahme von A1 in der Fassung der Antragskommission

Parteitag 2003 Antrag 182	
Textparaphrase	Weitere Leistungskürzungen der gesetzlichen Krankenversicherung sind nicht hinnehmbar.
Codierung	Leistungskürzung der gesetzlichen Krankenversicherung
Ergebnis des Antrags	Erledigt durch Regierungshandeln

Parteitag 2003 Antrag 286	
Textparaphrase	Die ältere Generation ist heute zumeist gesünder. Es ist zu beachten, dass durch frühe Prävention dazu beigetragen kann, im Alter gesund und selbstständig zu bleiben.
Codierung	Lebenserwartung und Gesundheitsförderung
Ergebnis des Antrags	Annahme in geänderter Fassung

Anträge, die das Alter und die Gesundheitssicherung betreffen, beinhalten zumeist die Gesundheitsreform und deren grundlegenden sozialen Erhalt. Wenn das Alter in den Anträgen thematisiert wird, sind es durchweg präventive Maßnahmen, die gefordert werden, die thematisieren, dass im Alter Gesundheit und Selbstständigkeit erhalten bleiben müssen.

Pflegesicherung

Parteitag 1995 Antrag S 43	
Textparaphrase	Durch den Auf- und Ausbau der altersgerechten Rehabilitation soll Pflegebedürftigkeit vermieden werden
Codierung	Ausbau der altersgerechten Rehabilitation
Ergebnis des Antrags	Erledigt

Parteitag 1997 Antrag I 194	
Textparaphrase	Das Pflegeversicherungsgesetz erfüllt nicht das, was allgemein erwartet wurde. Bei der Finanzierung muss der Solidargedanke aufrechterhalten bleiben. Die Ausgrenzung bestimmter Pflegeleistungen muss verhindert werden. Dazu muss der Begriff der Pflegebedürftigkeit erweitert werden. Die Qualifizierung der Begutachter bedarf der genauen Betrachtung. Letztlich muss der bürokratische Aufwand auf ein Minimum reduziert werden.
Codierung	Verbesserung des Pflegeversicherungsgesetz
Ergebnis des Antrags	Überweisung an Parteivorstand zur Erarbeitung eines Wahlprogramms und Überweisung an die Bundestagsfraktion

Parteitag 1997 Antrag I 197	
Textparaphrase	Auch „verwirrte“ Personen müssen als pflegebedürftig anerkannt werden.
Codierung	Novellierung des Pflegeversicherungsgesetzes
Ergebnis des Antrags	Überweisung an Parteivorstand zur Erarbeitung eines Wahlprogramms und Überweisung an die Bundestagsfraktion

Parteitag 1999 Antrag S 29	
Textparaphrase	Es wird gefordert, die Demenz-Erkrankungen in das Pflegeversicherungsrecht mit einzubeziehen und die menschliche Zuwendung als „Zeitfenster“ aufzunehmen.

Codierung	Pflegeversicherung
Ergebnis des Antrags	Überweisung an die Bundestagsfraktion

Parteitag 1999 Antrag S 31	
Textparaphrase	Die Heimpersonalverordnung soll rasch wieder in Kraft gesetzt werden. Es ist darauf zu achten, dass der Stellenschlüssel von 50 zu 50 mit Fachkräften besetzt wird.
Codierung	Altenhilfe
Ergebnis des Antrags	Annahme in der Fassung der Antragskommission: Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, dafür zu sorgen, dass die Heimpersonalverordnung auf Dauer in Kraft gesetzt wird. Absatz 2: Überweisung an die Bundestagsfraktion.

Parteitag 1999 Antrag S 32	
Textparaphrase	Bei der Bildung von Heimbeiräten sollen auch gesetzliche Betreuer, Angehörige oder bevollmächtigte Vertreter berücksichtigt werden. Die Heimaufsicht soll regional verbessert werden. Dazu sind Kommissionen zu bilden.
Codierung	Altenhilfe
Ergebnis des Antrags	Annahme in der Fassung der Antragskommission: Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, bei der Novellierung des Heimgesetzes die Bestimmungen zur Bildung von Heimbeiräten (§ 1 Heimmitw V) dahin gehend zu erweitern, dass auch gesetzliche Betreuer, bevollmächtigte Vertreter und Angehörige von Heimbewohnern in den Heimbeirat gewählt werden können. Absatz 2: Überweisung an die Bundestagsfraktion.

Parteitag 2001 Antrag S 15	
Textparaphrase	Es werden verbesserte Rahmenbedingungen für Demenzerkrankte und deren Angehörige gefordert. Demenz muss in den Leistungskatalog der Pflegeversicherung mit aufgenommen werden. Wohngemeinschaften für Demenzerkrankte sollen erweitert werden.
Codierung	Pflegeversicherung

Ergebnis des Antrags	„[...] Empfehlung der Antragskommission [...] Überweisung an Parteivorstand mit dem Auftrag eine Fachkonferenz zu machen zur Erarbeitung des Regierungs-Programms usw..“ (Fuchs, 2001, S. 379)
----------------------	--

Parteitag 2003 Antrag 135	
Textparaphrase	Renten-, Pflege-, und Krankenversicherung sind so zu gestalten, dass Rentner am allgemeinen Wachstum und an der weiteren vollständigen Vorsorge teilhaben können, ohne erhebliche Ausweitung der finanziellen Beteiligung. Künftig ist das Krankheitsbild Demenz in den Leistungskatalog der Pflegeversicherung mit aufzunehmen.
Codierung	Reform der sozialen Sicherungssysteme
Ergebnis des Antrags	Erledigt durch Annahme der Fassung der Antragskommission

Die Anträge zur Pflegesicherung zeigen deutlich die verschiedenen Entwicklungsschritte der Pflegeversicherung. Anfänglich ist die Ausgrenzung bestimmter Pflegeleistungen kritisiert worden. Das bezog sich mehrfach auf die Demenz-Erkrankung. Aber auch die Struktur der Altenhilfe, hier der Personalschlüssel und eine Verbesserung der behördlichen Aufsicht wird gefordert. Bei allen Anträgen der Arbeitsgemeinschaft 60 plus, die die Pflegeversicherung hervorheben, wird immer die Solidarität der Gemeinschaft und die Finanzierungsmöglichkeit des Sozialstaates mitbedacht.

Zusammenfassung zur forschungsleitenden Überlegung 4

Mit dem Themenblock der Renten-, Gesundheits- und Pflegesicherung beschäftigen sich die älteren Parteimitglieder in dem betrachteten Zeitraum intensiv. Die Anträge zur Gesundheits- und Pflegesicherung werden von der Arbeitsgemeinschaft 60 plus qualitativ weit ausgeführt. Dabei werden aber immer die Solidarität und Generationengerechtigkeit eingefordert. Von einer altersspezifischen Diskussion, in der, wie vermutet, die ältere Generation nur als Anwalt in eigener Sache auftritt,

kann bei einer objektiven Betrachtung keine Rede sein. Die Ausgangslage, dass ältere Parteimitglieder sich wenig mit zukunftsbezogene Themen beschäftigen oder bei der Diskussion die Zukunft ausblenden und demgemäß die Anträge stellen und begründen, ist nicht aufrechtzuerhalten. Ältere Parteimitglieder stellen und begründen ihre Anträge zumeist zukunftsorientiert.

- *Forschungsleitende Überlegung 5*

Sozialstaat

Parteitag 1995 Antrag S2	
Textparaphrase	Diskussion um den Sozialstaat, der aus Netzwerken, staatlichen Leistungen, privater Vorsorge und Selbsthilfeaktivitäten besteht. Der Sozialstaat muss sich für Schwache einsetzen, die auch einen unverzichtbaren Baustein für das demokratische Gemeinwesen darstellen. Sozialstaat und Menschenwürde können nicht getrennt werden. Der Grundwert der Solidarität darf nicht infrage gestellt werden. Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik und Finanzpolitik lassen sich nicht trennen. Der Sozialstaat benötigt den Bürger und sein Engagement.
Codierung	Sozialstaat und soziale Gerechtigkeit für Alt und Jung/Sozialpolitik
Ergebnis des Antrags	Überweisung des Materials an eine zu gründende sozialpolitische Kommission beim Parteivorstand

Parteitag 1995 Antrag S10	
Textparaphrase	Sozialstruktur und Arbeitslosigkeit müssen aufgenommen werden. Mindestlohn und sozialer Abbau müssen bedacht werden. Es gilt, den Markt und die Marktpolitik zu regeln.
Codierung	Soziale Situation in Deutschland
Ergebnis des Antrags	Erledigt durch Überweisung

Parteitag 1995 Antrag S2	
Textparaphrase	Sozialpolitik bedeutet, sich dem notwendigen gesellschaftlichen Wandel zu stellen.
Codierung	Sozialpolitik
Ergebnis des Antrags	Überweisung des Materials an eine zu gründende sozialpolitische Kommission beim Parteivorstand

Parteitag 1995 Antrag S2	
Textparaphrase	Der Sozialstaat braucht bürgerschaftliches Engagement: Wie Demokratie den Sozialstaat, so braucht der Sozialstaat demokratische Teilhabe und verantwortliches Engagement der Bürger: Soziale Dienstleistungen sind dann am wirksamsten, wenn Bürger sozialstaatliche Leistungen selbstbewusst in Anspruch nehmen und der Sozialstaat eigenständiges Handeln der Bürger einbezieht.
Codierung	Solidarität heißt bürgerliches Engagement
Ergebnis des Antrags	Überweisung des Materials an eine zu gründende sozialpolitische Kommission beim Parteivorstand

Parteitag 1995 Antrag S 33	
Textparaphrase	Sozialpolitik und Arbeitsschutz. Solange es viele Arbeitslose gibt, soll sozialverträgliche Frühverrentung möglich sein.
Codierung	Sozialpolitik und Arbeitsschutz
Ergebnis des Antrags	Überweisung als Material zur Gründung einer sozialpolitischen Kommission beim Parteivorstand

Parteitag 1995 Antrag = IR 7	
Textparaphrase	Zuwanderungspolitik benötigt unter anderem eine abgestimmte Sozialpolitik
Codierung	Sozialpolitik und Zuwanderung
Ergebnis des Antrags	Erledigt durch den Antrag in der Fassung der Antragskommission

Parteitag 2001 Antrag K16	
Textparaphrase	Sozialpolitik muss so konzipiert werden, dass sie den Herausforderungen der alternden und multikulturellen

	Gesellschaft gewachsen ist.
Codierung	Sozialpolitik und gesellschaftlicher Wandel
Ergebnis des Antrags	Erledigt durch Annahme K 1 in der Fassung der Antragskommission

Parteitag 2003 Antrag 182	
Textparaphrase	Weitere Leistungskürzungen der gesetzlichen Krankenversicherung sind nicht hinnehmbar.
Codierung	Leistungskürzung der gesetzlichen Krankenversicherung
Ergebnis des Antrags	Erledigt durch Regierungshandeln

Parteitag 2003 Antrag 164	
Textparaphrase	Die Kostenexplosion im Gesundheitswesen kann nicht nur allein durch die Leistungsabnehmer abgefangen werden. Ausdrücklich bedarf es der Verpflichtung der Pharmaindustrie.
Codierung	Reduktion der Kosten im Gesundheitswesen durch die Pharmaindustrie
Ergebnis des Antrags	Überweisung an die Bundestagsfraktion und Bundesregierung

Parteitag 2003 Antrag 185	
Textparaphrase	Reduktion der gesetzlichen Krankenkassen
Codierung	Krankenkassenabbau
Ergebnis des Antrags	Überweisung an die Bundestagsfraktion und Bundesregierung

Parteitag 2007 Antrag B 1	
Textparaphrase	Bildungspolitik für alle Menschen ist ein wesentlicher „Pfeiler“ des Sozialstaats, da der Mensch befähigt wird, ein eigenständiges Leben zu führen.
Codierung	Sozialstaat und Bildung
Ergebnis des Antrags	Annahme in geänderter Fassung

Die Zukunft des Sozialstaates und deren Bedeutung werden in vielen Anträgen thematisiert. Sozialstaat bedeutet, Solidarität im täglichen Leben und engagierte Bürger. Dabei wird die Gerechtigkeit von Alt und Jung mehrfach ausdrücklich hervorgehoben. Potenziale der Älteren können länger als bisher im Arbeitsleben genutzt werden. Die Grundwerte des Sozialstaates dürfen auch in Zukunft nicht infrage gestellt werden und müssen den Herausforderungen der alternden und multikulturellen Gesellschaft gewachsen sein.

Familie

Parteitag 1995 Antrag S 42	
Textparaphrase	Unterhaltspflichtänderung
Codierung	Familie und Unterhaltspflichten
Ergebnis des Antrags	Überweisung zu einem andern Antrag

Parteitag Antrag = IR 7	
Textparaphrase	Für Einwanderer müssen familienfreundliche Strukturen geschaffen werden.
Codierung	Einwanderung, Integration und Familienmaßnahmen
Ergebnis des Antrags	Erledigt durch einen weiteren Antrag

Parteitag 2003 Antrag 135	
Textparaphrase	Die gesetzliche Krankenversicherung muss auch künftig eine Familiensicherung bleiben.
Codierung	Solidarische Finanzierung
Ergebnis des Antrags	Erledigt durch Annahme eines ähnlichen Antrags in der Fassung der Antragskommission

Parteitag 2003 Antrag 135	
Textparaphrase	Familienversicherung ist ein Teil des Solidaritätsprinzips

Codierung	Gesundheitsreform
Ergebnis des Antrags	Erledigt durch Annahme eines ähnlichen Antrags in der Fassung de Antragskommission

Parteitag 2003 Antrag 135	
Textparaphrase	Ein großer Teil der älteren Menschen engagiert sich in der Familie
Codierung	Engagement und Familie
Ergebnis des Antrags	Erledigt durch Annahme eines ähnlichen Antrags in der Fassung de Antragskommission

Parteitag 2003 Antrag 286	
Textparaphrase	Solidarität innerhalb der Familie muss gestärkt werden
Codierung	Demografischer Wandel und Familie
Ergebnis des Antrags	Annahme in geänderter Fassung

Familienpolitik wird als Zukunftspolitik betrachtet, die für die Solidarität der Gemeinschaft eine Bedeutung hat und in der ältere Menschen sich aktiv, sei es durch familiäres Engagement oder auf eine andere Art und Weise, beteiligen.

Umwelt und allgemeine Themen

Parteitag 1995 Antrag J 10	
Textparaphrase	Es fehlen weiterhin Ausbildungsplätze. Wirtschaft und Verwaltung müssen eine Ausbildungsoffensive starten.
Codierung	Ausbildungsplätze
Ergebnis des Antrags	Erledigt durch Annahme in der Fassung der Antragskommission

Parteitag 1997 Antrag I 258	
Textparaphrase	Klonen von Menschen muss ausdrücklich verboten werden. Dabei gilt es, die Wissenschaft auf ihre

	Grenzen hinzuweisen.
Codierung	Gentechnik
Ergebnis des Antrags	Erledigt durch Annahme

Parteitag 1997 Antrag I 262	
Textparaphrase	Es besteht dringender Handlungsbedarf für die Anerkennung einer Patientenverfügung, die gesetzlich zu regeln ist.
Codierung	Patientenverfügung
Ergebnis des Antrags	Überweisung an die Bundestagsfraktion

Parteitag 1999 Antrag W 100	
Textparaphrase	Die Mieterhöhungsgrenze soll herabgesetzt werden.
Codierung	Mieterhöhungsobergrenze
Ergebnis des Antrags	(nicht ausgewiesen)

Parteitag 2001 Antrag U 27	
Textparaphrase	Die Vergünstigung der Bahncard soll auch in Zukunft weiteren Fortbestand haben.
Codierung	Bahncard
Ergebnis des Antrags	Überweisung an die Bundestagsfraktion

Parteitag 2001 Antrag I 28	
Textparaphrase	Zeitbegrenzung für politische Ämter auf höchstens drei Wahlperioden
Codierung	Amtszeitbegrenzung
Ergebnis des Antrags	(nicht ausgewiesen)

Parteitag 2003 Antrag 27	
Textparaphrase	Einige Bereiche der Dienstleistung sollen aus der EU-Verhandlung zum Abkommen der Dienstleistung ausgenommen werden.

Codierung	EU-Recht
Ergebnis des Antrags	Überweisung an die Bundesregierung

Parteitag 2003 Antrag 108	
Textparaphrase	Abschaffung der Subventionen für den Tabakanbau.
Codierung	Subventionen
Ergebnis des Antrags	Überweisung an die Bundesregierung

Parteitag 2007 Antrag A 17	
Textparaphrase	Zivile Nutzung eines Bundeswehrübungsplatzes
Codierung	Regionale Entwicklung
Ergebnis des Antrags	Annahme

Parteitag 2007 Antrag U 29	
Textparaphrase	Der Schienenverkehr muss nach einem einheitlichen Umweltstandard ausgebaut werden – gegen die Privatisierung der Bahn.
Codierung	Umwelt und Bahn
Ergebnis des Antrags	Zurückgestellt

Umwelt und weiterführende gesellschaftliche Themenschwerpunkte sind zukunftsorientierte Themen, die von der Arbeitsgemeinschaft 60 plus für die ordentlichen Parteitage beantragt werden.

Freiwilliges Engagement

Parteitag 1995 Antrag S 2	
Textparaphrase	Die Infrastruktur für das bürgerschaftliche Engagement muss aus- und aufgebaut werden.
Codierung	Sozialstaat benötigt bürgerschaftliches Engagement
Ergebnis des Antrags	Überweisung zur Gründung der sozialpolitischen Kommission beim Parteivorstand

Parteitag 1995 Antrag = O 84	
Textparaphrase	Ältere sind motiviert, sich zu engagieren.
Codierung	Neue politische Kraft der Älteren
Ergebnis des Antrags	Annahme

Parteitag 1997 Antrag I 206	
Textparaphrase	Es werden Initiativen gefordert, die das freiwillige Engagement fördern.
Codierung	Engagement für die Gesellschaft
Ergebnis des Antrags	Überweisung an den Parteivorstand zur Erarbeitung eines Wahlprogramms

Parteitag 1997 Antrag I 230	
Textparaphrase	Das freiwillige Engagement muss nachdrücklich unterstützt werden. Dazu sollen verschiedene Initiativen gestartet werden.
Codierung	Freiwilliges Engagement
Ergebnis des Antrags	Überweisung an Parteivorstand zur Erarbeitung eines Wahlprogramms

Parteitag 2003 Antrag 286	
Textparaphrase	Wissen und Erfahrung und Bereitschaft der älteren Bürger für das gesellschaftliche Engagement nutzen.
Codierung	Gesellschaftlich aktive Alte
Ergebnis des Antrags	Annahme in geänderter Fassung und Überweisung an die Bundesregierung und Bundesfraktion

Parteitag 2003 Antrag 286	
Textparaphrase	Engagement der älteren Bürger ist noch nicht ausgeschöpft. Die Infrastruktur für das bürgerschaftliche Engagement muss weiter ausgebaut werden.
Codierung	Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement
Ergebnis des Antrags	Annahme in geänderter Fassung und Überweisung an die Bundesregierung und Bundesfraktion

Parteitag 2005 Antrag S 1	
Textparaphrase	Engagement der älteren Bürger ist notwendig. Ältere Bürger sind bereit, ihre Kompetenzen und ihr Engagement für das Gemeinwohl einzusetzen.
Codierung	Demografischer Wandel und Engagement
Ergebnis des Antrags	Überweisung an Bundestagsfraktion und Parteivorstand

Parteitag 2005 Antrag S 1	
Textparaphrase	Ältere Menschen müssen als mitverantwortliche Bürger beachtet werden, da sie ihre Kompetenzen gesellschaftlich einbringen möchten.
Codierung	Mitverantwortung bedeutet bürgerschaftliches Engagement
Ergebnis des Antrags	Überweisung an Bundestagsfraktion und Parteivorstand

Parteitag 2007 Antrag B 1	
Textparaphrase	Bildung und Weiterbildung befähigen zum bürgerschaftlichen Engagement
Codierung	Weiterbildung sichert auch bürgerschaftliches Engagement.
Ergebnis des Antrags	Annahme in geänderter Fassung

Bürgerschaftliches Engagement ist ein bedeutender relevanter Teil, der den Sozialstaat charakterisiert und ausmacht. Zuerst wird von der Arbeitsgemeinschaft 60 plus eine umfassende Infrastruktur gefordert, um das bürgerschaftliche Engagement mehr zu unterstützen. Weiterführend wird hervorgehoben, dass das Engagementpotenzial von älteren Bürgern noch nicht ausgenutzt ist und sie bereit sind, ihr Wissen und ihre Kompetenzen für das Gemeinwohl einzusetzen, da infolge des demografischen Wandels das Engagement benötigt wird. Bildung und Weiterbildung sichern nicht nur gesellschaftlichen Wohlstand, sie befähigen auch für weiteres bürgerschaftliches Engagement.

Armut

Parteitag 1995 Antrag S 42	
Textparaphrase	Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert noch in diesem Jahr eine Initiative gegen die bestehende Altersarmut in Deutschland zu starten.
Codierung	Altersarmut
Ergebnis des Antrags	Überweisung

Parteitag 1995 Antrag S 45	
Textparaphrase	Nach wie vor korrespondieren Armut und Alter. Dies gilt besonders für die Frauenarmut. Das könnte durch eine Grundsicherung im Alter vermieden werden. Der Altersarmut muss dringend begegnet werden. Dabei ist zu beachten, dass die Alterssicherung auch in Zukunft beitragsorientiert bleibt.
Codierung	Grundsicherung von Frauen im Alter
Ergebnis des Antrags	Erledigt durch einen anderen Antrag

Parteitag 1997 Antrag I 174	
Textparaphrase	Grundsicherung vermeidet Altersarmut
Codierung	Unsoziale Sparmaßnahmen
Ergebnis des Antrags	Zurückstellung

Parteitag 2003 Antrag 286	
Textparaphrase	Einkommen und Vermögen sind ungleich verteilt. Besonders die jungen und älteren Frauen sind von Armut betroffen.
Codierung	Demografischer Wandel
Ergebnis des Antrags	Annahme in geänderter Fassung

Parteitag 2005 Antrag S 1	
------------------------------	--

Textparaphrase	Grundsicherung verhindert Armut im Alter
Codierung	Grundsicherung
Ergebnis des Antrags	Überweisung an Bundestagsfraktion und Parteivorstand

Parteitag 2005 Antrag S 1	
Textparaphrase	Grundsicherung verhindert Armut im Alter
Codierung	Grundsicherung
Ergebnis des Antrags	Überweisung an Bundestagsfraktion und Parteivorstand

Armut wird als Themenblock, sowohl als Armut im Alter als auch im Hinblick auf die zukünftigen Generationen, erörtert. Frauenarmut, insbesondere die der älteren Frauen, ist ein Antragspunkt, der gleichzeitig mit der steigenden Armut der Altersgruppe der 21- bis 25-Jährigen aufgenommen wird. Bei allen gesetzlichen Änderungen muss weiterhin darauf geachtet werden, dass die Alterssicherung auch in Zukunft beitragsorientiert ist.

Zusammenfassung zur forschungsleitenden Überlegung 5

Ältere Parteimitglieder nutzen ihr Antragsrecht, indem sie als Arbeitsgemeinschaft 60 plus mit ihren Anträgen zu den ordentlichen Parteitagen (auch) zukunftsorientierte Impulsanträge stellen. Gleichzeitig wird an die Verpflichtung zur Generationenverantwortung appelliert. Dieser Themenschwerpunkt wird inhaltlich wiederkehrend in unterschiedlichen Anträgen thematisiert – besonders häufig, wenn das bürgerschaftliche Engagement Gegenstand der Themenstellung ist. Dabei stellt die Arbeitsgemeinschaft 60 plus besonders die Mitverantwortung der älteren Bürger in den Vordergrund, das heißt die Potenziale und Kompetenzen, die ältere Menschen in dieser Gesellschaft haben. Mehrfach wird eine bessere Infrastruktur für das bürgerschaftliche Engagement gefordert.

Der Sozialstaat und die soziale Gerechtigkeit sowie die aktuelle soziale Situation sind wiederkehrende Leitgedanken, die in den Anträgen Beachtung finden. Die Bedeutung der Familie und die Solidarität der Gemeinschaft sind wichtige „Träger“ des Staates. Armut sowohl im Alter als auch die Armut der Jüngeren sind in den Jahren immer wieder Antragsinhalte. Dabei wird besonders auf die Frauenarmut hingewiesen und eine Grundsicherung gefordert. Die Bedeutung für weitere Ausbildungsplätze, Umwelt und weitere allgemeine Themen sind Inhalte weiterer Anträge.

Durch die dargestellten Antragsinhalte wird deutlich, dass die älteren Parteimitglieder weiterhin zukunftsprospektivisch ihre Anträge akzentuieren und neue politische Ideen in die Partei einbringen.

7.6.2 Auswertung zu den SPD-Parteigremien und SPD-Wahlkandidaten für den Deutschen Bundestag

Für die quantitative Auswertung werden verschiedene Zeiträume betrachtet:

- SPD-Parteipräsidium auf Bundesebene 1986 bis 2007,
- SPD-Parteivorstand auf Bundesebene 1986 bis 2007,
- SPD-Parteirat von 1993 – 2007,
- Delegierte der Bundesparteitage 1993 – 2007,
- SPD-Wahlkandidaten zur Bundestagswahl 1990 – 2005.

Die Vertretung der älteren Parteimitglieder wird in der vorliegenden Arbeit anhand der prozentualen Anteile und des Durchschnittsalters in unterschiedlichen Gremien analysiert, ferner werden die Wahlkandidaten zum Deutschen Bundestag und die Gesamtpartei betrachtet. Dabei kommt es zu einigen Schwächen im Hinblick auf die Auswertung der Datensätze. So sind die ermittelten Geburtsdaten der Mitglieder des Parteivorstands, des Parteirats und der Wahllisten nahezu vollständig. Ungenauer wird es bei der Darstellung der Delegierten des Bundesparteitags. Daher sind die Ausführungen auch nur als Wiedergabe einer Tendenz zu verstehen.

Deshalb konnte auch nicht ein einheitlicher Zeitraum der Datenerhebung gewählt werden. Die Auswertung des Parteirats muss auf die Jahre 2003 bis 2007 beschränkt werden. Bei weiter zurückliegenden Daten wurde die Geburtsdatenrecherche immer unvollständiger. Entsprechend stellt sich die Datenlage bei den Geburtsdaten der Delegierten des Bundesparteitages dar. Auch wenn dadurch die Aussagekraft der Ergebnisse geschwächt wird, so soll doch auf die Analyse solch wichtiger Gremien nicht verzichtet werden.

Alle aufgeführten Mitgliederlisten des Präsidiums, des Vorstandes, des Parteirats und der Delegiertenversammlung sind in Anlage VI vollständig aufgelistet. Hierbei handelt es sich um Abschriften aus den Parteitagsprotokollen. Die Geburtsdaten wurden soweit wie möglich recherchiert und anschließend in die Tabellen des Anhangs eingefügt. Die Bewerber der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zum Deutschen Bundestag von 1990 bis zum Jahre 2005 sind im Anhang VII aufgeführt.

Betrachtet man die Tabelle 7 –„Zusammenfassung der gestellten Parteitagsanträge der Arbeitsgemeinschaft 60 plus“–, fällt auf, dass die Arbeitsgemeinschaft 60 plus in all den Jahren Anträge formulierte, in denen sie eine stärkere politische Partizipation der älteren Parteimitglieder beantragte beziehungsweise einforderte. Diese Beanspruchung von mehr politischer Partizipation ist seit Einrichtung der Seniorenpolitik nahezu gleichlautend verdeutlicht worden. Alle Anträge wurden entweder direkt oder seitens der Antragskommission wegen fehlender Relevanz abgelehnt, da der jeweilige Inhalt in der Praxis längst umgesetzt worden war.

Demzufolge wird die forschungsleitende Überlegung 1 nachfolgend zu der Überprüfung herangezogen, ob durch die oder beziehungsweise seit der Gründung der Arbeitsgemeinschaft 60 plus die älteren Parteimitglieder

besser in den Parteigremien auf Bundesebene und als Wahlkandidaten zum Deutschen Bundestag vertreten sind.

○ *Parteipräsidium*

Datum	Anteil der SPD-Parteimitglieder ab dem 60. Lebensjahr im Parteipräsidium	Anteil der SPD-Parteimitglieder insgesamt ab dem 60. Lebensjahr
1986 / 1987	27,27 %	22,90 %
1988 / 1990	21,43 %	24,13 %
1991 / 1992	7,14 %	26,41 %
1993 / 1994	0 %	26,21 %
1995 / 1996	0 %	27,84 %
1997 / 1998	0 %	31,12 %
1999 / 2000	7,69 %	37,29 %
2001 / 2002	28,57 %	39,79 %
2003 / 2004	42,85 %	42,49 %
2005 / 2006	15,38 %	44,34 %
2007	7,14 %	46,69 %

Tabelle 8: Prozentualer Anteil der Parteimitglieder des Parteipräsidiums, ab dem 60. Lebensjahr. Quelle: vgl. SPD-Parteivorstand, 1995, 1997, 1999, 2001, 2003, 2005, 2007b. Eigene Berechnung und Darstellung.

Bei der Auswertung des Parteipräsidiums ergeben sich folgende Punkte, die sich eindeutig abbilden.

In den Jahren 1986/1987 betrug der Anteil der Präsidiumsmitglieder, die 60 Jahre oder älter waren, annähernd ein Viertel. Nahezu gleich hoch war zu diesem Zeitpunkt der Anteil der Parteimitglieder insgesamt, die das 60. Lebensjahr erreicht hatten oder älter waren. Zweitens: Zum Gründungszeitpunkt der Arbeitsgemeinschaft 60 plus war kein Mitglied des Präsidiums 60 Jahre oder älter. Der Anteil der älteren Parteimitglieder insgesamt betrug zu diesem Zeitpunkt 26,21 %. Erst ab dem Jahre 1999 waren wieder 7,69 % der Präsidiumsmitglieder über 60 Jahre alt, und 37,79 % der Parteimitglieder waren insgesamt 60 Jahre und älter. In den nachfolgenden Jahren stieg der Anteil der Präsidiumsmitglieder, die 60

Jahre oder älter waren, bis auf 42,85 % in den Jahren 2003/2004, um dann wieder auf 7,14 % im Jahre 2007 zu sinken. Gleichzeitig erhöhte sich der Anteil der älteren SPD-Parteimitglieder insgesamt auf 46,69 %.

Auffallend sind die starken Veränderungen der Zusammensetzung des Parteipräsidiums hinsichtlich älterer Parteimitglieder, was sich wie folgt erklären lässt: Von 1993 bis zum Jahre 1999 gab es kaum einen Mitgliederwechsel in diesem Gremium. Im Jahre 1999 erreichten dann die ersten Mitglieder das 60. Lebensjahr. Diese Tendenz setzte sich dann in den nächsten Jahren bis zu dem Jahre 2005 fort. In diesem Jahr verließ ein großer Teil der älteren Präsidiumsmitglieder das Präsidium und es folgten, bis auf zwei ältere Personen in den Jahren 2005 und 2007, nur jüngere Präsidiumsmitglieder.

○ *Parteivorstand*

Datum	Anteil der SPD-Parteimitglieder ab dem 60. Lebensjahr im Parteivorstand	Anteil der SPD-Parteimitglieder insgesamt ab dem 60. Lebensjahr
1986 / 1987	10,52 %	22,90 %
1988 / 1990	14,58 %	24,13 %
1991 / 1992	9,39 %	26,41 %
1993 / 1994	0 %	26,21 %
1995 / 1996	0 %	27,84 %
1997 / 1998	7,14 %	31,12 %
1999 / 2000	11,11 %	37,29 %
2001 / 2002	11,36 %	39,79 %
2003 / 2004	29,54 %	42,49 %
2005 / 2006	29,79 %	44,34 %
2007	13,94 %	46,69 %

Tabelle 9: Prozentualer Anteil der Parteimitglieder im Parteivorstand, ab dem 60. Lebensjahr. Quelle: vgl. SPD-Parteivorstand, 1995, 1997, 1999, 2001, 2003, 2005, 2007b. Eigene Berechnung und Darstellung.

Der Parteivorstand weist ein ähnliches Bild wie das Parteipräsidium auf. Im Jahre 1986 betrug der Anteil der älteren Vorstandsmitglieder 10,52 %. Im Jahre 1994 war kein Vorstandsmitglied über 60 Jahre alt. Dies änderte sich in den Folgejahren wieder, wobei in den Jahren 2005/2006 der Höhepunkt erreicht wurde. 2007 reduzierte sich die Anzahl der älteren Parteivorstandsmitglieder wieder. Auch hier kann man, analysiert man die Altersstruktur der Vorstandsmitglieder und deren Fluktuation, Folgendes konstatieren: Neumitglieder wurden zumeist Personen, die noch nicht das 60. Lebensjahr erreicht hatten. Die Erhöhung der Altersstruktur lässt sich daher wie folgt erklären: Die meisten Parteivorstandsmitglieder erreichten während ihrer Vorstandsmitgliedschaft das 60. Lebensjahr und veränderten somit die Alterszusammensetzung des Gremiums. Im Jahre 2007 gab es eine starke Veränderung innerhalb des Parteivorstandes. Viele ältere Vorstandsmitglieder schieden aus, und jüngere Mitglieder besetzten die frei gewordenen Stellen

○ *Parteirat*

Datum	Anteil der SPD-Parteimitglieder ab dem 60. Lebensjahr im Parteirat	Anteil der SPD-Parteimitglieder insgesamt ab dem 60. Lebensjahr
1993	10,00 %	26,03 %
1995	6,73 %	27,36 %
1997	14,26 %	29,44 %
1999	16,16 %	36,54 %
2001	26,47 %	39,16 %
2003	6,6 %	42,23 %
2005	10,23 %	43,64 %
2007	17,72 %	46,69 %

Tabelle 10: Prozentualer Anteil der Parteimitglieder im Parteirat, ab dem 60. Lebensjahr. Quelle: vgl. SPD-Parteivorstand, 1995, 1997, 1999, 2001, 2003, 2005, 2007b. Eigene Berechnung und Darstellung.

Ein wenig anders als bei den zuvor vorgestellten Gremien stellt sich die Alterssituation bei dem Parteirat dar. Waren im Jahre 1993 die 60-jährigen und älteren Parteimitglieder zu 10 % vertreten, war es im Jahre 2001 ungefähr ein Viertel der Ratsmitglieder, das 60 Jahre oder älter war. Zwei Jahre später sank zwar der Anteil der älteren Ratsmitglieder, aber im Jahre 2007 stieg dieser wieder auf 17,72 % an. Obwohl auch hier die meisten Neumitglieder jünger waren, überschritt im Laufe der Ratsmitgliedschaft ein großer Teil die Altersgrenze des 60. Lebensjahrs, was den Anstieg von 6,6 % im Jahre 2003 auf 17,72 % im Jahre 2007 erklärt.

○ *Delegierte*

Datum	Anteil der SPD-Parteimitglieder ab dem 60. Lebensjahr. Delegierte auf dem Bundesparteitag	Anteil der SPD-Parteimitglieder insgesamt ab dem 60. Lebensjahr
1993	5,06 %	26,03 %
1995	2,23 %	27,36 %
1997	4,98 %	29,44 %
1999	7,28 %	36,54 %
2001	8,44 %	39,16 %
2003	9,19 %	42,23 %
2005	9,65 %	43,64 %
2007	13,92 %	46,69 %

Tabelle 11: Prozentualer Anteil der Delegierten des Bundesparteitags, ab dem 60. Lebensjahr. Quelle: vgl. SPD-Parteivorstand, 1995, 1997, 1999, 2001, 2003, 2005, 2007b. Eigene Berechnung und Darstellung.

Auf dem Bundesparteitag 1993 waren 5,06 % der Delegierten 60 Jahre und älter. Dies änderte sich zwei Jahre später. Im Jahre 1995 waren es noch 2,23 % der Delegierten. Betrachtet man in diesem Zeitraum die Veränderung der Delegiertenstruktur, wird deutlich, dass die meisten „Neudelegierten“ jünger als 60 Jahre waren, und nur ein Neumitglied war ein älteres Parteimitglied. In den Jahren danach stieg der Altersanteil der

Delegierten stetig bis auf 13,92 %. Bei der Betrachtung der Neumitglieder der Bundesdelegierten fällt auf, dass die Älteren gering vertreten sind. Der geringe Anstieg älterer Delegierter ist bei genauer Betrachtung nicht auf die Zunahme älterer „Neumitglieder“ zurückzuführen, sondern, wie auch schon bei den anderen Gremien, auf die Delegierten, die während ihrer Mitgliedschaft 60 Jahre wurden und somit zu den älteren Parteimitgliedern zählten.

In der nachfolgenden Grafik werden die bisherigen Ausführungen zu den Gremienmitgliedern ab dem 60. Lebensjahr und die Entwicklung der ab 60-jährigen Parteimitglieder zusammengefasst dargestellt.

**SPD-Parteimitglieder ab dem 60.
Lebensjahr im Vergleich zur
Mitgliederstruktur ab dem 60. Lebensjahr
in verschiedenen Parteigremien**

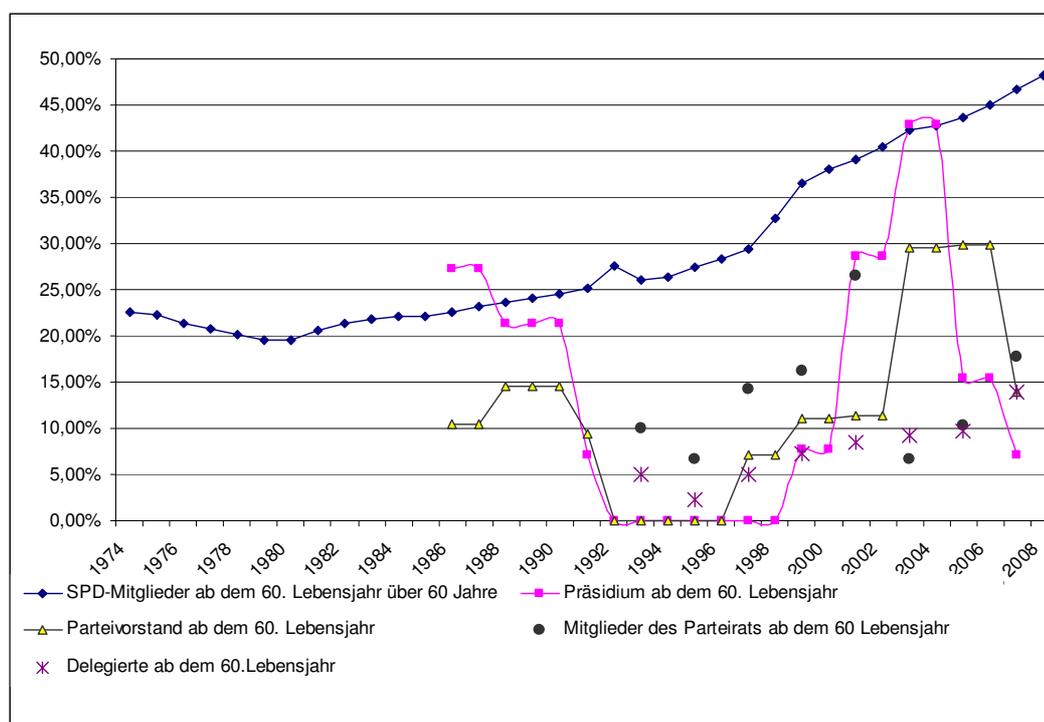


Abbildung 39: SPD-Parteimitglieder ab dem 60. Lebensjahr im Vergleich zur Mitgliederstruktur ab dem 60. Lebensjahr in verschiedene Parteigremien. Quelle: vgl. SPD-Parteivorstand, 1995, 1997, 1999, 2001, 2003, 2005, 2007b, 2008, <http://www.destatis.de/>; 2008. Eigene Berechnung und Darstellung.

In der Zeit von 1993 bis zum Jahre 2007 / 2008 veränderte sich die Altersstruktur der oben beschriebenen Gremien der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Verhältnis zur Mitgliederstruktur der Partei folgendermaßen: Von 1993 bis zum Jahre 2008 stieg der Anteil der älteren Parteimitglieder in der Partei von 26,03 % auf 46,69 %. In den 15 Jahren ergibt das eine durchschnittliche Erhöhung des Anteils an Parteimitgliedern, die das 60. Lebensjahr erreicht haben und älter sind,

von 36,39 %. Im Vergleichszeitraum dazu stieg der Durchschnitt der älteren Parteimitglieder in dem:

Parteipräsidium	um 12,70 %,
Parteivorstand	um 12,86 %,
Parteirat	um 13,52 % und
der Delegierten des Bundesparteitags	um 7,59 %.

Wurden bisher die Parteigremien untersucht, wird nun diese Organisationsebene verlassen und die Repräsentation und Partizipation der älteren Parteimitglieder auf Grundlage der Bewerber zur Wahl des Deutschen Bundestages betrachtet.

**Anteil der Wahlkandidaten der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
ab dem 60. Lebensjahr bei den Wahlen zum
Deutschen Bundestag**

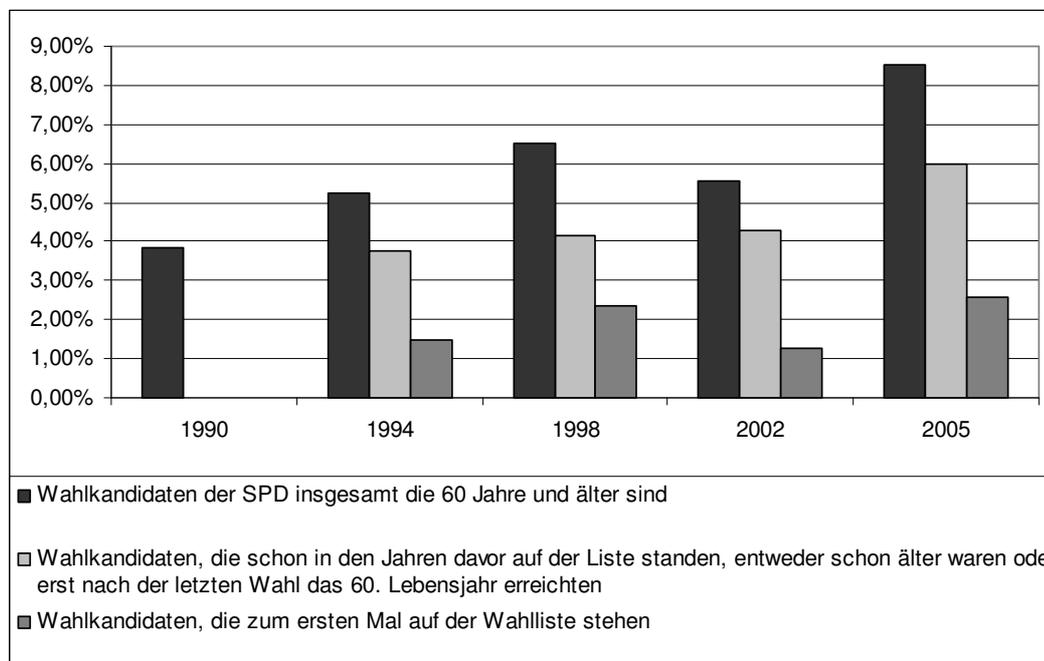


Abbildung 40: Anzahl der SPD-Wahlkandidaten zum Bundestag ab dem 60. Lebensjahr und älter. Quelle: vgl. www.bundeswahlleiter.de; 2008. Eigene Berechnung und Darstellung.

Der Anteil der Wahlkandidaten der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag, die das 60. Lebensjahr erreicht haben und älter sind, ist im Lauf des untersuchten Zeitraums 1990 bis 2005 von 3,85 % auf 8,53 % angestiegen. Der Anstieg resultiert zum einen daraus, dass ein geringer Teil der Wahlkandidaten, der zum ersten Mal für eine Vertretung im Deutschen Bundestag kandidierte, schon bei der Erstkandidatur 60 Jahre alt oder älter war. Im Jahre 1994 waren das 1,50 %, was sich stetig erhöhte, bis auf 2,56 % im Jahre 2005. Aber auch die Kandidaten, die schon in den Vorjahren kandidierten, wurden älter. Und so erhöhte sich deren Anteil von 3,76 % im Jahre 1994 auf 5,97 % im Jahre 2005.

Zusammenfassung der qualitativen Auswertung der verschiedenen Parteigremien und der Wahlkandidaten zum Deutschen Bundestag

Seit der Gründung der Arbeitsgemeinschaft 60 plus ist in allen Gremien und auf den Wahllisten zum Deutschen Bundestag der Anteil der älteren Parteimitglieder gestiegen. Das lässt sich jedoch nicht allein daraus ableiten, dass es der Arbeitsgemeinschaft 60 plus gelungen ist, durch verschiedene parteiinterne Interventionen mehr Mandate und Plätze zu erhalten, sondern ist, wie dargestellt, vielmehr auf die allgemeine Erhöhung der Altersstruktur der Partei zurückzuführen. Somit kann zwar nachgewiesen werden, dass seit Gründung der Arbeitsgemeinschaft 60 plus der Anteil der älteren Parteimitglieder gestiegen ist. Die forschungsleitende Überlegung 1, derzufolge es allein durch die erfolgreiche Arbeit der Arbeitsgemeinschaft 60 plus zu einer besseren Vertretung der älteren Parteimitglieder kommt, kann aber nicht aufrechterhalten werden,

7.6.3 Auswertung der Experteninterviews

Bevor die Experten interviewt wurden, wurde ein Leitfaden entwickelt, der dann auf seine Voraussetzungen und praktische Umsetzbarkeit hin überprüft wurde. Hierzu erfolgte ein Pretest mit zwei älteren Parteimitgliedern, die kommunalpolitisch aktiv sind. Nach dem Pretest wurde eine Erweiterung der Leitfragen vorgenommen, um die umfangreiche Thematik strukturierter zu erfassen. In dem weiteren Entwicklungsschritt wurde der modifizierte Leitfragebogen nochmals einem Pretest unterzogen, der sich dabei sowohl bezüglich der inhaltlichen Gliederung als auch hinsichtlich der erforderlichen Zeitressource als geeignet erwies. Die Gliederung des Leitfadens sah dann wie folgt aus.

Leitfragen für das Experteninterview:

Die Bedeutung des demografischen Wandels für die innerparteiliche Partizipation, Repräsentanz und Themenstellung/Willensbildung der älteren Parteimitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Leitfragen:

1. Wieso wurde eine eigene Arbeitsgemeinschaft für ältere Parteimitglieder gegründet?
2. Welche Bedeutung hat die Arbeitsgemeinschaft 60 plus für die innerparteiliche Willensbildung?
3. Welche Veränderungen ergeben sich durch die Arbeitsgemeinschaft 60 plus für die Partei?
4. Wie sieht die politische Willensbildung aus, wo wird die politische Partizipation von Älteren deutlich?
5. Welche Themenbereiche werden durch die Arbeitsgemeinschaft 60 plus innerhalb der Partei angeregt?
6. Wie können ältere Parteimitglieder zu mehr Teilhabe und Partizipation ermuntert werden?
7. Wie können die Partei und die Arbeitsgemeinschaft 60 plus das gemeinsame Interesse von Jung und Alt berücksichtigen?
8. Wird durch die Professionalität der politischen Klasse (Berufspolitiker) die Autonomie/Partizipation der älteren Parteimitglieder erhalten bleiben – Stichwort „Oligarchie“?

- *Beschreibung der Expertenauswahl*

Die Auswahl erfolgte zuerst durch Herrn Prof. Dr. Naegele, der den Erstkontakt herstellte und zwei mögliche Interviewkandidaten empfahl. Eine dieser Personen war bei der weiteren Kontaktierung und mit Vorschlägen potenzieller Interviewkandidaten behilflich. Drei Personen, die zur Gründerzeit der Arbeitsgemeinschaft 60 plus eine führende Rolle in der Partei einnahmen, wurden persönlich angeschrieben. Zwei davon lehnten mit dem Hinweis der knappen Zeitressource ab.

Zwei weitere Interviewkandidaten wollten nur einem telefonischen Interview von einer Viertelstunde zustimmen und schieden somit aus, da das Interview-Setting einheitlich sein sollte. Ein zugesagtes Interview konnte aufgrund einer plötzlichen Erkrankung nicht durchgeführt werden.

Drei Interviewkandidaten erbaten im Vorfeld des Interviewtreffens, den Leitfaden ausgehändigt zu bekommen.

- *Rahmenbedingungen und Datengewinnung*

Die Interviews wurden ausschließlich in Form der Zweikommunikation durchgeführt. Zumeist wurden die Interviews in den Büroräumen der Interviewkandidaten durchgeführt. Ein Interview konnte in der Privatwohnung einer Interviewpartnerin geführt werden.

Das kürzeste Experteninterview dauerte 35 Minuten und das längste Interview 95 Minuten. Die Auswertung erfolgte anhand der vorgestellten Auswertungsstrategie – siehe Punkt 7.4. Nach der Auswertung wird dann eine Diskussion der Ergebnisse und die Anbindung an die aufgestellten forschungsleitenden Überlegungen erfolgen. Das erste Experteninterview wurde am 23. Juni 2008 geführt und das letzte Interview am 5. November 2008.

Folgenden werden nun sieben Experteninterviews ausgewertet, deren vollständige Transkription in der Anlage VIII dokumentiert ist und die Ergebnisse dargestellt und interpretiert. Dabei dienen die Leitfragen des

Interviews als Gliederung, die Auswertung wird anhand der gebildeten Kategorien durchgeführt.

Frage 1

Wieso wurde eine eigene Arbeitsgemeinschaft für ältere Parteimitglieder gegründet?

Kategorie 1: Einbezug der Älteren in die Partei

Ein zentraler Punkt, der zur Gründung einer eigenen Arbeitsgemeinschaft für die älteren Parteimitglieder führte, entstand einmal in der Partei selbst. Die älteren Parteimitglieder bemühten sich seit Anfang der 1970er-Jahre um mehr politische Partizipation und Repräsentanz innerhalb der Partei (vgl. Kapitel 3.5). Neben der Herausforderung für die Partei, wie sich eine politische Partei dem demografischen Wandel stellt, besteht eine innere Verpflichtung für ihre Mitglieder auf veränderte Bedingungen zu reagieren, also die gesellschaftlichen Bedingungen nach mehr politischer Mitbestimmung zu ändern (vgl. Kapitel 4.4).

Interview IV

- 2 E *Ja es gab im Grunde zwei Tendenzen. Die eine Tendenz war in der SPD selbst,*
 3 *dass sich dort quasi naturwüchsige Gruppen von älteren Parteimitgliedern bildeten,*
 4 *die sich analog zu anderen Personengruppen in der SPD sich organisieren wollten.*

Dieser Gedanke wurde von der Parteiführung aufgenommen, innerhalb der Partei diskutiert und abgewogen. So entwickelte sich für die Partei ein längerer Entscheidungsprozess, der dann zu dem Ergebnis führte, eine neue parteiinterne Interessengruppe zu formieren, die Arbeitsgemeinschaft 60 plus. Das betonte der nachfolgende Interviewkandidat. Die Gründung der neuen Arbeitsgemeinschaft war eine Konsequenz aller vorher diskutierten Gesichtspunkte.

Interview I

- 30 *Die Gründung der Arbeitsgemeinschaft war, wenn Sie so wollen, die*
 31 *parteiliche Konsequenz aller Ergebnisse ((Rascheln)) ich dachte*
daran, dass man,

Den Parteimitgliedern war bewusst, dass sie in der Partei viele ältere Mitglieder hatten und haben, aber sich nur ein geringer Teil der älteren Mitglieder aktiv an der politischen Parteiarbeit beteiligt. Politische Partizipation bedeutet für die Partei hier vor allem Engagement und aktives Handeln. Durch die Arbeitsgemeinschaft 60 plus sollte unter anderem erreicht werden, dass sich die Älteren mehr angesprochen fühlen, besser in die politischen Entscheidungsprozesse eingebunden werden und auch eine bessere Parteibindung entstehen möge (vgl. Kapitel 3). Ferner sollten sich die Älteren nicht von der Parteiarbeit entfernen oder für jüngere Parteimitglieder Platz machen.

Interview II

- 67 *Und da ist es so, dass zwar viele Ältere bei 60 plus mitarbeiten,*
 68 *aber nur bedingt auch in der Partei aktiv sind.*

Durch die Mitarbeit in der Partei wurde die Verantwortung älterer Mitglieder, weiter aktiv an der politischen Arbeit teilzuhaben und an der Gestaltung von Gesellschaft und Politik mitzuwirken, erhöht.

Kategorie3: Willensbildung auf allen Parteebenen und in den Seniorenräten

Der Willensbildungsprozess findet nicht nur in den oben beschriebenen Vorstandsebenen statt, sondern auch auf allen weiteren Parteebenen, und vergrößert daher die politische Partizipation (vgl. Kapitel 3.4)

Interview IV

- 22 *E* *[.] Also damals war es sicher so, dass wir äh, dass*
 23 *erst Mal ein Aktivierungsinstrument geschaffen haben über das*
zweierlei

24 *erreicht wurde: [...]*

Somit erhofften sich die Partei beziehungsweise die Parteimitglieder, dass die Älteren sich nicht in ihr Privatleben zurückziehen. Ältere sollten durch geeignete Angebote zur weiteren Mitarbeit gewonnen werden, um ihre nützlichen Ressourcen für die Partei einzusetzen.

Interview IV

24 *[...] Zum einen wurde verhindert das äh äh ältere Parteimitglieder, die*
 25 *schon länger in der SPD waren, sich in das Privatleben*
zurückgezogen haben, weil
 26 *sie einfach keine angemessenen Angebote bekamen.*

Aber auch aus der Partei heraus sollte die Gründung der Arbeitsgemeinschaft ein Signal sein. Die gesellschaftlich geführte dominante Diskussion zum Alter und Altern, vor allem die Diskussion über die Stabilität des Wohlfahrtsstaates und des Generationenvertrags, wurde von der Partei registriert. Die Partei hat den demografischen Wandel erkannt und diesen aufgenommen, sei es für den älteren Bürger als Wähler oder als deutliches Signal der Partei zur Gewinnung und Reaktivierung älterer (Neu)-Mitglieder. Die älteren Parteimitglieder aber, auch der Bürger sollten sich nicht von der Partei abwenden.

Interview V

7 E *Ja. Die SPD hat so Ende der siebziger Jahre erkannt, dass die*
ältere Generation
 8 *nicht nur in der Gesellschaft, sondern auch in der Partei eine*
zunehmende Rolle
 9 *spielt [...]*

Das war auch ein wichtiges Zeichen für die Gesellschaft.

Interview I

- 20 *[..] aber auch in die*
 21 *Gesellschaft hinein. Einen so genannten – das ist ein gutes Zitat -*

Ältere wollten ihre Rolle in der (Partei-)Arbeit gestärkt sehen. Durch die eigenständige Arbeitsgemeinschaft erhofften sich die älteren Parteimitglieder eine bessere Integration in die Partei.

Interview V

- 40 *Bei*
 41 *den Älteren ist der Wunsch der Arbeitsgemeinschaft dadurch*
 entstanden,
 42 *dass man gespürt hat, dass die Frage nach einer Integration der*
 Älteren äh nicht
 43 *so funktioniert hat, wie man sich das gedacht hat.*

Es sollte auch etwas für die wachsende Zahl der Älteren, sowohl in der Partei als auch außerhalb der Partei unternommen werden. Die Partei hatte erkannt, dass es eine Zahl von Neumitgliedern oder potenziellen Neumitgliedern gab, die schon beim Parteieintritt zu den älteren Parteimitgliedern zählten. Denen wollte man einen leichteren Parteizutritt ermöglichen und durch eine erhöhte innerparteiliche Partizipationsmöglichkeit zu einer langfristigen Parteibindung verhelfen.

Interview IV

- 28 *E Auf der anderen Seite haben wir auch an vielen Stellen gemerkt*
 das äh, dass Ältere
 29 *die neu in die SPD eingetreten sind, äh von denen es auch immer*
 viel gibt.
 31 *E Äh das die auch in die SPD 60 plus eintraten und äh eben,*
 genauso wie junge
 32 *Menschen sowohl bei den Jusos, wie auch in der SPD aktiv*
 wurden, die sind da
 33 *auch.*

Den älteren Mitgliedern wurden innerhalb der Partei weiterführende Aufgaben übertragen, die zu besonderen Aktivitäten innerhalb und außerhalb der Partei führten und auch heute noch durchgeführt werden (vgl. Kapitel 3.5).

- 33 *Es gibt Aktivitäts.. es wurden zusätzliche Aktivitätsfelder und*
 34 *Muster an-*
 34 *geboten, die zumindest in den Jahren, die ich verfolgt habe,*
 35 *Anfang bis Mitte der*
 35 *Neunziger, zu einem Aktivitätsschub führten.*

Bei den älteren Parteimitgliedern entstand intern immer mehr der Wunsch, sich wie andere Gruppen innerhalb der Sozialdemokratischen Partei auch durch eine eigene Arbeitsgemeinschaft zu organisieren. Es ist vermutlich auch ein strukturelles Parteiergebnis, da die Sozialdemokratische Partei eine tradierte Organisationsform der Arbeitsgemeinschaften hat (vgl. hierzu auch Kapitel 3.4). Besonders interessant ist es, dass es zuerst ein politisches Ziel war und kein organisatorisches, so die folgende Interviewkandidatin.

Interview III

- 43 *diese Menschen werden älter. Es war zu Anfang nun überwiegend*
 43 *ein politisches*
 44 *äh Ziel, was wir verfolgt haben.*

Sucht man weitere Erklärungen zur Gründung einer eigenen Arbeitsgemeinschaft für ältere Parteimitglieder, so betrachtet man das Gestaltungsvermögen der Älteren. Es waren nicht nur ein Mehr an politischer Partizipation und der demografische Wandel, die ausschlaggebend zur Gründung der neuen Arbeitsgemeinschaft führten, sondern die älteren Parteimitglieder wollten ihre Erfahrungen und Potenziale vermehrt in die politische Arbeit einbinden.

Interview IV

- 94 *E Äh, eigentlich war die SPD-Arbeitsgemeinschaft sechzig plus von*
 94 *ihrem Impetus her*
 95 *und auch von den praktischen Aktivitäten äh in erster Linie eine*
 96 *Arbeitsgemeinschaft die sagte: Wir haben hier ein Potenzial des*
 96 *neuen Alters äh.*

Die älteren Parteimitglieder erhofften sich durch die Gründung auch einen Verbleib in politischen Gremien und Positionen. Heute möchte ein Fünfzigjähriger oder Sechzigjähriger nicht mehr mit der politischen Arbeit aufhören und jüngeren Parteimitgliedern die Position überlassen (vgl. Kapitel 5 und 5.4).

- 97 *Früher war es so, dass man mit sechzig oder fünfundsechzig halt zum alten Eisen*
 98 *gehörte, heute haben wir ein Altersbild das und sagt, das ist beileibe nicht so*

Die vorgetragene Argumentation einiger älterer Parteimitglieder, dass nun Jüngere an der Reihe seien, kann durch die erweiterte Organisationsform einer zusätzlichen Arbeitsgemeinschaft teilweise entkräftet werden.

Interview I

- 32 *dass man äh Ältere ermuntern muss, von diesem Satz abzulassen, dass man.. -*
 33 *„Lass mal Jüngere machen“*

Festzuhalten bleibt:

Grundlegend war die Gründung der Arbeitsgemeinschaft 60 plus ein Zeichen und eine Reaktion der Partei auf den demografischen Wandel, dass die Partei sowohl für die älteren Parteimitglieder als auch für alle übrigen Parteimitglieder, die politische Partizipation und Repräsentanz der Älteren stützen wird. Ferner erhoffte sich die Partei dadurch eine Wirkung aus der Partei heraus, sodass sich eventuelle potentielle ältere Neu-Mitglieder eher für den Eintritt in die Partei entschließen könnten.

Andererseits nahm die Partei den Wunsch der älteren Mitglieder auf, die ebenfalls eine eigene Arbeitsgemeinschaft einforderten, um ihr Potenzial innerparteilich besser einbringen und für eine entsprechende Integration kämpfen zu können.

Kategorie2: Politische Willensbildung der älteren Parteimitglieder stärken

Hinsichtlich der politischen Willensbildung innerhalb der Partei sahen die älteren Parteimitglieder kaum eine Möglichkeit sich durchzusetzen. Einige vertraten die Meinung, dass dies aufgrund der Parteigliederung schwierig zu gestalten sei und so reifte der Entschluss zur Gründung einer eigenen Arbeitsgemeinschaft für ältere Parteimitglieder.

Interview I

- 36 *[...] und das sie das in normalen Ortsvereinen und den normalen
Gliederungen der*
37 *Partei nicht konnten, habe ich gesagt, dann müssen wir eine
Arbeitsgemeinschaft*
38 *gründen, wo ich immer das.. [...]*

Die Stärkung der politischen Willensbildung sollte nicht nur in der Partei gefestigt werden, sondern auch in die Gesellschaft hinein. Die strukturellen Barrieren wurden erkannt. So wurde für die Arbeitsgemeinschaft durch die Gastmitgliedschaft eine erweiterte Form der politischen Partizipation verwirklicht (vgl. Kapitel 3.4 und 3.6).

Interview II

- 19 *E [...]. Eine Gründung der Arbeitsgemeinschaft*
20 *oder ein Grund dafür war, die Willensbildung zu verstärken, aber*
 auch in die
21 *Gesellschaft hinein.*

Durch die neue Arbeitsgemeinschaft wurde ein eigenständiger Verfahrensweg für die älteren Parteimitglieder festgeschrieben – analog der anderen Arbeitsgemeinschaft –, der die politische Willensbildung erhöht. Ältere Parteimitglieder haben dadurch ein eigenes Antragsrecht auf allen Parteebenen.

Interview V

36 [...] Haben Antragsrecht in
37 den entsprechenden Gremien sind aber nicht Partei.

Festzustellen bleibt:

Für die neue Arbeitsgemeinschaft 60 plus wurden, wie bei den anderen Arbeitsgemeinschaften der Partei, die Verfahrenswege festgeschrieben. Hierdurch wird der politische Willensbildungsprozess geregelt und den Älteren ein eigenständiges Antragsrecht zugestanden. Der Willensbildungsprozess sollte nicht nur innerhalb der Partei gestärkt werden, sondern auch innerhalb der Gesellschaft. Zwar ist im traditionellen Sinn die Parteimitgliedschaft eine notwendige Voraussetzung für die politische Partizipation an der Parteipolitik, aber durch die Institutionalisierung der Gastmitgliedschaft (siehe hierzu auch Kapitel 3.4), sollte die parteipolitische Partizipation erhöht werden. Durch alle diese Schritte erhoffte sich die Partei, dass sich Parteimitglieder auch noch im fortgeschrittenen Alter weiterhin an der Parteiarbeit beteiligen würden.

Kategorie 3: Demografischer Wandel

Der hohe Stellenwert des demografischen Wandels und die daraus resultierenden Notwendigkeiten wurden von der Partei erkannt und aufgenommen. Die Thematik wurde auch schon von einzelnen Parteimitgliedern in der Kommunalpolitik aufgenommen und weiter ausgearbeitet. Die demografische Thematisierung innerhalb der Partei könne, wie bisher schon dargestellt, als ein Gründungsimpuls der Arbeitsgemeinschaft 60 plus betrachtet werden, so zwei Interviewkandidaten. Zunächst wird deutlich, dass dieser Leitgedanke kommunalpolitisch aufgenommen wurde. In der Kommune solle eine Perspektive für die kommenden Jahre entwickelt werden.

Interview I

- 21 *[...] weil wir damals versucht haben – eine*
 22 *Langzeitperspektive für Hamburg zu entwickeln. Sind damals*
 23 *darauf gestoßen,*
 24 *dass es ..äh, um das Wachstum der Städte oder das*
 25 *Negativwachstum mehrere*
 26 *Ursachen gab. Nicht nur die Stadt- und Landabwanderung äh.,*
 27 *sondern auch die*
 28 *Demografie, die sich, die sich spätestens*
 29 *neunzehnhundertvierundsiebzig*
 30 *fünfundundsiebzig stabilisierte, auf einen starken Rückgang der*
 31 *Geburten.*
 32 *Zwar mit einer starken Zunahme älterer Menschen, mit Zunahme*
 33 *der*
 34 *Lebenserwartung.. äh. Das, finde ich, ist ein Prozess, der ja*
 35 *unverändert läuft.*

Die Partei reagierte auf den demografischen Wandel mit der Aufnahme eines „Modernisierungskurses“ und der Einleitung einer Strukturveränderung. Die Strukturveränderung wurde von bedeutenden Führungskräften der Partei, als das Konzept: „Sozialdemokratische Partei Deutschlands Zweitausend“ forciert.

Interview IV

- 5 *[...] Zum*
 6 *zweiten gab es äh Ende der achtziger Jahre,*
 7 *neunzehnhundertneunundachtzig-*
 8 *neunzig in der SPD auch eine organisationspolitische Debatte, wie*
 9 *reagieren wir*
 10 *auf neue Trends, demografische Trends und andere. Und da lag*
 11 *es nah sich auch*
 12 *die Frage zu stellen äh, müssen wir nicht auch von uns aus als*
 13 *Parteispitze als*
 14 *Modernisierungskurs auch von oben auch äh sozusagen eine*
 15 *derartige*
 16 *Organisation aufbauen? Das beides stieß aufeinander. So kam ich*
 17 *auch dazu, weil*
 18 *ich damals äh im Planungsstab der SPD gearbeitet hab und halt*
 19 *für dies*
 20 *Modernisierungsprogramm zuständig war. Das führt dann dazu,*
 21 *dass in.. von der*
 22 *Parteispitze, der damalige Parteivorsitzende Hans-Joachim Vogel,*
 23 *das Thema sehr*
 24 *stark gepuscht hat, dann der damalige Schatzmeister der SPD*
 25 *Hans Ulrich Klose,*

- 16 *der ja später dann Gründungsvorsitzender der AG 60 plus wurde*
 17 *äh und auch der*
 18 *kurzzeitige spätere Bundesgeschäftsführer Karl-Heinz Blessing,*
 19 *das zum Teil eines*
 18 *Projektes gemacht hatte, das sie damals nannte im Jahre*
 19 *neunzehnhundertneunzig:*
 19 *SPD-Zweitausend.*

Festzustellen bleibt:

Der demografische Wandel war mit ein ausschlaggebender Grund für die Einführung der Arbeitsgemeinschaft 60 plus. Der Impetus, dass der demografische Wandel zu einem Modernisierungsschub innerhalb der Partei und zu einer Entstehung der Arbeitsgemeinschaft führte, so ein Interviewkandidat, wurde besonders kommunalpolitisch mit Nachdruck vorangetrieben.

Kategorie 4: Gegenstimmen zur Gründung einer eigenen Arbeitsgemeinschaft 60 plus

Nicht ohne Kritik bleibt die Gründung einer eigenständigen Arbeitsgemeinschaft für Ältere. Auch von den Interviewkandidaten wird diese Parteisegmentierung differenziert betrachtet. So haben zwar fast alle Interviewkandidaten in ihren Aussagen positive Argumentationspunkte benannt, gleichzeitig wird aber auf eine beträchtliche innerparteiliche Lähmung hingewiesen, die sowohl für die Gesamtpartei, als auch für die älteren Parteimitglieder entsteht. Durch eine weitere Arbeitsgemeinschaft werden Diskussionen nur in dieser Arbeitsgemeinschaft und nicht innerhalb der ganzen Partei geführt. Der Übergang von der anfänglichen Gründungseuphorie und dem Gründungsaktivismus hin zur Integration und Veränderung verlief nicht reibungslos. Ferner wird resümiert, dass der anfängliche Gründungsaktivismus nur kurz andauerte, nach einer Übergangsphase ein Ernüchterungsprozess eintrat und heute eher ein passives Mitgliederverständnis dominiert.

Interview I

- 326 E *Diesen Aufbruch, den es kurzfristig gegeben hat, für ein, zwei Jahre, nach*
 327 *Gründung der Arbeitsgemeinschaft, der ist meines Erachtens nicht mehr da ().*

Bemerkenswert ist, dass nicht bei allen Parteipolitikern die neue Arbeitsgemeinschaft Anklang fand. Einige einflussreiche Parteimitglieder fühlten sich durch die Gründung der Arbeitsgemeinschaft 60 plus eher abgeschoben und teilweise an den Rand der Partei gedrängt.

Interview II

- 120 E *Okay, gegen die äh, weil er sagte, er will auch nicht Alt..äh aufs Abstellgleis*
 121 *geschoben werden, also gegen die Gründung dieser Arbeitsgemeinschaft*
 122 *Ausgesprochen.*

Durch die Arbeitsgemeinschaft für ältere Parteimitglieder wird diesen eine Sonderrolle zuteil, die eher ausgrenzt. Das politische Engagement findet nicht mehr in der Mitte der Gesamtpartei statt, sondern nur noch am Rande.

Interview VII

- 43 E *Sie stigmatisiert sie. Sie stigmatisiert sie und sie sagt ihr ihr könnt euch nicht mehr*
 44 *so auseinandersetzen in der Partei, macht das mal in eurem eigenen Saft. Also*
 45 *das ist so ein Stückchen an den Rand gestellt..*

Da die politische Diskussion nicht mehr in der Gesamtpartei stattfindet, wird das Bild von einem separierten Raum benutzt, in dem dieser Diskurs erfolgt, sodass die Diskussion die Gesamtpartei nicht erreicht und die Teilnahme unmöglich macht. Hierdurch wird eine künstliche Spaltung zwischen Alt und Jung erzeugt.

Interview VII

- 409 E *Ja. Und äh .. mir ist das dann immer lieber, ich bewege mich in einer natürlichen*
 410 *Umgebung und nicht in einem, Sie sagten soeben Schonraum so weit will ich nicht*
 411 *gehen, aber in einem separierten Raum.*

Fast gleichlautend beschreibt die Interviewkandidatin III diese Vorgänge. Sie sieht die eigenständige Arbeitsgemeinschaft für Ältere gewissermaßen als Vergeudung von Arbeitskraft an, da sie nicht für die Gesamtpartei eingesetzt wird und eher eine übergreifende Parteiarbeit verhindert.

Interview III

- 221 *Eingaben Einbringen, aber weniger als die AfA und die AsF. Nach meiner Meinung*
 222 *wäre es besser gewesen, sie hätten diese Kraft nicht noch in eine zusätzliche*
 223 *Arbeitsgemeinschaft mit Wahlen und Pipapo, sondern in die Gesamtpartei gebracht.*

Und auch Interviewkandidat V äußert sich dahin gehend. Er beschreibt die eigene Arbeitsgemeinschaft für ältere Parteimitglieder als eine ambivalente Parteistruktur.

Interview V

- 30 *Ähm das war immer eine zwiespältige Geschichte gewesen. Denn die Arbeits-*
 31 *gemeinschaft bedeutet natürlich auch äh begrenzte oder die Gefahr ist auch die*
 32 *Begrenzung auf eine Sicht, auf die interne Gruppensicht.*

Die ambivalente Parteistruktur schildert Interviewkandidat VI folgendermaßen: Durch eine weitere Arbeitsgemeinschaft entsteht innerhalb der Partei eine Konkurrenzsituation zwischen Partei und Arbeitsgemeinschaft. Schwierig stellt sich oft die politische Arbeit in der Kommune dar. Oftmals engagieren sich die Älteren in der Arbeitsgemeinschaft, aber nicht im Ortsverein oder umgekehrt, so

Interviewkandidat VI. Das führt zu einer Konkurrenz um die Führung in der Gesamtpartei, was für die politische Arbeit nicht als zielführend angesehen wird.

Interview VI

- 123 *Das., entweder reden die Arbeitsgemeinschaften, indem sie wirklich alle Älteren an*
 124 *sich zieht, dann hat aber der Ortsverein Schwierigkeiten oder umgekehrt.*

Durch die Arbeitsgemeinschaft wird die Diskussion zwischen Älteren und Jüngeren nicht gemeinsam geführt. Dabei gehen wichtige Impulse für die politische Arbeit verloren. Die Interviewkandidatin will diesen politischen Diskurs mit Jungen und Alten zusammen führen.

Interview VII

- 25 *Da gibt es spezielle Fragen, kann man machen, aber Arbeits-*
 26 *gemeinschaft für Ältere das ist, wissen Sie das ist, also das Kriterium ist ein, ist das*
 27 *Lebensalter, und wenn ich in einer Partei gewesen bin oder zu einer Partei gehe,*
 28 *dann will ich in der Partei die Auseinandersetzung auch mit Jüngeren führen. Wenn*
 29 *es um meine Rente geht, dann muss ich mit Jüngeren reden, denn die bezahlen die*
 30 *schließlich.*

Festzustellen bleibt:

Es erscheint schon beinahe als ein Widerspruch, dass gewissermaßen alle Interviewkandidaten, die im Vorfeld positive Punkte zur Gründung einer eigenständigen Arbeitsgemeinschaft benannten, gleichzeitig auch eine Reihe von Gegenargumenten aufzeigen. So wird zumeist von einer Lähmung gesprochen. Eine Interviewkandidatin benannte das als eine Separierung, die eine eigenständige Arbeitsgemeinschaft hervorruft. Begründet wurde dies zumeist damit, dass die Themen nicht mehr in der Gesamtpartei diskutiert werden, sondern ausschließlich in der

Arbeitsgemeinschaft. Somit findet der Diskurs zwischen den Älteren und Jüngeren nicht mehr statt, und wichtige Impulse gehen verloren. Auch wird die Integration der Älteren in die Partei verhindert. Es findet eher eine Ausgrenzung der Älteren statt, zumal einige ältere Parteimitglieder sich persönlich brüskiert fühlen, da sie nun zu den Alten abgeschoben werden. Ferner wird die Arbeitsgemeinschaft 60 plus als Konkurrenz innerhalb der Partei betrachtet. Entweder engagieren sich die Mitglieder in der Arbeitsgemeinschaft und fehlen dann im Ortsverein oder umgekehrt.

Frage 2

Welche Bedeutung hat die Arbeitsgemeinschaft 60 plus für die innerparteiliche Willensbildung?

Kategorie1: Demokratie

Die neue Arbeitsgemeinschaft 60 plus führte zu einer weiteren strukturellen und organisatorischen Erneuerung der Partei. Dadurch werden die demografischen Grundsätze in der Partei weiter ausdifferenziert.

Interview I

289 *[...] dass Demokratie nur funktioniert, wenn sich jeder irgendwo einbringt.*

Festzustellen bleibt:

Demokratische Grundsätze können nur gelingen, wenn sich alle Mitglieder einer Partei in irgendeiner Art und Weise einbringen und den politischen Diskurs mitbestimmen beziehungsweise die Chance haben, daran teilzunehmen.

Kategorie2: Vertretung im Vorstand

Das Besondere an den Arbeitsgemeinschaften der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist, dass ihnen ein erweitertes politisches

Partizipationsrecht zuteil wird. Durch die Arbeitsgemeinschaft besteht die Möglichkeit für die Älteren nun auch in den Vorständen vertreten zu sein.

Interview I

- 143 *Auch, dass sie nun überall in den Vorständen vertreten waren. Aber äh dieses.. äh*
- 144 *dies anregende Moment, das man nur dadurch gewinnt, dass man.. in die*
- 145 *Gesellschaft reinwirkt oder die Gesellschaft auf sich wirken lässt, dass man sich*

Durch die Möglichkeit eines direkten Zugangs zu den Vorständen sind die älteren Parteimitglieder nicht mehr nur auf andere Mitglieder oder Parteiwege angewiesen, um ihre politischen Interessen eigenständig zu vertreten.

Interview III

- 230 *[...] Parteivorstand, dass man auch da die Dinge einbringen konnte, wenn es nötig war.*

Festzustellen bleibt:

Eine eigenständige Arbeitsgemeinschaft wird dadurch bedeutungsvoll, dass die älteren Parteimitglieder in den verschiedenen Vorständen vertreten sind und sich somit für die eigenen Auffassungen einsetzen können.

Kategorie3: Willensbildung auf allen Parteiebenen und in den Seniorenräten

Der Willensbildungsprozess findet nicht nur in den oben beschriebenen Vorstandsebenen statt, sondern als wichtiges Zeichen der Demokratie, auch auf allen weiteren Parteiebenen, und vergrößert daher die politische Partizipation (vgl. Kapitel 3.4).

Interview II

- 28 E *Willensbildung gibt es im formalen Teil, der sehr wichtig ist in der Partei über*
 29 *Anträge, über die verschiedenen Ebenen der Partei, die eben gestellt werden, die*

Da jedes Parteimitglied politische Anträge stellen kann, hat der Willensbildungsprozess in den verschiedenen Gremien eine große Bedeutung.

- 64 *Also innerparteiliche Willensbildung findet*
 65 *zum einem statt innerhalb der Arbeitsgemeinschaft und dann in den Gremien der*
 66 *Partei. Ortsvereine, Unterbezirke, Bezirk, Landesverband äh.. respektive auch auf*
 67 *Bundesebene. Und da ist es so, dass zwar viele Ältere bei sechzig plus mitarbeiten,[...]*

Bei der Betrachtung der Frage, wie politische Willensbildung und Meinungen gebildet werden und wo der Prozess stattfindet, wird von dem Interviewkandidaten IV auf den „Gemeinschaftsfaktor“ hingewiesen, wodurch die Partei auf allen Ebenen auch ein Stück Heimat bedeute, vom Ortsverein bis zur Vorstandsarbeit. Erst durch die Diskussion und Meinungsbildung im vertrauten Kreis wird der Prozess der politischen Willensbildung möglich. Politische Meinungen und Ziele werden hier diskutiert und bewertet (vgl. Kapitel 4.3.2).

Interview IV

- 329 *Wir haben sehr gut laufende Gruppierungen,*
 330 *aber wir haben auch Gruppierungen, die nur ihr Sommerfest machen und ihren*
 331 *Ausflug machen,*

Diese Geselligkeitsdimension von lockeren Verbindungen an die Partei dürfen nicht unterschätzt werden. Derartige Verbindungen haben einen positiven Effekt auf die gute Verfassung der Engagierten.

- 331 *[...] aber es gibt auch welche, die alle vier Wochen regelmäßig
ihre*
332 *Veranstaltungen machen mit einem gezielten Thema und das
denn auch äh so in*
333 *Nachbarbez.. äh Bereiche, Ortsverein und auch bis in den
Vorstand hinein äh [...]*

Das Antragsrecht auf den Parteitag wird als bedeutsame Teilhabe am Willensbildungsprozess hervorgehoben. Hier werden, als den höchsten Entscheidungsgremium der Partei, sowohl die „Weichen“ für die politischen Gegebenheiten gestellt, als auch über parteiinterne Regelungen abgestimmt.

Interview IV

- 38 *[...] so, dass die Arbeitsgemeinschaften der SPD durchaus als
Arbeitsgemeinschaften*
39 *äh spezifische.. Rollenmöglichkeiten haben. Auch bis hin dazu,
mittlerweile glaube*
40 *ich auch, was heißt mittlerweile, auch schon seit einigen Jahren,
Antragsrecht auf*
41 *Parteitag.*

Je nach Arbeitsschwerpunkt und Parteizugang der Interviewpartner, wird die Ebene der politischen Willensbildung anders eingeschätzt. Zwar wird im Interview VI die bundesweite Möglichkeit der Willensbildung erwähnt, jedoch die Bedeutung der kommunalen Ebene hervorgehoben.

Interview VI

- 83 *E Die AG 60 plus in ihrer Gesamtheit, bundesweit aber auch vor Ort
setzt ganz*
84 *eindeutig auf die Einrichtung von Seniorenbeiräten. Damit wollen
sie erreichen, dass*
85 *auch eine wirklich.., auch eine Bedeutung (wird betont) auch auf
der kommunalen*
86 *Ebene bekommen.*

Festzustellen bleibt:

Grundsätzlich besteht die Möglichkeit, auf allen Parteebenen am Willensbildungsprozess teilzuhaben. Dabei ergibt sich durch die Arbeitsgemeinschaft der Vorteil, dass sie ein Antragsrecht auf den Parteitagen hat. Bei dieser Frage wird abermals die kommunale Ebene hervorgehoben. Hierzu benennt ein Interviewkandidat den Gemeinschaftsfaktor, der für die Älteren ein Stück Heimat bedeute. Angesichts der letzten beiden Aussagen stellt sich die Frage, ob gerade die älteren Parteimitglieder besonders diesen „Gemeinschaftsfaktor“ benötigen, um politisch zu partizipieren. Falls dies so ist, kommt insbesondere dem Ortsverein eine bedeutungsvolle Aufgabe zu.

Frage 3

Welche Veränderungen ergeben sich durch die Arbeitsgemeinschaft 60 plus für die Partei?

So wichtig Veränderungen für Organisationen sind, umso mehr werden sie auch von allen Seiten betrachtet, ob sie der Organisation dienlich sind. Bei der Einrichtung einer weiteren Arbeitsgemeinschaft kommt es zu einer Diversifikation der politischen Parteiarbeit. Bei der Ausweitung der Parteiarbeit konnten ältere Parteimitglieder aufzeigen, dass sie etwas können, was jüngere Parteimitglieder so nicht vermögen. Hierdurch erhalten die Älteren einen besonderen Stellenwert innerhalb der Partei.

Kategorie 1: Besonderheit der älteren Parteimitglieder

Die Veränderung durch die Arbeitsgemeinschaft 60 plus wird von zwei Interviewkandidaten in der Glaubwürdigkeit und dem Vertrauen gesehen, welches Älteren zugesprochen wird.

Interviewkandidat I sieht die Besonderheit der älteren Parteimitglieder vor allem bei dem Straßenwahlkampf, da sie meistens sachbezogen diskutierten, so seine persönliche Einschätzung.

Interview I

- 341 E *Ja, das hat ja auch eine Zeit lang so funktioniert. Das war gar nicht so falsch, weil*
 342 *die berühmten Straßendiskussionen und so weiter. Wenn das Senioren machten,*
 343 *die informiert waren, die hatten ein relativ starkes Glaubwürdigkeitsplus. Mh..*

Älteren Parteimitgliedern wird eine andere politische Motivation zugeschrieben, da sie keine politische Karriere mehr machen wollen. Dieser Motivationsunterschied wirkt sich zumeist positiv bei den Straßenwahlkämpfen aus.

- 344 *Man unterstellt, die haben keinen persönlichen Ehrgeiz mehr, sondern die reden*
 345 *sozusagen zur Sache. Das hat bei Kommunalwahlen eine schon häufig, eine*
 346 *gewichtige Rolle gespielt. Und wir haben auch beobachtet, das bei dem*
 347 *Wahlsystem, wo man Stimmen () häufen konnte und so weiter, dass das durchaus*
 348 *Effekt hatte. Dazu muss die aber wirklich motivieren und darzubringen, das zu tun.*
 349 *Die sind zeitweise ja schon motiviert. Das liegt daran, dass sie zeitweise ()*

Dieser Interviewkandidat betont das Potenzial der älteren Parteimitglieder im Wahlkampf. Hierzu zitiert er einen Zeitungsartikel, in dem der Wahlkampf der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hervorgehoben wurde, und zwar in der Weise, dass das Potenzial der „Vertrauenswürdigkeit“ der älteren Mitglieder im Wahlkampf genutzt würde.

- 351 E *Ganz genau ((Lachen)). Also, sie hatten schon, sie hatten schon ein Plus. Ich*
 352 *habe das schon beobachtet. Ich bin in der Zeit viel in Wahlkämpfen unterwegs*
 353 *gewesen und habe das mitbekommen, das äh.. ,das war ein Potenzial. Das ist*
 354 *auch so kommentiert worden. Ich erinnere mich genau. Es gab*

- mal einen
 355 Leidartikel in der FAZ zu diesem Problem, da wurde die SPD sehr
 gelobt,
 356 da sie die Erste war., die., die ja, die erkannt hatte, diese
 Möglichkeit...
 357 dieses, ja wenn Sie so wollen das Glaubwürdigkeitspotenzial was
 die Älteren
 358 darstellen können. Es ist wirksam gewesen und nach meiner
 Einschätzung wird
 359 es im Augenblick nicht wirklich genutzt.. -

Auch Interviewkandidat II beschreibt, dass ältere Parteimitglieder Vertrauen schafften.

Interview II

- 126 E Ältere, und das habe ich hier noch mal rausgesucht, schaffen
 etwas, was ähm der Rest
 127 der Partei weniger kann, sprich Vertrauensarbeit, weil sie Zeit
 haben oder mehr
 128 Zeit haben als andere und weil sie noch richtig mit den Menschen
 reden können.

Und führt weiter aus, dass das für jüngere Parteimitglieder mühsamer ist.

- 130 E Was vielleicht für jüngere Leute viel schwieriger ist.

Festzustellen bleibt:

Hervorgehoben wird, dass älteren Parteimitgliedern ein hohes politisches Vertrauen entgegengebracht wird, welches im Wahlkampf als besonderes Potenzial gern genutzt wird, um im Rahmen der politischen Überzeugungsarbeit, Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit zu vermitteln. Dies wird nochmals betont von einer aktiven Interviewkandidatin der Arbeitsgemeinschaft 60 plus. Sie verweist darauf, dass ältere Menschen einen Kommunikationsstil haben, der sich von „Jungmitgliedern“ dahingehend unterscheidet, dass Ältere mehr Zeit haben.

Kategorie: 2 Weiterführende Mitarbeit von älteren Mitgliedern auch in Parteigremien

Zwei Interviewkandidaten beschreiben eine Veränderung durch die Arbeitsgemeinschaft 60 plus, die sich für die älteren Parteimitglieder ergibt. Durch eine eigenständige Arbeitsgemeinschaft werden ältere Mitglieder weiterhin oder eventuell auch neu zur aktiven Mitarbeit an der innerparteilichen politischen Partizipation eingeladen. Die weiterführende innerparteiliche Partizipation führt zu einer Veränderung innerhalb der Vorstände, da nun Ältere dort auch vertreten sind. Hieraus resultierte eine weiterführende Interessenvertretung. Interviewkandidaten: III; V.

Interview III

- 46 E *Und dann ist es auch so üblich geworden, dass äh Vertreter der*
 47 *Arbeitsgemeinschaft sechzig plus auch ähm, gesetzte oder quasi*
gesetzte
 48 *Mitglieder von Vorständen wurden.*
 49 I *Mh.*

Hier werden die älteren Parteimitglieder professioneller vertreten. Das erscheint deshalb bedeutend, da die politische Arbeit immer weniger eine „Feierabendtätigkeit“ ist, sondern sich mit zunehmendem Maße die Politik zu einem eigenständigen professionellen Berufsbild verändert. Die (ehrenamtlichen) älteren Politiker benötigen deshalb einen erweiterten festgeschriebenen Partizipations- und Vertretungsraum.

- 50 E *Also das war dann schon etwas anderes äh äh, weil sie eben eine*
Personengruppe
 51 *vertraten und nicht wie es vorher der Fall gewesen ist, dass es ja*
eine Beauftragte,
 52 *Beauftragten für Seniorenpolitik gab, der im Grunde genommen*
wie der Kinder-
 53 *beauftragte agiert hat (((lächeln))).*

Die Arbeitsgemeinschaft setzt sich nicht nur für die Interessen der Älteren ein, sondern es kennzeichnet sie, dass sie Verantwortung für die

Gesellschaft wahrnimmt und die zukünftige und gegenwärtige politische Gestaltung mitentwickelt.

Interview V

- 51 *Arbeitsgemeinschaft. Ähm. Es hat sich dann herausgestellt, dass*
 diese Arbeits-
 52 *gemeinschaft durchaus auch Interessenvertretung ähm geleistet*
hat und was
 53 *erfreulich ist, die Interessenvertretung dieser Arbeitsgemeinschaft*
ist nicht eine
 54 *Interessenvertretung der Älteren gegen Andere geblieben,*
sondern es ist gelungen,
 55 *zumindest bei den Akteuren, die sich engagieren, ähm das so*
hinzubekommen, dass
 56 *das eine Interessenvertretung für die Gesellschaft insgesamt ist.*
Aber aus Sicht
 57 *der Älteren mit einer, mit dem Wunsch, mitzureden, mitzugestalten*
und mit dem
 58 *Bewusstsein, dass auch eine gewisse Verantwortung für die*
Gesamtgesellschaft da
 59 *ist.*

Festzustellen bleibt:

Weiterführende Mitarbeit bedeutet auch, dass Parteimitglieder, die bisher nicht aktiv Teil der politischen Partizipation waren, angesprochen werden. Dadurch, dass die Älteren nun in den Vorständen vertreten sind, ist ihnen bewusst, welche Verantwortung sie für die Gesellschaft übernehmen.

Frage 4

Wie sieht die politische Willensbildung aus, wo wird die politische Partizipation von Älteren deutlich?

Kategorie 1: Darstellung der politischen Partizipation von Älteren

Wie die politische Willensbildung und Partizipation der Älteren in der Partei deutlich wird – dazu haben sich drei Interviewkandidaten unterschiedlich geäußert. Interviewkandidaten I; II, IV.

Interviewkandidat I beschreibt, dass die innerparteiliche Arbeit eine gewisse Zeit hauptsächlich von den älteren Parteimitgliedern getragen worden ist.

Interview I

- 139 E *Die Arbeitsgemeinschaft war eine, die eine Zeit lang schon deshalb bedeutsam war,*
140 *weil sie einen Hauptteil innerparteiliche Arbeit getragen hat.*

Dabei hebt er die Arbeit auf der Ebene der Ortsvereine hervor und die Tatsache, dass die Älteren in den Vorständen vertreten sind und infolgedessen einen erweiterten politischen Partizipationsrahmen haben.

- 140 *Praktische Arbeit von*
141 *den Ortsvereinen bis sonst was wurde vom Wesentlichen von den Älteren*
142 *gemacht. Das gab denen auch ein gewisses Bewusstsein und Selbstbewusstsein.*
143 *Auch, dass sie nun überall in den Vorständen vertreten waren. Aber äh dieses.. äh*
144 *dies anregende Moment, das man nur dadurch gewinnt, dass man.. in die*
145 *Gesellschaft reinwirkt – oder die Gesellschaft auf sich wirken lässt, dass man sich*

Interviewkandidat II sieht die Partizipation der Älteren als Bindeglied zwischen dem, was in der Gesellschaft passiert, an politischen Vorstellen verankert ist und wie es in die Partei „hineingetragen“ wird.

Interview II

- 22 *Transmissionsriemen zum einen aufzunehmen, was passiert in der Gesellschaft,*
23 *in diesen definierten Zielgruppen, das in die Partei hineinzubringen. Zum anderen*
24 *Initiativen, die in der Partei gestartet werden mit der Bevölkerung, mit dem Umfeld*
25 *auch zu kommunizieren. Die Arbeitsgemeinschaft 60 plus ist eine der jüngsten*

Durch die Älteren seien zusätzliche Aktivitäten in der Partei angeregt worden, so Interviewkandidat IV. Neben den Aktivitäten auf Bundesebene und Landesebene (vgl. Kapitel 3.5) sind es die Aktivitäten, die direkt in den Ortsvereinen initiiert werden.

Interview IV

- 28 E *Auf der anderen Seite haben wir auch an vielen Stellen gemerkt das äh, dass Ältere,*
 29 *die neu in die SPD eingetreten sind, äh von denen es auch immer viel gibt.*
 30 I *Mh.*
 31 E *Äh, das die auch in die SPD 60 plus eintraten und äh eben, genauso wie junge*
 32 *Menschen sowohl bei den Jusos wie auch in der SPD aktiv wurden, die sind da*
 33 *auch. Es gibt Aktivitäts.. es wurden zusätzliche Aktivitätsfelder und Muster an-*
 34 *geboren, die zumindest in den Jahren, die ich verfolgt habe, Anfang bis Mitte der*
 35 *Neunziger, zu einem Aktivitätsschub führten.*

Festzustellen bleibt:

Wiederholt wird auch bei dieser Fragestellung besonders auf die Arbeit der Ortsvereine hingewiesen. Dabei wird von einem Interviewkandidaten betont, dass die innerparteiliche Arbeit hauptsächlich von älteren Parteimitgliedern gestützt werde. Fortfahrend bestätigt der Interviewkandidat, was auch schon mehrmals erwähnt wurde, dass nun auch die Älteren in den Vorständen vertreten seien und in die Gesellschaft wirkten. Dieses Wirken wird als Bindeglied beschrieben, da die Älteren das aufnehmen, was in der Gesellschaft „passiert“ und es in die Partei „trügen“. Deutlich wird auch, dass durch ältere Parteimitglieder aktuelle politische Aktivitäten initiiert werden.

Kategorie2: Ältere Neu-Mitglieder

Gewissermaßen wird auch der Eintritt in die Partei von älteren Menschen, als innerparteiliche politische Partizipation und Willensbildung betrachtet,

so zwei Interviewkandidaten. Dabei hebt Interviewkandidat IV besonders die gezielte Ansprache von potenziell neuen älteren Parteimitgliedern hervor. Älteren Neu-Mitgliedern solle ein attraktives Parteiangebot gemäß ihren Kompetenzen und Fähigkeiten offeriert werden.

So ist eine immer älter werdende Partei, Interviewkandidat IV spricht hier auch von der Gesellschaft, aufgefordert, die Repräsentation der Älteren zuzulassen und diese als Kandidaten für Ämter aufzustellen.

Interview IV

- 191 E *Sondern sozusagen, egal ob jemand siebzehn oder siebzig, ist völlig egal, die*
 192 *Person können wir brauchen äh und die werden wir sinnvoll irgendwo auch für die*
 193 *eine Funktion, eine Rolle, eine Aufgabe finden. Erster Punkt. Zweiter Punkt:*
 194 *ist, das hat was mit Rollen zu tun. Eine alternde Gesellschaft ist meines Erachtens*
 195 *gut beraten, auch insofern diese Alterung zu repräsentieren äh, dass sie, dass eine*
 196 *Partei z. B. auch nach Kandidaten auch sucht für z. B.*
 197 *Bundestagsmandate äh auch aus dem Segment der älteren Bevölkerung. Aber*

Dabei sollten sowohl der Sachverstand als auch die Fähigkeiten berücksichtigt werden, die ältere Menschen im Laufe ihres Lebens erworben haben – gemeint ist also die Aktivierung oder Reaktivierung beruflicher Erfahrung –, die sie dann in der Parteiarbeit an entsprechenden Stellen einsetzen könnten.

Interview IV

- 199 *[...] sondern wenn*
 200 *man sich überlegt, Menschen, die mit sechzig oder fünfundsechzig in die Politik*
 201 *Zu gehen, bestimmte Kompetenzen oder Talente mitbringen. Ich sage mal: Betriebs-*

- 202 *rat vielleicht oder von mir aus ein Bundeswehrgeneral oder weiß
der Henker was.*
- 203 *Da gibt es ja alle möglichen Bereiche.*

Personen, die sich erst im höheren Alter für eine Parteimitgliedschaft entscheiden, sollte die Partei ein attraktives, zielgerichtetes Angebot vorschlagen, sodass sie ihre Kompetenzen einsetzen können. Die Älteren haben durch ihre Lebens- und Berufserfahrung soviel Kompetenz, die in der Partei qualifiziert eingesetzt werden sollte.

Interview IV

- 205 E *Diese Personen, diese Personen sozusagen zu gewinnen als
Neueinsteiger in der*
- 206 *Politik, denen aber auch adäquate Angebote zu machen. Man
kann einem*

Dabei muss immer bedacht werden, dass die im Leben erworbenen Potenziale und Kompetenzen der älteren Neumitglieder, für die politische Partizipation entsprechend eingefordert und eingesetzt werden. Es kann nicht sein, dass die Möglichkeiten der politisch aktiven Teilhabe weit entfernt zum erlernten Beruf oder anderen Lebenserfahrungen stehen. Die verschiedenen Aufgabenbereiche und Tätigkeiten, die innerhalb der politischen Partei ausgeübt werden können, sind mitbestimmend für die weiterführende politische Partizipation (vgl. Kapitel 4.1). Betont wird das in der nachfolgenden Interviewpassage.

- 206 *Man kann einem*
- 207 *Bundeswehrgeneral ((dies wird lachend ausgesprochen)) und dies
davon hatte die*
- 208 *SPD mal einen und die CDU hat den bis heute, der ist übrigens
als Späteinsteiger*
- 209 *in die CDU gekommen, dem kann man ja nicht sagen, fang
irgendwie im*
- 210 *Ortsverein als Kassierer an. Äh während wir aber einer gleichzeitig
einer Bundes-*
- 211 *vorsitzenden des Bundes der katholischen Jugend gleich
anbieten, werd doch*
- 212 *Bundestagsabgeordnete. Wir geben dir ein Mandat abgesichert*

- auf der Landesliste*
- 213 *kommen die Parteien nicht auf die Idee, ähnliche Angebote sich zu überlegen für*
- 214 *gestandene Leute, die halt, die halt sechzig, fünfundsechzig oder sogar siebzig sind.*
- 215 *Und das wäre z. B. eine Möglichkeit ähm..., ich will jetzt keine Quoten*
- 216 *einführen.*

Entscheidend ist, dass die Partei ein Angebot formuliert, das Menschen anspricht, die daraufhin bereit sind, sich entsprechend den eigenen Neigungen, Bedürfnissen und zeitlichen Möglichkeiten politisch zu engagieren.

- 218 E *Aber da ganz gezielt zugucken, wo finden wir da Personen denen wir solche äh*
- 219 *durchaus auch mögliche attraktive Angebote machen....*

Hierzu bedarf es oftmals der gezielten Auswahl und Ansprache, damit sich ältere Menschen nach der Familien- oder Berufszeit für das aktive Engagement in der Partei entscheiden.

Interview V

- 121 *[...] zugehörig oder älter. Äh, insofern äh wollen wir auch Ältere oder ältere Menschen*
- 122 *ermuntern, die jetzt nach Berufsaufgabe oder Familie, Ende der Familienphase*
- 123 *mehr Zeit haben, sich engagieren wollen und sich auch für ihr Leben interessieren,*
- 124 *also das halten wir für sehr wichtig.*

Festzustellen bleibt:

Für ältere Bürger kann eine Neu-Mitgliedschaft in einer politischen Partei als neues Aufgabengebiet betrachtet werden, sich an der politischen Partizipation und Willensbildung zu beteiligen. So berichten drei Experten, dass sie die Meinung vertreten, dass von der Partei gezielt ältere Menschen angesprochen werden müssten. Dies ist ein

Umdenkungsprozess in der Partei, da zumeist junge Menschen als Neu-Mitglieder umworben werden. Falls ältere Neu-Mitglieder in die Partei eintreten, sollten sie nach ihren bisherigen Potenzialen, die sie im Laufe ihres (Berufs-) Lebens erworben haben, in die Parteiarbeit eingebunden werden. Ist das nicht der Fall, kann dies zu einer Demotivation führen und das „Neu-Mitglied“ wendet sich schnell wieder von der innerparteilichen Partizipation ab.

Kategorie 3: Rückzug der älteren Parteimitglieder aus der Politik und Partei

Einige Interviewkandidaten verdeutlichen, dass die politische Partizipation der älteren Parteimitglieder sich auch dahingehend entwickelt, dass sie sich nicht mehr an der innerparteilichen politischen Willensbildung beteiligen, sondern sich vielmehr von dieser Möglichkeit der politischen Partizipation distanzieren.

Interview I

- 176 E *Ja das, äh.. Das müsste es eigentlich sein. Aber es ist halt so, dass äh sie*
 177 *spätestens ab sechzig... -führen Sie eine Debatte, die immer nach dem gleichen*
 178 *Muster läuft. Es war lang genug und nun müssen mal die Jüngeren ran. Äh, das ist*
 179 *dies Altersteilzeitdenken...*

Wie zum Teil in der Literatur beschrieben und aus empirischen Untersuchungen bekannt (vgl. Kapitel 6), wird auch bei dem nachfolgenden Interview die Altersgrenze von sechzig Jahren genannt, bei der die Älteren oftmals das Interesse an der Politik verlieren und ihr politisches Engagement reduzieren.

Interview V

- 143 *[...] Es wird sich wenig, es darf sich weniger nach dem Lebensalter*

- 144 *richten, als nach dem Interesse, daran mitzugestalten. Ich kann
mir gut vorstellen,*
145 *wir haben hier wenig wirklich Ältere. Bei so sechzig bricht es
langsam ab und wenn*
146 *ich nochmals kandidieren würde, würde ich eventuell auch der
Alterspräsident*

Hinsichtlich der Chance sich zu engagieren, die ältere Parteimitglieder haben, fehlt oftmals der Wille, so Interviewkandidat I; II; III und VII. Im Kreise derer, die die politische Parteiarbeit noch leiten und lenken, sind nur noch einige ältere Parteimitglieder aktiv anzutreffen.

Interviewkandidat I spricht von der „Rentendimension“.

Interview I

- 320 E *Sie haben oder hätten die Möglichkeit. Sie haben aber nicht
unbedingt den Willen.*
321 *Sie haben sich äh... eher zurückgezogen. Es ist... Ich glaube
diese, diese soziale*
322 *Rentendimension.*

Gewissermaßen, mit dem Interviewkandidaten I übereinstimmend, wird dies von Interviewkandidatin II eingeschätzt. Die Älteren arbeiteten zwar bei der Arbeitsgemeinschaft 60 plus mit, seien aber in der Partei nicht weiter aktiv. Dabei entsteht innerhalb der Partei eine Konkurrenzsituation zwischen der Arbeitsgemeinschaft 60 plus und weiteren Parteiorganen, was schon an anderer Stelle von einigen Interviewkandidaten geäußert wurde (Frage eins / Kategorie vier).

Interview II

- 67 *Und da ist es so, dass zwar viele Ältere bei sechzig plus mitarbeiten,*
68 *aber nur bedingt auch in der Partei aktiv sind.*

Der Rückzug wird bei der folgenden Interviewkandidatin auch durch die Altersgrenze beschrieben. Auch hier wird wieder das sechzigste Lebensjahr benannt.

Interview III

- 224 *Nach meiner Meinung und der Zeit, als ich schon, ich habe noch zehn Jahre, mit*
 225 *sechzig bin ich ja aus dem Bundestag gegangen.*

Der Interviewkandidat erwähnt, dass er sich diese Grenze des Ausstiegs aus der Politik selbst gesetzt habe. Derartige Strategien verdeutlichen, dass es bei dem Rückzug aus der aktiven politischen Partizipation um einen geplanten langfristigen Schritt handelt.

- 459 E *Ich möchte nicht noch mal. Ich bin freiwillig mit sechzig gegangen.*
 461 E *Weil ich mir gesagt habe, sechs Legislaturperioden ist zu äh fast schon zu viel.*

Dabei vertrat eine Interviewkandidatin die Ansicht, dass das politische Engagement nicht alles im Leben sein könne.

Interview VII

- 195 E *Ja. Äh und sie haben unheimlich viel zu tun. Das muss man sehen. Machen sie auch*
 196 *in der Situation gerne, gleichwohl scheint ihnen doch klar zu werden, äh bitteschön,*
 197 *das war noch nicht alles im Leben, ich möchte noch ein bisschen und vielleicht*
 198 *geht's noch.*

Festzustellen bleibt:

Bei der Beschreibung der politischen Willensbildung wurde von fünf Interviewkandidaten ein Rückzug der älteren Parteimitglieder beschrieben. Es verwundert nicht, dass ein Interviewkandidat diesen Rückzug als „Rentnerdimension“ beschreibt, da eine Expertin den Rückzug aus der Politik mit dem 60. Lebensjahr für sinnvoll einschätzt. Es wird die Meinung vertreten, dass sich die Älteren zwar bei der Arbeitsgemeinschaft 60 plus noch engagierten, sich ansonsten aber von der politischen Partizipation innerhalb der Partei distanzieren.

Frage 5

Welche Themenbereiche werden durch die Arbeitsgemeinschaft 60 plus innerhalb der Partei angeregt?

Kategorie 1: Themenbereiche der Arbeitsgemeinschaft 60 plus

Zu den Themenbereichen, die von den älteren Parteimitgliedern besonders diskutiert und aufgenommen werden, wurden von Interviewkandidat I seine persönlichen Interessen benannt wie Kultur, Demografie und die globale Auswirkung der demografischen Entwicklung. Durch seine herausragende Position, sowohl als politischer Amtsträger, als auch für eine gewisse Zeit innerhalb der Arbeitsgemeinschaft 60 plus, hatte dieser Interviewkandidat beträchtlichen Einfluss auf die Themenbereiche, die von der Arbeitsgemeinschaft angesprochen wurden.

Interview I

- 157 E *Ne, als ich.. es ging mir vor allen Dingen um die kulturpolitisch, bildungs-*
 158 *politische Konsequenz dieser demografischen Entwicklung. Als einen Punkt. Und*
 159 *dann ging es mir, weil ich immer schon ein außenpolitisches Interesse daran hatte*
 160 *äh um äh, wenn Sie so wollen, um die globalen Auswirkungen dieser*
 161 *Entwicklungen. Einmal war das () verdoppelt werden, das kann nicht ohne*
 162 *Konsequenzen bleiben.*

Es sind die aktuellen politischen Themen in der heutigen Zeit, die die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft verdeutlichen, so Interviewkandidaten: II; IV und V. Dabei konzentrieren sich die Schwerpunkte sowohl auf die Generationsthemen, Pflgeethemen als auch auf den großen Bereich der Sozialversicherungsthemen.

Interview II

- 191 E *Äh.. das ist eine ganz, ganz schwierige Sache ähm.... Das heißt, dieser*
 192 *Themenbereich Generationen ist bei sechzig plus nicht*
eingeschränkt auf
 193 *Rente und Pflege, auch wenn das Themen sind, wo die Alten immer*
ganz stark
 194 *draufgehen. Ich habe das, wie ich das so gern mal mache, wieder*
mal einige
 195 *Themen rausgesucht... Zurzeit aber, das ist der Altenbericht, den*
wir versucht
 196 *haben mitzubegleiten.*

Auch die Thematik des lebenslangen Lernens, zur weiteren Sicherung des Wissenstransfers zwischen den Generationen, wird aktuell thematisch aufgenommen.

- 198 E *Die Potenziale. Ganz wichtig ist dieser Bereich lebenslanges*
Lernen.
- 272 *[...] Auch abstraktere Themen wie z. B. lebenslanges*
 273 *Lernen, weil sie sagen, klar, uns geht es um die Enkel.*

Interviewkandidat IV verdeutlicht anhand eines Beispiels, welche Möglichkeiten die Arbeitsgemeinschaft 60 plus anfänglich genutzt habe, um ihre innerparteiliche politische Partizipation zu realisieren. So wurde auf Initiative der Arbeitsgemeinschaft 60 plus ein Beschluss zur Zuwanderungspolitik verfasst. Die Bedeutung der Zuwanderungspolitik und die Initiative der älteren Parteimitglieder verdeutlichen, dass sich die älteren Mitglieder beim innerparteilichen Entscheidungsfindungsprozess den politischen Zukunftsfragen zuwenden.

Interview IV

- 62 E *Es war damals so. Wir hatten in der SPD in der Zeit eine intensive*
Debatte über
 63 *Integrations-Zuwanderungspolitik und da ist es durch eine*
Initiative der Arbeits..,
 64 *der neu gegründeten Arbeitsgemeinschaft sechzig plus dazu*
gekommen, dass sich

- 65 *sowohl der Parteivorstand als auch der SPD-Bundesparteitag mit dem Thema*
 66 *beschäftigt haben und auch eine Beschlussfassung herbeigeführt haben unter dem*
 67 *Tenor, Deutschland ist ein Zuwanderungsland, was ein Einwanderungsgesetz*
 68 *braucht, gegen den erbitterten Widerstand im Übrigen.*
 69 I *Mh.*

Bemerkenswert ist dabei auch, dass in den Anfangsjahren der neuen Arbeitsgemeinschaft für ältere Parteimitglieder sich diese gegen die „innere Parteihierarchie“ durchsetzten und neue politische Akzente setzen konnten.

- 70 E *Der damals fachlich dafür zuständigen stellvertretenden Parteivorsitzenden ähm*
 71 *Frau Herta Däubler-Gmelin.*
 72 I *Mh.*
 73 E *Die der Meinung war, wir brauchten kein Zuwanderungs-. Das war sozusagen -.*
 74 *Das hatte überhaupt nichts mit Seniorenpolitik zu tun.*
 75 I *Ja.*
 76 E *Aber zeigte eben, das allgemeinpolitische Mandat, wenn man so will und dann auch*
 77 *die Möglichkeiten, äh die man dann, die dann die Arbeitsgemeinschaften dann auch*
 78 *zumindest in den Anfangszeiten offensiv genutzt hat.*

Interviewkandidat V dokumentiert, dass sich die Themenschwerpunkte im Lauf der Zeit verändert hätten. Wurde anfänglich das Älterwerden thematisch aufgenommen, folgten einige Zeit später die aktuellen gesellschaftlichen „Mainstream-Themen“, wie: Herausforderung des demografischen Wandels, Pflege Themen und demenzielle Erkrankung, Zukunftsentwicklung und verschiedene weitere Themenschwerpunkte.

Interview V

- 65 *[...] Zunächst waren das erst mal sehr stark Themen, die das*
Älterwerden
 66 *betreffen, die die demografische Entwicklung betreffen. Die*
damals auch erst so
 67 *richtig deutlich wurde. Wir haben viel zur Frage äh ähm der*
Pflege, der
 68 *demenziellen Erkrankung gemacht, auch hier in Rheinland-Pfalz.*
Ich habe vor fünf
 69 *Jahren hier den Vorsitz übernommen und ähm damals waren wir*
gerade an einer

Weiterführend beschreibt der Interviewkandidat, dass die Älteren die Herausforderung des demografischen Wandels in den Mittelpunkt ihrer politischen Betrachtung einbezogen hätten.

- 70 *Zunehmend*
 71 *ist aber bei der Arbeitsgemeinschaft, sind bei der*
Arbeitsgemeinschaft die
 72 *politischen Themen, die im Zusammenhang mit den*
Herausforderungen, die auch
 73 *die Demografie bringt äh, auch in den Mittelpunkt gerückt. Wenn*
wir früher Wohnen
 74 *für Ältere hatten, ist es jetzt Wohnsituation, Infrastruktur in den*
Kommunen
 75 *überhaupt.*

Eine wichtige Aufgabe der politischen Zielrichtung für die Älteren ist die Zukunftsperspektive der Bildung. Wer die Zukunft mitgestalten will, muss seine Interessen diskutieren, argumentieren und durchsetzen. Hierzu bedarf verschiedener Kompetenzen, die durch Bildung erworben werden.

- 75 *Wir kümmern uns um Bildung, weil wir der Meinung sind, Bildung*
ist der
 76 *Schlüssel für die Zukunftsentwicklung und damit auch für die*
Zukunft der Älteren
 77 *oder der dann Älteren.*

Fortsetzend wird von dem Interviewkandidaten die Solidarität der Generationen erwähnt, auf die die Älteren ihre Aktivitäten konzentrierten, aber auch weiterführend auf die sozialen Sicherungssysteme.

- 77 *Also der Weg geht mehr hin in die Frage: Generationen,*
 78 *Solidarität, als nur auf die Älteren schauen. Natürlich gibt es eine*
ganz Menge
 79 *Themen, die uns brennend interessieren. Wie sieht es mit der*
Alters.. Zukunft der
 80 *Altersversorgung aus und so weiter? Aber die .. betreffen ja auch*
weniger die jetzt
 81 *Älteren, sondern die zukünftig Älteren.*

Erwähnt wird auch, was schon an anderer Stelle von Interviewkandidat I ausgeführt wurde, dass die Älteren nicht nur Mitglieder seien, die nur noch ihrer Verpflichtung zur Zahlung des Mitgliedsbeitrags nachkommen, sondern vornehmlich den Straßenwahlkampf unterstützten.

- 81 *Also immer mehr einmischen in.. politische*
 82 *äh Geschichten, äh in politische Entwicklung aber auch und das*
ist auch eine der
 83 *wichtigsten Rollen in der Partei, ähm die Kleinarbeit in den*
Wahlkämpfen auf der
 84 *Straße und so weiter. Ja.*

Weiterführend beschreibt er, dass gegenwärtig die Arbeitsgemeinschaft 60 plus gezielt ältere Personen anspreche, die weitergehend an politischen Themen interessiert sind und nicht nur die sozialpolitischen Schwerpunkte, wie Pflege, Rente und Gesundheit im Blick habe.

- 95 *E Wir sind jetzt gerade dabei, auch auf Bundesebene mit sechzig*
plus da uns noch
 96 *ein bisschen stärker zu engagieren. Denn wir, wir sind der*
Überzeugung, dass äh die
 97 *Themen in der Politik, mit denen Ältere angesprochen werden,*
nicht die Themen
 98 *sind, die die Älteren in der Mehrheit, nämlich die Sechzig- bis äh*
Fünfundsiebzig-
 99 *jährigen.., es gibt ja diesen modernen Ausdruck „best age“, ja*
haben, sondern dass
 100 *wir mehr berücksichtigen müssen, dass da Menschen mit einer*
eher positiven
 101 *Lebenshaltung, mit dem Wunsch, sich zu engagieren, da sind äh*
und da es nicht
 102 *nur um Pflege, Rente und Gesundheit geht.*

Zwei Interviewkandidaten weisen auf die Besonderheit der kommunalpolitischen Ebene und das konkrete Interesse der älteren Parteimitglieder an der Kommunalpolitik hin. Sie heben hervor, dass es gerade die älteren Parteimitglieder seien, die oftmals die politische Arbeit vor Ort gestalten und Themenschwerpunkte anführen, Interviewkandidat: I; II. Und abermals wird darauf hingewiesen, dass die parteiinterne Arbeit und die Aufgaben in den Ortsverbänden als der politische Kommunikationsraum von den Älteren erledigt würden.

Interview I

- 139 E *Die Arbeitsgemeinschaft war eine die eine Zeit lang schon deshalb bedeutsam war,*
 140 *weil sie einen Hauptteil innerparteiliche Arbeit getragen hat. Praktische Arbeit von*
 141 *den Ortsvereinen bis sonst was wurde vom Wesentlichen von den Älteren*
 142 *gemacht. Das gab denen auch ein gewisses Bewusstsein und Selbstbewusstsein.*

Interview II

- 259 *Ganz stark dieser ganze Bereich Kommune als soziale Heimat für Jung und*
 260 *Alt, weil Kommune ist dort, wo die Menschen leben, oder Gemeinde.*

Festzustellen bleibt:

Zu den Themenbereichen, die von der Arbeitsgemeinschaft 60 plus innerhalb der Partei angeregt und diskutiert werden, gibt es überwiegend übereinstimmende Aussagen der Experten. Benannt werden aktuelle politische Themenschwerpunkte, aber auch Generationengerechtigkeit, Pflege Themen und die Frage nach der wohlfahrtsstaatlichen Zukunft werden aufgenommen.

Frage 6

Wie können ältere Parteimitglieder zu mehr Teilhabe und Partizipation ermuntert werden?

Bedenkt man, dass die Arbeitsgemeinschaft 60 plus ca. 250.000 Mitglieder hat, von denen 40.000 aktiv an der politischen Arbeit mitwirken (vgl. Kapitel 3.4 und 3.5), stellt sich die Frage, wie weitere Mitglieder für die aktive politische Teilhabe überzeugt werden könnten.

Kategorie1: Die Partizipation der Älteren an der politischen Arbeit ist begrenzt

Dass die politische Partizipation der Älteren Grenzen habe diese Meinung vertraten einige Interviewkandidaten, obwohl es bei dieser Fragestellung um die Förderung zur politischen Partizipation ging.

Interviewkandidat I argumentiert zuerst, dass die Informationen in den Ortsvereinen, die ja die Basis der parteilichen Organisationsstruktur und innerparteilichen Partizipation darstellen, sehr gering seien.

- 247 E *Ja, was ist an der Ortsvereinstätigkeit recht interessant und was bringt denn das, das,*
 248 *was ich an zusätzlichen Informationen erfahre, ist äußerst gering.*

Fortführend begründet Interviewkandidat I das mit der allgemeinen Veränderung des Parteiensystems. Er argumentiert so, dass sich durch die Informationsgesellschaft und „Medialisierung“ – politisch-mediale Nachrichten – viele Informationen erschließen ließen und keine Parteisitzungen mehr im „Hinterzimmer“ stattfinden müssten. Das weist darauf hin, dass die politische Parteiarbeit nur noch geringfügig von älteren ehrenamtlichen Parteimitgliedern gestaltet werden kann.

Interview I

- 251 *[...] Der kann mir vielleicht persönliche Hintergründe oder*
 252 *sonst was. Aber nicht sonst was, was sie erfahren möchten was*
nicht im Radio, im
 253 *Fernsehen, in den Zeitungen... Warum also soll ich mir die*
Abende
 254 *Herumschlagen und in einem miefigen Hinterzimmer*
Informationen zu kriegen. Es
 255 *hat sich irgendwie überlebt. Ich glaube, das Parteiensystem wird*
sich auch stark
 256 *verändern.*

Der Interviewkandidat sieht das politische Engagement bei älteren Menschen nicht in der politischen Arbeit. Wenn sich ältere Menschen überhaupt engagierten, dann engagierten sie sich nicht in der Politik! So entsteht zwar durch die Parteienmitgliedschaft eine formale politische Partizipation und Vertretung der älteren Parteimitglieder, die angesichts der vielen nicht aktiven politischen Teilnehmer eine „machtlose“ politische Partizipation der Älteren ergibt. So erscheint die innerparteiliche Partizipation als eine strukturell verfestigte Kommunikations- und Ablaufstruktur und ein Angebot, welches kaum in Anspruch genommen wird.

Interview I

- 261 *E Ich glaube, es gibt schon das Engagement vor Ort. Es gibt die ...*
das Ehrenamt
 262 *spielt eine große Rolle in Deutschland, eine erhebliche Rolle*
sogar, mh... äh. Aber
 263 *es nimmt einfach zahlenmäßig ab, weil die Gesellschaft kleiner*
wird, und es gibt äh..
 264 *wenig Neigung, sich in eine Struktur hineinzubegeben und dort zu*
wirken. Es ist halt
 265 *was sehr Individualistisches geworden. Der Einzelne entscheidet*
sich, was zu tun. -
 266 *Ja oder nein... äh und am wenigsten entscheidet man sich für die*
Politik oder
 267 *politisch zu wirken.*

Interviewkandidatin III benennt eine klare Altersgrenze, die sie persönlich festlegte. Fast gleichlautend beschreibt dies Interviewkandidatin VII. Sie bekundet, dass es noch mehr im Leben gebe als nur Politik.

Interview III

- 224 *Nach meiner Meinung und der Zeit, als ich schon, ich habe noch zehn Jahre, mit*
 225 *sechzig bin ich ja aus dem Bundestag gegangen.*

Interview VII

- 197 *das war noch nicht alles im Leben, ich möchte noch ein bisschen und vielleicht [..]*

Festzustellen bleibt:

Abgesehen von der Altersgrenze, die schon von zwei Experten bei der Frage vier, Kategorie drei beschrieben wurde, begründete ein Experte die begrenzte Partizipation mit einem weitgehend veränderten Parteiensystem, dessen Kennzeichen in zunehmendem Maße die veränderte Informationslandschaft darstelle – Stichwort: Mediendemokratie. Die Rolle der Parteimitglieder nimmt mehr und mehr ab. Gleichzeitig wird die Rolle der Berufspolitiker und die professionelle Werbestrategie zunehmen. So ist durch die Vielfalt der Medien die Möglichkeit gegeben, sich dort gut zu informieren, was die innerparteiliche Partizipation vor Ort reduziert. Konsequenz: Innerparteiliche Partizipation in den Ortsvereinen wird reduziert auf formaldemokratische Verfahren. Daher, so die Einschätzung des Experten, ist die Zeit absehbar, in der Parteisitzungen nicht mehr benötigt werden. Ferner wird die Meinung vertreten, dass ältere Menschen sich nicht mehr in der Politik engagierten.

Kategorie2: Neueinstieg von älteren Menschen in Politik und Partei

Auch wenn diese Kategorie gewissermaßen gleichlautend wie Kategorie zwei der Frage vier formuliert wurde, wird sie von drei Interviewkandidaten vertreten. Sie waren alle der Meinung, dass die Partei gezielt ältere Bürger

ansprechen müsse, damit sie ihre Kompetenzen und Möglichkeiten parteipolitisch einsetzen, und verweisen auf „Seiteneinsteiger“ in die politische Parteiarbeit. So findet zwar noch keine gezielte Mobilisierung zur innerparteilichen politischen Partizipation für ältere Bürger statt, aber das Bewusstsein ist in der Partei vorhanden.

Interview II

- 407 E *Wir werben ja auch für Quereinsteiger, also Menschen, die mit
sechzig Lust haben,*
408 *in der Politik was zu machen, weil wir es auch nicht prickelnd
finden, wenn du da*
409 *so einen APO hast, der dreißig Jahre diesen Job macht und da
einfach alt drin*
410 *geworden ist. Unser Ansatz wär eher, was neuere Ideen angeht,
dass jemand,*
411 *der sich jetzt mit Politik beschäftigt, da zu Mandat, Amt und Würden
kommt, ähm,*
412 *Leute, die das seit dreißig Jahren machen, weiß ich nicht, ob bei
denen noch so viel*
413 *Innovationspotenzial gibt, weiß ich nicht.*

Ein Punkt, der oftmals vernachlässigt wird, ist die Ansprache der älteren Bürger, da oftmals die Nachwuchsrekrutierung nur auf junge Menschen bezogen ist. Die Partei muss darstellen, dass die Arbeitsgemeinschaft 60 plus die Organisation ist, die unter anderem vornehmlich die Gruppeninteressen der Älteren innerhalb der Politik und der Partei vertritt. Hier müsse die Partei in Zukunft vermehrt aktiv werden, um neue ältere Mitglieder anzusprechen (vgl. Kapitel 3.1).

Interview IV

- 186 *[...] drin und die gehen dann in den Ruhestand. Nein, es ist nicht
so. Viele kommen mit*
187 *natürlich, mit fünfzig, mit sechzig und selbst mit siebzig gibt es
noch Neueintritte.*
188 *Es wäre der Rat, den wir damals gegeben haben der SPD,
sozusagen auch ihre*
189 *Nachwuchsrekrutierung nicht zu reduzieren auf die Jungen oder
und ganz Jungen.*

Interviewkandidat V beschreibt das sogar als die Existenzberechtigung der Arbeitsgemeinschaft 60 plus, dass die Arbeitsgemeinschaft sich nicht verschließe, sondern sich unter anderem auch für „Seiteneinsteiger“ öffne.

Interview V

- 199 *[...] Aber äh ich bin der Meinung, wenn*
 200 *60 plus oder die Arbeitsgemeinschaften eine*
Existenzberechtigung haben,
 201 *dann haben sie es nicht, indem sie sich abschotten und*
Vereinsmeierei betreiben,
 202 *sondern indem sie z. B. eine Einstiegsmöglichkeit für Menschen*
sind, ein
 203 *Angebot für Menschen, die sich in dieser Partei betätigen wollen,*
die aber noch nicht
 204 *so weit sind, dass sie sich in die Ortsvereinsversammlungen*
reinsetzen, sondern

Als besondere Chance wird die Mitwirkung von Nichtmitgliedern angesehen. Hier könnten ältere Bürger konkrete innerparteiliche Politisierungsprozesse und den Gestaltungsraum der Parteiarbeit näher erkunden und eventuell später eine Mitgliedschaft erlangen.

- 205 *60 plus und auch andere Arbeitsgemeinschaften öffnen sich ja*
auch für
 206 *Schnuppermitgliedschaften und so weiter. Das halte ich für den*
richtigen Weg nä.

Festzustellen bleibt:

Diese Kategorie wurde teilweise schon durch die Antworten auf die Frage vier mit aufgeführt. Bei dieser Kategorie wurde von einer Expertin erstmalig hervorgehoben, dass die „Nachwuchsrekrutierung“ von älteren Neu-Mitgliedern nicht erfolge, sondern die Partei sich nur auf junge Neu-Mitglieder konzentriere. Den Neueinstieg für ältere Menschen mitzugestalten, wird als eine zentrale Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft 60 plus beschrieben.

Kategorie 3: Persönliches Bindeglied zur Partei

Eine Interviewkandidatin vergleicht die heutige Zeit mit der früheren und stellt dabei fest, dass die älteren Parteimitglieder durch den Mitgliedsbeitrag, der einmal im Monat persönlich in der Wohnung eingesammelt wurde, eine bessere Bindung zur Partei gehabt hätten, da eine persönliche Betreuung von der Partei sichergestellt wurde. Die Interviewkandidatin beschreibt diese Person (Kassierer) als Verbindungsglied zwischen Partei und Mitglied.

Interview III

- 693 E *Äh, ja, es ist ja zum ersten Mal zurückgedrängt, von der
Lebensversicherung über*
694 *Feuerversicherung äh bis zu politischen Parteien und
Gewerkschaften hin, dadurch,*
695 *dass keine Hauskassierung mehr stattfand, sondern das äh vom
Konto abgebucht*
696 *wurde. Äh und der alte Sozialdemokrat ist noch gewöhnt, dass
Sonntagmorgens*
697 *mal sein Kassierer reinkam, der musste immer nur vor... Wir
haben mal gesagt*
698 *((Bandwechsel))).*
699 I *Ja.*
700 E *... auf die Frage, die ihm gestellt wurde. Aber er kam.*
701 I *Ja.*
702 E *Es war ein Verbindungsglied, ne. Und das ist ((Frau Eilers bietet
ein Getränk an*
703 *und schüttet sich Wasser und Saft ein))).*

Auch wenn in der heutigen Zeit des bargeldlosen Zahlungsverkehrs diese Möglichkeit der Mitgliedspflege anachronistisch erscheint, erfolgte durch das „Verbindungsmitglied“ eine Einbindung in die Parteiarbeit und das Parteiwesen. So verfestigt sich die Parteizugehörigkeit und Parteibindung beidseitig. Das Mitglied erwartet den monatlichen Besuch des Kassierers, mit eventuellen neuen politischen/partecipolitischen Informationen und Diskussionen. Weiterführend erlangte der Kassierer eine besondere Vertrauensrolle innerhalb der Partei.

- 703 *Es ist durchaus so gewesen, äh, dass*

704 diese oft sehr einfachen Leute, sie waren einmal stolz darauf,
 dass sie Amt und
 705 ein wichtiges Amt hatten. Und zum andern, ja äh, die Frauen
 waren eben nicht
 706 immer glücklich, dass jeden Sonntagmorgen oder
 Sonnabendnachmittag oder
 707 Sonntagmorgen die Männer kassieren waren, es gab ja auch
 Frauen, die es
 708 machten äh, sondern die lieber schön gemütlich zu Hause
 gehabt.. Und vor allen
 709 Dingen, ich sag ja, und damit ist schon ein wenig Lockerung, aber
 das gilt für
 710 Sportvereine ähnlich so, nur bei Parteien wirkt es sich anders aus.

Festzustellen bleibt:

Eine Expertin besann sich bei der Antwort auf frühere Zeiten und vertrat die Meinung, dass sich die älteren Parteimitglieder durch eine persönliche Bindung früher eher der Partei zugehörig gefühlt hätten. Das von ihr vorgetragene Beispiel bezog sich auf das persönliche Kassieren der Mitgliedsbeiträge. Da diese Parteibindung nur von einer Expertin beschrieben wurde, wird vermutet, dass die anderen Experten diese Praxis nicht mehr erlebt haben.

Frage 7

Wie können die Partei und die Arbeitsgemeinschaft 60 plus das gemeinsame Interesse von Jung und Alt berücksichtigen?

Kategorie 1: Verdrängung der Alten durch Junge

Der erste Interviewkandidat schildert ausdrücklich, dass die jungen Menschen in der Partei die älteren Mitglieder verdrängten. Dies verdeutlicht er, indem er die jungen studierten Politikwissenschaftler erwähnt. Derartige Äußerungen könnten darauf hinweisen, dass es älteren Parteimitgliedern an Durchsetzungsvermögen mangelt, zurückzuführen auf die in Kapitel 4.3 und 4.3.1 ausgeführten Bildungsunterschiede, die als eine Voraussetzung für das politische Engagement gelten.

Interview I

- 194 E *Es findet ja eher das Gegenteil im Augenblick statt. Das hat nicht nur demografische*
 195 *Gründe, sondern wir haben äh im Augenblick die Generation der Jüngeren, die*
 196 *überwiegend Politikwissenschaften studiert haben.*

Die jungen Politiker sind zumeist auf die politische Karriere angewiesen, da sie nicht anders abgesichert sind. So weiß man heute, dass die politischen Karrieren nicht mehr allein über den Beruf und das erbrachte politische Engagement verlaufen, sondern, dass viele Berufspolitiker direkt nach dem Studium ihre parteipolitische professionelle Tätigkeit aufnehmen

Interview I

- 198 E *Abgeordnete () werden oder so irgendetwas und dann schnellstmöglich versuchen*
 199 *in ein Mandat hineinzukommen. Wogegen ich gegen die Leute gar nichts sagen*
 200 *möchte. Es sind sehr häufig Kluge dabei, ah. Aber die kommen relativ jung darein*
 201 *und haben eine große Panik vor jedem Ende der Legislaturperiode, ob sie die*
 202 *Nominierung wieder schaffen. Und, da es immer Neue sind, verändern sich im*
 203 *Augenblick die, die, ich würde sagen die Profile. Früher hatten die Leute sehr viel ().*

Für den ausgeübten Beruf des Politikers gibt es kaum Alternativen.

- 209 E *Das schafft eine existenzielle, nicht immer wahrgenommene Unfreiheit.*

Ein Interviewkandidat beschreibt den Unterschied zu früher, dass nach seiner Beobachtung heute Politik als Karrierechance genutzt werde.

Interview I

- 204 *Heute gibt es in der Tat viele Karrieren die Politik heißen.*

Die Interviewkandidatinnen III und VII führen das auch auf die Bildung zurück und stimmen der Frage zu, dass Ältere durch Jüngere zurückgedrängt würden.

Interview III

262 E Ja und wurden.

Die Jüngeren fühlen sich den Älteren gegenüber oftmals überlegen.

Interview VII

364 E ..entsprechende Bildung ja mitgemacht hat, ja durch die
Gewerkschaft. Ist ein
365 riesengroßer Unterschied, das ist völlig klar. Ähm. Die Jüngeren
kommen sich
366 auch insofern den Älteren, habe ich den Eindruck, oftmals
unheimlich überlegen vor.
367 Äh, das trifft sicherlich auch in der Parteiarbeit zu, davon gehe ich
aus, warum soll
368 es da aufhören äh, in der Verbandsarbeit habe ich es erlebt.

Festzustellen bleibt:

Vier Experten weisen auf eine Verdrängung der älteren Parteimitglieder durch jüngere hin. Übereinstimmend wird erklärt, dass die Experten dies auf das höhere Bildungsniveau zurückführten – siehe hierzu Kapitel 4.3.1. Ältere fühlen sich gegenüber jüngeren Parteimitgliedern teilweise unterlegen.

Kategorie2: Jung und Alt werden in die politischen Diskussion aufgenommen

Politische Themen, die sowohl die jüngere als auch die ältere Generation betreffen, werden von der Arbeitsgemeinschaft 60 plus aufgenommen, dazugehören vor allem Gesellschaftsthemen (Generationen, Sozialversicherung, Wohlfahrtsstaat).

Interview II

- 174 E Weil auch 60 plus hat verstanden, diejenigen, die heute in Rente sind, denen
 175 wird am wenigsten passieren. Aber die, die jünger sind und die, die ganz jung sind,
 176 für die wird das Thema „Rente“ ein zentrales. Die Älteren sind natürlich auch, sie
 177 haben Ängste, sie haben Ängste, die Verlierer von Morgen zu sein.
 178 Generationen, die von Altersarmut betroffen sein können, das sind jetzt die
 179 Generationen, die demnächst in Rente gehen, primär in Ostdeutschland, die
 180 quasi zwanzig Jahre keine Erwerbsbiografie mehr haben, weil sie einfach
 181 aussortiert wurden und dementsprechend so wenig Ansprüche sammeln konnten.
 182 Nicht, weil sie nicht wollten..., sondern weil sie knallhart ausgemustert werden. Das
 183 wir können ein Thema Altersarmut wieder bekommen, was die SPD fast [...].

Dabei werden auch die zukünftigen Problemstellungen, wie die Folgen der verkürzten Erwerbsbiografie und die Altersarmut erörtert.

- 177 Aber die
 178 Generationen, die von Altersarmut betroffen sein können, das sind jetzt die
 179 Generationen, die demnächst in Rente gehen, primär in Ostdeutschland, die
 180 quasi zwanzig Jahre keine Erwerbsbiografie mehr haben, weil sie einfach
 181 aussortiert wurden und dementsprechend so wenig Ansprüche sammeln konnten.
 182 Nicht, weil sie nicht wollten..., sondern weil sie knallhart ausgemustert werden. Das
 183 wir können ein Thema Altersarmut wieder bekommen, was die SPD fast [...].

Festzustellen bleibt:

Obwohl die Experten in der vorherigen Kategorie eine Verdrängung der älteren Parteimitglieder beschreiben, wird eine politische Diskussion geführt, die sowohl die junge als auch die ältere Generation betrifft. Dabei werden die Auswirkungen des demografischen und speziell des

sozialpolitischen Themengebiete aufgenommen, was auch im Zusammenhang mit der folgenden Kategorie der Zusammenarbeit dargestellt werden kann.

Kategorie 3: Mehr Zusammenarbeit, besonders themenzentriert

Die Zusammenarbeit von Jung und Alt wird inhaltlich an dem historischen Thema des Nationalsozialismus veranschaulicht. Hier werden Aktionen gegen „Rechts“ für ein gemeinsames politisches Interesse organisiert. Des Weiteren führen sie gemeinsame Diskussionsrunden zur Generationensolidarität durch.

Interview II

- 203 E Ist der ganze Bereich Demokratie und Toleranz stärken. Jung und
Alt gemeinsam
204 gegen rechts. Es geht um Verbote der NPD. Und das ist etwas, was
ich mit
205 Vertrauensarbeit meine. Das ist auch ein Großteil Leistung von uns,
dass es einen
206 bundesweiten Aktionstag gibt. Der findet nicht an einem Tag statt,
der findet, na ja,
207 so über drei Monate statt (((lachen))). Aber wo die Älteren
bundesweit auf die Straße
208 gehen und das auch gegen Rechte, also, wo man auch aufpassen
muss und
209 Klarmachen, wir haben das noch erlebt.

Hier wird deutlich, dass dieses Thema nicht begrenzt ist auf die Arbeitsgemeinschaft 60 plus, sondern parteiintern weiterführend aufgenommen wird.

- 248 gehen... Das heißt, das ist ein Thema. Es ist ein Thema der Partei,
es ist ein
249 Thema der Alten und der Jungen, und ich habe das einfach
gebündelt.

Fortführend verweist die Interviewkandidatin auf die gute Zusammenarbeit von Jung und Alt in der Stadt Berlin hin und verdeutlicht das anhand eines Beispiels.

251 E *Knapp gesagt, hier in Berlin haben Alt und Jung wunderbar zusammengearbeitet.*

253 *Auch gerade mit Stadtrundgängen und, und, und. Das ist ein Generationenthema.*

Auch Interviewkandidat V beschreibt den Diskurs der Generationensolidarität, als einen Dialog zwischen Jung und Alt.

Interview V

193 *immer mal spontane, spannende Diskussionen äh wo., wer z. B. auch mit*

194 *Jungen zusammen Generationensolidarität äh.. – All das ist das spannende. [...]*

Die Zusammenarbeit wird größtenteils positiv beschrieben.

Interview III

621 E *Nein, nein. Diskutieren und Versammeln sollen die sich zusammen, darum sag ich,*
622 *ja, war ich gegen die Arbeitsgemeinschaft.*

624 E *Ich bin dafür, dass Jung und Alt zusammenarbeiten. Aber man muss ja nicht nur*
625 *arbeiten in der Repräsentation der Partei, sondern man kann genauso gut und man*
626 *muss genauso gut auch in anderen äh Bereichen miteinander tätig sein können,*
627 *nech. Dass man, ich sage ja, ich habe mich vor einem – von Anfang an.*

Festzustellen bleibt:

Hier wird von einer Expertin auf die aktuelle Zusammenarbeit von Jung und Alt im Rahmen von bundesweiten Aktionstagen hingewiesen, die sich mit historischen Themen befassen. Übereinstimmend wird beschrieben, dass im Mittelpunkt der Thematik die Generationensolidarität stehe. Dabei

wird betont, dass die Zusammenarbeit von Jung und Alt innerhalb der Partei positiv verlaufen und gelinge.

Kategorie 4: Gegensätze zwischen Jung und Alt

Interviewkandidatin III beschreibt aus ihrer langjährigen parlamentarischen Arbeit, dass junge Parteimitglieder oftmals die Meinung verträten, die Älteren würden mit ihnen nicht diskutieren.

Interview III

- 633 *Dieses oder das. Aber äh. Es ist doch so, dass, es ist so, dass die Jungen sagen, da*
 634 *wird nur über unsere Köpfe hinweg äh geredet und diskutiert.*

Das führte dann zu Disharmonien.

Interview III

- 652 E *Und da kann zum Teil auch dieser Reibungspunkt zwischen Alt und Jung liegen,*
 653 *weil die Jungen gerade das Neue erfunden haben und die Alten das Alte so schön*
 654 *finden.*

Hieraus hat sie für sich eine politische Lebensphilosophie entwickelt.

Interview III

- 639 *im politischen Leben. – Ich sage: den Alten der Rat, den Jungen die Tat. Ach ja,*

Festzustellen bleibt:

Gegensätze werden von nur einer Expertin berichtet, die aufgrund ihrer langjährigen parlamentarischen Arbeit dies wie folgt beschreibt: Junge Parteimitglieder fühlten sich nicht in die parlamentarische Diskussion einbezogen und die Älteren hielten sich an die alten bewährten Meinungen und Strukturen fest.

Frage 8

Wird durch die Professionalität der politischen Klasse (Berufspolitiker) die Autonomie/Partizipation der älteren Parteimitglieder erhalten bleiben – Stichwort „Oligarchie“?

Kategorie 1: Demokratie und Politik

Zumeist werde es einer bestimmten Gruppe überlassen, die politische Partizipation auszuüben, so der nachfolgende Interviewkandidat.

Politische Teilhabe ist ein Merkmal der Demokratie und der gesellschaftlichen Freiheit. Dabei ist festzustellen, dass die Gruppe derer, die sich innerparteilich politisch engagieren, begrenzt ist (vgl. Kapitel 4.4). Die Parteimitgliedschaft verpflichtet nur zur Entrichtung des Mitgliedbeitrags, nicht zu einem weiterführenden Engagement.

Interview I

- 291 E *Das muss nicht unbedingt Partei sein. Aber es kann nicht so sein, dass die*
- 292 *demokratische Gesellschaft immer mehr eine Theatergesellschaft wird, wo ein paar*
- 293 *auf der Bühne tanzen und die Mehrheit sitzt im Publikum... mehr oder weniger*
- 294 *angetan.... aber tut nichts. Also, ja... äh... die ständige Ermunterung Du musst*
- 295 *etwas tun, denn es ist dein Land. Das ist aber in Deutschland ganz besonders*
- 296 *schwer, weil es bei und so etwas wie einen natürlichen Patriotismus ja nicht gibt der*
- 297 *uns äh., aus Gründen, die wir ja alle kennen, abhandengekommen ist.*

Zwei Interviewkandidaten weisen darauf hin, dass es für ältere Parteimitglieder schwierig ist immer den aktuellen politischen Wissensstand zu haben. Berufspolitiker hätten zumeist einen Wissensvorsprung, der den Kommunikationsaustausch zwischen den Beteiligten schwieriger gestaltet. Dabei werde teilweise die Übermittlung

von Informationen versäumt. Die parteiinterne Binnenkommunikation zwischen „Parteielite“ und Mitgliedern verläuft nicht immer zufriedenstellend (vgl. Kapitel 2.2). Andererseits ist die Berufspolitik besonders im Wahlkampf auf die älteren Parteimitglieder angewiesen – durch die Basistätigkeiten. Sie benötigen einen Austausch damit sie eventuell eine politische Korrektur einleiten können.

Interview II

- 488 E *Die nehmen wir eh nicht ernst. , ganz wenige. Find ich so schlimm
nicht, weil ich*
489 *damit groß geworden bin. Ich sage, es wäre auch Aufgabe der*
490 *Arbeitsgemeinschaft, aber da sind die damit überfordert, im*
Wahlkreis mit denen zu
491 *reden und denen ganz klar zu sagen, pass auf, Junge, wenn ihr*
jetzt nicht mehr
492 *rüberkommt, dann machst du deinen Wahlkampf mal alleine, ich*
hab keinen Bock
493 *Diese Abgegrenztheit, dieses Selbstbewusstsein..*

Die Autonomie bleibt da erhalten, wo die älteren Parteimitglieder sach- und fachkundig sind und ihre Expertise benötigt wird. Ansonsten haben Berufspolitiker zumeist einen Wissensvorsprung. Interviewkandidat VI weist dabei allerdings auf den „Gerechtigkeitssinn“ der älteren Parteimitglieder hin, der oftmals zu einer Korrektur des Berufspolitikers führe.

Interview VI

- 197 E *Ich überlege.. Also bei allen sehr spannend. – Was die*
Faktenlage angeht, können
198 *sie als Ehrenamtlicher kaum mithalten.*
199 I *Mh.*
200 E *Es sei denn, sie sind auch (wird betont) an der Stelle, sie kommen*
aus dem Bank-
201 *bereich oder und was auch immer, und sie sind in gewisser Weise*
da Experte. Aber..
202 *Was ich doch sehr häufig feststelle, bei Veranstaltungen, da*
haben einige nach wie
203 *vor ein, ein unheimlich gutes Gespür für damit verbundene Daten.*
Die
204 *Gerechtigkeitsfrage. Von mir aus, aus dem Bauch heraus.*

Durch die älteren Parteimitglieder sind weiterführende politische Debatten geführt worden, die an einigen Stellen schon zu einer Änderung der politischen Richtung geführt haben.

- 223 E *Ja also, dass durchaus aus diesem Austausch von Experten und (*
) Gefühlen,
 224 *gefühlter Form von Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit, durchaus*
eine interessante
 225 *Debatte entstehen kann, die an der einen oder anderen Stelle*
auch den Experten
 226 *zur Schrittfolge oder Korrektur an seinem Paket... oder seinen*
Vorstellungen führen
 227 *kann.*

Festzustellen bleibt:

Politik und die Teilhabe daran ist zumeist auf bestimmte Personen begrenzt, die auch bei der innerparteilichen Partizipation einen Wissensvorsprung aufweisen, nämlich auf die Berufspolitiker. So lauten jedenfalls einige Aussagen der Experten. Dies erschwert die innerparteiliche Partizipation von älteren Mitgliedern erheblich. Dieser Wissensvorsprung kann kaum aufgeholt werden, es sei denn, ältere Parteimitglieder wiesen eine Fach- und Sachkunde auf, die sie bei bestimmten Themen zu Experten macht. Zumeist wird die politische Partizipation von Älteren da benötigt, wo Berufspolitiker auf den Meinungsaustausch mit der Basis angewiesen sind, was zumeist in den Ortsvereinen stattfindet.

7.7 Zusammenfassung der empirischen Untersuchung

Zum Schluss der empirischen Untersuchung werden die wesentlichen Ergebnisse dieser Arbeit herausgestellt. Zum einen gilt es dabei festzustellen, in welchen Punkten sich die forschungsleitenden Überlegungen (vgl. Kapitel 7.1) in den bisherigen theoretischen Erkenntnissen (vgl. Kapitel 1 – 6.4) abbilden. Zum anderen ist

darzustellen, welche Ergebnisse sich in der Zusammenführung der drei Untersuchungsmethoden (vgl. 7.3 – 7.5) ergeben.

Bei der Zusammenführung muss nochmals darauf hingewiesen werden, dass die Resultate keinen Anspruch auf Repräsentanz erheben können (hierzu Kapitel 7.6.2). Die vorgelegte Untersuchung und deren Ergebnisse sind nicht nur für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands aufschlussreich, sondern können, da in naher Zukunft alle politischen Parteien Deutschlands eine identische Mitgliedentwicklung und ähnliche Altersstruktur aufweisen werden (vgl. Kapitel 2.1 und 6.3), auch für die anderen politischen Parteien einen Erkenntnisgewinn darstellen.

In den letzten Jahrzehnten hat der demografische Wandel in Deutschland, der häufig als „Älter – Bunter – Weniger“ beschrieben wird, in den politischen Parteien zu einer Veränderung der Mitgliederstruktur geführt. So sind bei den politischen Parteien nicht nur die Mitgliederzahlen gesunken, sondern gleichzeitig die Mitglieder immer älter geworden (vgl. Kapitel 6.3). Daraus ergeben sich für die politischen Parteien neue Perspektiven der politischen Partizipation, da den heutigen Älteren in der Partei nicht nur eine numerische Bedeutung zukommt, sondern allein durch ihre Dominanz der Zahl parteiinterne Diskussionen zu ihren Gunsten beeinflussen und wichtige Positionen besetzen können.

Bei öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussionen wird der Einfluss der Älteren auf die politischen Parteien oftmals als Machtfaktor erörtert und in mancher Hinsicht auf eine kommende Gerontokratie hingewiesen. Gleichzeitig ist bekannt, dass trotz des zahlenmäßigen Übergewichts der älteren Parteimitglieder die politische Partizipation kaum über die reine Mitgliedschaftsrolle hinausgeht.

Die politischen Parteien haben Ende des letzten Jahrhunderts innerhalb der Parteistruktur eigene Seniorenorganisationen gegründet, um ältere Parteimitglieder und Bürger mehr an der politischen Partizipation zu beteiligen und deren Erfahrungen und Kompetenzen besser in die Partei

einzubinden. Derartige Strategien und organisatorische Strukturveränderungen verdeutlichen, dass die Parteien erkannt haben, dass Ältere mehr gefördert werden müssen, damit diese sich politisch engagieren oder ihr politisches Engagement auch im Alter weiterhin aufrechterhalten.

Vor dem Hintergrund dieser skizzierten Debatten und der organisatorischen Veränderungen der Parteien wurde in dieser Arbeit die innerparteiliche politische Partizipation der Senioren der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands untersucht. Mithilfe fünf forschungsleitender Überlegungen (vgl. Kapitel 7.1) wurde eine empirische Erhebung und Auswertung durchgeführt, um Antworten auf die Fragen zu erhalten, ob durch eine eigene Arbeitsgemeinschaft für ältere Parteimitglieder eine bessere politische Partizipationsmöglichkeit und eine erhöhte politische Repräsentanz gegeben sind und ob ältere Parteimitglieder die politische Thematik innerhalb der Partei mitgestalten können.

Dabei lassen sich die wichtigsten Ergebnisse der Untersuchung mit den dargestellten theoretischen Annahmen folgendermaßen zusammenfassen:

1. Forschungsleitende Überlegung:

Die Auswertung der ersten forschungsleitenden Überlegung betrachtete die Repräsentanz der älteren Parteimitglieder innerhalb verschiedener Parteigremien und der Wahlkandidaten zum Deutschen Bundestag.

Seit den 1980er-Jahren verzeichnet die Sozialdemokratische Partei Deutschlands einen bedeutenden Mitgliederschwund (vgl. Kapitel 3.1), der innerhalb der Partei den Stellenwert zwischen Jung und Alt verändert. So kann man davon ausgehen, da heute annähernd 50 % der Parteimitglieder das 60. Lebensjahr erreicht oder überschritten haben, dass diese Altersstrukturveränderung auch innerhalb der Parteigremien erkennbar wird. In der Wissenschaftsdiskussion gehen einige

Forschungen davon aus (vgl. hierzu Kapitel 1), dass sich daran wenig geändert habe und Ältere nach wie vor kaum in Gremien oder Spitzenpositionen vertreten seien. Auch die hier vorgestellte Untersuchung verdeutlicht, dass trotz Zunahme der älteren Parteimitglieder von einem Anstieg der Repräsentanz innerhalb der verschiedenen Parteigremien und -positionen nicht gesprochen werden kann. Zwar kann kurz nach der Gründungsphase der Arbeitsgemeinschaft 60 plus eine leichte Zunahme der älteren Parteimitglieder in den Gremien festgestellt werden, die aber im Laufe der folgenden Jahre wieder zurückging. Der Altersanstieg in den Gremien ist kein Ergebnis einer erfolgreichen Intervention der Arbeitsgemeinschaft 60 plus, sondern erklärt sich durch den allgemeinen Anstieg der Altersstruktur innerhalb der Partei. Fazit: Ältere Parteimitglieder sind im Vergleich zur Altersstruktur der Parteimitglieder in den Gremien stark unterrepräsentiert.

2. Forschungsleitende Überlegung:

Durch die verschiedene Altersgruppierung der Parteiangehörigen ist davon auszugehen, dass auch unterschiedliche Themenschwerpunkte der jeweiligen Alterskohorten die Parteidiskussion bestimmen. In der Literatur wird dazu ausgeführt, dass durch die Sozialisation (vgl. Kapitel 4.3.4), die persönliche Betroffenheit von gesellschaftlichen Veränderungen (vgl. Kapitel 4.3.3) und die Bildungsvoraussetzungen (vgl. Kapitel 4.3.1) die politischen Schwerpunkte beeinflusst würden. In der Arbeit wird davon ausgegangen, dass durch die Arbeitsgemeinschaft 60 plus nur die Themen vertreten werden, die hauptsächlich Alter und Gesellschaft betrachten.

Durch die Auswertung der Parteitagsdokumente und Interviews konnte festgestellt werden, dass durch die Arbeitsgemeinschaft 60 plus zwar weitgehend Anträge formuliert wurden, die Alter und Gesellschaft als Schwerpunktthemen auswiesen (hierzu Übersicht in der Tabelle 7). Es wäre aber zu kurz betrachtet, die älteren Parteimitglieder nur auf diese

Thematik zu reduzieren. Es zeigte sich darüber hinaus, dass die Arbeitsgemeinschaft verschiedene aktuelle politische und gesellschaftliche Themen in ihre Debatte aufnahm.

3. Forschungsleitende Überlegung

In der dritten forschungsleitenden Überlegung wird davon ausgegangen, dass ältere Parteimitglieder, gerade durch die Arbeitsgemeinschaft 60 plus, weiterhin ihre politischen Aktivitäten für die Partei einsetzen und sich nicht von der Parteiarbeit zurückziehen. In der Literatur wird das nicht eindeutig beantwortet. Einerseits wird festgestellt, dass die politischen Aktivitäten ab dem 60. Lebensjahr allmählich nachlassen (vgl. Kapitel 6), andererseits geht man davon aus, dass die heutigen älteren Parteimitglieder ihr politisches Parteiengagement weiterhin fortführen (vgl. Kapitel 5.5).

Durch die Untersuchung der Parteitagsdaten kann zunächst bestätigt werden, dass durch die Arbeitsgemeinschaft 60 plus das Engagement der älteren Parteimitglieder gefordert wird und die „Rückzugstendenzen“ aus der Parteiarbeit tendenziell verhindert werden. Dies erschließt sich aus einem Vergleich der gestellten Anträge (vgl. Abbildung 38), die aufzeigen, dass die älteren Parteimitglieder sich einflussreich an der politischen Willensbildung beteiligen. Ferner kann festgehalten werden, dass dies auch aus den eingereichten Schwerpunkten der eingereichten Themen (vgl. Tabelle 7) erkennbar ist.

Andererseits gibt es bei den Experteninterviews hierzu auch gegenläufige Meinungen, die beschreiben, dass aus verschiedenen Gründen ältere Parteimitglieder ihre Aktivitäten nicht mehr in die Parteiarbeit einbringen und sich aus dieser zurückziehen – und hier wird das Lebensalter von 60 beziehungsweise 65 genannt.

4. Forschungsleitende Überlegung

Folgt man einigen Autoren, wird dem älteren Menschen unterstellt, dass er nur noch gegenwartsorientiert sei (vgl. Kapitel 5.1 und 5.5). Würde man diesen Aussagen folgen, dürften ältere Parteimitglieder auch nur noch die Themenbereiche diskutieren, die für ihre Gegenwart relevant sind, und sich nur für die aktuelle Sicherung des Sozialstaates einsetzen. Diese Aussagen lassen sich durch die empirische Überprüfung, sowohl durch die Dokumente der Parteitage, als auch durch die Interviewpartner, nicht belegen. Die Interventionen, politischen Anträge und Aktivitäten weisen oftmals einen starken zukunftsorientierten Bezug auf, wie nun folgend in der letzten forschungsleitenden Ausführung aufgeführt wird.

5. Forschungsleitende Überlegung

Besonders in der neueren wissenschaftlichen Literatur, die sich mit der politischen Partizipation älterer Menschen befasst, werden die Kompetenz, die hohe Parteienidentifikation und das Potenzial der Älteren beschrieben (vgl. Kapitel 5.1 und 5.4). Ältere, so wird gesagt, würden ihre politischen Aktivitäten für die politische Zukunftsgestaltung einsetzen.

Diese Überlegung kann an vielen Stellen durch die Analyse der Parteitagsdokumente bestätigt werden. Hierzu wird abermals auf die Tabelle 7 verwiesen. Es wird deutlich, dass viele Themenbereiche der Arbeitsgemeinschaft 60 plus zukunftsprospektiv thematisiert und innerhalb der Partei dadurch neue Akzente gesetzt wurden. Sie thematisierten unter anderem die Mitverantwortung der älteren Bürger, die Generationengerechtigkeit, Solidarität in der Gemeinschaft, Zukunft der Familie, um nur einige Themen an dieser Stelle hervorzuheben. Alle diese Themenbereiche wurden auch ausnahmslos von allen Interviewten hervorgehoben.

Die empirische Untersuchung hat – mit dem Wissen unter der Prämisse der begrenzten Reichweite – eine Einsicht in die innerparteilichen Partizipationswege und in die Teilhabe an der politischen Partizipation der

Sozialdemokratischen Partei eröffnet. Sicher bedarf es weiterer Untersuchungen, um gesicherte und weiterführende Erkenntnisse der innerparteilichen politischen Partizipation zu erhalten und sie bewerten zu können. Auf der Basis der hier dargelegten Forschung kann resümiert werden, dass durch die Arbeitsgemeinschaft 60 plus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands die innerparteilichen Gestaltungsoptionen zur Partizipation zugenommen haben. Dies lässt sich eindeutig anhand des direkten Antragsrechts auf den Parteitag dokumentieren. Die gestellten Anträge verdeutlichen auch die Vielfältigkeit der Themenstellung. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass durch die Arbeitsgemeinschaft 60 plus die Wege für eine erweiterte Repräsentanz der Älteren geebnet sind, in der Praxis aber werden sie, wie die ausgewerteten Daten ergeben haben, noch in unzureichendem Maße beschritten.

8. Abschließende Betrachtung und Ausblick

Die vorliegende Arbeit betrachtete die gegenwärtige Diskussion der politischen Partizipation von älteren Parteimitgliedern. Hierbei wurde speziell die innerparteiliche Partizipation der älteren Parteimitglieder innerhalb der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in den Blick genommen. Diese Betrachtung konnte nicht völlig losgelöst von der allgemeinen Diskussion der politischen Partizipation älterer Bürger erfolgen. Denn es wird im Zuge der alternden Bevölkerung nicht nur über die Alterung beziehungsweise Überalterung der politischen Parteien diskutiert. Es wird auch aus unterschiedlichen Kreisen der Gesellschaft nachdrücklich vor einer „Rentnerdemokratie“ gewarnt. Diese Diskussion wird besonders hinsichtlich der Alterung der Wählerschaft geführt, denn die Befürchtung ist, dass ältere Menschen nur noch ihre Interessen durchsetzen, gegen jegliche Vernunft der aktuellen politischen Prioritäten. Bei dieser Diskussion wird oftmals die Sicherung der Sozialsysteme betrachtet und vermutet, dass die zugrunde liegenden aktuellen Reformen

des politisch Machbaren nicht durchgesetzt werden können, da die zu belastende Generation (noch) nicht stimmberechtigt sei, oder aufgrund der Stimmenmacht der Alten keine Chancen zur Reformmehrheit erzielt werden kann.

Die aufgezeigten Diskussionslinien stellen einmal die ältere Bevölkerungsgruppe als Machtfaktor dar. Zweitens wird eine Unausgewogenheit des Generationenvertrags unterstellt, die zum Vorteil der Älteren ausfällt.

Angesichts der „Rentnermacht“ wird teilweise ein Generationenkonflikt heraufbeschworen und die Sonderrolle der älteren Parteimitglieder beanstandet, die ihnen innerhalb der politischen Parteien eingeräumt wurde. Festgestellt werden kann, dass zwar den Senioren eine Sonderstellung zugesprochen wird, aber die Anzahl derer, die das Alter von 60 Jahren erreicht oder überschritten haben, innerhalb der Gremien unterrepräsentiert ist.

Die Sozialdemokratische Partei, als älteste Volkspartei Deutschlands, hat schon Anfang der 1970er-Jahre bedacht, die vielfältigen Potenziale der älteren Parteimitglieder in ihre politische Arbeit weiterhin einzubinden und hat zur Repräsentanz und Interessenvertretung als ersten institutionellen Rahmen einen Seniorenrat gebildet. Der Seniorenrat hat bei allen Gremiensitzungen der jeweiligen Organisationsebenen Vertretungsrecht. Einige Jahre später wurde aufgrund verschiedener Initiativen von Parteimitgliedern eine Gründung einer eigenen Arbeitsgemeinschaft für Senioren gefordert, die dann im Jahre 1994 gegründet wurde.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist eine politische Partei und hat somit, wie alle anderen Parteien, das verfassungsgemäße Mitwirkungsrecht an der politischen Willensbildung.

Politische Parteien sind Organisationen von Bürgern, die die politischen Ziele kanalisieren und durchsetzen wollen. Politische Parteien haben vier prägende Funktionen:

- Parteien wählen Personen zur Besetzung politischer Ämter,
- Parteien artikulieren die Interessen ihrer Wähler und Mitglieder,
- Parteien entwickeln Parteiprogramme für einen längeren Zeitraum und
- Parteien stellen die Regierung, übernehmen die Regierungsverantwortung und haben dafür Sorge zu tragen, dass diese rechtmäßig ausgeübt wird.

Um diese Aufgaben bewältigen zu können, benötigen politische Parteien sowohl Mitglieder als auch den Bürger, der die Partei durch seine Wahl unterstützt. Parteimitglieder helfen, die Parteiorganisation aufrechtzuerhalten. Ferner wird durch das Parteimitglied die Kommunikation zwischen der Gesellschaft und der politischen Partei gewährleistet, sei es im Wahlkampf oder in der weiteren Umwelt (Arbeitswelt, Verein, Familie...) des Mitglieds. Diese Art der politischen Partizipation von Parteimitgliedern ist gering und nicht immer beständig. Gegenwärtig nimmt bei vielen Parteien die Zahl der Mitglieder (der aktiven Mitglieder) erheblich ab. Von daher sind Parteien verstärkt auf die Professionalisierung der Parteiarbeit aus, was zur Folge hat, dass die Kenntnisse und Fähigkeiten in der Parteiarbeit unterschiedlich gewichtet sind, so dass die Berufspolitiker zumeist einen Wissensvorsprung gegenüber den allgemeinen Mitgliedern aufweisen.

Die politische Partizipation ist keine Selbstverständlichkeit, andererseits ist sie für die demokratische Wertordnung ein zentraler Bestandteil. Die politische Partizipation zeichnet sich immer durch freiwillige Teilnahme aus, die mit dem Ziel verbunden ist, das politische System in der Entscheidung auf verschiedenen Ebenen zu beeinflussen. Die Teilnahme in Form der politischen Partizipation kann auf unterschiedlichste Art und Weise erfolgen. Dabei ist die Wahl die einfachste Form der politischen

Partizipation. Etwas anspruchsvoller ist diejenige der innerparteilichen Partizipation, da sie zumeist eine Parteimitgliedschaft beinhaltet. Innerparteiliche Partizipation ist neben der Teilnahme auch an innerparteiliche Strukturen gebunden an Organisationsstatuten, die bei allen innerparteilichen Wegen immer beachtet werden müssen.

Bei der Betrachtung des Alters und der politischen Partizipation lassen sich zumeist vielfältige Voreingenommenheiten feststellen, die schon lange Zeit widerlegt sind. Hierzu haben gesellschaftliche Trends und Wertvorstellung, was Ältere können und sollen, ihren Anteil beigetragen. Besonders durch die fortwährend erstellten repräsentativen Wahlstatistiken und deren Analysen hat sich ein Bild verfestigt, dass ältere Menschen eher konservativ wählen. Dass dies nicht so den älteren Menschen einfach unterstellt werden kann, haben *Kohli und Künemund* (2005) beschrieben.

Heute wird das Alter mit seinen Potenzialen betrachtet, und die Alten oder „neuen Alten“ werden sich zunehmend für Politik interessieren. Das politische Interesse hängt ab vom Geschlecht, so sind Männer stärker an der Politik interessiert als Frauen, was sich auch bei der Parteimitgliedschaft abbildet.

Aus der Partizipationsforschung ist bekannt, dass bestimmte Faktoren die politische Partizipation fördern, Faktoren, die wir bei den heutigen Alten zumeist antreffen. Die heutigen Alten weisen einen höheren sozioökonomischen Status auf, einen besseren Bildungsstatus und sind gesünder. Daher ist davon auszugehen, dass es in Zukunft zu einer verstärkten Einforderung der politischen Partizipation kommen wird. Allerdings gibt es dabei etwas zu beachten:

„Ältere Menschen nehmen trotz dieser zunehmenden Potentiale im Durchschnitt nicht entsprechend ihren Fähigkeiten am Leben der Gesellschaft teil. Es findet eine Art ‚vergangenheitsbezogener statistischer

Diskriminierung' statt. Die Zurechnung von Leistungsfähigkeiten und Leistungsansprüchen erfolgt immer noch auf der Grundlage der durchschnittlichen Alterssituationen früherer Generationen. [...]. Die Optimierung dessen, was im Alter prinzipiell möglich ist, ist eine große Unbekannte und eine der großen gesellschaftlichen Herausforderungen“ (Mayer et al., 1994, S. 727).

Diese Herausforderungen hat die Sozialdemokratische Partei Deutschlands aufgenommen, indem sie durch die Arbeitsgemeinschaft 60 plus den älteren Parteimitgliedern eine Organisationsform auf allen Parteebenen bietet, die teilweise (vergleiche dazu Kapitel 7.6) zu einer Erhöhung der innerparteilichen politischen Partizipation führt.

Ausblick

Mit diesem Ausblick sollen noch zwei Aspekte angesprochen werden. Mit der ersten Perspektive werden Überlegungen zu weiteren Forschungsfragen aufgenommen, die sich bei der Auseinandersetzung mit der Thematik ergeben haben. Mit der zweiten sollen weiterführende Handlungsempfehlungen für die Sozialdemokratische Partei ausgeführt werden.

In der Forschung wird selten der Blick auf das Innenleben der politischen Parteien gerichtet. Wenn die innerparteiliche Partizipation überhaupt erforscht wurde, dann regional beschränkt. Bei den vorliegenden Forschungsarbeiten wurden grundsätzlich alle Parteimitglieder betrachtet. Eine Fokussierung auf die älteren Parteimitglieder fand nicht statt. Hier wäre eine weitergehende Forschung angebracht, um herauszuarbeiten, welche Bedingungen das ältere Parteimitglied benötigt, um seine Potenziale effektiv für die Partei einzusetzen. Zweite Frage: Wie können Bürger, die nicht oder nur durch die Wahlen an der politischen

Partizipation teilnehmen, zur innerparteilichen Partizipation angeregt werden?

Die Sozialdemokratische Partei hat mit der Einrichtung der Arbeitsgemeinschaft 60 plus auf die veränderten gesellschaftlichen Strukturen und auf die Forderung verschiedener parteiinterner Initiativen und Personen reagiert. Dadurch haben sich ein Stück weit die innerparteiliche Partizipation, Repräsentanz und Willensbildung für ältere Parteimitglieder verbessert – vergleiche Kapitel 7.6.

Durch diese Arbeit haben sich einige Einblicke ergeben, die die Arbeitsgemeinschaft 60 plus aufnehmen könnte, um weiterhin aktiv Politik zu gestalten beziehungsweise die innerparteiliche Partizipation zu erweitern. Diese Punkte sind als Anregung gedacht und stellen nur die Außenansicht einer Person dar, die – zumindest in den letzten drei Jahren – sensibilisiert die SPD-Politik und die SPD genau beobachtete und zuhörte.

In der Arbeitsgemeinschaft 60 plus sind fast 250.000 Mitglieder, von denen 40.000 aktiv sind. Bei der Betrachtung der Medien und weiteren Veröffentlichungen treten oftmals ehemalige Persönlichkeiten/Führungspersönlichkeiten der SPD auf, die in der Außenbetrachtung nicht für die Arbeitsgemeinschaft 60 plus sprechen, sondern nur als die Personen, die die SPD der 1980er-Jahre vertreten. Diese Personen könnten durch ihre Führungsstärke und Persönlichkeit die Arbeit der Arbeitsgemeinschaft stützen – dieses Bild gilt sowohl auf der Bundesebene als auch auf der kommunalen Ebene.

Zweitens sollen hier zwei Dinge aufgegriffen werden, die bei den Interviews auffielen und von drei Interviewpartnern kommuniziert wurden.

Die Arbeitsgemeinschaft 60 plus sollte verstärkt die Rekrutierung älterer bisheriger Nicht-Mitglieder forcieren und sie dann je nach ihren Potenzialen fördern und einsetzen. Es ist Personen, die eine gewisse Lebenserfahrung und/oder Berufserfahrung aufweisen, nicht zumutbar,

den langen Weg durch die Partei zugehen. Diese Personen sollten je nach persönlicher Möglichkeit und Fähigkeit jeweils ihren Platz in der Partei finden.

Drittens ist anzudenken, ob für ältere Parteimitglieder ein Pate – vergleiche dazu Experteninterview Frage 6, Kategorie 3: persönliches Bindeglied zur Partei – zur Seite stehen sollte. Hier wäre das Modell „Jung und Alt“ oder „Alt und Jung“ denkbar. Das ältere Mitglied kann das jüngere Mitglied als Supervisor unterstützen, das jüngere Mitglied hält die weitere Bindung zur Partei aufrecht. Der weitere Gewinn wäre der dabei entstehende Diskurs, der auf beiden Seiten das politische Profil erweitern würde.

9. Literaturverzeichnis:

Abels, H. (2004): Einführung in die Soziologie. Band 1: Der Blick auf die Gesellschaft. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Alber, J. (1994): Soziale Integration und politische Repräsentation von Senioren. In: G. Verheugen (Hrsg.): 60 plus. Die wachsende Macht der Älteren. Köln: Bund-Verlag. Seite 145 – 168.

von Alemann, U. (1978): Partizipation, Demokratisierung, Mitbestimmung – Zur Problematik eines Gegenstandes. In: U. v. Alemann. (Hrsg.) (1978): Partizipation – Demokratisierung – Mitbestimmung. Problemstellung und Literatur in Politik, Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft. – Einführung. 2. Auflage. Westdeutscher Verlag: Opladen. Seite 13 – 40.

von Alemann, U. (1992): Parteien und Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Rekrutierung, Konkurrenz und Responsivität. In: A. Mintzel; H. Oberreuter (Hrsg.): Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. 2. Auflage. Opladen: Leske und Buderich. Seite 89 – 130.

von Alemann, U. (2000): Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Leske und Budrich.

von Alemann, U. (2005): Neue Bürgergesellschaft, alte Parteien? Zur Notwendigkeit einer partizipativen Parteiform. In: D. Dettling (Hrsg.): Parteien in der Bürgergesellschaft. Zum Verhältnis von Macht und Beteiligung. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften. Seite 43 – 48.

von Alemann, U. (2007): Repräsentation. In: Nohlen, D.; Grotz, F. (2007): Kleines Lexikon der Politik. Vierte, aktualisierte und erweiterte Auflage. München: C.H. Beck. Seite 489 – 493.

von Alemann, U.; Godwerth, Th. (2005): Die Parteiorganisation der SPD. Erfolgreiches Scheitern? In: J. Schmid; U. Zolleis (Hrsg.): Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteiorganisation. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. Seite 158 – 171.

von Alemann, U.; Strünck, Ch. (2008): Die Weite des politischen Vor-Raumes. Partizipation in der Parteiendemokratie. http://www.phil-fak.uni-duesseldorf.de/politik/Mitarbeiter/Alemann/aufsatz/99_alemann-struenck_partizipation.pdf Zugriff 7. Juni 2008 / 12.15 Uhr.

Allerbeck, K. R. (1981): Partizipation: In: M. Greiffenhagen; S. Greiffenhagen; R. Prätorius (Hrsg.): Handwörterbuch zur politischen Kultur

der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag. Seite 292 – 295.

Allerbeck, K. R.; Kaase, M.; Klingemann, H. D. (1979): Politische Ideologie, politische Beteiligung und politische Sozialisation. Bericht und Ergebnisse eines international vergleichenden Forschungsvorhabens. In: Politischer Vierteljahreszeitschrift Jg. 20 4/1979. Seite 357 – 478.

Allerbeck, K. R.; Kaase, M.; Klingemann, H. D. (1980): Politische Ideologie, politische Beteiligung und politische Sozialisation. Bericht und Ergebnisse eines international vergleichenden Forschungsvorhabens. In: Politischer Vierteljahreszeitschrift Jg. 21 1/1980. Seite 88 – 96.

Allmendinger, J.; Ebner, Ch.; Nikolai, R. (2007): Soziale Beziehungen und Bildungserwerb. In: Sozialkapital. Grundlagen und Anwendungen. Kölner Zeitschriften für Soziologie und Sozialpsychologie Sonderheft 47/2007. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. Seite 487 - 513.

Amann, A. (1983): Lebenslagen und Sozialarbeit. Elemente zu einer Soziologie von Hilfe und Kontrolle. Berlin: Duncker und Humblot.

Amann, A. (2007): „Konsequenz der Moderne“ und das Alter. In: H. W. Wahl; H. Mollenkopf (Hrsg.): Alternsforschung am Beginn des 21. Jahrhunderts. Alterns- und Lebenslaufkonzeptionen im deutschsprachigen Raum. Berlin: Akademische Verlagsgesellschaft. Seite 3 – 19.

Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus (Hrsg.) (1998): „Zukunft ist, was wir daraus machen“. Frankfurt a. M: Union Druckerei.

Backes, G. M. (1998): Zur Vergesellschaftung des Alters im Kontext der Modernisierung. In: W. Clemens, G. M. Backes (Hrsg.): Altern und Gesellschaft. Gesellschaftliche Modernisierung durch Altersstrukturwandel. Opladen: Leske und Budrich. Seite 23 – 60.

Backes, G. M., Clemens, W. (2000): Lebenslagen im Alter – Erscheinungsformen und Entwicklungstendenzen. In: G. M. Backes; W. Clemens (Hrsg.): Lebenslagen im Alter. Gesellschaftliche Bedingungen und Grenzen. Opladen: Leske und Budrich. Seite 7 -27.

Backes, G. M.; Clemens, W. (2003): Lebensphase Alter. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Altenforschung. Weinheim; München: Juventa Verlag.

Backes, G. M.; Evers, A.; Künemund, H. (2006): Alter zwischen alten und neuen Formen sozialer Ungleichheit – Einleitung. In: K. S. Rehberg

(Hrsg.): Soziale Ungleichheit, Kulturelle Unterschiede. Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München 2004, Teil 1. Frankfurt / New York: Campus Verlag. Seite 453 – 454.

Bäcker; G.; Naegele, G.; Bispinck; R.; Hofemann, K.; Neubauer, J. (2008): Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland. Band 2: Gesundheit, Familie, Alter und Soziale Dienste. 4., grundlegend überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Baltes, P. B. (2007): Alter (n) als Balanceakt: Im Schnittpunkt von Fortschritt und Würde. In: P. Gruss (Hrsg.): Die Zukunft des Alterns. Die Antwort der Wissenschaft. München: Beck Verlag. Seite 15 - 34.

Baltes, P. B.; Baltes M. M. (1994): Problem »Zukunft des Alterns« und gesellschaftliche Entwicklung«. In: P. B. Baltes; J. Mittelstraß; U. M. Staudinger (Hrsg.): Alter und Altern: Ein interdisziplinärer Studientext zur Gerontologie. Berlin; New York: Walter de Gruyter. Seite 1 - 34.

BAGOS (2005): BAGOS-Positionspapier. Politische Teilhabe älterer Menschen. Bonn.

Bardt, H.; Dickmann, N. (2005): Politische Ökonomie des Alterns. In: Institut der deutschen Wirtschaft (Hrsg.): Perspektive 2050. Ökonomik des demographischen Wandels. 2., aktualisierte Auflage. Köln: Deutscher Instituts-Verlag. Seite 372 – 390.

Barkholdt, C. (2004): Potenziale des Alters und das Postulat Lebenslangen Lernens – Implikation für Lebenslagen und Lebensführung im Alter. In: G. M. Backes; W. Clemens, H. Künemund (Hrsg.): Lebensformen und Lebensführung im Alter. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Seite 131 – 149.

Barnes, S.; Kaase, M. Allbrecht, K. (1979): Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies. London; Beverly Hills: Sage.

Bauer, M. (2007): Sehnsucht nach Nähe – Zum Problem der Repräsentation und Partizipation in der deutschen Mitgliederpartei. In: Politische Studien. Jg. 58. Heft 414 /2007. Seite 40 – 50.

Bauer, P (1993): Ideologie und politische Beteiligung in der Bundesrepublik Deutschland. Eine empirische Untersuchung politischer Überzeugungssysteme: Opladen: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Beck, U. (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Beck, U. (1993): Die Erfindung des Politischen. Zu einer Theorie reflexiver Modernisierung. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Becker, H. A. (1989): Generationen, Handlungsspielräume und Generationspolitik. In: A. Weymann (Hrsg.): Handlungsspielräume. Untersuchungen zur Individualisierung und Institutionalisierung von Lebensläufen in der Moderne. Stuttgart: Ferdinand Enkel Verlag. Seite 76 – 89.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2004): Politische Partizipation in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.

v. Beyme, K. (2002): Funktionenwandel der Parteien in der Entwicklung von der Massenmitgliederpartei zur Partei der Berufspolitiker. In O. W. Gabriel; O. Niedermayer; R. Stöss (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag. Seite 315 – 339.

Biehl, H. (2005): Partiiemitglieder im Wandel. Partizipation und Repräsentation. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Birg, H. (2005): Die ausgefallene Generation. Was die Demographie über unsere Zukunft sagt. München. Verlag C.H. Beck.

Borkenau, P. (1991): Gibt es eine altruistische Motivation? In: Psychologischer Rundschau Jg. 42/1991 Seite 195 – 205.

Boeckh, J.; Huster, E.-U.; Benz, B. (2006): Sozialpolitik in Deutschland. Eine systematische Einführung. 2., aktualisierte Auflage. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Boll, B. (2001): Beitrittsmotivation von Parteimitgliedern. In: B. Boll; E. Holtmann (Hrsg.): Parteien und Parteimitglieder in der Region. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag. Seite 19 – 30.

Brady, H.; Verba, S.; Lehmann Scholzman, K. (1995): Beyond SES: A Resource Model of Political Participation. In: American Political Science Review. Vol. 89, NO 2 June 1995. Seite 271 – 294.

Brandt, P. (2001): Die Arbeiterbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts. Entwicklung – Wirkungen – Perspektiven. Vortrag vom 31. Mai 2001 der „Stiftung Rechtsschutzsaal“ in Friedrichsthal / Saarland.

Brandt, W. (1969): Regierungserklärung von Willy Brandt am 28. Oktober 1969 vor dem Deutschen Bundestag in Bonn. Deutscher Bundestag 6. WP/5./ 28.10.1969/ 20A-34 C.Bonn 1969. Seite 342 – 362.

Brandt, W. (1973): „Das Grundgesetz verwirklichen —. Deutsche Politik und sozialdemokratische Grundsätze“. In: Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.): Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 10. bis 14. April 1973 Hannover. Band I Protokolle der Verwandlungen. Hannover. Seite 69 – 112.

Brandt, W. (1977): Rechenschaftsbericht. In: Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.): Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 15. bis 19. November 1977 Hamburg. Protokolle. Bonn. Seite 32 – 58.

Brock, D. (1998): Soziale Ungleichheit. Klassen und Schichten. In: B. Schäfer; W. Zapf (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschland. Opladen: Leske und Budrich. Seite 608 – 622.

Broschek, J.; Schultze, R. O. (2006): Wahlverhalten: Wer wählt wen? In: B. Hoecker (Hrsg.): Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Eine studienorientierte Einführung. Opladen: Verlag Barbara Budrich. Seite 23 – 31.

Bühlmann, M.; Freitag, M. (2004): Individuelle und kontextuelle Determinanten der Teilhabe an Sozialkapital. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Jg. 56 Heft 2/2004 Seite 326 – 349.

Bürklin, W⁹³. (1987): Alte Wähler morgen: „Graue Panther“ oder konservative Stammwähler der CDU? In: Deutsches Zentrum für Altersfragen (Hrsg.): Die ergraute Gesellschaft. Berlin: DZA. Seite 116 – 140.

Bürklin, W P.; R. J. Dalton (1994): Das Ergrauen der Grünen. In: H. D. Klingemann; M. Kaase (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990. Opladen: Westdeutscher Verlag. Seite 264 – 302.

Brüsemeister, Th. (2000): Qualitative Forschung. Ein Überblick. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

⁹³ Hier: W. Bürklin. Nachfolgende Autorenbezeichnung W.P. Bürklin. Auch eine Internetrecherche ergibt kein eindeutiges Ergebnis, ob W. oder W.P. Bürklin.

Bukov, A.; Maas, I.; Lampert, Th. (2002): Social Participation in Very Old Age: Cross- Sectional Longitudinal Findings From BASE. In: Journal of Gerontology. Psychologicalsciences. Vol. 57B No. 6/2002. Seite 510 – 517.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2008): Lebenslagen in Deutschland. 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.

Bundeswahlleiter (Hrsg.) (2005): ABC der Bundestagswahl 2005. Wiesbaden.

Buse, M. J.; Nelles, W. (1978): Formen und Bedingungen der Partizipation im politisch / administrativen Bereich. In: U. v. Alemann (Hrsg.) (1978): Partizipation – Demokratisierung – Mitbestimmung. Problemstellung und Literatur in Politik, Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft. – Einführung. 2. Auflage. Westdeutscher Verlag: Opladen. Seite 41 – 111.

Bundesministerium für Familie, Senioren Frauen und Jugend (Hrsg.) (2001): Alter und Gesellschaft. Dritter Altenbericht. Stellungnahme der Bundesregierung. Bericht der Sachverständigenkommission. Berlin.

Bundesministerium für Familie, Senioren Frauen und Jugend (Hrsg.) (2002): Vierter Bericht zur Lage der älteren Generation. Risiken, Lebensqualität und Versorgung Hochaltriger – unter besonderer Berücksichtigung demenzieller Erkrankungen. Bonn.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2005a) (Hrsg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligen und bürgerschaftlichem Engagement. Vorgelegt von TNS Infratest Sozialforschung. München.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2005b): Fünfter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft. Der Beitrag älterer Menschen zum Zusammenhalt er Generationen. Bericht der Sachverständigenkommission. Berlin.

Crowther, M.R.; Parker, M.W.; Achenbaum, Larimore; Koenig, H. G. (2002): Rowe and Kahn`s Model of Successful Aging. Revisited: Positive Spirituality – The Forgotten Factor. In: The Gerontologist Copyright 2002 by The Gerontological Society of America Vol. 42, No. 5, 613–620.

Deeg, J.; Weibler, J. (2005): Politische Steuerungsfähigkeit von Parteien. In: J. Schmid; U. Zolleis (Hrsg.): Zwischen Anarchie und Strategie. Der

Erfolg von Parteiorganisationen: Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. Seite 22 – 42.

v. Deth, J. W. (2001): Soziale und politische Beteiligung: Alternativen, Ergänzungen oder Zwillings? In: A. Koch; M. Wasmer; P. Schmidt (2001): Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen. Opladen: Leske + Buderich. Seite 195 – 219.

v. Deth; J. W. (2004): Politisches Interesse. In: J. W. Deth (Hrsg.): Deutschland in Europa. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. Seite 275 – 292.

v. Deth, J. W. (2006): Vergleichende politische Partizipationsforschung. In: D. Berg-Schlosser; F. Müller-Rommel (Hrsg.): Ein einführendes Studienhandbuch. 4., überarbeitet und erweiterte Auflage. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaft. Seite 167 – 187.

v. Deth; J. W.; Elf, M. (2000): Political Involvement and Apathy in Europe 1973-1998. Working papers. Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung. Nr. 33/2000.

Detterbeck, K. (2005): Die strategische Bedeutung von Mitgliedern für moderne Parteien. In: J. Schmid; U. Zolleis (Hrsg.): Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteiorganisationen: Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. Seite 63 – 77.

Deutscher Bundestag (2002): Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftliche Engagements“ Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Drucksache 14/8900.

Deutscher Bundestag (1993): Erster Altenbericht der Bundesregierung. Drucksache 12/5897.

Deutscher Bundestag (1998): Zweiter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland: Wohnen im Alter und Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht der Sachverständigenkommission. Drucksache 13/9750.

Dickenberger, D. (1992): Politische Sozialisation. In: M. Schmidt (Hrsg.): Die westlichen Länder: Lexikon der Politik. Bd. 3. München: Beck. Seite 367 – 373.

Donicht-Fluck, B. (1992): Altersbilder und Altenbildung. In: F. Karl; W. Tokarski (Hrsg.): Bildung und Freizeit im Alter. Bern; Göttingen; Toronto: Verlag Hans Huber. Seite 15 – 37.

Diekmann, A. (2008): Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen. 19. Auflage. Reinbek: Rowohlt.

Eifert, B. (2006): Seniorenvertretungen in Nordrhein–Westfalen als Beispiel politischer Partizipation älterer Menschen. In: K. R. Schroeter; P. Zängl (Hrsg.): Altern und bürgerschaftliches Engagement. Aspekte der Vergemeinschaftung und Vergesellschaftung in der Lebensphase Alter. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. Seite 261 – 283.

Eilers, E. (1979): Die Erfahrung der Älteren ist unverzichtbar. In: Sozialdemokratischer Pressedienst 34. Jg. / 50 / 13. März 1979. Seite 1-2.

Eilers, E. (1984): Bundesbeauftragte für Seniorenarbeit. Unveröffentlichte Aufzeichnungen.

Eilfort, M. (2006): Wahlverhalten: Ein vielschichtiges Phänomen mit wachsender politischer Bedeutung. In: B. Hoecker (Hrsg.): Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Opladen: Verlag Barbara Budrich. Seite 53 – 73.

Eisen, A.; Stitz, U. (1999): Das Nebeneinander der beiden deutschen Staaten und die deutsche Einigung 1990. In: Th. Ellwein; E. Holtmann (Hrsg.): 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Rahmenbedingungen – Entwicklungen – Perspektiven. PVS Sonderheft 30 / 1999. Opladen: Westdeutscher Verlag. Seite 53 – 75.

Erlinghagen, M.; Hank, K. (2008): Produktives Altern und informelle Arbeit in modernen Gesellschaften. Theoretische Perspektiven und empirische Befunde. VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Etzold, S. (2003): Der Rat der Greisen. Im Alter kommt mancher Mensch auf weise Gedanken. Paul Baltes forscht, um diese Gabe nutzbar zu machen. In: Die Zeit 7. 08. 2003 / Nr. 33 Seite 1 – 4.

Expertenkommission Bertelsmann Stiftung (2007): Engagement und Partizipation: Gesellschaftliche Ressourcen älterer Menschen nutzen. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Alter neu denken. Gesellschaftliches Alter als Chance begreifen. Seite 341 – 356.

Feldkamp, M.-F. (Verfasser) Deutscher Bundestags (Hrsg.) (2005): Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1994 – 2003. Unter Mitarbeit von B. Ströbel. Baden – Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

Filipp, S.-H.; Mayer, A.-K. (1999): Bilder des Alters. Altersstereotype und die Beziehungen zwischen den Generationen. Stuttgart; Berlin; Köln: Kohlhammer.

Flaig, B. B.; Meyer, Th.; Ueltzhöffer, J. (1993): Alltagsästhetik und politische Kultur: zur ästhetischen Dimension politischer Bildung und politischer Kommunikation. Bonn: Dietz.

Flick, U. (2007): Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung. Vollständig überarbeitete und erweiterte Neuauflage. Reinbek: Rowohlt.

Foner, A. (1978): Altersschichtung und Alterskonflikte im politischen Leben. In: M. Kohli (Hrsg.): Soziologie des Lebenslaufs. Darmstadt; Neuwied: Luchterland. Seite 107 – 121.

Fuchs, J.; Söhnlein, D.; Weber, B. (2004): Konsequenzen des demografischen Wandels für den Arbeitsmarkt der Zukunft. In: B. Frevel (Hrsg.): Herausforderung demografischer Wandel. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. Seite 122 – 138.

Fuchs, A. (1993a): Aussprache und Beschlussfassung „Parteiorganisation“. In: Vorstand der SPD (Hrsg.): Protokoll. Parteitag Wiesbaden 16. – 19. November 1993. Bonn. Seite 801 – 803.

Fuchs, A. (1993b): Fortsetzung. Aussprache und Beschlussfassung „Parteiorganisation“. In: Vorstand der SPD (Hrsg.): Protokoll. Parteitag Wiesbaden 16. – 19. November 1993. Bonn. Seite 807 – 833.

Fuchs, A. (2001): Abstimmung Anträge. In: Vorstand der SPD (Hrsg.): Protokoll. Parteitag Nürnberg 19. – 22. November 2001. Berlin. Seite 379 – 381.

Gabriel, O. W. (1998): Innovation durch Partizipation. In: D. Sauberzweig; W. Laitenberg (Hrsg.): Stadt der Zukunft. Zukunft der Stadt. Baden-Baden: Nomos Verlags Gesellschaft. Seite 151 – 183.

Gabriel, O. W. (2002): Bürgerbeteiligung in den Kommunen. In: Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ Deutscher Bundestag (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Band 1. Opladen: Leske und Budrich. Seite 121 – 160.

Gabriel, O. W. (2004): Politische Partizipation. In: J. W. v. Deth (Hrsg.): Deutschland in Europa. Ergebnisse des European Social Survey 2002 – 2003. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften. Seite 317 – 338.

Gabriel, O. W. (2005): Politische Einstellungen und politische Kultur. In: O. W. Gabriel; E. Holtmann (Hrsg.): Politisches System der Bundesrepublik Deutschland. 3., völlig überarbeitete und erweiterte Auflage. München; Wien: R. Oldenbourg Verlag. Seite 459 – 522.

Gabriel, O. W.; Niedermayer, O. (2001): Parteimitgliedschaften: Entwicklung und Sozialstruktur. In: O. W. Gabriel; O. Niedermayer, R. Stöss (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland. 2., aktualisierte Auflage: Bundeszentrale für politische Bildung. Seite 274 – 296.

Gabriel, O. W.; Kunz, V.; Roßteuscher, S.; v. Deth, J. W. (2002): Sozialkapital und Demokratie. Zivilgesellschaft Ressourcen im Vergleich. Wien: WUV – Universitätsverlag.

Gabriel, O. W.; Trüdinger, E.M.; Völkl, K. (2004): Bürgerengagement in Form von ehrenamtlicher Tätigkeit und sozialen Hilfeleistungen. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Alltag in Deutschland. Analysen zur Zeitverwendung. Forum Band 43. Wiesbaden. Seite 335 – 356.

Gabriel, O. W.; Völkl, K. (2004): Auf der Suche nach dem Nichtwähler neuen Typs. Eine Analyse aus Anlass der Bundestagswahl 2002. In: F. Brettschneider; J. W. v. Deth; E. Roller (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2002. Analyse des Wahlergebnis und des Wahlkampfes. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften. Seite 221 – 248.

Gabriel, O. W.; Holtmann, E. (2005): Politisches System der Bundesrepublik Deutschland. 3., völlig überarbeitete und erweiterte Auflage. München; Wien: R. Oldenbourg Verlag.

Gabriel, O. W.; Völkl, K. (2005): Politische und soziale Partizipation. In: O. W. Gabriel; E. Holtmann (Hrsg.): Politisches System der Bundesrepublik Deutschland. 3., völlig überarbeitete und erweiterte Auflage. München; Wien: R. Oldenbourg Verlag. Seite 523 – 573.

Gaschke, S. (2003): Sie werden nicht alle konservativ. In: Die Zeit 02/2003 [http://www.zeit.de/2003/02/Sie werden nicht alle konservativ](http://www.zeit.de/2003/02/Sie_werden_nicht_alle_konservativ). Seite 1- 2.

Gebauer, A. (2005): Der Richtungsstreit in der SPD. Seeheimer Kreis und neue Linke im innerparteilichen Machtkampf. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Gehring, U. W.; Wagner, M. (1999): Wahlbeteiligung im hohen und sehr hohen Alter. Ergebnisse der Berliner Altersstudie. In Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Jg. 51. Heft 4/1999 Seite 681 – 705.

Geißel, B. (2004): Konflikte und Definitionen und Konzepte in der genderorientierten und Mainstream – Partizipationsforschung – Ein Literaturüberblick. Discussion Paper SP IV 2004 – 403. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

Gensicke, Th. (2005): Freiwilliges Engagement älterer Menschen im Zeitvergleich 1999 – 2004. In: Th. Gensicke; S. Picot; S. Geiss. TNS Infratest Sozialforschung. Durchgeführt im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004. München. Seite 301 – 327.

Gensicke, Th.; Geiss, S. (2006): Bürgerschaftliches Engagement: Das politisch – soziale Beteiligungsmodell der Zukunft? In: B. Hoecker (Hrsg.): Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Eine studienorientierte Einführung. Opladen: Verlag Barbara Budrich. Seite 308 – 328.

Gerhardt, V. (2007): Partizipation. Das Prinzip der Politik. München: Beck-Verlag.

Germis, C. (2003): Gegen die Alten geht nichts. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 24.08.2003, Nr. 34, Seite 25.

Giddens, A. (1999): Soziologie. Ch. Fleck; H. G. Zilian (Hrsg.): Übersetzung nach der dritten englischen Auflage 1997 von H. G. Zilian. Zweite überarbeitete Auflage. Graz; Wien: Nausner und Nausner.

Gläser, J.; Laudel, G. (2006): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse. 2., durchgesehene Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Göckenjan, G. (2000): Das Alter würdigen. Altersbilder und Bedeutungswandel des Alters. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Göhler, G. (1997): Der Zusammenhang von Institution, Macht und Repräsentation. In: G. Göhler (Hrsg.): Institution – Macht – Repräsentation. Wofür politische Institutionen stehen und sie wirken. Baden – Baden: Nomos Verlags Gesellschaft. Seite 11 – 62.

Goerres, A. (2009): The Political Participation of older People in Europe. The Greying of our Democracies. Chippenham; Eastbourne: CPI Antony Rowe.

Grebing, H. (2007): Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Von der Revolution 1848 bis ins 21. Jahrhundert. Berlin: Vorwärts Buch.

Hadjar, A.; Becker, R. (2006): Bildungsexpansion und Wandel des politischen Interesses in Westdeutschland zwischen 1980 und 2002. In: Politische Vierteljahresszeitschrift Jg. 47 Heft 1 / 2006. Seite 12 – 34.

Hadjar, A.; Becker, R. (2007): Unkonventionelle Politische Partizipation im Zeitverlauf. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Jg. 59. Heft 3 / 2007. Seite 410 – 439.

Häder, M. (2006): Empirische Sozialforschung. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Hallermann, A. (2003): Partizipation in politischen Parteien. Vergleich von fünf Parteien in Thüringen. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

Hallerman, A.; Kaim, M. (2003): Parteien im internationalen Vergleich. Erfurt: Landeszentrale für politische Bildung Thüringen.

Heß-Meining, U. (2005): Politische Partizipation und bürgerschaftliches Engagement. In: W. Cornelißen (Hrsg.): Gender – Datenreport. 1. Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. 2. Fassung. Berlin. Seite 357 – 405.

Hilbert, J.; Naegele, G. (2001): Wirtschaftskraft Alter. In: St. Pohlmann (Hrsg.): Das Altern der Gesellschaft als globale Herausforderung. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Stuttgart; Berlin; Köln: Kohlhammer. Seite 122 – 171.

Hoecker, B. (1995): Politische Partizipation von Frauen. Kontinuität und Wandel des Geschlechterverhältnisses in der Politik. Ein einführendes Studienbuch. Opladen: Leske und Budrich.

Hoecker, B. (2006): Politische Partizipation: systematische Einführung. In: B. Hoecker (Hrsg.): Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Studienorientierte Einführung. Opladen: Verlag Barbara Buderich. Seite 3- 20.

Hoff, A. (2006): Intergenerationale Familienbeziehungen im Wandel. In: C. Tesch-Römer; H. Engstler; S. Wurm (Hrsg.): Altwerden in Deutschland. Sozialer Wandel und individuelle Entwicklung in der zweiten Lebenshälfte. Wiesbaden. VS Verlag für Sozialwissenschaft. Seite 231 – 287.

Hoff, E. H. (2005): Arbeit und berufliche Entwicklung. In: S. H. Filipp; U. M. Staudinger (Hrsg.). Entwicklungspsychologie des mittleren und höheren

Erwachsenenalters. Göttingen; Bern; Toronto; Seattle: Hogrefe Verlag für Psychologie. Seite 523 – 557.

Hollstein, B. (2006): Qualitative Methoden und Netzwerkanalyse – ein Widerspruch?. In: B. Hollstein; F. Straus (Hrsg.): Qualitative Netzwerkanalyse. Konzepte, Methoden, Anwendungen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. Seite 11- 35.

Holtmann, E. (2005): Die deutsche Tradition und das politische System der Gegenwart. In: O. W. Gabriel; E. Holtmann (2005): Politisches System der Bundesrepublik Deutschland. 3., völlig überarbeitete und erweiterte Auflage. München; Wien: R. Oldenbourg Verlag. Seite 3 – 41.

Hopf, Ch.; Weingarten, E. (1979): Soziologie und qualitative Sozialforschung. In: Ch. Hopf; E. Weingarten (Hrsg.): Qualitative Sozialforschung. Stuttgart. Klett-Cotta. Seite 11 – 37.

Hradil, St. (2005): Soziale Ungleichheit in Deutschland. Unter Mitarbeit von J. Schiene. 8. Auflage. Nachdruck November 2005. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Informationsdienst Alter & Forschung. Nachrichten zum demografischen Wandel (2005): Generation 60 plus wählt eher konservativ – im Westen Heft 27 / 2005 Seite 3 – 14.

Jun, U. (2007): Sozialdemokratische Partei Deutschlands. In: F. Decker; V. Neu (Hrsg.): Handbuch der deutschen Parteien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. Seite 381 – 400.

Kaase, M. (1981): Politische Beteiligung und politische Ungleichheit: Betrachtung zu einem Paradox. In: L. Albertin; W. Link (Hrsg.): Politische Parteien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie in Deutschland. Düsseldorf: Droste. Seite 363 – 377.

Kaase, M. (1982): Partizipation und Kommunikation. Ende der Parteien? In: J. Raschle (Hrsg.): Bürger und Partei. Ansichten und Analysen einer schwierigen Beziehung. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Kaase, M. (1992): Vergleichende politische Partizipationsforschung. In: D. Berg – Schlosser; F. Müller – Rommel (Hrsg.): Vergleichende Politikwissenschaft. Ein einführendes Studienbuch. 2, aktualisierte Auflage. Leske und Buderich: Opladen.

Kaase, M. (1995): Partizipation. In: D. Nohlen (Hrsg.): Wörterbuch Staat und Politik. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung. Seite 521 – 527.

Kaase, M. (2008): Politische Beteiligung / Politische Partizipation. In: U. Andersen; W. Woyke (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschlands. 6. Auflage: Opladen: VS Verlag Leske und Budrich. S. 495 – 500.

Karl, F.; Tokarski, W. (1992): Prolog. In: F. Karl; W. Tokarski (Hrsg.): Bildung und Freizeit im Alter. Bern; Göttingen; Toronto: Verlag Hans Huber. Seite 9 – 13.

Kaufmann, F. X. (2008): Was meint Alter? Was bewirkt demographisches Altern? Soziologische Perspektiven. In: U. M. Staudinger; H. Häfner (Hrsg.): Was ist Alter (n)? Neue Antworten auf eine scheinbar einfache Frage. Berlin; Heidelberg: Springer-Verlag. Seite 119 – 138.

Kaufmann, F. X. (2006): Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Kaufmann, F. X. (2009): Altern der Bevölkerung und gesellschaftlichen Dynamik. In: A. Börsch-Supan; M. Erlinghagen, K. Hanke; H. Jürges; G. G. Wagner (Hrsg.). Produktivität in alternden Gesellschaften. Halle: Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft. Seite 91 – 103.

Kelle, U. (2008). Die Integration qualitativer und quantitativer Methoden der empirischen Sozialforschung. Theoretische Grundlagen und methodologische Konzepte. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Kelle; U.; Reith, F. (2008): Empirische Forschungsmethoden. In: M. K. W. Schweer (Hrsg.): Lehrer-Schüler-Interaktion: Inhaltsfelder, Forschungsperspektiven und methodische Zugänge. 2., vollständig überarbeitete Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaft. Seite 39 – 75.

Kern, K. (2004): Sozialkapital, Netzwerke und Demokratie. In: A. Klein; K. Kern; B. Geißel; M. Berger (Hrsg.): Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration: Wiesbaden VS Verlag für Sozialwissenschaften. Seite 109 – 129.

Kersting, N. (2008): Innovation Partizipation: Legitimation, Machtkontrolle und Transformation. Eine Einführung. In N. Kersting (Hrsg.): Politische Beteiligung. Einführung in dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Seite 11- 39.

Kersting, N.; Schmitter, Ph. ; Trechsel, A. (2008): Die Zukunft der Demokratie. In: N. Kersting (Hrsg.): Politische Beteiligung. Einführung in

dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Seite 40 – 62.

Kevenhörster, P. (2008): Politikwissenschaften. Band 1: Entscheidungen und Strukturen der Politik. 3. Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Kißler, L. (2007): Politische Soziologie. Grundlagen einer Demokratiewissenschaft Konstanz. UVK Verlagsgesellschaft.

Klein, Th. (1991): Zur Bedeutung von Alters-, Perioden- und Generationseinflüssen für den Wandel politischer Werte in der Bundesrepublik. In: Zeitschrift für Soziologie. Jg. 20 Heft 2 / 1991 Seite 138 – 146.

Klein, Th. (2005): Sozialstrukturanalyse. Eine Einführung. Reinbek: Rowohlt.

Kleinert, H. (2008): Mythos 1968. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 14 – 15/2008. 31. März 2008. Seite 8 – 15.

Klingemann, H. D.; Lass, J. (1995): Bestimmungsgründe politischer Beteiligung in Ost- und West. In: H. D. Klingemann; L. Erbring; N. Diederich (Hrsg.): Zwischen Wende und Wiedervereinigung. Analyse zur politischen Kultur in West- und Ost – Berlin 1990. Opladen: Westdeutscher Verlag. Seite 148 – 163.

Klose, H.-U. (1992): Ausführungen des SPD-Seniorenbeauftragten. In: SPD Presseservice (1992) am 21. August 1992 Nr. 569 / 92. Seite 1 – 7.

Klose, H.-U. (1993). Seniorenarbeit. In: Vorstand der SPD (Hrsg.): Protokoll. Parteitag Wiesbaden 16. – 19. November 1993. Bonn. Seite 787 – 790.

Klose, H.-U. (1994a): Die Senioren einbeziehen. Die Rolle der Älteren gewinnt an Bedeutung. In: SPD Pressedienst (1994) am 25. August 1994 Nr. 163 / 94. Seite 5 – 6.

Klose, H.-U. (1994b): Schussfolgerungen der Arbeitsgemeinschaft: In: SPD Pressedienst (1994) am 12. Dezember 1995 Nr. 924 / 94. Seite 1 – 3.

Klose, H.-U. (1997): Rede des Bundesvorsitzenden. In: SPD Pressedienst (1994) am 29. September 1997 Nr. 379 / 97. Seite 1 – 6.

König, R. (Hrsg.) (1965): Soziologie. Unter Mitarbeit von K.M. Bolte; P. Heintz; R. M. Lepsius; D. Rüschemeyer; E. Scheuch; E. Willems. Frankfurt a. M.: Fischer.

Kohler, U. (1998): Zur Attraktivität der Grünen bei älteren Wählern. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Jg. 50 Heft 3 / 1998. Seite 536 – 559.

Kohli, M. (1978): Erwartungen an eine Soziologie des Lebenslaufs. In: M. Kohli (Hrsg.): Soziologie des Lebenslaufs. Neuwied: Luchterhand: Verlag. Seite 9 – 31.

Kohli, M. (1985): Die Institutionalisierung des Lebenslaufs. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Jg. 37 / 1985. Seite 1 – 29.

Kohli, M. (1993): Stellungnahme aus Wissenschaft und Verbänden. In: SPD 60 plus: Impulse+++Erfolge+++Perspektiven. SPD 60 plus. Der Bericht. H.-U. Klose (Hrsg.). Bonn. Seite 6.

Kohli, M. (1994): Alter in soziologischer Perspektive. In: P. B. Baltes; J. Mittelstraß; U. M. Staudinger (Hrsg.): Alter und Altern: Ein interdisziplinärer Studententext zur Gerontologie. Berlin; New York: Walter de Gruyter. Seite 231 – 259.

Kohli, M. (1998): Alter und Altern der Gesellschaft. In: B. Schäfers; W. Zapf (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. Opladen: Leske und Budrich. Seite 1 – 11.

Kohli, M.; Neckel, S.; Wolf, J. (1999): Krieg der Generationen? Die politische Macht der Älteren. In: A. Niederfranke; G. Naegele; E. Frahm (1999): Funkkollege Altern 2. Lebenslagen und Lebenswelten, soziale Sicherung und Altenpolitik: Opladen: Westdeutscher Verlag. Seite 477 – 514.

Kohli, M.; Künemund, H. (2001): Partizipation und Engagement älterer Menschen. Bestandsaufnahmen und Zukunftsperspektiven. In: Deutsches Zentrum für Altersfragen (Hrsg.): Lebenslagen, soziale Ressourcen und gesellschaftliche Integration im Alter. Expertisen zum Dritten Altenbericht der Bundesregierung. Band 3. Opladen: Leske und Budrich. Seite 117 – 234.

Kohli, M.; Künemund, H. (2005): Gegenwart und Zukunft des Generationenkonfliktes. In: M. Kohli; H. Künemund (Hrsg.): Die zweite Lebenshälfte. Gesellschaftliche Lage und Partizipation im Spiegel des

Alters-Survey. 2., erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. Seite 335 – 367.

Kohli, M.; Künemund, H.; Motel-Klingebiel, A.; Szydlik, M. (2005): Generationsbeziehungen. In: M. Kohli; H. Künemund (Hrsg.): Die zweite Lebenshälfte. Gesellschaftliche Lage und Partizipation im Spiegel des Alters-Survey. 2., erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. Seite 176 – 211.

Kolland, F. (2000): Freizeit. In: H.-W. Wahl; C. Tesch-Römer (Hrsg.): Angewandte Gerontologie in Schlüsselbegriffen. Stuttgart; Berlin; Köln: Kohlhammer. Seite 178 – 183.

Kolland, F.; Rosenmayr, L. (2007): Altern und zielorientiertes Handeln: Zur Erweiterung der Aktivitätstheorie. In: H. W. Wahl; H. Mollenkopf (Hrsg.): Alternsforschung am Beginn des 21. Jahrhunderts. Alterns- und Lebenslaufkonzeptionen im deutschsprachigen Raum. Berlin: Akademische Verlagsgesellschaft. Seite 203 – 221.

Kommission „Soziale Sicherung“ (2003): Bericht der Kommission „Soziale Sicherheit“ zur Reform der sozialen Sicherungssysteme. Berlin.

Kriesi, H. (2007): Sozialkapital. Eine Einführung. In: A. Franzen; M. Freitag (Hrsg.): Sozialkapital. Grundlagen und Anwendungen. Kölner Zeitschriften für Soziologie und Sozialpsychologie Sonderheft 47/2007. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. Seite: 23 – 46.

Kromrey, H. (2006): Empirische Sozialforschung. Modelle und Methoden der standardisierten Datenerhebung und Datenauswertung 11., überarbeitete Auflage. Stuttgart: Lucius und Lucius.

Kruse, A. (2005a): Selbständigkeit, bewusst angenommene Abhängigkeit, Selbstverantwortung und Mitverantwortung als zentrale Kategorie einer ethischen Betrachtung des Alters. In: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie. 38 / 2005 Heft 4. Seite 273 – 287.

Kruse, A. (2005b): Kreativität im Alter als Grundlage mitverantwortlicher Lebensführung. In: V. Schumpelick; B. Vogel (Hrsg.): Alter als Last und Chance. Beiträge des Symposiums vom 30. September bis 3. Oktober 2004 in Cadenabbia. Herausgeber im Auftrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. .Freiburg; Basel Wien: Herder. Seite 439 – 460.

Kruse, A. (2006): Vorwort des Kommissionsvorsitzenden zur Reihe „Expertisen zum Fünften Altenbericht der Bundesregierung“. In: Deutsches Zentrum für Altersfragen (Hrsg.): Gesellschaftliches und

familiäres Engagement älterer Menschen als Potenzial. Berlin: Lit Verlag. Seite 1 – 2.

Kühl, St.; Strodtholz; P.; Taffertshofer, A. (2005): Quantitative Methoden der Organisationsforschung – ein Überblick. In: St. Kühl; P. Strodtholz; A. Taffertshofer (Hrsg.): Quantitative Methoden der Organisationsforschung. Ein Handbuch. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. Seite 15 – 29.

Künemund, H. (2001). Gesellschaftliche Partizipation und Engagement in der zweiten Lebenshälfte. Empirische Befunde zu Tätigkeitsformen im Alter und Prognosen ihrer zukünftigen Entwicklung. Berlin: Weißensee Verlag.

Künemund, H. (2004): Politischer Einfluss der Älteren von morgen. In: Sozialer Fortschritt. Band 11 / 12 / 2004. Seite 286 – 293.

Künemund, H. (2006): Partizipation und Engagement älterer Menschen. In: Deutsches Zentrum für Altersfragen (Hrsg.): Gesellschaftliches und familiäres Engagement älterer Menschen als Potenzial. Berlin: LITVerlag. Seite 283 – 431.

Künemund, H.; Wolf, J. (1993): „Politische Pensionierung“ oder „Altenlobby“ Rentner und Pensionäre in den deutschen Gewerkschaften. In: H.-U. Klose (Hrsg.): Altern der Gesellschaft. Antwort auf den demographischen Wandel. Köln: Bund-Verlag. Seite 308 – 336.

Künemund, H.; Schupp, J. (2008): Konjunktur des Ehrenamts – Diskurse und Empirie. In: M. Erlinghagen; K. Hank (Hrsg.): Produktives Altern und informelle Arbeit in modernen Gesellschaften. Theoretische Perspektiven und empirische Befunde. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. Seite 145 – 163.

Kürschners Volkshandbuch (2006): Deutscher Bundestag. 16. Wahlperiode. 104. Auflage. Stand: 1. September 2006. Sonderdruck für den Deutschen Bundestag: Bad Honnef.

Kunz, R.; Maier, H.; Stammen, Th. (1975): Programme der politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. München: Bayrische Landeszentrale für politische Bildung.

Lamnek, S. (1995a): Qualitative Sozialforschung. Band 1. Methodologie. 3., korrigierte Auflage. Weinheim: Beltz Psychologie Verlags Union.

Lamnek, S. (1995b): Qualitative Sozialforschung. Band 2. Methoden und Techniken. 3., korrigierte Auflage. Weinheim: Beltz Psychologie Verlags Union.

Laslett, P. (1995): Das Dritte Alter. Historische Soziologie des Alterns. Aus dem Englischen übersetzt und mit einer Einführung von A. Flügel. Weinheim; München: Juventa Verlag.

Lehr, U. (2003): Psychologie des Alterns. 10., korrigierte Auflage. Wiebelsheim: Quelle und Meyer Verlag.

Lippl, B. (2007): Soziales Engagement und politische Partizipation in Europa. In: Sozialkapital. Grundlagen und Anwendungen. Kölner Zeitschriften für Soziologie und Sozialpsychologie Sonderheft 47/2007. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. Seite 420 – 449.

Lösche, P. (2004): Zustand und Perspektiven der SPD. In: H. Zehetmair (Hrsg.): Das deutsche Parteiensystem. Perspektiven für das 21. Jahrhundert. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. Seite 104 – 116.

Lösche, P. (2006): Geschichte und Entwicklung in Deutschland. In: Information 292 zur politischen Bildung. Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. 3. Quartal 2006. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. Seite 15 – 24.

Lohmar, U. (1968): Innerparteiliche Demokratie. Eine Untersuchung der Verfassungswirklichkeit politischer Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Zweite, unveränderte Auflage. Stuttgart: Ferdinand Enkel Verlag.

Mackroth, P.; Ristau, M. (1992): Plädoyer für eine neue sozialdemokratische „Alten-Politik“. Zur Notwendigkeit, dem gesellschaftliche Wandel bei den Senioren gerecht zu werden. In: Sozialdemokratischer Pressedienst 47. Jg. / 56 / 20. März 1992. Seite 3 – 6.

Mackroth, P.; Ristau, M. (1994): Senioren als politischer Nachwuchs? Neue Muster von Engagement und Partizipation. In: G. Verheugen (Hrsg.): 60 plus. Die wachsende Macht der Älteren. Köln: Bund-Verlag. Seite 189 – 211.

Manow, Ph. (2006): Die politische Anatomie demokratischer Repräsentation. In: Leviathan Jg. 34. Heft2 / 2006 Seite 149 – 181.

Mannheimer, K. (1928): Das Problem der Generationen. In: Kohli, M. (1978) (Hrsg.): Soziologie des Lebenslaufs Neuwied: Hermann Luchterland Verlag. Seite 38 – 53.

Marking, Ch.; Naegele, G.; Walker, A. (1997): Politische Partizipation ältere Menschen in den Ländern der EU-Kritische Stellungnahme und zusammenfassende Schlussfolgerung. In: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Politische Beteiligung älterer Menschen in Europa. Bonn. Seite 202 – 211.

Martin; M., Kliegel, M. (2005): Psychologische Grundlagen der Gerontologie. Stuttgart: Kohlhammer.

Mayer, K. U.; Baltes, P. B.; Gerok, W.; Häfner, H.; Helmchen, H.; Kruse, A.; Mittelstrass, J.; Staudinger, U. M.; Steinhagen-Thiessen, E.; Wagner, G. (1994): Gesellschaft, Politik und Alter. In: P. B. Baltes; J. Mittelstraß; U. M. Staudinger (Hrsg.): Alter und Altern: Ein interdisziplinärer Studententext zur Gerontologie. Berlin; New York: Walter de Gruyter. Seite 721 – 757.

Mayring, Ph. (2002): Einführung in die Qualitative Sozialforschung: eine Anleitung zum qualitativen Denken. 5., überarbeitete und neu ausgestattete Auflage. Weinheim; Basel: Beltz.

Mayring, Ph. (2007): Qualitative Inhaltsanalyse. In: U. Flick; E. von Kardorff; I. Steinke (Hrsg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. 5. Auflage. Reinbek: Rowohlt. Seite 468 – 475.

Merten, H. (2007): Rechtliche Grundlagen der Parteiendemokratie. In: F. Decker; V. Neu (Hrsg.): Handbuch der deutschen Parteien. Verlag für Sozialwissenschaften. Seite 79 – 113.

Merseburger, P. (1995): Der schwierige Deutsche. Kurt Schumacher. Eine Biographie. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.

Meulemann, H. (2006): Soziologie von Anfang an. Eine Einführung in Themen, Ergebnisse und Literatur. 2., überarbeitete Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Meuser, M.; Nagel, U. (2005): ExpertInneninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion. In: A. Bogner; B. Littig; W. Menz (Hrsg.): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. Seite 71 – 93.

Michels, R. (1970): Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des

Gruppenlebens. Neudruck der zweiten Auflage. Herausgegeben und mit einem Nachwort versehen von W. Conze. Stuttgart: Alfred Kröner Verlag.

Milbrath, L.; Goel, M.L. (1977): Political participation: how and why do people get involved in politics? 2. ed. Chicago: Rand McNally.

Miller, S. (1975): Die SPD vor und nach Godesberg. Kleine Geschichte der SPD. Band 2. Neue Gesellschaft: Bonn-Bad Godesberg.

Miller, S. (2002): Die SPD – die linke Volkspartei. Neubearbeitung von Heinrich Potthoff. In: Potthoff, H.; Miller, S. (2002): Kleine Geschichte der SPD 1848 – 2002. 8., aktualisierte und erweiterte Auflage. Bonn: Verlag J.H.W. Dietz. Seite 175 – 284.

Miller, S.; Ristau, M. (1988) (Hrsg.): Gesellschaftlicher Wandel Soziale Demokratie 125 Jahre SPD. Historische Erfahrungen, Gegenwartsfragen, Zukunftskonzepte. Köln: Bund Verlag.

Mollenkopf, H.; Flaschenträger, P. (2001): Erhaltung von Mobilität im Alter. Stuttgart; Berlin; Köln: Kohlhammer.

Müller-Böling, D. (1974): Anforderung an Tests zur Messung der Arbeitszufriedenheit für die Anwendung in der betrieblichen Praxis. In: O. Neuberger. Messung der Arbeitszufriedenheit. Verfahren und Ergebnisse. Stuttgart; Berlin; Köln; Mainz: Kohlhammer. Seite 213 – 231.

Münkel, D. (Hrsg.) (2007): „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“: Die Programmgeschichte der Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Berlin: Vorwärts-Buch.

Müntefering, F. (2000): Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl) 2/2000 Seite 337 – 342.

Muller, E. N. Opp, K. D. (1986): Rational Choice and Rebellious Collective Action. In: American Political Science Review. Vol. 80./1986 Seite 471 – 487.

Naegele, G. (1993): Stellungnahme aus Wissenschaft und Verbänden. In: H.-U. Klose (Hrsg.): SPD 60 plus: Impulse+++Erfolge+++Perspektiven. SPD 60 plus. Der Bericht. Bonn. Seite 5.

Naegele, G. (1999a): The politics of old age in Germany. In: A. Walker; G. Naegele. The politics of old age in Europe. Buckingham; Philadelphia: Open University Press. Seite 93 – 109.

Naegele, G. (1999b): Zum internationalen Jahr der Senioren (III). Strukturen der politischen Mitbestimmung älterer Menschen in Deutschland – Eine Zwischenbilanz. In: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit. Jg. 50 Heft 4 / 1999. Seite 131 – 137.

Naegele, G. (2008): Politische und soziale Partizipation im Alter – 13. Thesen zu einer "dialogfähigen Reformdebatte". In: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit. Jg. 59 Heft 2/2008. Seite 93 – 100.

Naegele, G.; Tews, H.P. (1993): Theorieansätze und –kritik zur Altersentwicklung – Neue und alte sozialpolitische Orientierungen. In: G. Naegele; H. P. Tews (Hrsg.): Lebenslagen im Strukturwandel des Alters. Alternde Gesellschaft – Folgen für die Politik. Opladen: Westdeutscher Verlag. Seite 329 – 367.

Namislo, D.; Schorn, K.; v. Schwartzberg, M. (2006): Wählerverhalten bei der Bundestagswahl 2005 nach Geschlecht und Alter. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) Wirtschaft und Statistik 3/2006. Wiesbaden. Seite 220 - 237.

Naleppa, M. (2002): Freiwillige in der Sozialen Arbeit-Volunteering in den USA. In: D. Rosenkranz; A. Weber (Hrsg.): Freiwilligenarbeit. Einführung in das Management von Ehrenamtlichen in der Sozialen Arbeit. Unter Mitarbeit von A. Möhringer. Weinhelm; München: Juventa Verlag. Seite 119 – 132.

Neckel, S. (1993): Altenpolitischer Aktivismus. In: Levithan. Jg. 21 Heft 4 / 1993. Seite 540 – 563.

Neu, V. (2004): Alter gegen Geschlecht: Was bestimmt die Wahlentscheidung. Arbeitspapier der Konrad – Adenauer – Stiftung.

Neugebauer, G. (1994): Die SDP / SPD in der DDR: Zur Geschichte und Entwicklung einer unvollendeten Partei. In: O. Niedermayer; R. Stöss (Hrsg): Parteien und Wähler im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern. Opladen: Westdeutscher Verlag. Seite 73 – 104.

Neugebauer, G. (2007): Politische Milieus in Deutschland. Bonn: Dietz.

Neugebauer, G. (2008): Die Unterschicht und die Parteien. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 3 – 34 / 2008. 11. August 2008. Seite 31 – 38.

Nie, N. H.; Verba, S.; Kim, J-O. (1974): Political Participation and the Life Cycle. In: Comparative politics. Vol. 6 3 / 1974 Seite 319 – 340.

Niedermayer, O. (1989): Innerparteiliche Partizipation. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Niedermayer, O. (1996): Zur systematischen Analyse der Entwicklung von Parteiensystemen. In: O. W. Gabriel; J.W. Falter (Hrsg.): Wahlen und politische Einstellungen in westlichen Demokratien. Frankfurt a. M.; New York: Lang Verlag. Seite 19 – 49.

Niedermayer, O. (2002): Beweggründe des Engagements in politischen Parteien. In: O. W. Gabriel; O. Niedermayer; R. Stöss (Hrsg.) (2002): Parteiendemokratie in Deutschland. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag. Seite 297 – 311.

Niedermayer, O. (2007): Die Entwicklung des bundesdeutschen Parteiensystems. In: F. Decker; V. Neu (Hrsg.): Handbuch der deutschen Parteien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. Seite 114 – 135.

Niedermayer, O. (2009): Parteimitglieder in Deutschland: Version 1/2009. Arbeitsheft a. d. Otto-Stammer-Zentrum, Nr.15, FU Berlin 2009.

Niedermayer, O.; Schmitt, H. (1983): Sozialstruktur, Partizipation und politischer Staus in Parteiorganisationen. In: Politische Vierteljahresschrift. 24. Jg. Heft 3 / 1983 Seite 293 – 310.

Niedermayer, O.; Stöss, R. (1994): DDR-Regimewandel, Bürgerorientierung und die Entwicklung des gesamtdeutschen Parteiensystems. In: O. Niedermayer; R. Stöss (Hrsg.): Parteien und Wähler im Umbruch: Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern. Opladen: Westdeutscher Verlag. Seite 11 – 33.

Niedermayer, O.; Widmaier, U. (2006). Quantitative vergleichende Methoden. In: D. Berg-Schlosser; F. Müller-Rommel (Hrsg.): Vergleichende Politikwissenschaft. Ein einführendes Studienhandbuch. 4., überarbeitet und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaft. Seite 77 – 101.

Niclauß, K. H. (2002): Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. 2., überarbeitete und aktualisierte Auflage. Paderborn; München; Wien; Zürich: Schöninghaus Verlag.

Nohlen, D.; Grotz, F. (2007): Kleines Lexikon der Politik. Vierte, aktualisierte und erweiterte Auflage. München: C. H. Beck.

Noß, H.; Brill, St.; Müller, H. (Hrsg.) (2004): Das SPD Buch. Organisation, Geschichte und Personen im Überblick. Norderstedt: Books on Demand GmbH.

Olsen, M. E. (1972): Social Participation and Voting Turnout. A Multivariate Analysis. *American Sociological Review*. Vol. 37. Seite 317 – 333.

Opp, K. D. (1984): Normen, Altruismus und politische Partizipation. Eine empirische Überprüfung einiger Hypothesen des „ökonomischen Modells“ am Beispiel der Anti – Atomkraft – Bewegung. In: D. Dörner; W. Güth; A. Klopstech; S. Lindenberg; K. D. Opp; E. Schlicht; R. Selten; V. Vanberg; H. Todt (Hrsg.): *Normengeleitetes Verhalten in den Sozialwissenschaften*. Berlin: Duncker und Humblot. Seite 85 – 113.

Opp, K. D. (1988): Grievances and Participation in Social Movements. In: *American Sociological Review* Vol. 3 / 1988. Seite 853 – 864.

Opp, K. D. (1997): Die enttäuschten Revolutionäre. Politisches Engagement vor und nach der Wende. Opladen: Leske und Budrich.

Opp, K. D.; Finkel, St. E. (2001): Politische Proteste; Rationalität und Lebensstile. Eine empirische Überprüfung alternativer Erklärungsmodelle. In: A. Koch; M. Wasmer; P. Schmidt (Hrsg.): *Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen*. Opladen: Leske und Budrich. Seite 73 – 108.

Parteiengesetz: Gesetz über die politischen Parteien. In der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Januar 1994 (BGBl. S. 149) zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 22. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3673).

Patzelt, W. J. (2005): Demokratie in Deutschland – Folgen für die politische Bildung. In: G. Himmelmann; D. Lange (Hrsg.): *Demokratiekompetenz. Beiträge aus Politikwissenschaft, Pädagogik und politischer Bildung*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften. Seite 27 – 38.

Plum, W.; Schleusener, E. (1981): Das politische Verhalten älterer Menschen in der Bundesrepublik Deutschland. Köln: ISG Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik e. V.

Poguntke, Th. (2005a): Politische Parteien. In: O. W. Gabriel; E. Holtmann (Hrsg.): *Handbuch Politisches System der Bundesrepublik Deutschland*. 3., völlig überarbeitete und erweiterte Auflage. München; Wien: Oldenbourger. Seite 625 – 651.

Poguntke, Th. (2005b): Parteien ohne (An)bindung: Verkümmern die organisatorischen Wurzeln der Parteien? In: J. Schmid; U. Zolleis (Hrsg.): Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteiorganisationen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. Seite 43 – 62.

Pohlmann, St. (2001): Das Altern der Gesellschaft als globale Herausforderung. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Stuttgart; Berlin; Köln: Kohlhammer.

Potthoff, H. (1975): Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945. Kleine Geschichte der SPD. Band 1. Neue Gesellschaft: Bonn Bad Godesberg.

Potthoff, H. (2002a): Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945. In: Potthoff, H.; Miller, S. (2002): Kleine Geschichte der SPD 1848 – 2002. 8., aktualisierte und erweiterte Auflage. Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Seite 15 – 172.

Potthoff, H. (2002b): Partei im Wandel. Stagnation – Kurssuche – Regierungsverantwortung. In: Potthoff, H.; Miller, S. (2002): Kleine Geschichte der SPD 1848 – 2002. 8., aktualisierte und erweiterte Auflage. Bonn: Verlag J. H. W. Dietz Seite 287 – 416.

Przyborski, A.; Wohlrab-Sahr, M. (2008): Qualitative Sozialforschung. Ein Arbeitsbuch. München: Oldenbourger Verlag.

Putnam, R. D. (1993): Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy. Princeton: Princeton University Press.

Putnam, R. D.; Goss, K. A. (2001): Einleitung. In: R. D. Putnam (Hrsg.): Gesellschaft und Gemeinsinn. Sozialkapital im internationalen Vergleich. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung. Seite 15 – 43.

Reichertz, J. (2007): Abduktion, Deduktion und Induktion in der qualitativen Forschung. In: U. Flick; E. von Kardorff; I. Steinke (Hrsg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. 5. Auflage. Reinbek: Rowohlt. Seite 276 – 286.

Riemann, G. (1987): Das Fremdwerden der eigenen Biographie. Narrative Interviews mit psychiatrischen Patienten. München: Fink.

Riley, M. W.; Riley, J. W. (1994): Individuelles und gesellschaftliches Potential des Alters. In: P. B. Baltes; J. Mittelstraß; U. M. Staudinger (Hrsg.): Alter und Altern: Ein interdisziplinärer Studententext zur Gerontologie. Berlin; New York: Walter de Gruyter. Seite 435 – 459.

Rohe, K. (2002): Entwicklung der politischen Parteien und Parteiensystem in Deutschland bis zum Jahre 1933. In: O. W. Gabriel; O. Niedermayer; R. Stöss (Hrsg.) (2002): Parteiendemokratie in Deutschland. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag. Seite 39 – 58.

Rohrmann, B. (1990): Partizipation und Protest. In: L. Kruse; C.-F. Graumann; E.-D. Lantermann (Hrsg.): Ökologische Psychologie. Ein Handbuch in Schlüsselbegriffen. München: Psychologie Verlags Union. Seite 645 – 653.

Rosenmayr, L. (1983): Die späte Freiheit. Das Alter – ein Stück bewusst gelebten Lebens. Berlin: Severin und Siedler.

Roth, R. (1994): Demokratie von unten. Köln: Bund Verlag.

Rudzio, W. (2006): Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. 7., aktualisierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Sackmann, R. (2004): Institutionalistische Generationsanalyse sozialer Ungleichheit. In: M. Szydlik (Hrsg.): Generation und Ungleichheit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. Seite 25 – 48.

Schaal, F. (1984): Repräsentanz und Partizipation älterer Menschen in Politik und Gesellschaft. Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen.

Schindler, P. (Verfasser) Deutscher Bundestag (Hrsg.) (1999): Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1999. Band I: Kapitel 1 - 6. Baden – Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

Schlegel-Voß, L. Ch. (2005). Alter in der „Volksgemeinschaft“. Zur Lebenslage der älteren Generation im Nationalsozialismus. Berlin: Duncker und Humblot.

Schmid, J.; Zolleis, U. (2005): Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteiorganisationen. In: J. Schmid; U. Zolleis (Hrsg.): Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteiorganisationen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. Seite 9 – 21.

Schmidt, H. (2008): Außer Dienst. Eine Bilanz. München: Siedler Verlag.

Schnell, R.; Hill, P. B.; Esser, E. (2008): Methode der empirischen Sozialforschung. 8., unveränderte Auflage. München; Wien: R. Oldenbourg.

Schroeder, W.; Munimus, B.; Rüdert, D. (2008): Integrierende oder separierende Interessenvertretungspolitik? Zum Selbstverständnis der Akteure der deutschen Seniorenpolitik - Sozialverbände, Gewerkschaften und Parteien im Vergleich: In: Zeitschrift für Sozialreform. Jg. 54 Heft 3 / 2008. Seite 225 – 250.

Schroeter, K. R.; Zängl, P. (2006): Altern und bürgerschaftliches Engagement. Aspekte der Vergemeinschaftung und Vergesellschaftung in der Lebensphase Alter. VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Schulz-Nieswandt, F. (2006): Sozialpolitik und Alter. Stuttgart: Kohlhammer.

Schulz, A.; Unger, R. (2006): Der Einfluss der Bildungsexpansion auf die Lebenserwartung. In: Informationen aus dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung beim Bundesamt für Statistik. BiB-Mitteilungen 03/2006. 18. Oktober 2006. Jg. 27. Seite 17 – 24.

Schumacher, H. J. (2008): Ausgegrenzt. Der soziale Abstieg in Deutschland. Norderstedt: Books on Demand.

Schumann, S. (2006): Repräsentative Umfrage: Praxisorientierte Einführung in empirische Methoden und statistische Analyseverfahren. 4., überarbeitete und erweiterte Auflage. München; Wien: Oldenbourg.

Schwinn, Th. (2006): Ungleichstrukturen versus Vielfalt der Lebensführung. In: K.-S. Rehberg. Soziale Ungleichheit, Kulturelle Unterschiede. Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München 2004. Teilband 2. Unter Mitarbeiter von D. Giesecke; S. Kappler; Rh. Dumke. Frankfurt; New York: Campus Verlag. Seite 1283 – 1297.

Snyder, M.; Gil Clary, E.; Stukas, A. (2001): Ehrenamtlichkeit: ein funktionaler Ansatz. In: Journal für Psychologie Jg. 9 3 / 2001. Seite 15 – 35.

Sontheimer, K., Bleek, W. (2005): Grundzüge des politischen Systems Deutschlands. Aktualisierte Neuauflage. 12. Auflage November 2005. München; Zürich: Piper.

SPD-Parteivorstand (Hrsg.) (1988): Protokoll vom Parteitag der SPD in Münster, 30.08 – 2. 9. 1988. 1. Tag: Bonn.

SPD-Parteivorstand (Hrsg.) (1993): Anträge zum Parteitag der SPD. Wiesbaden Rhein-Main-Halle. 16. bis 19. November 1993. Bonn.

SPD-Parteivorstand (Hrsg.) (1995): Anträge zum Parteitag der SPD. Mannheim Kongresszentrum Rosengarten. 14. bis 17. November 1995: Bonn.

SPD-Parteivorstand (Hrsg.) (1997): Anträge zum Parteitag der SPD. Hannover 2. bis 4. Dezember 1997: Bonn.

SPD-Parteivorstand (Hrsg.) (1999): Anträge zum Parteitag der SPD. Berlin 7. bis 9. Dezember 1999: Bonn-Berlin.

SPD-Parteivorstand (Hrsg.) (2001): Anträge zum Parteitag der SPD. Nürnberg 19. bis 22. November 2001: Bonn-Berlin

SPD-Parteivorstand (Hrsg.) (2003): Anträge zum ordentlichen Bundesparteitag der SPD. Ruhr Congress Bochum 17 bis 19. November 2003: Bonn-Berlin.

SPD-Parteivorstand (Hrsg.) (2005): Anträge zum ordentlichen Bundesparteitag der SPD. Karlsruhe Messe Kongress 14. bis 16. November 2005: Bonn-Berlin

SPD-Parteivorstand (Hrsg.) (2007a): Organisationsstatut Wahlordnung Schiedsordnung Finanzordnung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Stand 16. November 2005. Berlin.

SPD-Parteivorstand (Hrsg.) (2007b): Anträge zum ordentlichen Bundesparteitag der SPD, Teil I. CCH, Hamburg 26. bis 28. Oktober 2007: Bonn-Berlin.

SPD-Parteivorstand (Hrsg.) (2008): Geschichte, Ziele und Organisation. Machen Sie sich ein Bild von uns. Stand 2008. Berlin.

SPD Pressemitteilung und Informationen (1974a): Kommuniqué über die Sitzung des Seniorenrates der SPD am 23. Juli 1974 in Bonn Nr. 339/74.

SPD Pressemitteilung und Informationen (1974b): Kommuniqué über die Sitzung des Vorstandes der SPD am 8. März 1974 in Bonn (Teil V) Nr.105/74.

SPD Presseservice (1980) am 18. März 1980 Nr. 182/80.

SPD Presseservice (1990) am 29. April 1990 Nr. 177/90.

SPD 60 plus (1993): Der Bericht. Impulse+++Erfolge+++Perspektiven. H.-U. Klose (Hrsg.).

Stamm, T. (2003): Volkssouveränität. In: U. Andersen, W. Woyke (2003): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. 5., überarbeitete und aktualisierte Auflage. Opladen: Leske und Budrich. Seite 662 – 665.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2005): Der Bundeswahlleiter. Wahl zum 16. Deutschen Bundestag am 18. September 2005. Heft 1 Ergebnisse und Vergleichszahlen früherer Bundestags-, Europa- und Landtagswahlen sowie Strukturdaten für die Bundestagswahlkreise: Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2006a): Datenreport 2006. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Part of the Elsevier Groupe.

Statistisches Bundesamt (2006b): Der Bundeswahlleiter. Wahl zum 16. Deutschen Bundestag. Am 18. September 2005. Heft 4: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen. Wiesbaden.

Steiner, J. (1969): Bürger und Politik. Empirisch – theoretische Befunde über die politische Partizipation der Bürger in Demokratie unter besonderer Berücksichtigung der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland. Meisenheim am Glan: Verlag Anton Hain.

Stöss, R., Niedermayer, O. (1993): Einleitung. In: Niedermayer, O., Stöss, R. (Hrsg.): Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag. Seite 7 – 34.

Stokman, F. N.; Vieth, M. (2006): Was verbindet uns wann mit wem? Inhalte und Struktur in der Analyse sozialer Netzwerke. In: A. Diekmann (Hrsg.): Methoden der Sozialforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. Seite 274 – 302.

Streeck, W. (2007): Politik in einer alternden Gesellschaft: Vom Generationenvertrag zum Generationskonflikt? In: P. Gruss (Hrsg.): Die Zukunft des Alterns. Die Antwort der Wissenschaft. München: Beck Verlag. Seite 279 – 304.

Streeck, W. (2009): Einleitung: In: Altern: J. Kocka; M. Kohli; W. Streeck (Hrsg.): Familie, Zivilgesellschaft, Politik. Nova Acta Leopoldina: Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft. Seite 265 – 271.

Tartler, R. (1961): Das Alter in der modernen Gesellschaft. Stuttgart: Enkel.

Thane, P. (Hrsg.) (2005): Das Alter. Eine Kulturgeschichte. Aus dem Englischen von D. Oetzmann und H. M. Langer. Darmstadt: Primus Verlag.

Tiefenbach, P. (1998): Die Grünen. Verstaatlichung einer Partei. Köln: PapyRossa-Verlag.

Tremmel (1996): Der Generationsbetrug : Plädoyer für das Recht der Jugend auf Zukunft. Eichborn: Frankfurt a. M.

v. Trotha, T. (2006): Perspektiven der politischen Soziologie. In: Soziologie. Jg. 35. Heft 3 / 2006. Seite 283 – 302.

Tsatsos, D. Th. (2002): Die politischen Parteien in der Grundgesetzordnung. In: O. W. Gabriel.; O. Niedermayer.; R. Stöss (Hrsg.) (2002): Parteiendemokratie in Deutschland. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag. Seite 131 – 158.

Uehlinger, H.-M. (1988): Politische Partizipation in der Bundesrepublik: Strukturen und Erklärungsmodelle. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Verba, S.; Nie, N. H.; Kim, J.-O. (1971): The modes of democratic participation. A cross-national comparison. 1. print. Beverly Hills; California:: Sage Publication.

Verba, S.; Nie, N. H. (1972): Participation in America. Political Democracy and Social. Equality. New York: Harper and Row.

Verba, S; Nie, N. H.; Kim, J.-O. (1978): Participation and Political Equality. Cambridge: A Seven-Nation Comparison.

Verba, S. ; Brady, H. E.; Lehmann Schlozman, K. (1995): Beyond SES. A Resource Model of Political Participation. In. The American Political Science Review. Nr. 2, Bd. 89. Seite 267 – 293.

Verba, S.; Lehmann Schlozman, K. L.; Brady, H. (1995): Voice and Equality. Civic Voluntarism in America Politics. Cambridge; Massachusetts; London: Harvard University Press.

Vetter, A. (2006): Jugend und subjektive politische Kompetenz. In: E. Roller; F. Brettschneider; v. J. Deth (Hrsg.): Jugend und Politik „Voll normal!“. Der Beitrag zur politischen Soziologie zur Jugendforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. Seite 241 – 267.

Vogel, H. J. (1988): Ein Strom, der an Kraft nicht verloren hat. In: S. Miller.,M. Ristau, (Hrsg.): Gesellschaftlicher Wandel, Soziale Demokratie,

125 Jahre SPD. Historische Erfahrungen, Gegenwartsfragen, Zukunftskonzepte. Köln: Bund Verlag Seite. 11 – 25.

Vogt, L. (2005): Das Kapital der Bürger. Theorie und Praxis zivilgesellschaftlichen Engagements. Frankfurt; New York: Campus Verlag.

Vorstand der Sozialdemokratischen Partei (Hrsg.) (1954): Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 20. bis 24. Juli 1954 in Berlin: Bonn.

Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (1958): Protokoll der Verhandlungen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Vom 18. – 23. Mai 1958 in Stuttgart: Bonn.

Vorstand der Sozialdemokratischen Partei (Hrsg.) (1959): Protokoll der Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 13. bis 15. November 1959 in Bad Godesberg: Bonn.

Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.) (1977): Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 15. bis 19. November 1977 Hamburg. Protokolle. Bonn.

Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (1979): SPD Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. 1977 – 1979: Bonn-Bad Godesberg.

Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (1984): Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. 1982 – 1983. Bonn.

Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (1986): Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. 1984 – 1985. Bonn.

Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (1985): Protokoll. Parteitag. Mannheim. 14. – 17. November 1985. Bonn.

Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (1988): Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. 1986 – 1987. Bonn.

Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (1991): Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1988 - 1990. Bonn.

Vorstand der SPD (Hrsg.) (1991): Anträge zum Parteitag der SPD. Bremen Stadthalle 28. – 31. Mai 1991. Bonn.

Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (1993): Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. 91 / 92. Bonn.

Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (1995): Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. 93 / 94. Bonn.

Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (1997): Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. 1995 / 96. Bonn.

Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (1999): Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. 97 / 98. Bonn.

Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (2001): Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. 99 / 00. Bonn.

Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (2003): Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. 01 / 02. Braunschweig.

Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (2005): Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. 03 / 04. Neunkirchen.

Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (2007): Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. 05 / 06. Neunkirchen.

Walter, F. (2002): Die SPD. Vom Proletariat zur Neuen Mitte. Berlin: Alexander Fest Verlag.

Walter, F. (2005a): Linkspartei in ergrauender Gesellschaft. In: Standpunkt 18/2005. RLS. Seite 1 – 4.

Walter, F. (2005b): Abschied von der Toskana. Die SPD in der Ära Schröder. 2. erweiterte Auflage. Wiesbaden. VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Walz, D. (1996): Parteienidentifikation, Institutionenvertrauen und Systemunterstützung in Ost – und Westdeutschland. In: O. W. Gabriel; J. W. Falter (Hrsg.): Wahlen und politische Einstellungen in westlichen Demokratien. Frankfurt a. M.; New York: Lang Verlag. Seite 205 – 221.

Wasmuth, U. C. (2007): Politische Sozialisation. In: D. Nohlen; F. Grotz (Hrsg.): Kleines Lexikon der Politik. Vierte, aktualisierte und erweiterte Auflage. München: C. H. Beck. Seite 439.

Weber, H. (1986): Traditionslinie und Neubeginn der deutschen Parteien 1945 – am Beispiel der „Arbeiterparteien“. In: M. Kaase (Hrsg.): Politische

Wissenschaft und politische Ordnung. Analysen zu Theorie und Empirie demokratischer Regierungsweise. Festschrift zum 65. Geburtstag von R. Wildemann. Opladen: Westdeutscher Verlag. Seite 305 – 317.

Weber, M. (2005). *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*. Mit einem Vorwort von A. Ulfig. Neu Isenburg: Melzer Verlag.

Weisenborn, G. (1974): *Der lautlose Aufstand: Berichte über die Widerstandsbewegung des deutschen Volkes. 1933 – 1945*. 4., verbesserte Auflage: Frankfurt a. M.: Röderberg.

Wegner, K. (1990): *Leben im Alter. Für eine Senioren-Arbeitsgemeinschaft in der SPD*. In: Sozialdemokratischer Pressedienst 45. Jg. / 101 / 29. Mai 1990. Seite 1 – 2.

Wegner, K. (1991): *Rede auf dem Parteitag 1991 von Konstanze Wegner*. In Vorstand der SPD (Hrsg.): *Protokoll vom Parteitag Bremen 28. – 31. Mai 1991*. Bonn. Seite 128 – 129.

Weinbach; R. W.; Grinnell, R. M. (2000): *Statistik für soziale Berufe*. 4. Auflage. Übersetzt und bearbeitet von A. Godenzi und R. Stadler. Neuwied; Kriftel: Hermann Luchterhand Verlag.

Weßels, B. (2008): *Politische Integration und politisches Engagement*. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): *Datenreport 2008. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*. Bonn. Seite 391 – 396.

Westle, B. (2004): *Kollektive Identifikation und Orientierung gegenüber Demokratie und Sozialismus*. In: R. Schmitt-Beck; M. Wasmer; A. Koch (Hrsg.): *Sozialer und politischer Wandel in Deutschland: Analyse mit ALLBUS-Daten aus zwei Jahrzehnten*. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaft.

Wewer, G. (1998): *Demokratie, Demokratisierung*. In: B. Schäfer; W. Zapf (Hrsg.): *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschland*. Opladen: Leske und Budrich. Seite 111 – 123.

Wiendieck, G. (1994): *Arbeits- und Organisationspsychologie*. Berlin; München: Quintessenz.

Wiesendahl, E. (2006a): *Parteien*. Frankfurt a. M.: Fischer Verlag.

Wiesendahl, E. (2006b): *Partizipation in Parteien: Ein Auslaufmodell?* In: B. Hoecker (Hrsg.): *Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest*. Opladen: Verlag Barbara Budrich. Seite 74 – 99.

Wolff, S. (2007): Dokumenten- und Aktenanalyse. In: U. Flick; E. von Kardorff; I. Steinke (Hrsg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. 5. Auflage. Reinbek: Rowohlt. Seite 502 – 513.

Wurm, S.; Tech-Römer, C. (2006): Gesundheit, Hilfebedarf und Versorgung. In: C. Tesch-Römer; H. Engstler; S. Wurm (Hrsg.): Altwerden in Deutschland. Sozialer Wandel und individuelle Entwicklung in der zweiten Lebenshälfte. Wiesbaden. VS Verlag für Sozialwissenschaft. Seite 329 – 383.

Zeuner, B (2003): Die innerparteiliche Demokratie. In: U. Andersen; W. Woyke (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. 5., überarbeitete und aktualisierte Auflage. Opladen: Leske und Budrich Seite 254 – 256.

Zimmer, A. (2007): Vereine – Zivilgesellschaft konkret. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Zmerli, S. (2004): Politisches Vertrauen und Unterstützung. In: v. Deeth, J. W. (Hrsg.) (2004): Deutschland und Europa. Ergebnisse des European Social Survey 2002 – 2003. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften. Seite 229 – 255.

Zulehner, P. M. (2000): Der Sozialauftrag der Kirche für die Alte. In: A. Amann (Hrsg.): Kurswechsel für das Alter. Köln; Weimar; Wien: Böhlau. Seite 57 – 66.

Internet – Verzeichnis ohne Autorenangabe:

<http://www.bag-lsv.de/vorstand/index.html> Zugriff 9. September 2008 / 16.00 Uhr.

http://www.bpb.de/themen/9IZ7N5,0,Fakten%3A_SPD.html Zugriff 22. Juli 2008 / 11.00 Uhr.

http://www.bpb.de/themen/5BQ8OH,0,Fakten%3A_B%FCndnis_90Die_Gr%FCnen.html Zugriff 22. Juli 2008 / 11.05 Uhr.

http://www.bpb.de/themen/Y6RHG1,0,Fakten%3A_CDU.html Zugriff 22. Juli 2008 / 11.10 Uhr.

http://www.bpb.de/themen/1HIJLL,0,Fakten%3A_CSU.html Zugriff 22. Juli 2008 / 11.15 Uhr

<http://www.bpb.de/themen/T5T65A,0,Fakten%3A%20DIE%20LINKE.html> Zugriff
22. Juli 2008 / 11. 20 Uhr.

<http://www.bpb.de/themen/EWC0AQ,0,Fakten%3A%20FDP.html> Zugriff
22. Juli 2008 / 11.25 Uhr.

<http://www.bundestag.de/geschichte/parlhist/wahlhist/wg1957.html> Zugriff
3. Juli 2008 / 11.30 Uhr.

<http://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahl2005/downloads/wahltermine.pdf> Zugriff 8. September 2008 / 17.00 Uhr.

<http://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen2005/wahlbewerber/alphabetisch/k.ht> Zugriff 8. Oktober 2007 / 17.00 Uhr.

<http://www.sozialdemokratischejuristen.de/servlet/PB/show/1751620/Grunder%20Richtlinie%20FCr%20die%20T%20Arbeitsgemeinschaften%20in%20der%20SPD%20vom%2023.%20Juni%202008.pdf> Zugriff 1. Dezember 2008 / 18.00 Uhr.

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,546690,00.html> Zugriff
4. Juni 2008 / 11.00 Uhr.

<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/> Zugriff 14. Februar 2008 /
12.00 Uhr.

<http://www.sueddeutsche.de/deutschland/artikel/90/163632/> Zugriff
18. August 2008 / 16.30 Uhr.

<http://www.unhchr.ch/udhr/lang/ger.htm> Zugriff 4. Juni 2008 / 12. 45 Uhr.

Eidesstattliche Erklärung

Ich erkläre: Die vorlegte Dissertation habe ich selbstständig und ohne unerlaubte fremde Hilfe angefertigt.

Texte, die wörtlich oder sinngemäß aus veröffentlichten Beiträgen entnommen wurden, sind als solche kenntlich gemacht.

Guido Heuel

Dortmund, im April 2010

